



Stenografischer Bericht

60. Sitzung

am Freitag, dem 29. Juni 2001,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

TOP 1

Aktuelle Debatte

a) Regionalisierte Bevölkerungsprognose für Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4688**

Herr Dr. Fikentscher (SPD)	4235
Minister Herr Dr. Heyer.....	4236
Herr Dr. Bergner (CDU).....	4237
Herr Weich (FDVP).....	4238
Herr Dr. Köck (PDS).....	4239
Herr Buder (DVU).....	4240

b) Auftritt des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Höppner in der Talkshow „Sabine Christiansen“ am 17. Juni 2001

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4695**

Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU).....	4240
Ministerpräsident Herr Dr. Höppner	4242
Herr Dr. Fikentscher (SPD)	4244
Frau Wiechmann (FDVP)	4245

TOP 23

Beratung

Ehrenamt und Schule

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4640**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- **Drs. 3/4700**

Frau Dr. Weiher (PDS).....	4246
Minister Herr Dr. Harms	4247
Frau Helmecke (FDVP).....	4248
Frau Kauerauf (SPD)	4249
Frau Ludewig (CDU)	4250

Beschluss

4251

TOP 24

Erste Beratung

Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4641**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- Drs. 3/4703

Frau Dr. Weiher (PDS)	4251
Ministerin Frau Dr. Kuppe.....	4252
Herr Schulze (CDU).....	4253
Herr Steckel (SPD).....	4254
Herr Weich (FDVP).....	4255

Ausschussüberweisung 4255

TOP 25

Beratung

Programm „Kinder und Musik“

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/4642 neu

Herr Gebhardt (PDS)	4255
Minister Herr Dr. Harms.....	4256
Frau Helmecke (FDVP)	4256
Herr Kuntze (CDU)	4257
Frau Kauerauf (SPD).....	4258

Beschluss 4258

TOP 26

Beratung

Erarbeitung eines Landesentwicklungsberichtes

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/4644

Herr Dr. Köck (PDS)	4259, 4262
Minister Herr Dr. Heyer.....	4260
Herr Wolf (FDVP).....	4261
Herr Oleikiewitz (SPD).....	4261
Herr Hacke (CDU)	4261

Beschluss 4262

TOP 27

Erste Beratung

Kindergelderhöhung für alle Kinder

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/4662

Frau Krause (PDS)	4263, 4267
Ministerin Frau Dr. Kuppe.....	4264
Frau Liebrecht (CDU)	4265
Frau Wiedemann (SPD)	4266
Herr Weich (FDVP).....	4267

Ausschussüberweisung 4268

TOP 28

Beratung

Arbeitsplätze schaffen durch Betriebsansiedlungen in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der FDVP - Drs. 3/4664

Frau Wiechmann (FDVP).....	4268, 4273
Minister Herr Gerhards.....	4271
Herr Gürth (CDU).....	4272

Beschluss..... 4274

TOP 29

Beratung

Landesinitiativen gegen Graffiti-Schmierereien in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der FDVP - Drs. 3/4665

Herr Wolf (FDVP).....	4276, 4278
Herr Jeziorsky (CDU).....	4277
Ministerin Frau Schubert.....	4277

Beschluss..... 4278

TOP 30

Beratung

Wertewandel und Werteverfall in der Gesellschaft - Zeichen einer Erziehungskrise?

Antrag der Fraktion der FDVP - Drs. 3/4666

Frau Wiechmann (FDVP).....	4278, 4282
Herr Schomburg (CDU).....	4281

Beschluss..... 4282

TOP 33

Beratung

Situation der weiblichen Inhaftierten im Justizvollzug in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/4673

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drs. 3/4710

Frau Knöfler (PDS).....	4283, 4285
Herr Kuntze (CDU).....	4284
Herr Jüngling (SPD).....	4285
Herr Weich (FDVP).....	4285
Ministerin Frau Schubert.....	4286

Beschluss..... 4287

TOP 34

Beratung

Umzug des Umweltbundesamtes nach DessauAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4676**

Frau Schnirch (CDU)	4287
Minister Herr Dr. Heyer.....	4288
Herr Hoffmann (Dessau) (PDS).....	4289
Herr Wolf (FDVP)	4289
Herr Sachse (SPD).....	4290
Herr Dr. Daehre (CDU).....	4291
Beschluss	4292

TOP 35

Erste Beratung

Sachsen-Anhalts Berufsausbildung im Europa der RegionenAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4677**Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- **Drs. 3/4704**

Herr Dr. Sobetzko (CDU).....	4292, 4295
Minister Herr Dr. Harms.....	4293
Herr Wiechmann (FDVP).....	4294
Herr Siegert (SPD)	4295
Ausschussüberweisung.....	4295

TOP 36

Erste Beratung

Olympiawettkämpfe in Sachsen-AnhaltAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4678**

Herr Schulze (CDU).....	4296, 4299
Ministerin Frau Dr. Kuppe.....	4297
Herr Wolf (FDVP)	4298
Herr Bischoff (SPD)	4298
Ausschussüberweisung.....	4299

TOP 37

Erste Beratung

Flugverkehrsentwicklung in Sachsen-AnhaltAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4683**

Herr Dr. Daehre (CDU)	4299, 4306
Minister Herr Dr. Heyer	4303
Herr Wolf (FDVP).....	4304
Herr Kasten (PDS).....	4305
Herr Sachse (SPD)	4306
Ausschussüberweisung	4307

TOP 39

Beratung

Aufenthaltsrechtsregelungen für Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner in der aktuellen SituationAntrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4686**Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- **Drs. 3/4701**

Herr Gärtner (PDS).....	4307, 4312
Minister Herr Dr. Püchel.....	4308
Herr Schulze (CDU).....	4310
Herr Weich (FDVP).....	4310
Frau Leppinger (SPD).....	4311
Herr Preiß (DVU)	4311
Beschluss	4312

TOP 40

Beratung

Bilanz der Tourismusförderung in Sachsen-AnhaltAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4687**

Frau Mewald (CDU)	4313
Minister Herr Gerhards	4314
Herr Kasten (PDS)	4315
Frau Kachel (SPD).....	4316
Beschluss	4317

Beginn: 9.05 Uhr.

Präsident Herr Schaefer:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 60. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der dritten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie, verehrte Anwesende, auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen nunmehr die 32. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen die heutige Beratung vereinbarungsgemäß mit dem Tagesordnungspunkt 1 a und b. Es war vorgesehen, danach den Tagesordnungspunkt 23 zu behandeln. Allerdings hatte der Kultusminister eine Autopanne und ist noch unterwegs. Es könnte sein, dass wir den Punkt 23 so lange zurückstellen, bis der Minister anwesend ist.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte

Dazu liegen zwei Themen vor. Gemäß der Geschäftsordnung beträgt die Redezeit in der Aktuellen Debatte fünf Minuten je Fraktion und Thema. Die Landesregierung hat eine Redezeit von zehn Minuten.

Ich rufe das erste Thema auf:

Regionalisierte Bevölkerungsprognose für Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4688**

Für die Debatte wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: SPD, CDU, FDVP, PDS, DVU.

Zunächst hat für die Antragstellerin Herr Dr. Fikentscher das Wort. Danach wird Herr Minister Dr. Heyer das Wort ergreifen. Bitte, Herr Dr. Fikentscher.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kürzlich, bei der Verabschiedung in einer Berufsschule, trat ein Lehrer an mich heran und sagte: Tun Sie etwas, damit wir uns alle nicht bald in einem Altenheim wiederfinden. - Die zuvor veröffentlichte regionalisierte Bevölkerungsprognose für Sachsen-Anhalt verbunden mit Erfahrungen im persönlichen und beruflichen Umfeld hatten ihn zu dieser drastischen, man könnte auch sagen: dramatisierenden Äußerung veranlasst. Sie drückt Angst aus und ist offenbar kein Einzelfall.

Angst und Dramatik sind jedoch keine guten Ratgeber. Aber Verharmlosung ist es auch nicht. Deswegen stellen wir das Thema im Landtag zur Debatte und wollen es sachlich und nüchtern behandeln.

Die Bevölkerungsentwicklung ist wahrscheinlich das langfristig bedeutendste Thema für unser Land. Das Thema ist nicht neu, aber wert, stets aktuell gehalten zu werden. Es hat Beziehungen zu sehr vielen Beschlüssen des Landtages. Man kann ohne viel Übertreibung sagen, dass alle Entscheidungen - ähnlich wie bei Gleichstellungsfragen - unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung getroffen werden sollten.

Wie ist die Lage? Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt nimmt ab und wird im Durchschnitt immer älter. Das hat eine begrüßenswerte Ursache, weil nämlich viele Menschen länger leben. Das hat aber auch eine beklagenswerte Seite, weil seit über einem Jahrzehnt die Geburtenzahlen kaum halb so groß sind wie die Sterberaten.

Außerdem gibt es Abwanderung. Anfang der 90er-Jahre nahm sie dramatische Ausmaße an. Mitte der 90er-Jahre wurde sie durch etwa gleich hohe Zuwanderungsraten ausgeglichen. Danach entstand wieder ein so genannter Negativsaldo. Unsere Städte haben ein weiteres Problem durch die Abwanderung ins Umland.

Die Statistiken sind Ihnen bekannt. Was nicht allgemein bekannt sein dürfte, ist die Tatsache, dass das Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt bereits in den Jahrzehnten zuvor einen bemerkenswerten Bevölkerungsrückgang erlebte.

Im Jahr 1946 lebten hier 4,1 Millionen Menschen. Im Jahr 1960 waren es nur noch 3,3 Millionen Menschen und bei der Wiedergründung Sachsen-Anhalts im Jahr 1990 waren es 2,9 Millionen. Die Bevölkerungszahl sank bis zum Jahr 1999 auf 2,6 Millionen, wird bis zum Jahr 2010 auf 2,4 Millionen und bis zum Jahr 2015 auf 2,3 Millionen Menschen weiter absinken.

Natürlich kann man auch in einem dünner besiedelten Land gut leben ebenso wie in kleineren Städten. Es gibt dafür keine Grenzwerte. Doch die Infrastruktur muss dazu passen und genau an dieser Stelle entsteht unser eigentliches Problem.

Dabei ist die Schrumpfung allein noch nicht einmal das Hauptproblem, sondern die Gestalt des so genannten Lebensbaumes. Die niedrigen Geburtenzahlen, die sich nur langsam den westlichen Verhältnissen angleichen, also auch dauerhaft so niedrig bleiben werden, verursachen die bekannten Folgen, sobald die zahlenmäßig schwachen Jahrgänge die entsprechenden Einrichtungen erreichen. Das sind in erster Linie Krippen und Kindergärten, dann Grund- und Realschulen, später Hochschulen und eines Tages die Altenheime.

Was können wir tun? Es handelt sich um langfristige Prozesse von großer Trägheit, die nach Ansicht von Wissenschaftlern, die sich darin einig sind, auf Jahrzehnte hinaus kaum umgelenkt werden können. Wer also sagt: „Ihr Politiker, tut doch etwas, damit dieser Prozess aufhört oder gar umgekehrt wird!“, überschätzt unsere Möglichkeiten.

Dennoch gilt es zu reagieren. Statistiken und Prognosen sind ein wertvoller Hinweis nicht nur zum Verständnis, sie sind auch Grundlage für langfristige Entscheidungen. Städte und Gemeinden, Regierung und Landtag haben eine Vielzahl solcher Entscheidungen bereits getroffen und bereiten weitere vor. In einem solchen Prozess kann man aber nie genug tun, darf man nie die Hände in den Schoß legen. Die Reaktionen der Landespolitik und die Maßnahmen der Landesregierung brauche ich im Einzelnen nicht darzulegen, weil dies die Regierung anschließend selbst tun wird.

Ich erinnere nur daran, dass wir einen schwierigen Prozess im Bereich der Kindergärten und Grundschulen bereits hinter uns haben. Die Schulentwicklungsplanung wurde trotz aller damit verbundenen Schmerzen in den Kreisen umgesetzt. Das war eine Aufgabe, der sich zunächst viele entziehen wollten, wie ich sehr wohl aus vielen Einzelgesprächen weiß.

Wir sind ein kinder- und familienfreundliches Land. Wir haben das Ausbauziel unserer Hochschulen von 44 000 auf 33 000 flächenbezogene Studienplätze reduziert - auch das gegen Proteste. Der Personalabbau im öffentlichen Dienst, die Verwaltungs- und Gebietsreform sind Planungen, die auch in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung zu sehen sind.

Folglich, meine Damen und Herren, befinden wir uns in einem ernsthaften Prozess, der vieler Überlegungen und Planungen bedarf. Es gibt aber keine Veranlassung, jene alte DDR-Floskel wieder aufleben zu lassen, dass der Letzte bitte das Licht ausschalten möge. Die Netto-Abwanderung ist weitaus weniger dramatisch, als es manchem erscheint. Sie ist auch nicht unumkehrbar. Folglich sollten wir nicht in Pessimismus verfallen, sondern tätig bleiben und auch in dieser Frage einen Schuss Optimismus behalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Dr. Sitte, PDS, und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Wir haben wieder aufmerksame Zuhörer. Wir begrüßen ganz herzlich Damen und Herren des Handwerkerbildungszentrums Aschersleben.

(Beifall im ganzen Hause)

Nunmehr erteile ich dem Minister Herrn Dr. Heyer für die Landesregierung das Wort. Bitte, Herr Dr. Heyer.

Herr Dr. Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um Nachsicht dafür, dass Sie sich heute mit mir zu-frieden geben müssen, weil ich den Kollegen Keller ver-trete. Ich versuche aber mein Bestes.

(Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU und bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Nach dem Landesplanungsgesetz hat die oberste Landesplanungsbehörde die prognostischen Grundlagen für die Landesentwicklung zu erarbeiten. Dazu gehören insbesondere Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung. Das Raumordnungsministerium hat nun gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt die regionalisierte Bevölkerungsprognose erar-beitet und vorgelegt.

Wie wird sich die Bevölkerung Sachsen-Anhalts zukünftig entwickeln? Einige Zahlen hat der Kollege Fikentscher schon genannt. Es ist vor allem in den neuen Bundesländern schwierig, gesicherte langfristige Vorher-sagen zu treffen; denn die bei uns bestehende Daten-lage beruht auf einer historischen Ausnahmesituation, sodass für die jetzt vorliegende Prognose nur die Daten aus den Jahren 1997 bis 1999 als tragfähige Grundlage herangezogen wurden.

Im Ergebnis kommt man in der Prognose zu folgenden Annahmen: Die Geburten in Sachsen-Anhalt werden sich bis zum Jahr 2009 um 20 % erhöhen, und zwar - ich nenne die genauen Zahlen - von gegenwärtig 1 194 auf 1 435 Kinder je 1 000 Frauen. Sie sehen, die Statistiker sind dabei offenbar sehr genau zur Sache gegangen. Ich bewundere immer, wie man dabei zu so genauen Zahlen kommen kann.

Das ist in etwa das langjährige Niveau der alten Bun-desländer. Die durchschnittliche Lebenserwartung der

Sachsen-Anhalter wird bis 2015 deutlich zunehmen, und zwar für neugeborene Jungen um 4,3 Jahre auf 76,8 Jahre und für neugeborene Mädchen um 3,4 Jahre auf 82,8 Jahre.

Die Wanderungen, insbesondere die Außenwanderung, werden zunächst anhalten und sich dann abschwächen, bei optimistischer Prognose sogar in Wanderungsgewinne umwandeln.

Wanderungen sind besonders schwer prognostizierbar. Die Bevölkerungsprognose stellt zwei Berechnungsvarianten vor. Die optimistische Variante beruht maßgeblich auf Schätzungen des Bundesministeriums des Innern und des Statistischen Bundesamtes. Sie geht von einer erhöhten Zuwanderung aus dem Ausland aus. Ab dem Jahr 2007 wird für Sachsen-Anhalt ein Wanderungsgewinn von ca. 1 000 Personen jährlich angenommen, der sich auf 7 000 Personen im Jahre 2015 erhöhen wird.

Die Landesregierung hält diese Variante nicht für die wahrscheinliche. Grundlage der Planungen der Landesregierung ist vielmehr die realistische Annahme, dass sich die negative Entwicklung des Wanderungsgeschehens auf Landesebene in den ersten Prognosejahren zunächst fortsetzt und dann langsam und ab Mitte des Jahrzehnts beschleunigt zurückgeht. Bis zum Jahr 2010 kann sich ein ausgeglichenes Wanderungsverhalten einstellen.

Für die Stadt-Umland-Wanderungen wird davon ausgegangen, dass sich die dramatische Entwicklung der 90er-Jahre weiter beruhigt und ab dem Jahr 2004 ein ausgeglichener Wanderungssaldo der drei kreisfreien Städte mit ihrem Umland besteht.

Liebe Kollegen und Kollegen! Wir haben es bei der Bevölkerungsentwicklung mit einem Thema zu tun, das ganz Deutschland betrifft. Aufgrund des außergewöhnlichen Geburtenrückgangs sind aber die neuen Bundesländer, also wir hier in Ostdeutschland, besonders betroffen.

Was bedeutet das konkret für unser Land? Nach der Prognose wird Sachsen-Anhalt bis zum Jahre 2015 fast 13 % seiner Einwohner verlieren. Das heißt, die Bevölkerung wird um über 340 000 Personen abnehmen. Hauptursache der zukünftigen negativen Entwicklung ist das anhaltende Geburtendefizit, also die Differenz aus Geburtenzahl und Sterbefällen.

Trotz des angenommenen Geburtenanstiegs auf das westdeutsche Niveau wird sich Zahl der Kinder und Jugendlichen bis zum Jahre 2015 um fast ein Drittel verringern.

Gleichzeitig wird die Zahl der Älteren ansteigen. Ursache für diese Entwicklung sind die geburtenstarken Jahrgänge 1934 bis 1941, die in diesen Jahren das Rentenalter erreichen, sowie die zunehmende Lebenserwartung. Die Zahl der 80-Jährigen steigt beispielsweise bis zum Jahr 2015 um etwa 40 %.

Auch nach der optimistischen Variante wird Sachsen-Anhalt wegen des anhaltenden Geburtendefizits bis zum Jahr 2015 8,7 % seiner Einwohner verlieren.

Meine Damen und Herren! Unabhängig davon, ob die Prognosen optimistisch oder pessimistisch sind, kommen beide Prognosevarianten zu dem Ergebnis, dass sich die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen Jahre zunächst fortsetzt. Der prozentuale Anteil der älteren Generation an der Gesamtbevölkerung wird steigen.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen? - Natürlich muss die Politik der Landesregierung auf die Prognose nicht nur reagieren, sondern sie muss sie auch einbeziehen. Es gibt keinen Grund, etwas zu verarmen. Wir haben im Landeskabinett am 12. Juni 2001 sogar die pessimistische oder, wie man sagen kann, die realistischere Prognose zur Planungsgrundlage für die Landesbehörden bestimmt.

Aber natürlich ist diese Prognose nicht überraschend gekommen. Die Landesregierung hat sich seit langer Zeit in den unterschiedlichen Politikfeldern auf diese Situation eingestellt.

Meine Damen und Herren! Ich nenne die Planungen für Horte und Kindergärten. Das alles sind Themen, die uns hier zum Teil sehr aufwendig und kontrovers beschäftigt haben. Ich nenne die Schulentwicklungsplanung, ich nenne die Anpassung der Zielzahlen für die Hochschulen, ich nenne die Krankenhausplanungen und ich nenne als Gebiet aus meinem eigenen Zuständigkeitsbereich die Wohnungs- und Städtebaupolitik der letzten Jahre, in der wir auf diese Entwicklung schon reagiert haben. Ich nenne aktuell das Stadtumbauprogramm, das wir jetzt gemeinsam mit der Bundesregierung und den anderen ostdeutschen Bundesländern eingeleitet haben.

Ziel muss es sein, nicht nur Fragen zu stellen, sondern Antworten zu finden. Dies heißt, wenn ich das ganz allgemein sagen darf: Wir müssen das Land Sachsen-Anhalt weiter attraktiv machen. Möglicherweise werden von der Opposition jetzt ein paar kritische Bemerkungen kommen. Das würde mich nicht verwundern, denn das ist auch die Aufgabe der Opposition.

Aber wenn wir einmal die Entwicklung unseres Landes beobachten, dann können wir feststellen - ich selber habe das seit 1994 beobachtet -, welche ungeheure positive Entwicklung unsere Städte, unsere Dörfer und unsere Infrastruktur, ob Straße oder Schiene, ob Krankenhäuser oder Schulen, schon genommen haben. Ich glaube, immer dann, wenn wir Kritik üben, meine Damen und Herren, müssen wir uns in Erinnerung rufen, wie es vor Ort noch vor ein paar Jahren ausgesehen hat. Das zeigt mir, dass wir auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen müssen und dass wir den richtigen Weg genommen haben. Ich glaube, das können wir jederzeit vor Ort überprüfen.

Wir müssen unser Land aber auch für Menschen aus anderen Nationen attraktiv machen. Insoweit ist es ungeheuer wichtig, dass sich viele ausländische Unternehmen in unserem Land engagieren. Denn diese gehen wieder nach Hause und erzählen dort, wie es bei uns ist.

Wir müssen uns auch für die Osterweiterung der Europäischen Union einsetzen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Landesregierung bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die sich intensiv mit dem Thema Zuwanderung befasst. Unter Federführung des Innenministeriums soll ein Leitbild zur Entwicklung der Zuwanderung von Ausländern und deren Integration in Sachsen-Anhalt erstellt werden.

Wir müssen weiterhin versuchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Studenten an unsere Universitäten und Hochschulen zu holen. Das heißt, wir müssen auch in der Außenwirkung - -

(Herr Dr. Bergner, CDU: Aber nicht das Studienkolleg einstampfen!)

- Da kann man sich immer das eine oder andere herauspicken, Herr Dr. Bergner. - Ich habe bisher darauf verzichtet, einmal darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, dass wir die Attraktivität unseres Landes nach außen gemeinsam betonen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von der Regierungsbank)

Ich meine, so blauäugig sind wir doch alle nicht. Wenn ich sage, wir müssten unsere Universitäten attraktiver machen, dann heißt das nicht, dass wir mit einem Sack Geld durch die Gegend spazieren und all das tun, was wir tun könnten, wenn wir das Doppelte im Haushalt hätten. Die Politik besteht vielmehr darin, trotz begrenzter Mittel das Richtige zu machen. Darüber lasst uns streiten, aber nicht darüber, was wir alles machen könnten, wenn wir das Geld dafür hätten.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von der Regierungsbank)

Wir müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Städte und den ländlichen Raum - jetzt sage ich das einmal im wirtschaftlichen Terminus - als „weiche“ Standortfaktoren stärken, und wir haben große Chancen, das zu tun. Wir müssen unsere touristische Infrastruktur in den Vordergrund stellen. Wir müssen die Menschen von außen, aus der Bundesrepublik, aus den westdeutschen Ländern, aus den anderen ostdeutschen Ländern, aber natürlich auch aus ganz Europa zu uns holen. Wir müssen unser Land vorstellen und müssen sagen, dass es gut ist, hier zu leben. Dazu gehört, meine Damen und Herren, dass wir auch selber nach außen tragen, dass wir zufrieden sind und dass wir uns hier wohl fühlen.

Natürlich gehört auch Geld dazu. Der Ministerpräsident hat gestern über den Solidarpakt II gesprochen. Ich glaube, man kann in die Ergebnisse, die dort erzielt worden sind, gar nicht hoch genug bewerten. Diese geben uns eine gute finanzielle Grundlage, den Aufbau unseres Landes weiter zu betreiben.

Um es kurz zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was wir tun müssen, ist, Sachsen-Anhalt nach innen und nach außen zu stärken und attraktiv zu machen. Dazu gehört auch ein Streit in diesem Parlament darüber, wie man das tun kann. Aber eines müssen wir, glaube ich, vermeiden: dass wir all das, was die Menschen hier schaffen, was die lokale Politik macht und was die Landespolitik macht, schlechtmachen - kritisieren können wir es - und damit dem Image unseres Landes schaden.

Ich freue mich auf die Diskussion. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die Fraktion der CDU spricht jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bergner. Bitte, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bestreite nicht die Wichtigkeit dieses Themas. Ich stelle die Frage, ob die Aktuelle Debatte mit Fünfminutenbeiträgen den geeigneten Rahmen dafür geben kann. Ich möchte vor allen Dingen im Angesicht der mageren Antragstellung zu Protokoll geben, dass ich den Eindruck hatte, es

sollte nicht eine Debatte beantragt, sondern ein Rätsel aufgegeben werden.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Dr. Sitte, PDS)

Ich bin insofern sehr dafür, dass wir unsere Geschäftsordnung ändern und uns wenigstens die Mühe einer entsprechenden Antragsbegründung machen.

(Zuruf von Frau Stolfa, PDS)

Nun zum Thema. Wir haben bundesweit einen dramatischen Bevölkerungsrückgang, über dessen Ursachen der Kollege Fikentscher schon gesprochen hat, und damit verbunden eine wachsende Alterung unserer Gesellschaft zu verzeichnen. Die Konsequenzen dieser Bevölkerungsentwicklung können nicht dramatisch genug beschrieben werden. Deutschland verliert von seiner Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten relativ so viel Menschen, wie es im Dreißigjährigen Krieg verloren hat.

(Herr Prof. Dr. Trepte, PDS, lacht)

Um aber eine der Konsequenzen in diesem Zusammenhang anzusprechen: Es tritt damit zwangsläufig, und zwar jetzt schon, vor dem Hintergrund des Geburtenrückgangs zwischen den Bundesländern ein Wettbewerb um junge Menschen, um Humankapital auf. Wanderungsbilanzen können also die Entwicklung, die durch die Geburtenbilanz bestimmt ist, verstärken oder abmildern.

Dies ist die Entwicklung, die wir mit großem Ernst sehen müssen. Um es etwas zuzuspitzen: Bereits heute schaffen sich Länder wie Baden-Württemberg, die zulasten von Ländern wie Sachsen-Anhalt eine positive Zuwanderungsbilanz junger Erwachsener haben, einen langfristigen Wettbewerbsvorteil in der Ausstattung mit Humankapital.

Ich stimme der Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle zu, dass die Abgangszahlen junger Erwachsener, die uns vor dem Hintergrund des Geburtenrückgangs und dieser Wettbewerbssituation beschäftigen müssen, nicht allein als Ausdruck des Verhaltens junger Menschen zu problematisieren sind; denn sie sind Ausdruck des normalen Mobilitätsverhaltens junger Menschen. Was allerdings aus der Sicht des Landes Sachsen-Anhalt zu problematisieren ist, ist, dass diesem normalen Mobilitätsabgang aus Sachsen-Anhalt kein vergleichbarer Zugang mobiler junger Menschen aus anderen Bundesländern gegenübersteht.

Das heißt, das Problem, mit dem wir es aus der Sicht des Landes Sachsen-Anhalts zu tun haben, ist nicht die Mobilität unserer Bürger, sondern die mangelnde Attraktivität des Landes für die Menschen in anderen Bundesländern, die zurückhaltend sind, zu uns zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Dies, meine Damen und Herren, sollte uns schon zu der Frage führen, was für die Attraktivität unseres Landes gerade mit Blick auf junge Erwachsene getan wird und wo wir in diesem Zusammenhang im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern stehen.

Herr Minister, die CDU-Fraktion insgesamt - ich selbst nehme es für mich jedenfalls in Anspruch - tut, was sie kann, um gerade in der Diskussion nach außen die naturgegebenen und die Entwicklungspotenziale unseres Landes und das Image, das sich aus Geschichte und Kultur ergibt, zu vertreten und damit auf die Entwick-

lungsmöglichkeiten unseres Landes hinzuweisen. Aber wir können uns den Argumenten nicht verschließen, mit denen wir konfrontiert werden.

Ich will nur ein einziges Beispiel nennen. Ich habe mich in letzter Zeit damit beschäftigt herauszufinden, welche Motive die Hochschullehrer der Martin-Luther-Universität Halle haben, die einen Ruf an andere Hochschulen annehmen. Eines der wichtigsten Motive für die Familien, die sich entschließen, Sachsen-Anhalt wieder zu verlassen, obwohl wir sie in dieser Form nötig brauchten, sind unsere verquasteten Schulstrukturen, die sie ihren Kindern nicht zumuten wollen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDVP)

Es muss uns doch zu denken geben, dass in den Studentenbilanzen - ich verweise auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion - Sachsen-Anhalt mit minus 18,6 % in Bezug auf den Studentenaustausch die negativste Bilanz aller neuen Bundesländer hat.

Ich könnte noch weitere Zahlen vorweisen, die zweierlei deutlich machen. Neben der naturgegebenen und durch die Lage und die Geschichte unseres Landes bedingten Attraktivität, auf die wir uns immer wieder berufen sollten, neben dem Leistungsvermögen der Menschen in unserem Lande hat es in den letzten Jahren politische Entscheidungen gegeben, die die Attraktivität des Landes nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Damit sollten wir uns auseinander setzen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Preiß, DVU, und bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Dr. Bergner, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Ja, Herr Präsident. Das könnte der Anfang einer Debatte sein. Ich will nur sagen, die Aktuelle Debatte gibt einen schlechten Rahmen ab.

Ich möchte noch eine Bemerkung machen, weil wir erst gestern darüber diskutiert haben. Wer sich diese Bevölkerungsprognose im Einzelnen ansieht, der wird bezüglich der Kommunalpolitik an einer Erkenntnis nicht vorbeikommen. Wir werden in Zukunft Kommunalstrukturen für dünn besiedelte Räume brauchen. Das heißt für mich, wir können nicht mit dem Knüppel der fragwürdigen Verbandsgemeinde alle in die Einheitsgemeinde treiben. Damit machen wir die Dörfer in den dünn besiedelten Regionen, die es in Sachsen-Anhalt in Zukunft noch stärker geben wird, tot. Das wollen wir nicht. Auch dies ist eine Konsequenz aus der Bevölkerungsprognose. - Vielen Dank. Wir können die Debatte leider nicht weiterführen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Preiß, DVU, und bei der FDVP - Herr Tögel, SPD: Ein Quatsch, nee! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Herrn Weich für die FDVP-Fraktion das Wort. Bitte, Herr Weich.

Herr Weich (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die mitteldeutschen Länder verlieren an Einwohnern. In Sachsen-

Anhalt ist die Abwanderung in Richtung Westen dramatisch.

Ministerpräsident Höppner hat kürzlich gesagt, die Situation erinnere ihn an die 50er-Jahre. Damals wäre die DDR an einer solchen Entwicklung fast zugrunde gegangen. Aber was sich jetzt auf die Beine macht, übersteigt die Zahlen von damals. In exakten Zahlen ausgedrückt verließen im vorigen Jahr 58 000 junge Menschen Sachsen-Anhalt in Richtung Westen.

Seine Rede im Landtag am 6. April 2001 - ich bin optimistisch, dass die gegenwärtige Situation, in der die Abwanderung junger Menschen die Zuwanderung übersteigt, mittelfristig umgekehrt werden kann - erinnert mich fatal an seine Ungereimtheiten in der Talkshow „Sabine Christiansen“ am 17. Juni 2001.

(Lachen bei der PDS - Zuruf von Frau Stolfa, PDS)

Jetzt versucht die Regierung, Schadensbegrenzung zu machen mit stark nach unten gerundeten Zahlen. Das will bei dieser Minderheitsregierung schon etwas heißen.

Herr Minister Keller hat in der vorigen Woche dem Kabinett die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 1999 bis 2015 vorgelegt, mit dem Ergebnis - ich hätte es ohne Honorar und Studie gesagt -: In den Berechnungen ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen zu der 1998 vorgelegten ersten regionalisierten Bevölkerungsvorgnose. Die Bevölkerungszahlen nehmen in gleichem Tempo ab. Im inländischen Wanderungsprozess verlangsamt sich das Tempo der Bewegung von der Stadt in Richtung Land.

In der Variante 1 wird bis zum Jahr 2015 von bis zu 350 000 Einwohnern weniger ausgegangen. Das bedeutet für die höchsten Abgänge in der Stadt Dessau minus 21,4 %, in Magdeburg minus 15 % und im Kreis Bitterfeld minus 18,4 %. Die niedrigsten Abgänge haben der Ohrekreis mit minus 7,5 %, der Kreis Köthen mit minus 8,6 % und der Kreis Halberstadt mit minus 9,9%.

Andere Wirtschaftsinstitute gehen etwas realistischer an die Einwohnerzahlen heran und sagen, bei ähnlicher Regierungs- und Wirtschaftskonstellation in Sachsen-Anhalt wird es im Jahr 2015 knapp 1,75 Millionen Einwohner in Sachsen-Anhalt geben.

Deshalb muss sich die wirtschaftliche und politische Situation drastisch ändern. Dadurch würde sich die Abwanderung umkehren. Die jungen Menschen hätten wieder eine Perspektive. Das Geburtenverhalten normalisiert sich und der Lebensbaum steht wieder auf den Füßen. Sollte die hausgemachte wirtschaftliche Fehlentwicklung in Sachsen-Anhalt so weitergehen, würde sich die Einwohnerzahl im Jahr 2020 auf 1,5 Millionen Einwohner einpendeln, von denen zwei Drittel, also eine Million Menschen, im Rentenalter sind.

In der Variante 2 werden mögliche Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland ins Auge gefasst. Diese Lösung ist für uns und für die meisten Bürger in Sachsen-Anhalt absolut indiskutabel.

Festzustellen bleibt, diese Regierung ist ein einziger Konkursfall, und zwar sowohl politisch-inhaltlich als auch finanziell. Ministerpräsident Höppner ist eine Belastung und eine Schande für Sachsen-Anhalt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag des Abgeordneten Herrn Dr. Köck für die PDS-Fraktion.

Herr Dr. Köck (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt mir nicht leicht, auf der Grundlage einer Pressemitteilung und einer in der Tagespresse veröffentlichten Statistik eine Aktuelle Debatte im Landtag zu führen. Hinzu kommt, dass statistische Daten insbesondere dann die unangenehme Eigenart haben, einen Sachverhalt eher zu verschleiern, wenn die Bezugsgrößen oder die Rahmenbedingungen der statistischen Erhebung nicht genau bekannt sind.

Letzteres trifft unzweifelhaft zumindest bis zur offiziellen Veröffentlichung in den statistischen Monatsberichten auf die Bevölkerungsvorgnose 2015 zu. Ich möchte deshalb im Gegensatz zu meinen Vorrednern darauf verzichten, die konkreten Zahlen der Bevölkerungsvorgnose in den Mittelpunkt meines Beitrags zu stellen. Gestatten Sie mir, dass ich den Bogen etwas weiter ziehe.

Die heutige Aktuelle Debatte hätten wir besser bereits vor drei Jahren, anlässlich der vom Statistischen Landesamt im Juni 1998 vorgelegten regionalen Bevölkerungsvorgnose 2010, führen sollen; denn damals hätten wir an das vor 300 Jahren im Jahre 1798 von Thomas Malthus veröffentlichte Werk zur Bevölkerungstheorie „An Essay on the Principle of Population“ erinnern können.

Darin formulierte Malthus ein später nach ihm benanntes Gesetz, nach dem sich die Bevölkerungszahl in geometrischer, die Nahrungsmittelproduktion dagegen nur in arithmetischer Progression entwickeln würde. Angesichts von Millionen von hungernden Menschen auf der Erde scheint Malthus wenigstens in der Tendenz leider auch am Beginn des 3. Jahrtausends doch noch Recht zu behalten.

Während man sich vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund des Umstandes, dass der jährliche Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt in drei Stunden - also während unserer heutigen Vormittagsdebatten - durch das Wachstum der Weltbevölkerung ausgeglichen worden ist, über die Bevölkerungsvorgnose 2015 streitet, relativiert sich die Aufgeregtheit über den prognostizierten Bevölkerungsrückgang.

Übrigens hält dieser Prozess in Sachsen-Anhalt bereits seit 1967 ununterbrochen an und soll sich nach der neunten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der statistischen Landesämter und des Bundesamtes für Statistik auch noch in den nächsten 50 Jahren fortsetzen.

Ein ähnliches Bild würde sich auch in den alten Bundesländern bieten, wenn das Zurückbleiben der Geburten- gegenüber der Sterberate - das ist das Merkmal aller Wohlstandsgesellschaften - nicht durch einen Wanderungsüberschuss kompensiert worden wäre. Es waren im Wesentlichen die Gastarbeiter, die Spätaussiedler und die Asylsuchenden, die in der alten Bundesrepublik zu einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 200 000 bis 800 000 Personen geführt haben.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Und Umsiedler aus dem Osten!)

Einen gewissen Beitrag dazu hat aus den bekannten Gründen auch Sachsen-Anhalt jahrzehntelang geleistet. Damit wäre die Einwanderungsproblematik nur kurz angedeutet.

Wesentlich bedeutsamer als die absolute Bevölkerungszahl selbst sind für die Planungen des Landes und der Kommunen sowie unter sozialen und soziologischen Aspekten solche demografischen Parameter wie Haushaltszahlen, Haushaltsgrößen, Familiengrößen, die Altersstruktur, die Lebenserwartung, die Jugend-, Alten- und Sozialhilfeempfängerquoten.

Während wir uns auf der einen Seite gezwungen sehen, diesen demografischen Prozessen durch das Schließen von Schulen, von Kitas oder Krankenhäusern Rechnung zu tragen, tun wir auf der anderen Seite aber nicht Gleiches beim Ressourcen- und beim Siedlungsflächenverbrauch oder in den Kernverwaltungen.

Während beispielsweise in den Jahren 1998/99 die Bevölkerungszahl in Sachsen-Anhalt um insgesamt 50 000 Menschen zurückgegangen ist, wurden gleichzeitig weitere 4 000 ha Fläche für Siedlungszwecke neu in Anspruch genommen. Wenn ich diese Verhältnisse auf den Kultus- und den Sozialbereich übertragen würde, dürften wir nicht die Einrichtungen schließen, sondern wir müssten die Gruppengrößen und die Klassenstärken reduzieren.

Wenn ich in diesem Zusammenhang an die sich fortsetzende Versiegelung der besten Bördeböden denke, schließt sich der Kreis bei Malthus wieder. Das Bevölkerungsproblem liegt bei aller Brisanz weniger im Bevölkerungszuwachs des armen Südens als vielmehr in der Lebensweise des reichen Nordens. Darüber sprechen auch die statistischen Daten in Sachsen-Anhalt eine klare Sprache. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Zum Abschluss des ersten Teils unserer Aktuellen Debatte erteile ich dem Abgeordneten Herrn Buder für die DVU-Fraktion an das Wort. Bitte, Herr Buder.

Herr Buder (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bevölkerungsprognose für das Land Sachsen-Anhalt sieht sehr düster aus. Nach neuesten Prognosen wird das Land bis zum Jahre 2015 weitere Einwohner verlieren. Einer regionalisierten Bevölkerungsprognose zufolge werden dann nur noch rund 2,3 Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt leben. Die Ursachen dafür sind sehr vielschichtig. Neben zu niedrigen Geburtenzahlen in Sachsen-Anhalt schlägt ebenso die Abwanderung jüngerer Menschen aus Sachsen-Anhalt in die so genannten reichen Bundesländer negativ zu Buche. Das führt dazu, dass die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt immer älter wird. Kommen heute 44 über 60-Jährige auf 100 Einwohner im arbeitsfähigen Alter, so werden es im Jahre 2015 bereits 56 sein.

Meine Damen und Herren! Schlankheitskuren werden bekanntlich von Ärzten empfohlen. Ob das auch für unser Land gelten muss, dass sollte dezisiv bezweifelt werden. Auf der Intensivstation liegen bereits Städte wie Dessau und der gesamte Kreis Bitterfeld, aber auch andere Landkreise und kreisfreie Städte. Die Landes-

hauptstadt Magdeburg wird in 14 Jahren nur noch rund 200 Einwohner haben.

(Heiterkeit - Zuruf von der SPD: 200 000! - Zuruf von der CDU: Das ist ein bisschen wenig!)

- 200 000 Einwohner meine ich.

Wer sich die so genannten Lebensbäume von Zeitz bis Stendal anschaut, der fühlt sich eher an ein ärztliches EKG erinnert als an einen gut gewachsenen Tannenbaum. Diese Negativtrend zu stoppen wäre normalerweise die Aufgabe der hiesigen Landesregierung. Aber was ist hier überhaupt noch normal?

Warum das jedoch so ist, haben wir des öfteren explizit und prägnant in den Landtagssitzungen in unseren Redebeiträgen dargestellt. Erinnern möchte ich die Landesregierung nur noch an einige Attribute wie Massenarbeitslosigkeit, mangelnde Wirtschaftsdynamik, mangelnde Familienpolitik, völliges Versagen in der Ansiedlungspolitik - beispielsweise die Absage von BMW an Sachsen-Anhalt - sowie allgemein totales Versagen der Landesregierung.

Herr Höppner! Meine Damen und Herren! Alle diese aufgeführten Fakten sind bezeichnend für die regionalisierte Bevölkerungsprognose in Sachsen-Anhalt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der DVU - Beifall bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Beschlüsse werden nach unserer Geschäftsordnung nicht gefasst. Damit ist das erste Thema im Rahmen der Aktuellen Debatte beraten. Wir kommen zur Talkshow.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung von Herrn Steckel, SPD)

Ich rufe das zweite Thema auf:

Auftritt des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Höppner in der Talkshow „Sabine Christiansen“ am 17. Juni 2001

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4695**

Es wird für die Debatte folgende Reihenfolge vorgeschlagen: CDU, PDS, SPD, DVU und FDVP. Zunächst hat der Antragsteller, die CDU-Fraktion, das Wort. Danach spricht für die Landesregierung Ministerpräsident Dr. Höppner. Herr Professor Böhmer, Sie haben das Wort.

Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden hier keine Talkshow daraus machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben auch nicht vor, eine politische Unterhaltungssendung im Landtag von Sachsen-Anhalt vorzuführen. Nur weil wir glaubten, für eine Aktuelle Debatte einen aktuellen Anlass bemühen zu müssen, haben wir dieses Thema gewählt, über das ich - das gebe ich zu - überhaupt nicht glücklich bin. Herr Kollege Fikentscher, wenn wir gewusst hätten, dass man - jetzt zitiere ich Sie -

„einen langfristigen Prozess von großer Trägheit“ auch zum Thema einer Aktuellen Debatte machen kann,

(Herr Dr. Fikentscher, SPD: „Die man immer aktuell halten muss“, hatte ich hinzugefügt!)

dann wäre uns mit Sicherheit eine andere Formulierung eingefallen. Worum es uns geht, lässt sich ganz einfach sagen: Wir beobachten immer wieder und nicht erst seit gestern, dass mit Scheinzusammenhängen ohne Kausalitätsnachweis und einer bestimmten gewollten oder ungewollten Problemvernebelung durch Faktenverdrängung Kulissen aufgebaut werden, hinter denen dann politische Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU, und von Herrn Preiß, DVU - Zuruf von Herrn Tögel, SPD)

Wir beobachten das immer wieder und wollen es nicht hinnehmen, dass wir unter solchen Umständen als Legitimationsvorwand für Entscheidungen benutzt werden, die man jetzt noch nicht zugeben möchte. Das ist unser eigentliches Problem und darüber wollten wir in diesem Haus diskutieren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU, und von Herrn Preiß, DVU)

Weil es dazu in der genannten Talkshow einige Äußerungen gegeben hat, haben wir sie zum Anlass genommen, um das Thema vor diesem Haus vorzutragen. Dort war, um konkrete Beispiele zu nennen, vom Personalabbau in Sachsen-Anhalt die Rede und davon, dass die Landesregierung jetzt den Überhang abbauen müsse, den wir aufgebaut haben.

(Zuruf von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner)

Meine Damen und Herren! Das ist im Einzelfall vielleicht richtig, aber es umschreibt überhaupt nicht das eigentliche Problem. Wir haben im Jahr 1991 über 115 000 Landesbedienstete gehabt. Im Jahre 1994 waren es noch ca. 95 000. Das heißt, immerhin 20 000 Landesbedienstete mussten in dieser Zeit abgebaut werden. Dass das nicht einfach war, können Sie in den Protokollen der Landtagssitzungen der damaligen Zeit nachlesen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU, und von Herrn Preiß, DVU - Herr Dr. Bergner, CDU: Das ist richtig!)

Dass aufgrund des Umbaus der Verwaltung möglicherweise auch Stellen abgebaut werden müssen, die erst in der Zwischenzeit aufgebaut worden sind, mag im Einzelfall richtig sein, umschreibt aber überhaupt nicht das Problem, vor dem wir in Sachsen-Anhalt stehen.

(Zustimmung von Herrn Preiß, DVU)

Nach der Diskussion am gestrigen Abend muss ich daran erinnern, wie schwierig es war: Es hat drei Anträge im Landtag gegeben, die nicht antragsgemäß mit einer Mehrheit beschieden worden sind. Dies ist nicht einfach, aber dies ist nicht das Problem der CDU von Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU)

Oder ein anderes Problem. Meine Damen und Herren! - Herr Ministerpräsident, Sie sollten nicht zu zeitig lächeln.

(Ministerpräsident Herr Dr. Höppner: Ich habe einen guten Grund!)

Wir haben Schwierigkeiten mit der Verschuldung im Land. Das wissen Sie.

(Ministerpräsident Herr Dr. Höppner: Ja?)

Wir lassen uns nicht nachsagen, dass die Landesregierung jetzt mühsam das an Schulden abbauen muss, was wir aufgebaut haben. Alle neuen Bundesländer mussten in der Zeit der Fondsfinanzierung bis zum Jahr 1994 höhere Kredite aufnehmen als danach. Wenn Sie sich aber das Zahlenmaterial des Landes Sachsen-Anhalt im Vergleich zu dem der anderen neuen Bundesländer ansehen, werden Sie feststellen, dass wir in der Zwischenzeit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung haben

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU)

und dass die Verschuldungszunahme nach der Einbeziehung der neuen Bundesländer in den innerdeutschen Finanzausgleich in keinem anderen Bundesland so groß war wie in Sachsen-Anhalt. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU, und von Herrn Preiß, DVU)

Meine Damen und Herren! Es war doch nicht die CDU-Fraktion, die von diesem Pult aus gesagt hat, dass die Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 1996 - oder 1997; ich weiß das nicht mehr genau - um 100 Millionen DM erhöht werden musste, damit die PDS-Fraktion dem Haushalt zustimmt. Das war nicht die CDU-Fraktion, es war der damalige Finanzminister, der das gesagt hat.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der DVU - Widerspruch bei der SPD - Herr Bischoff, SPD: Sie haben doch wesentlich mehr gefordert!)

- Herr Bischoff, damit Sie sich nicht irren, will ich deutlich sagen: Das sozialdemokratische Kosewort „Knalli“ stammt nicht von uns, damit das ganz klar ist.

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Das waren Diskussionen, die in diesem Zusammenhang geführt worden sind. Wir lassen uns nicht in die Schuhe schieben, dass jetzt das in Ordnung gebracht werden müsste, was wir in diesem Land damals falsch gemacht haben.

Es gibt auch Diskussionen, die nicht falsch sind. Wenn die Landesregierung zu Recht darauf verweist, dass die Zahl der Investitionen je Beschäftigten in Sachsen-Anhalt größer ist als in anderen neuen Bundesländern, dann bestreiten wir das nicht. Aber Sie können sich die Zahlen analysieren lassen. Die meisten Investitionen stammen aus den Niederlanden und aus Frankreich und hängen zum größten Teil noch mit dem Chemiedreieck und Elf Aquitaine zusammen. Das ist statistisch nachweisbar.

(Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

Die Zahlen sind Ihnen bekannt. Wenn Sie das auf die Zahl der Beschäftigten beziehen, dann weiß jeder Mathematiker, dass das Ergebnis umso besser wird, je kleiner der Divisor wird, dass heißt je weniger Beschäftigte wir im Land haben. Das ist im Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit auch ein Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU, und von Herrn Preiß, DVU - Herr Dr. Daehre, CDU: Richtig!)

Es gibt eine Reihe anderer Probleme, die ich der Reihe nach aufzählen könnte - aber das ist nicht mein Anliegen.

gen -, bei denen wir in einer Weise miteinander umgehen, von der ich sage, dass sie mit Sicherheit - ich denke, damit liege ich nicht falsch - auch der Ministerpräsident nicht möchte.

Uns geht es einfach darum, dass wir zu einer bestimmten Redlichkeit der Argumentation zurückkommen. Wir müssen nicht alle einer Meinung sein. Es ist auch nicht die Sehnsucht der Opposition, vom Regierungschef gelobt zu werden. Darum geht es doch nicht. Aber es geht uns darum, dass wir mit Fakten, die belegbar sind, und mit Argumenten, die nachvollziehbar sind,

(Zuruf von Herrn Schomburg, CDU)

miteinander den politischen Wettbewerb austragen und uns nicht hinter Scheinargumentationen flüchten, weil im Grunde genommen andere Entscheidungen, die man nicht zugeben möchte, vorbereitet werden.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU, und von Herrn Preiß, DVU)

Da meine Redezeit beendet ist und ich mir auch nicht Ermahnungen einhandeln möchte, sage ich: Das war der eigentliche Hintergrund der Aktuellen Debatte, zu der wir - das gebe ich zu - einen Anlass gewählt haben, der glücklicher hätte formuliert werden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU)

Präsident Herr Schaefer:

Ich war nahe an der Ermahnung. - Ich erteile nunmehr dem Ministerpräsidenten Dr. Höppner das Wort. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Professor Böhmer, ein bisschen tun Sie mir Leid, weil Sie jetzt vorgeschickt worden sind, um der Sache wenigstens noch den Anschein von Seriosität zu geben.

(Beifall bei der SPD - Oh! und Lachen bei der CDU)

Aber wir haben ja auch nicht Frau Christiansen hier vorn als Moderatorin; insofern wird es, denke ich, auch keine Talkshow werden. Ich verstehe das natürlich in gewisser Weise. An jenem Sonntagabend haben einige CDU-Fraktionsmitglieder auf dem Sofa gesessen, „Christiansen“ gesehen und sich geärgert.

(Herr Schomburg, CDU: Über Ihren Blödsinn!)

Es geht mir übrigens auch öfter so: Wenn ich mir eine Talkshow ansehe und die Beiträge höre, dann ärgere ich mich.

(Frau Feußner, CDU: Geschämt haben wir uns für unser Land! - Weitere Zurufe von der CDU)

Dafür gibt es übrigens eine ganz einfache Möglichkeit, die Möglichkeit, einfach abzuschalten. Das mache ich auch öfter.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung von Ministerin Frau Dr. Kuppe - Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Stattdessen quälen Sie uns hier mit einer Aktuellen Debatte. Gut, es ist zweifellos Ihr parlamentarisches Recht, aber es ist nicht verpflichtend in der Geschäfts-

ordnung festgeschrieben, dass man sich bei Ärger mit einer Aktuellen Debatte im Landtag meldet.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS - Zurufe von der CDU)

Ich hätte es noch verstanden, wenn Sie eine Aktuelle Debatte im Bundestag beantragt hätten und sich darüber geärgert hätten, dass Herr Merz in jener Talkshow wirklich alle Zahlen durcheinander gebracht hat und alle Fakten, die man überhaupt aufzählen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der PDS - Lachen bei und Zurufe von der CDU)

Aber der Kern der Sache war wahrscheinlich, dass Sie sich über meinen Satz geärgert haben - zugegebenermaßen umgangssprachlich formuliert -, die CDU habe die Karre in Sachsen-Anhalt damals an die Wand gefahren

(Frau Feußner, CDU: Und Sie holen sie wieder raus! Das sehen wir heute!)

wie jetzt in Berlin. Dazu sage ich Ihnen jetzt einmal ganz klar: Ich hätte über diese Zeit bis 1994 - wen interessiert es im Grunde genommen noch? - gern den Mantel des parlamentarischen Vergessens getan.

(Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie mich jetzt provozieren, über diese Zeit noch einmal zu reden, dann muss ich doch auf ein paar Fakten zurückkommen.

(Herr Scharf, CDU: Warum denn! - Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Professor Böhmer, mir geht es an der Stelle wirklich um Fakten.

(Herr Gürth, CDU: Das war eine erfolgreiche Zeit! - Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

Erster Punkt. Es ist nicht zu bestreiten, dass es in Deutschland einmalig ist, dass es in einem Land innerhalb einer Legislaturperiode drei Regierungen gegeben hat.

(Frau Feußner, CDU: Die haben trotzdem mehr gemacht als Sie in sieben Jahren! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist eine Folge von Krisen gewesen, die es so bisher nicht gegeben hat. Das waren nicht unsere, das waren Ihre Krisen.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Das Ergebnis bei den Wahlen war übrigens, dass die CDU-FDP-Regierung insgesamt 13 % an Wählerstimmen verloren hat. Ich denke, das ist eine Hypothek gewesen,

(Zuruf von Frau Feußner, CDU)

bei der die Wendung „die Karre an die Wand gefahren“ wohl wirklich - umgangssprachlich jedenfalls - berechtigt ist.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Diese Diskontinuität in den ersten Jahren war wirklich eine Hypothek für dieses Land - ich will Ihnen gar nicht alle Einzelheiten aufzählen -, die noch lange nachwirkt.

(Herr Scharf, CDU: Hohe Investitionen! - Herr Dr. Daehre, CDU: Davon leben Sie heute noch, von den Investitionen!)

Ich möchte an der Stelle einen zweiten Fakt nennen: das Thema Neuverschuldung. Herr Professor Böhmer, wir haben uns öfter darüber unterhalten. Es ist richtig, man darf die Neuverschuldung von 1994 nicht mit der von 1995 vergleichen, weil es dann ein ganz neues System gegeben hat.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Da haben Sie es doch!)

Aber eines kann man natürlich einmal machen: Man kann die Neuverschuldung, die Sie für 1994 eingeplant hatten, mit den Neuverschuldungen der anderen neuen Bundesländer vergleichen. Dazu kann ich Ihnen sagen: Sie haben fast 5 Milliarden DM eingeplant; das ist fast ebenso viel gewesen, wie das doppelt so große Sachsen geplant hat.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Sie haben doch noch viel mehr gefordert in den ersten Jahren!)

Es war wirklich exorbitant, wie die Verschuldung für 1994 in Sachsen-Anhalt angesetzt war. Das hat sich kein anderes Bundesland getraut.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Doch, doch! Da gucken wir nach!)

Das ist einfach ein Fakt.

Ich weiß übrigens, dass Sie als Finanzminister nicht eine solche hohe Verschuldung wollten; die hat Ihnen der Ministerpräsident reingedrückt.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU, nickt mit dem Kopf)

Ich gebe das bei der ganzen Geschichte einfach einmal zu. Aber ich rede jetzt auch nicht über das, was Sie wollten, ich rede hier leider über die CDU-Politik als Ganzes. Dazu muss das dann schon gesagt werden.

Nächster Fakt. Nehmen wir einmal das Thema Verwaltungsstruktur, das uns heute bekanntermaßen wirklich ärgert. Es ist in Deutschland anerkannt, dass es Unsinn ist, die Struktur von Regierungspräsidien neben einer völlig ausufernden Struktur von Landesämtern aufzubauen. Das haben Sie geschafft. Übrigens haben wir schon damals in der Legislaturperiode angefangen, darüber zu diskutieren, wie man es wegstücken könnte. Sie haben es konsequent ausgebaut, wir müssen es jetzt abbauen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn das nicht eine Hypothek ist, die wir haben, dann weiß ich es nicht.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS - Frau Stange, CDU: Und was machen Sie seit sieben Jahren? Was machen Sie denn?)

- Es ist doch so. Das ist ein Fakt.

Reden wir einmal über das Thema Personal.

(Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

Richtig ist: Es waren erhebliche Reduzierungen erforderlich. Aber bis 1993 gab es eben das Sonderkündigungsrecht. Wenn Sie es wenigstens aus sozialer Überzeugung nicht gemacht hätten, aber Sie haben aus Unfähigkeit das Personal nicht bis zu diesem Zeitpunkt abgebaut.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS - Herr Dr. Daehre, CDU: Das ist eine Unverschämtheit!
- Herr Scharf, CDU: Wenn Sie sich mal daran gehalten hätten! Das haben Sie uns vorgeworfen!
- Weitere Zurufe von der CDU)

Ich erinnere mich an Debatten, die wir geführt haben, auch mit Vertretern der Hochschulen, die sich richtig darüber geärgert haben, dass vom Kultusministerium nicht die entsprechenden Kündigungen gekommen sind, weil sie wussten: Wenn es in dieser Woche nicht mehr kommt, ist es vertrottelt.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Und Sie hätten die Leute auf die Straße geschickt!)

Dadurch sind wir noch Jahre später im Nachteil. Sehen Sie sich die Probleme der Universität Halle an, dann wissen Sie es.

(Herr Scharf, CDU: Sie sind doch Sturm gelaufen gegen diese Entlassungen!)

Es gibt dafür noch mehrere Beispiele, wir brauchen uns nicht bei einem aufzuhalten.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Aber die Aktuelle Debatte gibt keine Gelegenheit, ausführlich darüber zu diskutieren.

Das Stichwort Gebietsreform. Ich weiß es genau: Im Innenministerium lagen auch im Jahr 1992 schon Vorstellungen zu den Kreisen vor, die ungefähr unseren heutigen entsprechen. Wir hätten das damals schon machen können.

(Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Sie waren schließlich zu feige, die vernünftigen Lösungen durchzusetzen, weil Sie Angst hatten, dass Sie die Wahlen verlieren.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Theil, PDS - Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU, schüttelt den Kopf)

Mir wird gelegentlich vorgeworfen, ich würde das Land sozusagen rosarot malen. Dazu will ich erst einmal klar festhalten: Ich habe nie von blühenden Landschaften geredet, das Copyright hat ein anderer, und der sitzt auch auf der anderen Seite.

(Unruhe bei der CDU)

Es gibt Dinge, die sind gut in unserem Land; es gibt Dinge, die sind schlechter. Ich will Ihnen sagen, die Tatsache, dass die CDU nicht an der Regierung beteiligt ist, gehört sicherlich nicht zu den schlechten Fakten dieses Landes.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von der Regierungsbank - Herr Dr. Daehre, CDU: Sieben Jahre!)

Es gibt die immer gut gepflegte Legende, dass die CDU eine besondere wirtschaftspolitische Kompetenz habe. Ich kann das in Berlin nicht erkennen,

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

wo Diepgen und Landowski dafür gesorgt haben, dass Milliarden verschwunden sind. Das kann wirklich nicht von wirtschaftspolitischer Kompetenz zeugen,

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

übrigens auch in unserem Lande nicht. An eine Sache erinnern sich wahrscheinlich alle noch: Die CDU-Fraktion ist konsequent gegen die Privatisierung von Buna gewesen. Heute freuen wir uns alle, dass wir BSL als einen soliden Standort haben.

(Herr Scharf, CDU: Wann kommen die denn? - Weitere Zurufe von der CDU)

So viel zu dem Thema wirtschaftliche Kompetenz. Jedenfalls darf sie sich nicht darin erschöpfen, dass Sie wie apokalyptische Reiter über das Land ziehen und im Grunde genommen - wir haben das vorhin gehabt - die Dinge immer schlimmer darstellen, als sie sind, und damit den Menschen, die sich wirklich anstrengen, eher den Mut nehmen, als das zu tun, was nötig wäre: Mut zu machen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Wie lange regieren Sie eigentlich schon?)

Meine Damen und Herren! Ich denke, es gab einen guten Grund dafür, zu sagen: Sie haben die Sache vor die Wand gefahren, und wir mussten anpacken und einen Neuanfang in diesem Land machen.

(Beifall bei der SPD - Oh! und Lachen bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU: Sieben Jahre regieren Sie!)

Meine Damen und Herren! Ich will den Fakten nichts mehr hinzufügen; das ließe sich noch lange fortsetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin übrigens auch lernfähig. Das will ich ausdrücklich sagen. Ich habe mir vorgenommen, ich werde in diese berühmte Kochshow von Biolek „Alfredissimo“ lieber nicht gehen, sonst reden wir im Landtag demnächst über Kochrezepte. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und starker Beifall bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren, Sie erwarten von unseren Stenografen hoffentlich nicht, dass sie alle Zurufe aufgenommen haben. Das waren sehr viele.

(Frau Weiß, CDU: Ha, ha, ha!)

Die Debatte wird, da die PDS-Fraktion auf einen Beitrag verzichtet hat, fortgesetzt durch den Beitrag von Herrn Dr. Fikentscher für die SPD-Fraktion.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Böhmer, Sie haben die eigentliche Begründung für die Aktuelle Debatte noch nachgeliefert, aber ich kann nur sagen: Es gibt keine Pflicht zur Beantragung von Aktuellen Debatten. Wenn einem nichts einfällt, kann man das auch unterlassen

(Zustimmung von Ministerpräsident Herr Dr. Höppner)

und muss nicht unbedingt eine Talkshow zum Vorwand nehmen. Das ist nicht sehr überzeugend gewesen.

Aber Sie haben uns mit diesem Thema immerhin eine Kuriosität geliefert, die möglicherweise noch in die Geschichte dieses Landtages eingehen wird. Damit haben Sie jedenfalls in zweierlei Hinsicht etwas geliefert, was vielleicht doch bemerkenswert ist. Einerseits machen Sie mich besorgt um uns Abgeordnete und andererseits zeigen Sie, dass man aus parteilichem Blick heraus wenigstens bei der CDU-Fraktion tatsächlich schwarz und weiß verwechseln kann. Denn die Wirklichkeit, die sich in dieser Talkshow abgespielt hat, war genau umgedreht. Das werde ich gleich noch erklären.

Besorgt machen Sie mich deswegen, weil sich herausstellt, dass die Belastungen der Abgeordneten unauhör-

lich steigen. Jedenfalls muss man das jetzt befürchten, denn nun müssen die Abgeordneten auch noch sämtliche Politunterhaltungssendungen im Fernsehen anschauen, damit sie überhaupt wissen, was in der nächsten Landtagssitzung ein Thema sein könnte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Wenn wir heute bei dieser Debatte hohe Einschaltquoten erreichen, wird vielleicht eine Serie daraus.

(Heiterkeit bei der SPD)

Falls das eintritt, beantrage ich jetzt schon für meine Fraktion bei der Landtagsverwaltung, dass sie einen für alle Abgeordneten erreichbaren Videodienst einrichtet, damit sie die Politunterhaltungssendungen der letzten Wochen nachträglich in ihren Büros sehen können. Bei dieser Vielzahl des Angebotes kann man überhaupt nicht erwarten, dass die Abgeordneten von selbst darauf kommen; denn man weiß ja nicht, was Sie beim nächsten Mal alles beantragen. Dies jedenfalls sollten wir allen Ernstes ins Auge fassen, vorausgesetzt, Sie machen das weiter, was Sie jetzt begonnen haben.

Kurios ist aber auch, dass Sie - soweit nur zu einer eher komischen Seite - Verschiedenes direkt miteinander verwechselt haben. Ich habe mir natürlich auch das Video besorgt. Ich habe es natürlich auch noch einmal angeguckt und vor- und zurückgespult. Dabei sind wir darauf gekommen, dass die Äußerungen unseres Ministerpräsidenten in vier Punkten - er hat das schon im Einzelnen dargelegt - alle ganz sauber und korrekt waren.

(Herr Scharf, CDU: Falsch! - Herr Gürth, CDU: Falsch! Alle falsch gewesen!)

Vielleicht war das eine oder andere umgangssprachlich ausgedrückt. Ich habe die Zahlen geprüft. Ich habe mir auch ein paar Tabellen herausgesucht. Ich will und kann diese jetzt nicht vorlesen. Alle diese Zahlen, alle diese Behauptungen sind korrekt. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden.

In der ganzen Sendung gab es allerdings zwei unrichtige Äußerungen. Eine kam von Herrn Goppel von der CSU. Er hat gesagt, dass Minister Heyer Wirtschaftsminister sei.

(Heiterkeit bei der PDS)

Das nehmen wir ihm nicht sehr übel. Immerhin vermutet er bei uns auch beim Verkehrs- und Bauminister so viel wirtschaftspolitische Kompetenz, dass er ihn für einen Wirtschaftsminister halten könnte. Das ist immerhin bemerkenswert.

(Herr Bischoff, SPD, lacht)

Die zweite unrichtige Äußerung kam vom Kollegen Merz von der CDU/CSU-Fraktion. Er hat nachhaltig behauptet, dass in „Meck-Pom“ die höchste Arbeitslosigkeit herrsche.

(Lachen und Zustimmung bei und Zurufe von der CDU)

Der Ministerpräsident, auf Wahrheit bedacht, hat ihn darauf hingewiesen, aber Herr Merz war verstockt.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS - Zurufe von der CDU)

Er behauptete weiterhin, in „Meck-Pom“.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Darüber freut ihr euch noch? - Lachen bei der SPD und bei der PDS - Herr Dr. Daehre, CDU: Mein lieber Mann!)

Stellen Sie sich vor, meine Freunde von der SPD-Fraktion in „Meck-Pom“ würden jetzt so reagieren wie Sie, dann würden sie in Schwerin eine Aktuelle Debatte über die rufschädigenden Äußerungen des Kollegen Merz in einer Talkshow beantragen. Wo kämen wir da hin?

Meine Damen und Herren! Bei genauer Betrachtung ist es also genau umgedreht. Sie haben schwarz mit weiß verwechselt oder Sie waren im falschen Film. Vielleicht finden Sie auch einmal den richtigen heraus. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von der Regierungsbank - Herr Dr. Daehre, CDU: Das ist der Beifall für die rote Laterne! Prima!)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Auch die Fraktion der DVU hat auf einen Beitrag verzichtet. Ich erteile deshalb jetzt der Abgeordneten Frau Wiechmann für die FDVP-Fraktion das Wort. Bitte, Frau Wiechmann.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den Fernsehauftritten haben wir in diesem Hohen Hause, glaube ich, so unsere Erfahrungen. Ich erinnere an die Rede eines SPD-Abgeordneten zum Untergang der „Titanic“, eine Rede, die sich unserer Meinung nach nahtlos einfügte in die Geschichte von Käpt'n Blaubär und Hein Blöd in der Sonntagsvormittagssendung mit der Maus. Ich glaube, Sie kennen sie alle. Wir alle wussten dann zwar mehr über den Untergang der „Titanic“, ahnten aber zumindest, dass so der von der SPD selbst herbeigeführte desolote Zustand der Landesfinanzen vielleicht ungewollt, aber doch treffend umschrieben wurde.

Wer dann glaubt, die SPD vermöge sich in ihren Fernsehauftritten nicht zu steigern, irrt sich. Auch wenn sich der Herr Ministerpräsident nicht den bohrenden und intelligenten Fragen der kleinen Maus stellte - am Abend des Sonntags sah er seine große Stunde gekommen, meine Damen und Herren. Selbstverständlich ist es Herrn Dr. Höppner selbst überlassen, aufzutreten und zu schwätzen, wo es ihm beliebt, und da er für Letzteres berühmt und berüchtigt ist - Journalisten schätzen übrigens derartige Plaudereien sehr als Lückenfüller im Sommerloch -, wird der 17. Juni 2001 sicherlich auch nicht der letzte Auftritt gewesen sein.

Aber die Krönung - so unser Vorschlag - zur Repräsentation des Landes und der Sachsen-Anhaltiner wäre ein mit Zlatko getränktes Lied beim nächsten Grand Prix, wobei - das ist auch wieder unser Vorschlag - Dr. Höppner mit Schlafmütze - Sie erinnern sich alle an das schöne Bild - und roter Laterne in der Hand dem Lied dann auch die landestypische Prägung verleihen könnte.

Meine Damen und Herren! Ich gestehe, dass ich im Unterschied zur CDU, die den Auftritt des Ministerpräsidenten so wie viele Bürger als empörend und peinlich empfand, an dieser Stelle Milde walten ließ, weil ich von Dr. Höppner von vornherein gar nichts anderes erwartet hatte. Man ist eben über diese Auftritte des Ministerpräsidenten nicht überrascht, wenn man die

medienpolitische Weisheit berücksichtigt, die über Politiker verbreitet ist. Es gibt nämlich eine sichere Methode - ich darf das hier zitieren - herauszufinden, wann Politiker nicht die Wahrheit sagen, nämlich dann, wenn sie die Lippen bewegen.

Nun war es schon deshalb ausgesprochen günstig, dass Herr Dr. Höppner an genau diesem Fernsehabend nur wenig die Lippen bewegte; aber wenn er sie bewegte, war das schon wieder eine Bewegung zu viel.

(Zustimmung bei der FDVP - Zuruf von Herrn Rahmig, SPD)

Deshalb sollte auch die CDU-Fraktion an dieser Stelle ein klein wenig Nachsicht mit Herrn Dr. Höppner walten lassen, für den ja das Fernsehen sicherlich auch eine Geltungsbedürfnisanstalt verkörpert.

Meine Damen und Herren von der CDU, ganz verständlich ist mir deswegen auch Ihre Aufgeregtheit über den Fernsehauftritt des Herrn Dr. Höppner nicht. Gönnen Sie ihm doch einfach die Freude, wenn er im Stile des Wäschekammerexperten Boris lauthals ausruft: Ich bin drin!

(Heiterkeit bei der CDU)

Das heißt natürlich nicht im Internet, sondern im Fernsehen. Die Fernsehauftritte des Dr. Höppner - da gebe ich einmal seine Worte wieder - entzaubern ihn doch in aller Öffentlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDVP)

Jetzt kann sich jeder ein Bild, sein Bild von diesem Ministerpräsidenten und seiner Politik nicht nur ausmalen, sondern er kann es sich machen. Und wenn einer kläglich und immer haarscharf an der Wirklichkeit vorbeischrämmt, erfüllt er doch nur, was Lothar Späth von solchen Politikern annimmt; denn er hat gesagt: Es gibt Politiker, die meinen von nichts etwas verstehen zu müssen, weil man nur so unbefangen über alles Mögliche reden könne. Allerdings gestehe ich: Wenn eine solche Erkenntnis für den Ministerpräsidenten unseres Landes zutrifft, dann wird es wirklich kritisch, dann sollte nach Auffassung der FDVP-Fraktion Dr. Höppner nicht über seinen nächsten Auftritt in den Medien nachdenken, sondern seinen unverzüglichen Abtritt vollziehen.

Das ist nicht die Forderung des Tages, aber es ist die Chance im nächsten Jahr. Das ist konsequenter, als mit medizinischen oder politischen Sanierungsangeboten zu operieren. Derartige Versuche, meine Damen und Herren von der CDU, enden meist als Blamage, ähnlich wie die CDU-Saniierer den Fernsehauftritt des Dr. Höppner als empörend und peinlich empfunden haben.

Ja, meine Damen und Herren, es gibt gravierende Probleme in diesem Land, existenzielle Probleme. Sie gilt es zu lösen und genau darüber müssen wir an dieser Stelle reden und nicht über den lächerlichen Auftritt des Dr. Höppner im Fernsehen. Und wir müssen über den Imageschaden reden, den dieser Auftritt für Sachsen-Anhalt verursacht hat. - Danke schön.

(Beifall bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Ich führte bereits aus, dass in der Aktuellen Debatte keine Beschlüsse gefasst werden. Damit ist das zweite Thema im Rahmen der Aktuellen Debatte beendet und der Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen.

Da der Kultusminister inzwischen eingetroffen ist, können wir wie geplant mit dem Tagesordnungspunkt 23 fortsetzen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Beratung

Ehrenamt und Schule

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4640**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4700**

Einbringerin ist für die PDS-Fraktion die Abgeordnete Frau Dr. Weiher. Es folgt eine Fünfminutendebatte. Die Vertreter der Fraktionen sprechen in folgender Reihenfolge: DVU, FDVP, SPD, CDU und PDS. Nach der Abgeordneten Frau Dr. Weiher wird der Kultusminister für die Landesregierung das Wort ergreifen. Bitte, Frau Dr. Weiher, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Weiher (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gestehe, dass es nicht so einfach ist, nach einem Thema wie dem letzten in der Aktuellen Debatte wieder auf den Boden der einfachen Anträge zurückzukommen. Versuchen wir es trotzdem.

Stellen Sie sich einmal vor, Ihr Kind oder auch Ihr Enkelkind ist Mitglied eines Sportvereins, und an einem normalen Trainingstag fällt das Training aus, weil weder der Trainer noch der Übungsleiter kommt. Oder die Ferien haben wie gestern begonnen und die Kinder können nicht mehr ins Ferienlager fahren, denn es finden keine Ferienfreizeiten mehr statt. Oder noch schlimmer: Im Dorf XYZ brennt es und niemand kommt zum Löschen.

Diese Dinge sind hoffentlich weit von der Realität entfernt. Aber es wäre durchaus denkbar, dass so etwas passieren könnte; denn diesen drei Ereignissen und vielen anderen ist eines gemein: Sie basieren auf einer freiwilligen, dem Grunde nach unbezahlten Tätigkeit von Menschen aller Altersklassen, die meistens über einen längeren Zeitraum erfolgt und anderen zugute kommt.

Die Rede ist vom Ehrenamt, auch bürgerschaftliches Engagement oder Freiwilligenarbeit genannt. Es gibt viele Begriffe für diese aktive Arbeit in Vereinen, Verbänden, Selbsthilfegruppen und Projekten, und es gibt viele Menschen, die sich auf den verschiedensten Gebieten heute ehrenamtlich betätigen. Die Spanne reicht von sozialen Bereichen über Tier- und Naturschutz, Jugendverbände und Sport bis zur freiwilligen Feuerwehr oder der Schöffentätigkeit.

Im Freiwilligensurvey 1999, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben hatte, sind doch einige überraschende Ergebnisse zutage getreten. Ca. 34 % aller in Deutschland Lebenden ab dem 14. Lebensjahr, also etwa 22 Millionen Menschen, arbeiten in ihrer Freizeit ehrenamtlich. Bisher ging man nur von etwa 18 % aus. Welche Werte durch diese Arbeit geschaffen werden, die für die Gesellschaft unverzichtbar sind, will ich hier nicht näher ausführen. Dies kann in verschiedenen Veröffentlichungen nachgelesen werden.

Aber der damit durchaus verbundene finanzielle Druck sollte nicht die Debatte um die Zukunft der Freiwilligenarbeit ersetzen. Die Ehrenamtlichkeit ist ein demokra-

tisches Gestaltungsrecht und gehört als ein unverzichtbarer Bestandteil zum sozialen demokratischen Netz, in dem die verschiedenen Maschen miteinander verbunden sind, aber sich nicht gegenseitig ersetzen können.

Gerade im Jahr 2001, dem Jahr des Ehrenamtes und der Freiwilligen, das im Jahr 1997 von den Vereinten Nationen ausgerufen wurde, spielen die inhaltliche Ausrichtung von Ehrenämtern, die Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen auf die freiwillige Arbeit, aber auch Fragen der Anerkennung und Förderung in der öffentlichen Diskussion eine größere Rolle.

Insbesondere der Gruppe der Kinder und Jugendlichen kommt heute eine hohe Bedeutung zu. Zwar wird diese Gruppe im Vergleich zur älteren Generation aufgrund der sinkenden Geburtenrate und der steigenden Lebenserwartung immer kleiner, aber ohne das gemeinnützige Engagement der Jugendlichen kann es passieren, dass die Gesellschaft auch bald sehr alt aussehen kann.

Wenn man aber darüber nachdenkt, Kinder und Jugendliche für ehrenamtliche Tätigkeiten zu gewinnen, muss man ganz sicher auch die Veränderungen in diesem Bereich zur Kenntnis nehmen. Das betrifft zum Beispiel die Langfristigkeit von Mitgliedschaften in Vereinen oder Verbänden oder den bloßen selbstlosen Einsatz.

Ich war am Wochenende beim Jubiläum „Zehn Jahre Landesjugendfeuerwehrverband“. Auch dort spielte die Frage des Nachwuchses eine Rolle. Nur ein Teil der über 14 000 Kinder und Jugendlichen bleibt auch im höheren Alter der freiwilligen Feuerwehr treu. Heute gibt es eindeutig Trends hin zu kürzeren, überschaubaren Zeiträumen und häufigerem Wechsel. Aber auch das Erleben von Spaß, Geselligkeit und die eigene Bestätigung sind gerade für junge Menschen wichtig geworden.

Die Bereitschaft zu einer Übernahme freiwilliger Tätigkeiten durch Jugendliche ist als sehr hoch einzuschätzen. Umso wichtiger ist es, genau diese Bereitschaft in jungen Jahren zu fördern und anzuerkennen, also entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, wie zum Beispiel Räume zur Verfügung zu stellen und eigene Gestaltungsmöglichkeiten usw. zu schaffen, damit junge Leute sich auch im späteren Alter gesellschaftlich einbringen.

Junge Menschen lernen in diesen Zeiten, Verantwortung zu übernehmen. Sie erwerben solche wichtigen persönlichen und beruflichen Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Toleranz, Kreativität, Kommunikationsfähigkeit, Eigeninitiative, um nur einige zu nennen.

Wir meinen, dass diese Kompetenzen, ihre erworbenen Erfahrungen und ihr angeeignetes Wissen und Können es wert sind, im Prozess der schulischen Bildung und Erziehung eine stärkere Rolle zu spielen als bisher, zumal die Schule selbst viele Möglichkeiten der ehrenamtlichen Betätigung bietet.

Ich denke dabei nur an Schülersprecher, Schülerlotsen, Streitschlichter, Verantwortliche für Schulbibliotheken oder auch Leiter von Arbeitsgemeinschaften, die eine sehr zeitaufwendige Arbeit betreiben.

Die Engagementbereitschaft in der Schule muss positiv unterstützt werden. Das geschieht sicher nicht mit der Einführung eines Unterrichtsfaches „Erziehung zum Ehrenamt“, sondern durch die Unterstützung der Aktivitäten von Schülern und Schülerinnen innerhalb und außerhalb der Schule, durch eine echte Beteiligung in der Schule, aber auch durch die Anerkennung und die

Schaffung von Freiräumen und die Nutzung der Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern im Unterricht.

Die Schule kann die Bereitschaft zur Übernahme von freiwilliger Arbeit steigern. Die Schule hat einen entscheidenden Anteil an der Ausprägung von Schlüsselqualifikationen wie zum Beispiel von sozialen Kompetenzen. Die Schule sollte stärker mit außerschulischen Strukturen zusammenarbeiten.

Die Schule nimmt neben der Familie in der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen eine besondere Stellung ein. Von daher halten wir es für legitim, dass die Schule auch über eine Förderung, Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeiten nachdenken sollte.

Wir wollen mit unserem Antrag zum einen in Erfahrung bringen, wie hoch das freiwillige Engagement von Schülerinnen und Schülern ist, welche Bereiche von ihnen besonders gewählt werden und wie bereits heute die Schule auf das Engagement reagiert.

Zum anderen wollen wir darüber diskutieren, wie die Schule genau diese Bereitschaft stärker für sich nutzen, aber auch die Motivation der Schülerinnen und Schüler zur Übernahme freiwilliger Tätigkeiten befördern kann und wie eine stärkere öffentliche Anerkennung erfolgen kann.

Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Man kann sich natürlich trefflich darüber streiten, was in welchen Zeiträumen leistbar ist und was nicht. Von daher stehen wir dem Änderungsantrag offen gegenüber. Allerdings halten wir die in unserem Antrag genannten Problemkreise für eine Diskussion schon für notwendig. Allgemeinplätze sind meistens wenig hilfreich. Ich kann trotz der Zustimmung zum Änderungsantrag ankündigen, dass wir in den Ausschüssen genau diese Fragen stellen werden. - Danke schön.

(Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die Landesregierung spricht der Kultusminister Herr Dr. Harms. Bitte, Herr Minister.

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ist ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagiert, und fast ebenso viele wären dazu bereit, sich ebenfalls zu engagieren, wenn sie - so der Freiwilligensurvey aus dem Jahr 1999 - die Möglichkeit dazu gehabt hätten.

Möglichkeiten - abstrakt betrachtet - gibt es sicher genug. Aber an vielen Stellen finden diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, nicht mit denjenigen zusammen, die an dieser Stelle einen Bedarf haben oder eine solche Organisation bieten, oder die Art und Weise, wie sie angesprochen werden, entspricht nicht der Bedarfslage.

Das Themenfeld Ehrenamt und Schule ist aus der Sicht des Kultusministeriums und aus meiner Sicht relativ breit angelegt. Es umfasst nicht nur das Ehrenamt im engeren Sinne, sondern - das ist schon von Frau Dr. Weiher gesagt worden - der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements umfasst eigentlich mehr. Es geht auch um einen Erziehungsprozess. Es geht auch darum: Wie

kann eine Hinführung zu einem freiwilligen Engagement in einer offenen und demokratischen Gesellschaft unterstützt werden?

Die Schule ist hierbei ein Lern- und Erfahrungsort für freiwillige Arbeit. Diesbezüglich möchte ich zunächst einmal sagen: Es wird in der Schule über das Honorierte hinaus sehr viel geleistet. Viele Lehrerinnen und Lehrer schauen nicht auf die Uhr, wenn es um die Erfüllung außerunterrichtlicher Aufgaben geht. Nicht wegzudenken ist das freiwillige Engagement von Eltern und Elternvertretern, auch wenn wir manchmal bedauern, dass die Zahl derjenigen, die sich dazu bereit finden, nicht groß genug ist. Dabei muss man aber nicht diejenigen beschimpfen, die sich engagieren, sondern versuchen, mehr Engagement zu erreichen.

Bei Schülerinnen und Schülern geht es ebenfalls darum, die Grundlagen für ein Engagement für das Gemeinwohl zu legen.

Ich will vorab drei Punkte zu bedenken geben.

Erstens. Wir sollten die Latte nicht zu hoch hängen. Nicht jede Absicht erreicht auch die positive Wirkung. Das heißt, wir müssen aufpassen, dass das Engagement, dass die Übernahme von eigener Verantwortung auch ehrlich gemeint ist und nicht nur unter Druck geschieht; denn in einem solchen Falle würde es auf Dauer nicht tragfähig sein.

Zweitens. Wir stellen heute fest, dass Kinder und Jugendliche sich in immer stärkerem Maße kurzfristig und projekt- und anlassbezogen engagieren. Wir sollten dies nicht negativ bewerten, sondern daran anknüpfen und versuchen, darüber nachzudenken, wie wir die Verbände und Organisationen auf die teilweise Kurzlebigkeit des Engagements zunächst einmal vorbereiten können, und sehen, wie daraus auch langfristige Bindungen erwachsen können. Nicht jedes Kind, nicht jeder Jugendliche ist tatsächlich bereit, sich auf Dauer für einen Verein oder für einen Verband zu entscheiden. Wir müssen die Art und Weise, wie sich Kinder und Jugendliche engagieren, ernst nehmen.

Dritter Punkt: Wir sollten die Schule an dieser Stelle nicht überfordern. Die Schule ist ein Teil des Lebensumfeldes. Kinder, die Gleichgültigkeit gegenüber der Gesellschaft, gegenüber den Fragen des Gemeinwesens in der Familie, in der Umgebung erleben, sind auch dadurch geprägt. Die Schule kann hier nur einen Teil leisten, aber die Schule hat vielfältige Ansätze. Ich will hier nur einige kurz zitieren; wir werden das im Ausschuss vertiefen.

Die Unterstützung des freiwilligen Engagements wird beispielsweise im Unterricht in den Klassenstufen 8 bis 10 im Fach Sozialkunde unter Themenbereichen wie „Freizeit - freie Zeit für andere und mit anderen“ angesprochen. Es wird unter dem Stichwort „Freizeit sinnvoll gestalten“ in den Fächern Musik, Sozialkunde, Sport und Hauswirtschaft angesprochen. Es wird angesprochen unter dem Stichwort „Demokratie im Nahraum“ in Sozialkunde, Geografie, Deutsch, Kunsterziehung usw. Das gilt insbesondere auch für den Ethik- und Religionsunterricht bei Themenbereichen wie „Meine Hilfe wird gebraucht“ und „Wie können Kinder helfen?“.

Ich nenne dies nur stichpunktartig. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass dies jeweils nur Anlässe und Anstöße sein können. Weitere Anknüpfungspunkte sind offensichtlich.

Viel wesentlicher sind aber die außerunterrichtlichen schulischen Aktivitäten. Sie haben einige genannt: Schülervereinigungen, Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteure, Schulklubmitglieder, Unterrichtsprojekte und Lernhilfen für Mitschülerinnen und Mitschüler, das Engagement für behinderte Schülerinnen und Schüler in der Schule sowie Partnerschaften, die hier entstehen, Junge Sanitäter, Schülerlotsen, Streitschlichter. - All dies sind Projekte, die in der Schule laufen und hinsichtlich derer wir darüber nachdenken sollten, wie wir sie besser verankern und tatsächlich zum Alltag in möglichst vielen Schulen machen können.

Darüber hinaus kommt der Kooperation mit außerunterrichtlichen und außerschulischen Initiativen eine besondere Bedeutung zu: Jugendfeuerwehren, Projekte mit Natur- und Tierschutzvereinen, Jugendorchester, Tanzgruppen, Heimatgruppen und ähnliche sind im Land vielfältig tätig und beklagen den Nachwuchsmangel. Oft brauchen die Schulen die Brücke, die es ihnen ermöglicht, auch mit diesen Vereinen und Verbänden im Land aktiv zusammenzuarbeiten.

Jedenfalls sollte von diesem Haus und auch vom Kultusministerium das deutliche Signal ausgehen, dass dies gewollt ist, dass diese Zusammenarbeit mit außerschulischen Vereinen und Verbänden eine Grundlage einer offenen Schule darstellt. Das Kultusministerium unterstützt und fördert solche Aktivitäten, weil wir glauben, dass die Vorbereitung auf ein aktives Leben in der Gesellschaft zu den Aufgaben der Schule gehört.

Nun zum Antrag selbst. Ich möchte mich an dieser Stelle der Äußerung von Herrn Minister Keller am gestrigen späten Nachmittag anschließen. Die Vielzahl der Berichte birgt die Gefahr in sich, dass wir - gerade weil sie schriftlich abgefasst werden und umfänglich sein sollen - diejenigen mit dem Schreiben der Berichte binden, die wir eigentlich brauchen, um solche Aktivitäten zu fördern.

Nähme ich Ihren Antrag und die in ihm enthaltene Forderung, den Umfang des Engagements aller Schülerinnen und Schüler im Land nach Klassenstufen und Schulformen im unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bereich zu erheben, wirklich ernst, dann stünde eine Untersuchung vor mir, die wirklich unglaublich viel Kraft binden würde, Statistiken erforderte und auch in Bereiche eindringen würde, in die ich im außerunterrichtlichen Bereich überhaupt nicht eindringen darf.

Auch wenn die im Antrag der PDS-Fraktion genannten Fragenkomplexe diejenigen sind, die man erörtern sollte, glaube ich, dass der Änderungsantrag der SPD und die in ihm vertretene Absicht, diesen gesamten Bereich zu thematisieren, in die richtige Richtung geht. Wir müssen offen legen, welche Aktivitäten wir unternommen und welchen Erfolg wir dabei erreicht haben. Anschließend sollten wir offen darüber diskutieren - das kann auch vor Jahresende passieren -, wie wir Schritte zur Verbesserung einleiten und welche Instrumente wir dabei nutzen.

Deswegen schlage ich vor, dem Änderungsantrag der SPD zu folgen, gleichzeitig jedoch auch die im Antrag der PDS-Fraktion aufscheinenden Fragen zum Diskussionsgegenstand zu machen. Ich glaube, das kann eine sehr wichtige Diskussion für die Weiterentwicklung von Schule werden. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD, von Frau Dr. Paschke, PDS, und von Frau Dr. Weiher, PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Wir treten in die Debatte ein. Die DVU-Fraktion verzichtet auf einen Beitrag. Ich rufe deshalb Frau Helmecke für die FDVP-Fraktion auf, Ihren Redebeitrag hier zu leisten. Bitte, Frau Helmecke.

Frau Helmecke (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn meine Kinder seit langer Zeit dem Kindergarten entwachsen sind, erinnern sie sich gern an diese Zeit. Es war die Zeit eines fröhlichen Spielens, Lernens und Tätigkeitseins für die Gemeinschaft. Tischdienst, Blumenpflege und andere gemeinsame Verrichtungen unter Verantwortung eines Kindes in der Gruppe waren begehrt, ergaben oft lobende Mitteilungen im „Muttiheft“ und lösten erneutes Lob der beruflich gestressten Eltern aus. - Ich hoffe, dass Herr Pfeiffer daraus keine neuen Irrlehren nach seiner „Töpfchentheorie“ über die Ursachen der Gewalt im Osten ableitet und den Tischdienst als Fronarbeit einordnet.

Ich gestehe aber auch, dass mit zunehmendem Alter die Freude, die Begeisterung, der Drang nach Gemeinschaftsarbeit, nach sinnvollen Diensten erheblich abnahm und in der Pubertät bis zur trotzigsten Verweigerung umschlug. Oft war das aber von außen verursacht, weil das Prinzip der Freiwilligkeit verlassen wurde und anstelle von Einsicht und Gemeinsinn Zwang dominierte.

Meine Damen und Herren! Umso krasser zeigen sich gegenwärtig die Einstellung zu einem Ehrenamt und die Wahrnehmung solcher Arbeit, beginnend in der Schule und sich fortsetzend bei Jugendlichen und Erwachsenen. In einer Gesellschaft, die die Ehrlichen zu den Dummen zählt und den Abzockern Tür und Tor öffnet, in einer Gesellschaft, in der sich alles rechnen muss, fällt es schwer, den Schülern zu vermitteln, dass sich ehrenamtliche Arbeit lohnt und auszahlt, allerdings nicht im Sinne materieller Anerkennung, sondern dadurch, dass der freiwillige, uneigennütige Einsatz für das Gemeinwesen, für die Gruppe, für andere Menschen auch entsprechende moralische Würdigung und Anerkennung erfährt.

Bundespräsident Rau fragte sich unlängst, warum wir eine junge Generation haben, die bereit ist, sich zu engagieren, die aber nicht bereit ist, sich zu organisieren. - Weil die junge Generation wachen Auges sieht, wie abgezockt, wie gelogen wird und wie Politik und Politiker unglaubwürdig wurden.

Übrigens beschrieb der „Spiegel“, dass das ehrenamtliche Kuratorium der Stiftung zur Zwangsarbeiterentschädigung für jedes Vorstandsmitglied, darunter den gräflichen Otto Lamsdorff, eine jährliche Anerkennung von rund 250 000 DM erhält. So ist das mit dem Ehrenamt in der Politik.

Oft wird die Null-Bock-Stimmung von Kindern und Jugendlichen verstärkt, wenn die Eltern und Großeltern von den einstigen oft sinnlosen Subbotniks in ihren Betrieben berichteten. Wie oft haben die Eltern tatsächlich freiwillig im Interesse ihrer Kinder zu Pinsel und Tapete gegriffen, den Kindergarten und die Schule renoviert, damit die Kinder in wohl tuender Umgebung spielen und lernen konnten. Wie deprimierend war es, dann erleben zu müssen, wie diese Einrichtungen abgewickelt und geschlossen wurden. Der Bedarf an freiwilliger Gemeinschaftsarbeit und an Ehrenämtern war für lange Zeit gedeckt, die Menschen waren und sind ganz einfach „bedient“.

Diese Erkenntnis vermittelt auch die Untersuchung von Thomas Gensicke über „Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern“. Es verwundert deshalb auch nicht, dass freiwilliges Engagement in den neuen Bundesländern geringer ist. Das ist nicht allein auf eine schwächer entwickelte Organisations- und Vereinsstruktur zurückzuführen. Die erwähnte Untersuchung betont die Erwartung, dass die freiwillige Tätigkeit und das Ehrenamt die Lebensfreude und Lebensqualität steigern, ja einfach Spaß bereiten sollen. Aber dem erwarteten Spaß gehen oft die Mühen, die Anstrengungen voraus, die gescheut werden.

Wenn Ulrich Beck ein ehrenamtliches Tätigsein der Bürger als „Seele der Demokratie“ kennzeichnet, dann gibt es bei den Bürgern dieses Landes eine Vielzahl von Seelenverletzungen, wenn man bedenkt, wie hier in Sachsen-Anhalt die unterschiedlichsten Bürgerinitiativen abgebürstet und abgeschmettert werden. Beispielhaft nenne ich folgende Stichworte: Schulschließungen, 13. Schuljahr, Schule mit festen Öffnungszeiten. Die antragstellende Fraktion der PDS mischte beim Abschmettern der Volksinitiativen fleißig mit. Nun wollen Sie Ihr zweifellos zwielichtiges Verhalten wieder ausbügeln.

Meine Damen und Herren! Unter diesen Voraussetzungen fällt es den Eltern schwer, den Kindern zu vermitteln, dass ehrenamtliche und freiwillige Arbeit in diesem Lande Anerkennung findet und anstrebenswert sei. Solange der Rotstift rigoros mühsam aufgebaute, wirkungsvolle Projekte streicht, aber sinnlose Phantomprojekte um Pastor Tschiche fördert, wird es berechnete Vorbehalte und Ablehnung gegenüber Freiwilligenarbeit und Ehrenamt bei Schülern geben. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDVP - Frau Weiß, CDU: Richtig!)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Auf der Zuschauertribüne hat wieder ein Wechsel stattgefunden. Wir begrüßen ganz herzlich Damen und Herren der Konrad-Adenauer-Stiftung Wendgraben.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Debatte wird mit dem Beitrag der Abgeordneten Frau Kauerauf, die für die SPD-Fraktion spricht, fortgesetzt. Bitte, Frau Kauerauf.

Frau Kauerauf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Thema Ehrenamt und Schule ist von meinen Vordnern eine ganze Reihe von Dingen gesagt worden. Ich möchte mich auf ein Thema beschränken, weil ich denke, dass man es auch aus einer ganz anderen Sicht sehen muss, nämlich speziell aus der Sicht der Schule, aus der Sicht der Schüler, die innerhalb der Schule Ehrenämter bekleiden.

Ich möchte mich auf eine Konferenz des Landesschülerrates beziehen, die im Mai stattgefunden hat und an der auch Abgeordnete teilgenommen haben. Dort wurden die Probleme gerade in diesem Bereich dargestellt. Damit müssen wir uns einmal ganz intensiv beschäftigen.

(Zustimmung von Herrn Steckel, SPD)

Der Landesschülerrat tagte in diesem Jahr in Halle. Es ging um die Anerkennung ehrenamtlicher Funktionen und um die Problemfelder bei der Ausübung dieser ehrenamtlichen Funktionen. Man beschäftigte sich

insbesondere mit der Gremienzusammensetzung an den Schulen und mit den entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten ehrenamtlicher Schülervertreterinnen und Schülervertreter in den Gesamtkonferenzen. In diesem Zusammenhang möchte ich einmal Hindernisse des ehrenamtlichen Engagements an einem Beispiel belegen:

Engagiert berichteten Schülervertreterinnen über ihre Erfahrungen mit praktizierter, aber mehr noch mit nicht praktizierter Demokratie an den Schulen. Sarkastisch äußerte sich die Vorsitzende des Landesschülerrates zu diesem Bereich - ich zitiere -:

„In der Gesamtkonferenz, in der die Lehrer 50 % der Stimmen haben und Eltern und Schülerinnen die andere Hälfte untereinander aufteilen müssen und in der noch hinzukommt, dass der Direktor bei einer Pattsituation immer die richtungweisende Stimme abzugeben hat, meint man den Jugendlichen beibringen zu können, wie ein demokratisches Staatssystem funktioniert.“

Ich zitiere weiter:

„Ist es in einer Gesamtkonferenz, in welcher von vornherein Bevorteilte und Benachteiligte geschaffen werden, wirklich möglich, Schülerinnen und Schüler zu motivieren, sich zu engagieren und an Demokratie teilzuhaben, wenn sie sehen und spüren, dass sie in dieser nur einen untergeordneten Part spielen und im eigentlichen Sinne nur legitimiert sind, damit die Erwachsenen sich wieder für ein ruhiges Gewissen vor Augen führen können, sie hätten die Schülerinnen und Schüler doch zu Wort kommen lassen, sodass sie ernsthafte Veränderungen hätten erwirken können?“

Sie fragte weiter, ob es taktisch klug ist, Demokratie derart in falschen Grundzügen zu lehren. - Das war hart.

Ein anderer Sprecher fügte hinzu, dass man sich die Teilnahme von Eltern- und Schülervertretern an Gesamtkonferenzen wegen der Stimmenverhältnisse ganz sparen könnte, da die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der immer bestimmenden Lehrerschaft sowieso gesichert seien.

Meine Damen und Herren! Es könnte schon nachdenklich machen, was von den Teilnehmern der Konferenz in Sachen praktizierter Demokratie an der Schule geäußert wurde. Die von den Schülerinnen und Schülern geforderte Drittelparität - theoretisch per Schulgesetz legitimiert - ist gegenwärtig nur möglich, wenn die Gesamtkonferenz mehrheitlich einen Antrag stellt.

Mitunter konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass gerade vonseiten derjenigen, die die junge Generation in die Grundzüge des demokratischen Miteinanders einführen sollen, wenig bis nichts getan wird, um die so genannte Politikmüdigkeit bei den jungen Menschen nicht erst aufkommen zu lassen.

Leider, so stellte sich bei einem erneuten Gespräch mit Schülervertreterinnen und Schülervertretern heraus, gibt es auch in den Landkreisen unterschiedliche Voraussetzungen für die Arbeit der Kreisschülerräte. Obwohl das Schulgesetz unseres Landes klare Aussagen zur Finanzierung macht, haben die Schüler oft große Probleme, ihre Rechte durchzusetzen. Das trifft oft auch im Zusammenhang mit der Anerkennung ihres Ehrenamtes als Schülersprecher, als Vereinsmitglied oder als Vereinsvorsitzender zu.

In diesem Zusammenhang sollte nach unserem Dafürhalten ernsthaft darüber nachgedacht werden, den Schülerinnen und Schülern verlässliche Grundlagen zum Erleben praktizierter Demokratie an die Hand zu geben. Das sollte vielleicht in geeigneten Definitionen im Schulgesetz geschehen. Die Schulleitungen sollten in geeigneter Form verpflichtet werden, den Schülervvertretungen den Umgang mit ihren gesetzlich verbrieften Rechten nahe zu bringen.

Das Kultusministerium hat mit der Herausgabe des Handbuchs für Schülervvertretungen einen wichtigen Beitrag zur Information der Schülervtreter geleistet. Wenn aber - wie mir Schülersprecherinnen und Schülersprecher berichteten - an einer Schule nur zwei Exemplare zur Verfügung stehen - eines für den Schulleiter und eines für die Bibliothek -, dann kann das sicher für die Schülerinnen und Schüler nicht zufrieden stellend sein.

Die in dem Antrag formulierten umfangreichen Forderungen der PDS zur schriftlichen Berichterstattung sind jedoch aus unserer Sicht bis zum Ende des Jahres nicht leistbar. Es wurde von Frau Dr. Weiher bereits gesagt, dass wir das so empfinden. Wir möchten auch eine Berichterstattung, aber im Sinne unseres Änderungsantrages. Wir halten den Wert ehrenamtlicher Arbeit für die Gesellschaft und die Entwicklung der Einzelpersönlichkeit für unbestritten und befürworten eine Beschäftigung mit der Problematik in den Ausschüssen für Bildung und Wissenschaft sowie für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport. Aus diesem Grunde bitten wir um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke schön. War das der Antrag auf eine Überweisung in die Ausschüsse?

Frau Kauerauf (SPD):

Nein, wir bitten um Zustimmung zu dem Änderungsantrag und natürlich um die Behandlung des Themas in den Ausschüssen.

Präsident Herr Schaefer:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Ludewig. Bitte sehr.

Frau Ludewig (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der uns vorliegende Antrag der PDS-Fraktion lässt unterschiedliche Fragen zu, was sie mit diesem Antrag anstrebt und was nicht. Wir sind uns 100-prozentig einig, dass Schule das ehrenamtliche Engagement von Schülern stärken und fördern soll und dass es darüber hinaus viele Situationen gibt, in denen auch im Unterricht durch Lehrer oder durch geladene Gäste auf Möglichkeiten ehrenamtlicher Tätigkeiten hingewiesen werden sollte.

Selbstverständlich sollte man bei der Behandlung von Themen im Unterricht Schülern mit einem einschlägigen ehrenamtlichen Engagement die Gelegenheit geben, über ihre Tätigkeit zu sprechen, sie womöglich anzuwenden oder sie - wie Sie es in Ihrem Antrag ausdrücken - „für den pädagogischen Prozess produktiv“ zu machen. So weit, so gut.

Wie aber steht es mit der Forderung nach dem Bericht der Landesregierung darüber - ich zitiere aus dem Antrag -, in welchem Umfang derzeit Schüler und Schülerinnen in den einzelnen Schulformen und Schuljahrgängen innerhalb und außerhalb der Schule ehrenamtlich auf verschiedenen Gebieten tätig sind? Woher soll die Landesregierung die dafür nötigen Informationen erhalten?

Innerhalb der Schule wird das ehrenamtliche Engagement in mehr oder weniger bekanntem Maße gewürdigt und hervorgehoben. Mir ist aber nicht bekannt, dass Vereine oder gemeinnützige Organisationen über Statistiken verfügen, aus denen hervorgeht, welcher ehrenamtliche Mitarbeiter Schüler welcher Schulform ist.

Die CDU-Fraktion setzt sich vehement und in aller Deutlichkeit für eine Unterstützung und Förderung des Ehrenamtes in einer demokratischen Form ein. Warum sage ich „in einer demokratischen Form“? - Ganz einfach: Der vorliegende Antrag der PDS hat bedauerlicherweise mit dem Grundwert eines demokratisch gelebten Alltags nur wenig zu tun und ist letztlich nicht mehr als ein Rückfall in ihre eigene dunkle Vergangenheit.

(Unruhe bei der PDS - Zurufe von Frau Krause, PDS, und von Herrn Gallert, PDS)

In beiden Punkten ihres Antrages fordert die PDS einen Bericht und eine Diskussion zum Stand und zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements vor allem im außerschulischen Bereich, das heißt auch zum Privatleben der Schüler und Schülerinnen unseres Landes.

Meine Damen und Herren! An Äußerungen der PDS-Parteiführung zum Mauerbau als Instrument der Friedenssicherung und zu einer beabsichtigten Verstaatlichung oder - wie Sie es nennen - Vergesellschaftung von Unternehmen ist man in den letzten Wochen schon gewöhnt. Dieser Antrag mit seinen Forderungen nach einer Berichterstattung über außerschulische ehrenamtliche Aktivitäten von Schülern und Schülerinnen fügt sich nahtlos in das Verständnis der PDS ein, das nach einer anderen, gottlob vergangenen Staatsform ruft.

Meine Damen und Herren von der PDS, ist Ihnen nach zehn Jahren noch immer nicht klar, dass das private Leben der Bürger, solange es sich im Rahmen der Gesetze des Staates bewegt, nicht unter die Obhut, die Erfassung und die Berichterstattung des Staates fällt? Es existiert ein Grundrecht, das unter dem Begriff des Persönlichkeitsrechtes jedem Demokraten bekannt sein muss. Mit Ihrer Forderung gehen Sie in die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen hinein.

Förderung des Ehrenamtes - ja. Förderung eines ehrenamtlichen Engagements in der Schule - ja. Aber eine Verletzung des Persönlichkeitsrechtes durch Erfassung und Berichterstattung über private Aktivitäten unserer Mitbürger durch den Staat ist mit uns, der CDU, und - davon gehen wir aus - mit jedem Demokraten in diesem Haus nicht zu machen. Die CDU-Fraktion lehnt den PDS-Antrag ab.

Der Änderungsantrag der SPD unterscheidet sich in dem ersten Punkt vom PDS-Antrag. Wenn wir uns darauf verständigen können, dass es sich hierbei vorwiegend um das schulische Engagement von Schülern handelt, können wir den Änderungsantrag mittragen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Frau Abgeordnete Ludewig, sind Sie bereit, eine Frage der Abgeordneten Frau Stolfa zu beantworten? - Nein, sie ist nicht bereit dazu.

(Frau Stolfa, PDS: Ich hätte so gern eine Frage gestellt! - Herr Dr. Süß, PDS: Feigling! Sie traut sich nicht! - Frau Ludewig, CDU: Das hat damit nichts zu tun! Ich kenne ja Ihre Meinung!)

Für die PDS-Fraktion hat zum Abschluss der Debatte noch einmal die Abgeordnete Frau Weiher das Wort. Frau Dr. Weiher, wollen Sie noch einmal sprechen? - Frau Dr. Weiher verzichtet auf einen weiteren Beitrag, sodass wir jetzt zum Abstimmungsverfahren zu Drs. 3/4640 bzw. Drs. 3/4700 kommen. Letzteres ist der Änderungsantrag der SPD.

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der SPD zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen ist dieser Antrag angenommen worden.

(Unruhe)

- Gibt es irgendwelche Irritationen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann stelle ich den so geänderten Antrag in der Drs. 3/4640 zur Abstimmung. Wer dem so geänderten Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das gleiche Abstimmungsergebnis. Damit ist der Antrag angenommen und der Tagesordnungspunkt 23 abgeschlossen.

Wir setzen die Beratungen mit dem **Tagesordnungspunkt 24** fort:

Erste Beratung

Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4641**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4703**

Einbringer ist wiederum Frau Dr. Weiher. Es folgt dann eine Fünfminutendebatte in folgender Reihenfolge: CDU, DVU, SPD, FDVP, PDS. Nach der Einbringung wird Ministerin Frau Dr. Kuppe das Wort ergreifen. Bitte, Frau Dr. Weiher, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Weiher (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollegin Ludewig, ich empfehle Ihnen zum letzten Antrag, sich doch noch einmal § 1 des Schulgesetzes vorzunehmen. Dort ist im Bildungsauftrag bereits das verankert, was wir mit dem letzten Antrag gefordert haben.

(Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

Ihnen liegt nun ein Antrag der PDS-Fraktion vor, durch den die Landesregierung aufgefordert werden soll, noch vor dem Ende der Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht vorzulegen, der der Intention des § 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt folgt. Lassen Sie mich dazu einiges sowohl aus inhaltlicher Sicht als auch von der Verfahrensweise her sagen.

Wie Ihnen bekannt ist, war der Kinder- und Jugendbericht bisher immer Bestandteil des Arbeitsmarkt- und Sozialberichts des Landes. Er stand damit in einer Reihe von Teilberichten, wie Arbeit, Sozialpolitik, Frauen, Seniorinnen, und war selbst nur Bestandteil des Kapitels „Familie, Kinder, Jugend und Sport“.

Im vorletzten Bericht zum Zeitraum 1996/97 wurde die Gruppe der Kinder und Jugendlichen als Schwerpunkt behandelt. Den bisherigen Berichten ist eigen, dass sie über die wichtigsten Entwicklungstendenzen der Jugendhilfe informieren und eine Zusammenfassung der Maßnahmen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe enthalten. Auch werden in einigen Worten zu den einzelnen Leistungen Handlungsperspektiven genannt; diese beinhalten aber zumeist keine konkreten Vorstellungen.

All dies führte bei der Novellierung des damaligen Ausführungsgesetzes dazu, sich Gedanken darüber zu machen, ob das der besonderen Situation von Kindern und Jugendlichen gerecht wird oder ob ein Bericht über Kinder und Jugendliche eine tiefer gehende Sicht haben müsse. Dies wurde mit Mehrheit festgestellt.

Nunmehr steht im novellierten Gesetz, dass der Kinder- und Jugendbericht ein Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sein soll. Er soll damit eine differenzierte Analyse der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf ihre Lebensräume und Ansprüche beinhalten.

Er soll auf die unterschiedliche Situation von behinderten und ausländischen Kindern und Jugendlichen, von schwulen und lesbischen Jugendlichen sowie von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien eingehen. Fragen wie: „Welche Auswirkungen hat Armut auf die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen? Wie kann der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche oder auch der von ihnen ausgehenden Gewalt begegnet werden?“, müssten in den Bericht genauso Eingang finden wie die Frage nach Einflüssen der Medien oder nach der Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen, um nur einige Themen zu nennen.

Auch die im Lande vorhandenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sollten natürlich eine Bewertung erfahren, wie auch die Frage, ob die vorhandenen Förderinstrumente wirklich so greifen wie angenommen, beantwortet werden müsste.

Es wäre im Übrigen äußerst interessant und der Sache dienlich, die Ende des Jahres vorliegenden Ergebnisse der Gesetzesfolgenabschätzung bezüglich des zweiten Teils des Landesausführungsgesetzes in den Bericht einfließen zu lassen.

Eine differenzierte Betrachtungsweise der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt und über die Gesamtsituation der Kinder- und Jugendhilfe ist unserer Meinung nach unerlässlich, um davon ausgehend Vorschläge für deren Weiterentwicklung zu machen und eigene Zielvorstellungen für die einzelnen Bereiche zu entwickeln. Es muss Ziel eines solchen Berichtes sein, auf die Problemlagen von Kindern und Jugendlichen hinzuweisen und Wege aufzuzeigen, wie die Kinder- und Jugendhilfe dazu beitragen kann, positive Lebensbedingungen für junge Menschen zu schaffen und zu gestalten.

Mit der Zuweisung eines höheren Stellenwerts gingen drei weitere in § 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

des Landes beschriebene Forderungen einher. Die erste Forderung lautet, dass der Bericht durch die Verwendung entsprechender Gutachten oder Expertisen qualitativ von außen und/oder auch von innen begleitet werden soll.

An dieser Stelle lassen Sie mich daran erinnern, dass in unserem Ursprungsentwurf die Forderung nach Beteiligung von Sachverständigen stand. In anderen Ländern wie auch im Bund wird der Bericht im Übrigen von einer externen Kommission erarbeitet.

Eine zweite wichtige Forderung war die Einholung einer Stellungnahme durch den Landesjugendhilfeausschuss vor der Vorlage im Parlament. In diesem Gremium sind Fachexperten versammelt, die die Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt seit Jahren begleiten und in vielen Bereichen gute und wichtige Erkenntnisse liefern, insbesondere auch aus der Sicht der Träger.

Nicht zuletzt stellt der Kinder- und Jugendbericht die Verbindung zur Jugendhilfeplanung her. Jugendhilfeplanung auf kommunaler und Landesebene ist nicht nur gesetzliche Verpflichtung. Sie ist unverzichtbar, wenn man bedürfnisgerechte und bedarfsadäquate Hilfen und Leistungen anbieten will.

Die Jugendhilfeplanung eines Landes kann sich aber nicht darin erschöpfen, die Pläne der kommunalen Ebene zusammenzustellen. Eine eigenständige Jugendhilfeplanung des Landes ist schon deshalb notwendig, weil diese überörtliche Planung eine Förder-, Ausgleichs- und Steuerungsfunktion wahrnehmen muss.

Es gibt in einer Reihe von Teilbereichen ermutigende Ansätze im Land. Aber eine umfassende Planung, die auch für eine sachgerechte Abstimmung der einzelnen Förderbereiche wichtig wäre, fehlt. Wie aber wollen wir zu einer vernünftigen Landesjugendhilfeplanung kommen, wenn die Grundlagen nicht vorhanden sind?

Damit komme ich zur bisherigen Verfahrensweise. Im ursprünglichen Gesetzentwurf meiner Fraktion aus dem Jahre 1998 war als Zeitpunkt der Vorlage des Berichts die erste Hälfte jeder Legislaturperiode angegeben worden. Nach Beratung in den Ausschusssitzungen wurde diese Passage dahin gehend geändert, dass der Bericht zur Mitte einer Legislaturperiode vorzulegen ist. Im Protokoll über die 22. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport aus dem Jahre 1999 ist nachzulesen, dass damit der Spielraum für die Erarbeitung auch nach hinten erweitert werden sollte, da bei Beibehaltung der bisherigen Wortwahl der § 16 in dieser Legislaturperiode in Gänze wirkungslos geworden wäre.

Dieser Argumentation ist vonseiten der Landesregierung nicht widersprochen worden. Es war Konsens, dass mit Mitte der Legislaturperiode nicht ein Tag, sondern ein etwas ausgedehnter Zeitraum gemeint war. Aber selbst wenn die Landesregierung signalisiert hätte, dass aufgrund der höheren Anforderungen an diesen Bericht eine Erstellung erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist, wäre das verhandelbar gewesen. Bis heute allerdings hat sich die Landesregierung gegenüber dem Parlament dazu nicht geäußert.

Einen entsprechenden Antrag im Landesjugendhilfeausschuss Ende letzten Jahres beantwortete der Vertreter des Sozialministeriums ausweichend, indem er sagte, dass man über einen Verfahrensweg nachdenke. Nun, man hat offensichtlich bis heute still und heimlich nachgedacht und derweil ein Verfahren angeschoben, das

ich nunmehr dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion entnehmen kann. Auch der neue Kinder- und Jugendbericht könnte danach wieder Bestandteil des Arbeitsmarkt- und Sozialberichts werden. Ich frage mich natürlich, auf welcher Grundlage er erstellt würde - nach § 16 KJHG LSA doch wohl nicht.

Deshalb beantrage ich die Überweisung der beiden vorliegenden Anträge in den Ausschuss für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport, damit dort die weitere Verfahrensweise und die Inhalte des Berichts diskutiert werden können. Allerdings will ich deutlich sagen, dass wir bis zum Ende der Legislaturperiode einen qualitativ guten Bericht erwarten. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Frau Dr. Kuppe.

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren und Damen Abgeordnete! In der Tat, Frau Weiher, im Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales wird derzeit an der Endfassung des Arbeitsmarkt- und Sozialberichts des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 1999/2000 und Teile des Jahres 2001 gearbeitet. Dieser Arbeitsmarkt- und Sozialbericht wird auch wieder ein Kapitel zum Kinder- und Jugendbericht des Landes Sachsen-Anhalt beinhalten. Das geschieht auf der Grundlage des alten Rechtes gemäß § 17 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Kinder- und Jugendhilfegesetz.

Für die Folgezeit gilt selbstverständlich für die Berichterstattung der umfangreiche Kriterienkatalog des neuen § 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes, das am 12. Mai 2000 in Kraft getreten ist.

Frau Weiher, wir haben von meinem Haus aus Mittel für Expertisen und ein Gutachten für den Landeshaushalt des Jahres 2002 angemeldet. Wir haben dafür eine Etablierung im Haushaltsplanentwurf des Hauses vorgenommen. Bei entsprechender Beschlussfassung durch den Landtag im Herbst dieses Jahres können dann sofort im Jahr 2002 die Gutachten und die wissenschaftlichen Untersuchungen ausgeschrieben werden, die auch ich für notwendig erachte.

Selbstverständlich haben wir vorgesehen, den Landesjugendhilfeausschuss bereits in die Erarbeitung der Fragestellungen für diese externen Gutachten einzubeziehen; denn dieser Bericht in der neuen Qualität, der die Lebenssituation, die Lebenslagen, die Lebensumstände und die Lebensumfelder der Kinder und Jugendlichen in unserem Land darstellen soll, muss sehr sorgfältig vorbereitet werden. Dazu bedarf es der Mitwirkung von gutachterlich Tätigen. Das ist aber in dieser Legislaturperiode gar nicht mehr zu schaffen und soll auch nicht mit Hausbordmitteln erfolgen.

So ist die Diskussion im Ausschuss abgelaufen und daran halten wir uns, sodass der Kinder- und Jugendbericht mit den derzeitigen Ressourcen und in einer nicht ganz so umfangreichen Qualität, wie es die Neufassung des Gesetzes erfordert, praktisch nach altem Recht erstellt wird.

Wir werden aber den jetzt fast fertig gestellten Kinder- und Jugendbericht schon in einen Kontext stellen mit

den Zielen des kinder- und jugendpolitischen Programmes des Landes, was auch den Gegenstand eines Antrages im Landtag darstellt.

Darüber hinaus entwickeln wir derzeit parallel Überlegungen für die Struktur und für die inhaltliche Schwerpunktsetzung des Kinder- und Jugendhilfeberichtes nach neuem Recht. Daran wird also gearbeitet.

Mein Ziel ist, dem Landesjugendhilfeausschuss der vierten Legislaturperiode sofort nach seiner Konstituierung Vorschläge zur prozesshaft zu führenden Erarbeitung des ersten eigenständigen Kinder- und Jugendberichtes neuer Qualität vorzulegen.

Ich finde es richtig und halte es für angemessen, dass über diese Vorgehensweise und über die Aufgabenstellung im zuständigen Ausschuss vielleicht noch einmal diskutiert wird. Deswegen stimme ich mit dem Vorschlag von Frau Weiher überein, dass der Antrag der PDS-Fraktion und der Änderungsantrag der SPD-Fraktion im Ausschuss beraten werden.

(Zustimmung bei der SPD und von Frau Stolfa, PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt dem Abgeordneten Herrn Schulze das Wort. Bitte, Herr Schulze.

Herr Schulze (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU kann von ihrer Seite aus feststellen, dass die PDS vor ihrer eigenen Courage kneift.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Richtig!)

Meine Damen und Herren! Der Sache nach kann die CDU-Fraktion dem Antrag der PDS-Fraktion sogar zustimmen, weil die CDU grundsätzlich immer dafür ist, dass die Landesregierung die vom Parlament beschlossenen Gesetze befolgt und einhält.

(Zustimmung von Frau Ludewig, CDU - Herr Dr. Bergner, CDU: So ist es! - Ministerin Frau Dr. Kuppe: Das tun wir auch!)

Die PDS-Fraktion fordert in dem Antrag nichts anderes als das, was schon in § 16 Abs. 1 bis 3 KJHG des Landes Sachsen-Anhalt als Auftrag an die Landesregierung entsprechend formuliert wurde.

Nun könnte man bei der ersten Lektüre des PDS-Antrages dem Verdacht erliegen, die PDS-Fraktion fordere einen Bericht, der sowieso bald das Licht der Öffentlichkeit erblickt.

Aufgrund des Änderungsantrages der SPD-Fraktion muss aber jedem klar werden, dass der nach § 16 KJHG zur Mitte einer jeden Legislaturperiode vorzulegende Bericht der Landesregierung offensichtlich so bald noch nicht fertig ist.

(Ministerin Frau Dr. Kuppe: 2004!)

Sie hatten ihn im Mai beschlossen. Ich möchte Sie daran erinnern, Frau Ministerin, was in dem Protokoll über die 22. Sitzung vom 19. November auf der Seite 28 steht:

„Auf eine Bemerkung des Abgeordneten Schulze zu der beantragten Änderung zu Absatz 1 Satz 1 äußert Frau Dr. Weiher den Vorschlag, die Worte

„in der ersten Hälfte einer jeden Legislaturperiode“ durch die Worte „in der Mitte einer Legislaturperiode“ zu ersetzen.“

Jetzt ist natürlich die Frage - die steht bei der SPD sowieso -, wo bei Ihnen die Mitte ist.

(Unruhe bei der SPD)

Liegt die Mitte der Jahre von 1998 bis 2002 im Jahre 2000, wenn Sie sich auf die Legislaturperiode beziehen? Den letzten ausdrücklich so bezeichneten Kinder- und Jugendbericht hat die Landesregierung im Januar 1998 zusammen mit dem Arbeitsmarkt- und Sozialbericht vorgelegt.

(Unruhe bei der SPD - Zuruf von Herrn Dr. Rehahn, SPD)

- Nun seien Sie doch nicht so aufgeregt.

(Herr Bischoff, SPD: Es ist doch keiner aufgeregt! - Zuruf von Frau Wiedemann, SPD)

Ich habe Sie ja damals alle darauf hingewiesen. - In dem letzten Arbeitsmarkt- und Sozialbericht werden die Belange der Kinder und Jugendlichen nur noch auf ganz wenigen Seiten abgehandelt. Der Kinder- und Jugendbericht ist also wirklich schon lange überfällig.

(Herr Bischoff, SPD, lachend: Überfällig!)

Zu kritisieren ist aber, dass sich selbst die PDS-Fraktion nicht ganz an den Wortlaut des § 16 KJHG hält. Die PDS-Fraktion hat gemeinsam mit der SPD-Fraktion mit ihrem KJHG die Landesregierung verpflichtet, in der Mitte einer jeden Wahlperiode einen Kinder- und Jugendbericht vorzulegen. Zum Schluss - -

(Herr Bischoff, SPD: Unser KJHG!)

- Ich weiß nicht, ob es Ihr KJHG ist.

(Herr Bischoff, SPD: Unser aller!)

- Ich möchte Sie einmal darauf hinweisen, dass es nicht das KJHG der SPD und der PDS ist. Es ist das KJHG des Landes und die Landesgesetze sind für alle verpflichtend, Herr Bischoff.

(Herr Bischoff, SPD: Das sage ich ja!)

- Dann geben Sie mir also Recht. Ich danke Ihnen.

(Herr Bischoff, SPD: Dann bleiben Sie bei der Wahrheit! Wenn Sie noch nicht einmal sagen, was Sie können!)

- Darf ich fortfahren, Herr Präsident?

Präsident Herr Schaefer:

Bitte.

Herr Schulze (CDU):

Danke. - Daher geht der Antrag der PDS-Fraktion nicht konform mit Ihrem eigenen Gesetz, wenn Sie der Landesregierung zubilligen, den Bericht bis zum Ende der Legislaturperiode abzuliefern.

Wir müssen feststellen, dass die Mitte der Wahlperiode vorüber ist und die Landesregierung den Auftrag bisher nicht erfüllt hat. Dass es auch anders geht, erkennt man daran, dass die Landesregierung noch im Juli 2000 ihr kinder- und jugendpolitisches Programm vorgelegt hat. Insofern ist sie dem Gesetzauftrag gemäß § 16 Abs. 1 KJHG kurzfristig nachgenommen.

In diesem Punkt reichen sich PDS- und FDVP-Fraktion nunmehr die Hand, da die FDVP-Fraktion unter TOP 30 der Tagesordnung einen Bericht über die Umsetzung und Wirksamkeit dieses kinder- und jugendpolitischen Programms fordert.

(Zuruf von Frau Stolfa, PDS)

Die CDU-Fraktion hat seinerzeit das KJHG abgelehnt und bleibt bei der Auffassung, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Praxis keine Hilfe ist, sondern zusätzliche Bürokratie aufbaut.

Nun könnte man der Auffassung sein,

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

dass der jetzt von der PDS-Fraktion geforderte Bericht verfrüht ist. Es bleibt abzuwarten, wie konkret die Landesregierung schon ein Jahr nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes über die Erfahrungen mit dem Gesetz berichten kann. Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Kinder- und Jugendhilfe ist der Sache nach auf alle Fälle notwendig.

Unsere grundsätzlichen Bedenken gegen das Gesetz sind bisher nicht entkräftet worden. Sobald der eingeforderte Bericht vorliegt und die Gesetzesfolgenabschätzung abgeschlossen ist, denke ich, werden wir erneut vertieft in die Diskussion über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes einsteigen müssen.

Den Antrag der SPD, Herr Bischoff, lehnen wir von der CDU-Fraktion ab. Ohne Flachs und Krümel muss ich zu dem Antrag der PDS-Fraktion sagen, dass ich nicht weiß, warum Sie darüber im Ausschuss noch lange diskutieren wollen.

(Herr Bischoff, SPD: Zum Beispiel über die Mitte der Legislaturperiode können wir reden!)

Das ist ein Antrag, der jetzt zu beschließen ist, und wir stimmen diesem Antrag zu. Aber ich meine: Was tut man nicht alles aus Gründen der Tolerierung von Ihrer Seite aus? - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Herrn Dr. Bergner, CDU, und von Frau Ludewig, CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Abgeordneter Schulze, wenn Sie der Ansicht sind, dass ich jeden Zuruf unterbinden sollte, dann bitte ich Sie darum, das schriftlich an mich heranzutragen.

Herr Schulze (CDU):

Herr Präsident, ich meine nicht, dass Sie jeden Zuruf unterbinden sollten. Als Abgeordneter dieses Hohen Hauses möchte ich feststellen, dass ich, wenn ich meinen Redebeitrag halte, keine Probleme mit Zurufen etc. habe. Wenn man meine Rede aber vehement stört, dann wende ich mich an Sie als Sitzungsleiter, mir das mir zustehende Rederecht zu verschaffen.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Bullerjahn, SPD: Wir sind doch nicht im Kreistag, Herr Schulze!)

Präsident Herr Schaefer:

Machen Sie das bitte schriftlich. - Den Standpunkt der SPD-Fraktion trägt der Abgeordnete Herr Steckel vor. Bitte, Herr Steckel.

Herr Steckel (SPD):

Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag der PDS auf Überweisung der beiden Anträge in den Ausschuss für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport.

Ich wollte meine Rede eigentlich zu Protokoll geben, aber der ausgemachte Blödsinn, den Herr Schulze hier von sich gegeben hat,

(Zustimmung bei der SPD und von Frau Stolfa, PDS)

veranlasst mich doch dazu, ein paar Worte dazu zu sagen. Können Sie mir bitte einmal erklären, wie man, wenn man ein Gesetz in der Mitte der Wahlperiode beschließt, in der Mitte der Wahlperiode, selbst wenn man es großzügig auslegt, einen Bericht vorlegen soll, der den Kriterien des § 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt entspricht? Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Zustimmung von Herrn Bischoff, SPD, und von Herrn Bullerjahn, SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Abgeordneter Steckel, Herr Schulze hat offensichtlich eine Frage. Sind Sie bereit zu antworten? - Bitte, Herr Schulze, stellen Sie Ihre Frage.

Herr Schulze (CDU):

Danke, Herr Präsident. Als Erstes an Sie, Herr Präsident, gerichtet: Ich möchte Sie bitten, diese Beleidigung vonseiten meines Kollegen Steckel entsprechend zu rügen und zurückzuweisen.

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der PDS - Frau Dirlich, PDS: Kommen Sie mal wieder runter!)

Die zweite Angelegenheit. Herr Steckel, da Sie jetzt die Frage „in der Mitte der Legislaturperiode“ angesprochen haben:

(Zuruf von Herrn Tögel, SPD)

Sie selbst und die PDS haben doch diesem Gesetz damals zu einer entsprechenden Mehrheit verholfen. Wir haben Sie im Ausschuss darauf hingewiesen und jetzt kommen Sie mit solchen Ausreden.

(Ministerin Frau Dr. Kuppe: Das Gesetz ist doch in Ordnung! - Zurufe von der PDS)

Können Sie das näher erklären?

Präsident Herr Schaefer:

Herr Steckel, Ihre Antwort bitte.

Herr Steckel (SPD):

Erster Punkt. Ich glaube, dass der CDU nicht das Recht zusteht, hier von Beleidigung zu sprechen. Wir haben im Rahmen von Gleichstellungsdebatten von der CDU schon ganz andere Beleidigungen gehört, die von der CDU unwidersprochen stehen geblieben sind.

(Zustimmung bei der PDS)

Ich erinnere nur an die Zwischenrufe des Abgeordneten Kuntze, auf welche die CDU nicht reagiert hat. Daher

muss man davon ausgehen, dass dies die Auffassung der CDU ist.

(Zuruf von Herrn Schulze, CDU - Herr Kuntze, CDU: Inwiefern war da etwas beleidigend, Herr Steckel?)

Die Frage können Sie sich eigentlich auch selber beantworten.

Präsident Herr Schaefer:

Für die FDVP-Fraktion erteile ich jetzt dem Abgeordneten Herrn Weich das Wort. Bitte, Herr Weich.

Herr Weich (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ideen- und Ratlosigkeit breiten sich bei den roten Fraktionen aus, so auch bei der PDS-Fraktion. Anders lässt sich der vorliegende Berichtsantrag nicht erklären. Die Landesregierung hat ihr Berichtswesen entrümpelt. Die PDS sieht das als Freibrief, den so gewonnenen Platz wieder auszufüllen - ohne Hinterfragen der dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten.

Kurz und knapp gesagt: Das Land Sachsen-Anhalt braucht keinen Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung. Die Landesregierung hat Ende letzten Jahres ein kinder- und jugendpolitisches Programm des Landes Sachsen-Anhalt vorgelegt. In diesem Programm sind alle von Ihnen geforderten Schwerpunkte enthalten. Es ist also kein Kinder- und Jugendbericht extra notwendig, ein Bericht über die Umsetzung dieses Programms ist völlig ausreichend.

Das kinder- und jugendpolitische Programm ist eine kreative Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Schwerpunkte sind, um es noch einmal deutlich zu machen, die Stärkung der öffentlichen Jugendhilfe, die Stärkung der Schule als Lern- und Lebensort, das Ausbildungsangebot für junge Leute sowie die Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an unserer Gesellschaft.

Letztlich ist das kinder- und jugendpolitische Programm im Ansatz auch eine Umsetzung der Kritikpunkte des Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung. Die Ergebnisse des Kinder- und Jugendberichts lassen sich ohne Weiteres auf das Land Sachsen-Anhalt anwenden. Insofern ist es also nicht notwendig, einen landesspezifischen Kinder- und Jugendbericht zu erstellen.

Ich möchte an dieser Stelle auf den Tagesordnungspunkt 30 verweisen. Wir fordern in unserem Antrag einen Bericht konkret zu diesem kinder- und jugendpolitischen Programm. Hierin sind die Ziele klar und deutlich abgesteckt. Ein Bericht auf der Basis des KJHG des Landes Sachsen-Anhalt ist uns zu unpräzise. Man kann sagen, es ist ein Antrag, wie gehabt, nach dem Motto: „Herr Lehrer, ich weiß etwas: Auf dem Klo brennt Licht“. Die Freiheitliche Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

(Beifall bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die PDS-Fraktion hat Frau Dr. Weiher noch einmal die Möglichkeit zu sprechen. - Sie verzichtet. Damit ist die Debatte beendet.

Wir kommen zur Abstimmung zu den Drs. 3/4641 und 3/4703. Letzteres ist der Änderungsantrag der SPD-

Fraktion. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt - -

(Frau Dr. Weiher, PDS: Überweisung!)

- Entschuldigung. Für beide Drucksachen ist der Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport gestellt worden. Wer sich diesem Antrag anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen, wenige Gegenstimmen. Damit ist diesem Antrag stattgegeben; die Überweisung ist somit erfolgt.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Ich rufe den **Tageordnungspunkt 25** auf:

Beratung

Programm „Kinder und Musik“

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4642 neu**

Der Antrag wird vom Abgeordneten Herrn Gebhardt eingebracht. Bitte, Herr Gebhardt.

Herr Gebhardt (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der PDS-Fraktion enthält einen Prüfauftrag für die Landesregierung für eine inhaltliche Ausgestaltung der Grundschulen mit festen Öffnungszeiten. Durch die Einführung der Grundschulen mit festen Öffnungszeiten eröffnen sich neue Perspektiven für die Gestaltung der pädagogischen Prozesse in den Klassenstufen 1 bis 4. Hierbei sollte auch die musikalische Förderung von Kindern eine wichtige Rolle spielen.

Unbestritten ist sicherlich die Bedeutung von Musikausbildung bei Kindern und die Förderwürdigkeit von musikalischer Bildung. Die von Professor Hans-Günter Bastian vorgelegten Ergebnisse einer Langzeitstudie belegen, dass Musizieren Kinder kreativ und sozial kompetent macht. Des Weiteren fördert und schult es die Konzentrationsfähigkeit. Musikalischer Unterricht gewährleistet eine optimale Förderung kindlicher Anlagen und hat einen positiven Einfluss auf die gesamte Persönlichkeitsentwicklung.

Darüber hinaus bietet Musikerziehung eine reale Chance zur Verringerung von Aggressionen unter Kindern und Jugendlichen. An dieser Stelle möchte ich unseren Bundesinnenminister Otto Schily zitieren, der sagte: Ich bin ja sehr dafür, dass jedes Kind Zugang zum Computer hat, aber vielleicht wäre es auch gut, wenn jedes Kind Zugang zu einem Musikinstrument hätte.

Aus der Sicht unserer Fraktion bietet es sich nun an, die neuen Möglichkeiten, die mit der Grundschule mit festen Öffnungszeiten entstehen werden, auch für die Ausgestaltung der musischen bzw. musikalischen Seite des Bildungsprozesses zielstrebig und qualifizierter zu nutzen. Hierbei halten wir es für eine gute Möglichkeit, die Erfahrungen und Potenzen der Musikschulen in Sachsen-Anhalt verstärkt zu nutzen.

Der Landesverband der Musikschulen hat hierzu ein Angebot unterbreitet, welches von verschiedenen Institutionen, wie dem Verband deutscher Schulmusiker, dem Landesmusikrat und der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung, unterstützt und mitgetragen wird.

Vonseiten der Musikschulen wurden Gespräche mit den Leitungen von örtlichen Grundschulen im Land geführt und es wurde die fachliche Kompetenz angeboten. Auch dort wurde die Einschätzung geteilt, dass die Musikschulen einen wertvollen Beitrag zur Profilierung von musikalischer Bildung an Grundschulen leisten könnten.

Dieses Programm könnte ein Ansatz sein, um das Defizit in der musikalischen Ausbildung zu minimieren. Klar ist aber auch, dass es den klassischen Musikunterricht nicht ersetzen kann und soll. Eine Ergänzung wäre wünschenswert.

Abzuschätzen bleibt noch der finanzielle Aspekt dieses Projekts, vor allem die finanzielle Belastung von Land und Landkreisen sowie der einzelnen Schulträger bei der Verwirklichung des Programms „Kinder und Musik“.

Die PDS-Fraktion möchte eine generelle Überprüfung der Möglichkeiten eines Programms zur Kooperation zwischen den Musikschulen und den Grundschulen in Zusammenarbeit aller Beteiligten. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Im Ältestenrat ist zu diesem Thema eine Fünfminutendebatte in der Reihenfolge FDVP-, CDU-, SPD-, DVU- und PDS-Fraktion vereinbart worden. Herr Minister Harms hat darum gebeten, vorher das Wort zu erhalten, und hat sich schon in die Startposition begeben. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Ich wollte nur mit der Zeit sorgsam umgehen. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorschlag der PDS-Fraktion, in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Musikschulen Sachsen-Anhalt und den kommunalen Spitzenverbänden ein Programm „Singende, klingende Grundschule“ umzusetzen und über dessen konkrete Ausgestaltung zu berichten, findet ausdrücklich meine Zustimmung. Das will ich sagen.

Frau Ludewig ist jetzt nicht da. Sie hat vorhin einen weiten Bogen von den Äußerungen zum Mauerbau bis zu den Fragen des Ehrenamts gespannt. Ich hoffe, dass wir eine sachliche Diskussion hinbekommen und dass wir nicht in den nächsten Beiträgen den direkten Weg vom Schalmaienorchester der NVA zur „Singenden Grundschule“ diskutieren, sondern wirklich über die Fragen diskutieren, die angesprochen worden sind, zum Beispiel: Wie können wir den Musikunterricht in der Schule verbessern?

Der Vorschlag nimmt Bezug darauf, dass das Konzept der neuen Grundschule insbesondere in den Jahrgangsstufen 1 und 2 mehr Raum für Aktivitäten schafft, die über den direkten Unterricht hinausgehen. Das finde ich wichtig und es setzt auch eine Qualifizierung der Lehrkräfte voraus.

Herr Gebhardt hat es gesagt, musikalische Angebote spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine besondere Rolle. In der musikalischen Praxis wird eine Vielzahl von Fähigkeiten unterstützt, stabilisiert und angeregt.

Zum Beispiel wird die sinnliche Wahrnehmung ausgeprägt. Aber auch in anderen Fächern entstehen bessere Möglichkeiten. So werden auch für den Lese- und

Schreibprozess grundlegende Fähigkeiten in musikalischer Tätigkeit unterstützt.

Durch den Erwerb von Liedgut werden Gedächtnisprozesse unterstützt. Über die Rhythmisierung wird erhebliche Grundlagenarbeit geleistet, auch für die Entwicklung sprachlicher Fähigkeiten, die meines Erachtens sehr bedeutsam ist. Nicht zuletzt macht gemeinsames Musizieren und Musikerleben Spaß, fördert die soziale Kompetenz und Gemeinschaftserlebnisse.

Wir haben im Land viele gute Erfahrungen an den Schulen gemacht. Aber ich sehe auch große Defizite hinsichtlich der Musikausbildung, die wir im Rahmen der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in unteren Klassen hatten. An dieser Stelle gibt es einen Fortbildungs- und Ergänzungsbedarf. Dafür sehe ich die von Ihnen angesprochene Idee als außerordentlich zielführend an, nämlich die Frage, wie können die Musikschulen und die Musikverbände außerhalb der Schulen eine Anregung leisten. Wir haben im Vorfeld Befragungen durchgeführt. Viele Grundschulen haben signalisiert, dass sie ein großes Interesse an einer solchen Zusammenarbeit haben.

Auf eine Schwierigkeit möchte ich aufmerksam machen, die Frage der Finanzierung solcher Aktivitäten. Wir befinden uns an der Schnittstelle zwischen den Aufgaben der Schulen und den kommunalen Aufgaben. An dieser Stelle müssen jeweils zwei Partner zusammenfinden, die auch das notwendige Geld bereitstellen. Darüber sollten wir auch reden.

Wir werden bei der Erarbeitung solcher Konzepte Vertreterinnen und Vertreter der Grundschulen, der Musikschulen und selbstverständlich der kommunalen Spitzenverbände an den Tisch bitten. Ich freue mich auf die Diskussion. Sie kann sehr interessant werden. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Wir beginnen die Debatte der Fraktionen. Für die FDVP-Fraktion spricht zunächst Frau Helmecke. Bitte schön.

Frau Helmecke (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einstellung zur Musik ist sehr unterschiedlich. Sie reicht von der ironischen Feststellung Wilhelm Buschs: „Musik wird oft nicht schön gefunden, weil sie stets mit Geräusch verbunden.“ über die Aussage, dass nur böse Menschen keine Lieder kennen, bis zur Weisheit eines Goethe, der über Musik schrieb: „Wer die Musik nicht liebt, verdient nicht, ein Mensch genannt zu werden. Wer sie liebt, ist ein halber Mensch. Wer sie aber treibt, der ist ein ganzer Mensch.“

Meine Damen und Herren! Nun mag sich jeder selbst einordnen in Kenntnis seiner musikalischen und instrumentalen Fertigkeiten. Aber keiner von uns wird bestreiten, dass in frühester Kindheit mit Musik oder mit dem Fehlen der Musik die heranwachsende Persönlichkeit geprägt wird. Oft wird sich dabei auf die Wertung Friedrich Nietzsches berufen, der davon sprach, dass ein Leben ohne Musik ein Irrtum sei.

Meine Damen und Herren! Es wäre nicht nur ein Irrtum, sondern ein Leben ohne Gefühl, ohne den Reichtum eines Gefühls. Selbst große Persönlichkeiten antworten auf die Frage, was sie gern noch lernen möchten, dass sie sich wünschen, ein Instrument spielen zu können.

Ein Altbundespräsident trällerte einst das Lied vom gelben Wagen und animierte so zum Mitsingen.

Bundespräsident Rau aber wünscht sich eine Gesellschaft, in der es Menschen gibt, die sich selbst in einer Begegnung mit dem musikalischen Werk prüfen, im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit, aber auch im Hinblick auf ihre Wahrnehmungsfähigkeit. Das formulierte Rau aus Anlass des Wettbewerbs 2000 „Jugend musiziert“.

Um sich diesen Wunsch nicht erst im abgeklärten Alter erfüllen zu können, bedarf es der frühzeitigen Heranführung der Kinder und Jugendlichen an die Musik. Aber zweifellos besteht ein krasser Widerspruch zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit, wenn, zwar unterschiedlich in den Bundesländern, in den Grund- und Hauptschulen bis zu 80 % der Musikstunden ausfallen oder fachfremd erteilt werden. Und der Irrtum des Lebens besteht dann darin, dass all das als weniger tragisch und verhängnisvoll bewertet wird als der Ausfall einer einzigen Informatikstunde.

Meine Damen und Herren! Wie heftig schlagen in der Öffentlichkeit die Emotionen Wellen, wenn es um die Lizenzen für Fußballvereine geht. Wie teilnahmslos und unbeweglich reagieren dagegen die Menschen, wenn kulturelle Einrichtungen und Unterrichtsstätten reduziert oder gar geschlossen werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ein solcher Fakt zutrifft, dann gilt es zunächst einmal Ordnung und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine musische Bildung und Erziehung erfolgen kann. Es sollte doch auch bedacht werden, dass es nicht in den Bereich der Sagen gehört, dass unsere Senioren davon berichten, dass jeder Dorfschullehrer und auch der Kollege in der Stadt ein Instrument beherrschte und den Unterricht mit einem Lied begann. Dass diese Tradition unter Margot Honeckers Erziehungsherrschaft in unsäglichen Fahnenappellen und Freundschaftsmeldungen endete und versiegte, sollte uns nicht davon abhalten, verschüttete Traditionen zu erwecken, vor allem im Interesse der Kinder.

Forschungen zur Musikerziehung zeigen auf, dass soziale Kompetenz, die auch moralische und kommunikative Kompetenz einschließt, durch das Musizieren und durch Musikerziehung gefördert wird. Wie wahr und wie heuchlerisch zugleich ist das Wort von Bundesinnenminister Otto Schily, der sagte, wer Musikschulen schließt, der schadet der inneren Sicherheit. - Wie wahr, wie wahr. Unter dieser Bundesregierung streicht doch der Rotstift gnadenlos die Zuwendungen in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren! Ich finde es erstaunlich, dass Fraktion der PDS diesen Antrag vorlegt, hat doch gerade die PDS die geschlossenen Schulanstalten parlamentarisch durchgedrückt, die die Möglichkeiten und bewährten Strategien der außerschulischen musischen Erziehung, nicht nur der Musikschulen unterschiedlicher Träger, erheblich einschränkte oder gar ausschloss. Der angespitzte Rotstift im Kulturhaushalt wird ebenso von der PDS geführt und konterkariert deshalb diesen Feigenblattantrag. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Jetzt spricht für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Herr Kuntze. Bitte schön.

Herr Kuntze (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nahtlos an die letzte Aussage des Ministers Harms, er freue sich auf die Diskussion im Ausschuss, anknüpfen, sodass ich mich schon auf den Weg gemacht hatte und übersehen hatte, dass die FDVP vorher dran war.

Etwas verblüfft bin ich von dem Antrag nur insofern, als er überhaupt gestellt wird. Ich hatte gedacht, dass Sie darauf auch eingehen. Der Hintergrund ist, Musikschulen in Sachsen-Anhalt haben eine erfreuliche Entwicklung genommen. Die Schülerzahlen steigen. Die kommunalen Träger haben, unterstützt durch die Landesförderung, viel dafür getan, dass sich auch die äußeren Bedingungen entscheidend verbessert haben. Dennoch besuchen weniger Kinder in den neuen Ländern den Unterricht an Musikschulen als in den westlichen Ländern.

Zusätzlich wird die Situation dadurch erschwert, dass die Unterrichtsversorgung im Schulfach Musik völlig unbefriedigend ist. Musiklehrer gehören zu den Lehrern in den so genannten Mangelfächern. Im Ergebnis werden Grundschullehrer im Sekundarschulbereich eingesetzt. Wie der Präsident des Landesmusikrates, Herr Dr. Werner, unlängst wieder einmal betonte, kann man fast, etwas überzeichnet, davon ausgehen, dass in den Grundschulen fast nur noch fachfremd Musikunterricht erteilt wird. Die „Löcher“ im Sekundarschulbereich werden dadurch gestopft, dass Grundschullehrer umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund steht die Absicht, die Herr Gebhardt zitierte, des Landesverbandes der Musikschulen, des Landesmusikrates, des Verbandes deutscher Musikschulen und der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung, eine gemeinsame Initiative für musikalische Bildung zu starten und zu versuchen, die Grundschule mit festen Öffnungszeiten einzubeziehen.

Dazu gab es eine große Gesprächsrunde, zu der neben den Vertretern der Verbände auch Vertreter der Landtagsfraktionen eingeladen waren, die auch weitgehend gekommen waren. Genau darauf - Herr Gebhardt, Sie waren dort - wird mit dem Antrag Bezug genommen. Herr Dr. Harms, es waren auch Vertreter aus der Kultur- und der Bildungsabteilung Ihres Ministeriums anwesend, die genau das zugesagt haben, was in dem Antrag steht. Insofern bin ich verwundert, dass wir diesen Antrag noch einmal bearbeiten. Im Grunde - um es salopp zu sagen - rennen wir damit offene Türen ein. Schädlich ist er nicht.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von Frau Stolfa, PDS)

Man muss aber wissen, dass bestimmte Probleme in der Debatte eine Rolle spielen werden. Es kann nicht sein und es ist auch nicht das Ziel der Initiative, beispielsweise den Fachunterricht an Grundschulen durch Angebote der Musikschulen zu ersetzen. Umgekehrt machten die Musikschulvertreter von vornherein deutlich, dass die Initiative, wenn sie mit den Haken, die noch zu bearbeiten wären, klappen sollte, überhaupt nur in 10 % der Grundschulen wirksam werden kann.

Das ist für Bildungspolitiker sofort der Hinweis auf das Schlagwort „Modellversuch“. Damit könnte man eventuelle gesetzliche Schwierigkeiten zumindest punktuell außer Kraft setzen, sodass ich gute Chancen sehe.

Die Schwierigkeiten sind hauptsächlich die: Schule ist vom Inhalt her eine Landesveranstaltung, während

Musikschule eine kommunale Veranstaltung ist. Kurz und gut, die Zuständigkeiten könnten sich dabei etwas überlappen. Mit etwas gutem Willen ist dieses Problem lösbar. Die Finanzierungsfragen, die daraus resultieren, sind auch lösbar. Insofern, denke ich, gehört das in den Ausschuss hinein.

Ich komme zurück auf den Antrag. Wie gesagt, wir halten den Antrag nicht für unbedingt erforderlich. Aber niemand und nichts wird uns als CDU-Fraktion daran hindern, zu bekräftigen, was wir auch in der Beratung gesagt haben. Wir sind dafür, in diesem Sinne zu verfahren. Insofern freuen auch wir uns auf die Diskussion im Ausschuss und stimmen dem Antrag natürlich zu.

(Zustimmung von Herrn Dr. Bergner, CDU, von Herrn Dr. Daehre, CDU, und von Frau Stolfa, PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Kauerauf. Bitte schön.

Frau Kauerauf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Hauptsache Musik - Musik braucht Bildung, Bildung braucht Musik“ - so heißt eine Initiative des Deutschen Musikrates, die den Stellenwert der musikalischen Bildung für den Menschen und für die Gesellschaft bewusst machen soll. Die Zielsetzungen der Initiative sind die Sicherstellung und der Ausbau der musikalischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Anlass ist ein sich ständig vergrößerndes Defizit in Bezug auf den Zugang von Kindern und Jugendlichen zur musikalischen Bildung. Erreichbar kann dieses Ziel nach Angaben des Deutschen Musikrates durch die Stärkung der vorhandenen Strukturen und den Ausbau zusätzlicher Möglichkeiten von musikalischer Bildung sein.

Wir als Sozialdemokraten befürworten im Sinne der Chancengleichheit eine ungehinderte Teilhabe an den Möglichkeiten musikalischer Bildung für alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Da seit dem Jahr 1990 laut einer Statistik der finanzielle Anteil der Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder an Musikschulen von 38 % auf 45 % gestiegen ist, ergibt sich die Notwendigkeit, darüber nachzudenken, wie man verhindern kann, dass diese Ausbildung zum Privileg vermögender Eltern und gut sitzierter Familien wird.

Leider müssen wir demgegenüber an den allgemein bildenden Schulen - der Grundschulbereich ist eingeschlossen - registrieren, dass im Fach Musik eine fachgerechte Unterrichtsversorgung mit Problemen verbunden ist. Ein wesentlicher Grund besteht darin - das wurde hier bereits gesagt -, dass es immer weniger Musiklehrer bzw. Lehrer mit einer entsprechenden Lehrbefähigung gibt. Dabei ist der Beitrag der musikalischen Bildung und deren Wirkung auf die Entwicklung einer positiven Persönlichkeitsstruktur einschließlich der Ausbildung seelisch-emotionaler Kräfte, geistig-intellektueller Fähigkeiten und sozialer Kompetenzen bereits genannt wurden.

Erfreulicherweise gibt es in unserem Land schon eine Reihe von Kooperationsformen zwischen Grund- und Musikschulen. Momentan sind solche Kooperationen aber noch vom Engagement der jeweiligen Schulleitungen, den an der Schule tätigen Musiklehrern, die entsprechende Programme entwickelt haben, und den zu-

ständigen wohlwollenden Schulträgern, die der Finanzierung positiv gegenüber stehen, abhängig.

Meine Damen und Herren! Ein Beispiel für eine diesbezügliche gelungene Kooperation bietet die Stadt Hamburg. Sie ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern im Rahmen der verlässlichen Halbtagsgrundschule die Teilnahme an gebührenfreiem zusätzlichen Musikunterricht, der Bestandteil des Stundenplanes ist. Hierbei muss allerdings betont werden, dass Hamburg mit dieser Lösung als Bundesland in Deutschland noch eine Leuchtturmfunktion hat.

Verständlich ist aus der Sicht des Landesverbandes der Musikschulen die Absicht, ihre Mitgliedsschulen mehr in die Arbeit der zukünftigen Grundschulen mit festen Öffnungszeiten nach dem Hamburger Vorbild einzubinden. Die Musikschulen befürchten jedoch, dass durch Einführung der Grundschule mit festen Öffnungszeiten ihre Angebote am Vormittag in einem wesentlich geringeren Zeitrahmen wahrgenommen werden können.

Aus unserer Sicht kann es sich bei den Kindern, die zu den angegebenen Zeiten den Musikunterricht besuchen, nur um Kinder der ersten und zweiten Jahrgangsstufe handeln. Die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 3 und 4 können aufgrund der Stundentafel auch schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht an den Vormittagsveranstaltungen der Musikschulen teilnehmen.

Wir sehen aber eine vielversprechende Chance darin, bei einer verstärkten Kooperation zwischen Schulen, Eltern und Musikschulen das Problem nicht nur zu entkrampfen, sondern auch neue Wege einer für alle Beteiligten nutzbringenden Zusammenarbeit zu erschließen. Im Rahmen der Abschätzung des notwendigen Finanzvolumens solcher Programme sollten auch Realisierungsmöglichkeiten für den Einsatz von Musiklehrern aus der Musikschule in der Grundschule geprüft werden.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag zu. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Die DVU-Fraktion hat auf einen eigenen Redebeitrag verzichtet. Für die PDS-Fraktion hätte jetzt der Abgeordnete Herr Gebhardt die Gelegenheit, sich über so viel Zustimmung zu freuen. - Das machen Sie auch, ohne dass Sie das von hier vorn tun. Dann ist die Debatte beendet. Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren! Wer dem Antrag in Drs. 3/4642 neu zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der FDVP- und der DVU-Fraktion ist der Antrag mit großer Mehrheit beschlossen worden. Damit ist die Beratung zum Tagesordnungspunkt 25 abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich bin jetzt etwas verunsichert und frage deshalb noch einmal. Wir hatten heute Morgen mit Herrn Präsident Schaefer vereinbart, Ihnen anzubieten, auf die Mittagspause zu verzichten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Ich betrachte das als allgemeine Zustimmung und ersehe daraus, dass heute früh darüber schon abgestimmt worden ist. Ich bitte nur darum, die nahtlose Bereitschaft der jeweils vorgesehenen Debattenredner sicherzustellen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Beratung

Erarbeitung eines Landesentwicklungsberichtes

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4644**

Der Antrag wird eingebracht vom Abgeordneten Herrn Dr. Köck. Bitte schön.

Herr Dr. Köck (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemäß § 19 des Landesplanungsgesetzes hat die Landesregierung in regelmäßigen Abständen einen Landesentwicklungsbericht vorzulegen. Seit dem letzten Bericht im Jahr 1996 - ich habe ihn hier vorliegen - sind durch die Novellierung des Raumordnungsgesetzes und des Baugesetzbuches sowie deren landesrechtliche Umsetzung im Landesplanungsgesetz die Raumordnung und die Landesentwicklung auf neue Grundlagen gestellt worden. Hinzu kommt das im Mai 1998 verabschiedete europäische Raumordnungskonzept.

Mit der Festlegung von Grundsätzen und Zielen im Gesetz über den Landesentwicklungsplan vor zwei Jahren war die Hoffnung verbunden, die Raumordnung und die Flächennutzung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung beeinflussen zu können. Es ist unserer Meinung nach an der Zeit, die Umsetzung dieses Gesetzes auf seine Wirksamkeit in der Praxis hin zu überprüfen.

Ich vermute, dass die Landesregierung im Anschluss an meine Rede den Antrag für erledigt erklären wird, weil sie in dieser Sache bereits tätig ist. Zu meiner Überraschung wurden bei der ersten Tagung der Regionalplaner in der vergangenen Woche bereits einige Karten mit der Überschrift „Landesentwicklungsbericht 2001“ präsentiert. Zumindest die Fristsetzung in unserem Antrag dürfte daher eine Annahme nicht unmöglich machen.

Die PDS-Fraktion ist aber der Auffassung, dass sich ihr Antrag trotzdem nicht erledigt hat, weil aus dem parlamentarischen Raum heraus noch einige wichtige Anforderungen an diesen Bericht gestellt werden sollten.

Es reicht unseres Erachtens nicht aus, wenn der Landesentwicklungsbericht letztlich den Charakter einer kommentierten und illustrierten Zusammenfassung der statistischen Jahresberichte aufweisen würde. Diesen Eindruck vermittelt leider der Landesentwicklungsbericht des Jahres 1996. Der Bericht des Jahres 2001 muss auch eine Bewertung der Landesentwicklung auf der Grundlage der statistischen Daten vornehmen, Trends aufzeigen und vor allen Dingen Handlungsempfehlungen für die Politik geben.

Diese Aussagen - das ist der zweite Grund für unsere Antragstellung zum jetzigen Zeitpunkt - müssen der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ in der Endphase ihrer Tätigkeit unbedingt zur Verfügung stehen.

Eventuellen Einwänden, dass dafür keine Bewertungsmaßstäbe vorlägen, kann mit dem Hinweis auf den Landesentwicklungsplan begegnet werden. Die Wertebene und damit der Maßstab für die Bewertung sind mit den Grundsätzen und den Zielen durch den Gesetzgeber bereits festgelegt worden. Insbesondere die Ziele stellen verbindliche Vorgaben dar, die eine strikte Pflicht zur Beachtung auslösen. Sie sind durch die Entschei-

dung des Landtages auf höchster Ebene abgewogen und deshalb einer weiteren Abwägung nicht mehr zugänglich.

Nun gewinnt man aber in letzter Zeit den Eindruck - das ist der dritte Grund für die Antragstellung und der Grund für die Fragen, die mit dem Bericht beantwortet werden sollen -, dass das Gesetz über den Landesentwicklungsplan ein Gesetz zweiter Klasse ist, gegen dessen Ziele ungestraft verstoßen werden kann. Deshalb braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Raumordnung nur als zahnlöser Tiger angesehen wird.

Vor allen Dingen die Entwicklungen im Schienenpersonen- und insbesondere im gestern bereits kurz thematisierten Schienengüterverkehr geben Anlass zu größter Sorge.

Beispielsweise ist die Umsetzung der für den Hafen Aken als Ziel im LEP festgelegten trimodalen Schnittstelle durch die Kündigung von DB Cargo zum 1. Januar 2002 akut gefährdet.

Dem Umschlagbahnhof Magdeburg-Sudenburg - nach der gestern von Herrn Minister Heyer zitierten Liste erst ab dem Jahr 2002 von der Schließung bedroht - wurde per Fax im Mai kurzfristig zum 1. Juli dieses Jahres gekündigt.

Erinnert sei weiterhin an den mit dem Fahrplanwechsel entfallenden Interregio-Halt in Merseburg und an die Einstellung einer ganzen Interregio-Linie, nämlich der Linie Magdeburg - Stendal - Schwerin - Lübeck, die ebenfalls im Landesentwicklungsplan unter den Zielen aufgeführt sind.

Wenn ich die Aussage der Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung zum Raumordnungsgesetz aus dem Jahr 1998 richtig interpretiere, hat der Bund nach § 18 Abs. 4 des Raumordnungsgesetzes darauf hinzuwirken, dass die Personen des Privatrechts, an denen er beteiligt ist, also auch die DB AG, die aufgabenbezogenen Ziele beachten, das heißt strikt einhalten.

Ähnlich sorgenvoll sehen wir die Suburbanisierungstendenzen im Umland der großen Städte, selbst wenn wir hierbei noch einige Jahre Nachwehen der wilden frühen 90er-Jahre in Rechnung stellen. Als Paradebeispiel dafür steht die erteilte Baugenehmigung für Wal-Mart im Saalepark Günthersdorf, die ebenfalls der Zielstellung im Landesentwicklungsplan entgegensteht. Oder mangelt es etwa an der stringenten Durchsetzung der diesbezüglich im LEP festgesetzten Ziele der Raumordnung in Verdichtungsräumen?

Mit diesen Beispielen wollte ich verdeutlichen, weshalb es uns so wichtig ist, dass der Landesentwicklungsbericht zu den im Antrag genannten Bereichen und Problemen Analysen und vor allen Dingen Bewertungen vornimmt. Ganz besonderen Wert - ich will es wiederholen - legen wir auf Schlussfolgerungen für die zukünftige Handlungsweise in der Politik und in den Kommunen. Um einen diesbezüglichen Auftrag aussprechen zu können, bitten wir wegen des offenbar bereits fortgeschrittenen Bearbeitungsstandes um die direkte Annahme unseres Antrages. - Danke.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Auch dazu ist eine Fünfminutendebatte im Ältestenrat vereinbart worden, und zwar in der Reihenfolge DVU-, FDVP-, SPD-,

CDU- und PDS-Fraktion. Vorher hat in Vertretung des Ministers Herrn Keller Herr Minister Dr. Heyer um das Wort gebeten. Bitte schön.

Herr Dr. Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zunächst kurz den Sachverhalt erläutern. Gemäß § 19 des Landesplanungsgesetzes hat die Landesregierung dem Landtag in regelmäßigen Abständen Berichte zu erstatten, und zwar

erstens über die räumliche Entwicklung im Land - das umfasst eine Bestandsaufnahme und die Entwicklungstendenzen unter Beachtung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung - ,

zweitens über die im Rahmen der angestrebten räumlichen Entwicklung durchgeführten und beabsichtigten raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen,

drittens über die Abstimmung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen mit den Nachbarländern sowie

viertens über die Auswirkungen der Politik des Bundes, der Europäischen Gemeinschaft und des größeren Europäischen Raumes auf die räumliche Entwicklung unseres Landes.

Es besteht also bereits ein gesetzlicher Auftrag, welcher von diesem Hause gegen Ende der letzten Legislaturperiode im Jahr 1998 verabschiedet wurde.

Bislang hat die Landesregierung dem Landtag von Sachsen-Anhalt zwei Landesentwicklungsberichte vorgelegt, nämlich in den Jahren 1993 und 1996. Der dritte Landesentwicklungsbericht ist weitgehend vorbereitet. Ich gehe davon aus, dass der neue Bericht nach der Sommerpause von der Landesregierung verabschiedet werden wird und im Herbst dem Landtag vorgelegt werden kann.

Somit würde auch in der laufenden Wahlperiode der Bericht über die Landesentwicklung erstattet werden. Damit wird dem Gesetz, das eine regelmäßige Vorlage vorsieht, entsprochen.

Aus unserer Sicht ist deshalb die Forderung aus dem Antrag erfüllt worden, dem Landtag einen Landesentwicklungsbericht möglichst noch in diesem Jahr vorzulegen. Einer besonderen Aufforderung dazu bedarf es nicht.

Die weitere Forderung, Herr Kollege Köck, bereits dem im Herbst vorzulegenden Bericht den Landesentwicklungsplan zugrunde zu legen und zu verschiedenen Fachpolitiken dezidiert eine vertiefende Darstellung zu geben, ist nicht durchführbar. Das neue Raumordnungsgesetz des Bundes, das neue Landesplanungsgesetz und der neue Landesentwicklungsplan sind erst jüngst grundlegend geändert worden. Die für eine empirische Prüfung der einzelnen raumwirksamen Fachpolitiken erforderliche Datenlage ist noch nicht gegeben. Vielfach liegen erst Daten bis Ende 1999 oder bis Mitte 2000 vor, sodass ein Abgleich mit den Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsplans, der zum 1. Mai 1999 in Kraft trat, nicht möglich ist.

Ich würde Ihnen namens der Landesregierung empfehlen, den Antrag abzulehnen, und anregen, im Herbst des Jahres, wenn die Landesregierung den dritten Landesentwicklungsbericht vorgelegt haben wird, eine zukunfts-

orientierte Debatte über die aus diesem Bericht zu ziehenden Konsequenzen zu führen.

Aus meiner eigenen Zuständigkeit darf ich hinzufügen: Herr Kollege Köck, zu diesem Zeitpunkt werden wir auch über die von Ihnen angesprochenen Bahnthemen mehr wissen. Somit kann ich auch sagen: Aus der Sicht der Verkehrspolitik wäre es begrüßenswert, im Herbst vertieft über diese Fragen zu diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Eine Frage? - Bitte schön.

Herr Kasten (PDS):

Herr Minister Dr. Heyer, ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie aus der Sicht der Landesregierung im Prinzip beim Jahr 1999 Schluss machen.

(Herr Dr. Daehre, CDU, lacht)

Für mich wäre es interessant, zu wissen, wie Sie die Vergleichbarkeit der bisherigen Landesentwicklungsberichte, also der ersten zwei und des dritten, den Sie jetzt erarbeiten, mit dem, was wir an Zielen und Grundsätzen im Landesentwicklungsplan beschlossen haben, herstellen wollen. Sie haben bestätigt, dass wir mit dem Landesentwicklungsplan, den wir im Hohen Hause beschlossen haben, eine neue Qualität auch im Bereich der Nachhaltigkeit anstreben.

Der Aufwand und das Ergebnis sowie die Effektivität dessen, was wir hier machen, sollen in diese Bilanz einfließen. In diesem komplexen Bereich wäre es auch sehr wichtig - aus fachlichen und sachlichen Gründen -, dass das wissenschaftlich so exakt gemacht wird, dass dies dann auch möglich ist. Bunte Bilder und Statistiken reichen dafür nicht aus.

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Es war unser Ansatz, gerade dies schon in die Erarbeitung einzubeziehen, um das dann nicht nachholen zu müssen.

Herr Dr. Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Ich verstehe Ihre Ausführungen einmal als Frage.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Das wollte ich gerade fragen.

Herr Dr. Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Herr Präsident, ich wollte Ihnen nicht vorgreifen. - Ich höre daraus die Frage heraus: Wie wird die Vergleichbarkeit hergestellt?

Sie müssen Ihre Lust, sich mit den Dingen zu befassen, noch etwas zügeln; denn die Vergleichbarkeit der Berichte wird sich ohne weiteres aus dem dritten Bericht ergeben. Er ist, wie gesagt, vorbereitet worden und kann im Herbst hier diskutiert werden.

Ich weiß nicht, ob Sie Ihre erste Bemerkung ernst gemeint haben. Ich nehme sie einmal ernst. Wir hören nicht mit dem Jahr 1999 auf, sondern wir haben eine Datenlage, die nur so weit aufgearbeitet ist, dass sie maximal bis in den Sommer 2000 hineinreicht.

In Bezug auf das Aufhören kann ich, lieber Herr Kollege Kasten, glaube ich, für die Sozialdemokraten in diesem Haus sagen: Wir haben im Jahr 1994 angefangen, und wir beabsichtigen, noch viele Jahre weiterzumachen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Die DVU-Fraktion hat auf einen eigenen Redebeitrag verzichtet. Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Wolf. Bitte.

Herr Wolf (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie im Redebeitrag zum Antrag der PDS „Belastung der Agrarunternehmen“ bereits von uns erwähnt, tolerieren wir die Art der Antragstellung durch die PDS nicht länger. Auch hierbei hätte eine einfache Anfrage genügt; denn selbst in der Antragsform bleibt es eben nur eine Anfrage. Vielleicht hat der Parlamentarische Dienst schon darauf hingewiesen; es kann sein.

Für die Zukunft bitten wir die PDS, das Parlament nicht mehr mit derartigen Anträgen zu belasten. Wenn Sie, werte Abgeordnete der Fraktion der PDS, die Landesregierung beschäftigen wollen, dann bitte über den Weg der Kleinen Anfrage. Dafür haben Sie sofort unser Einverständnis.

(Herr Czeke, PDS: Das machen Sie zur Genüge!)

Im Grunde sind wir nicht gegen eine objektive Berichterstattung der Landesregierung, hält doch jede Aufforderung dazu die Regierung wenigstens ein bisschen in Bewegung. Aber ausgerechnet der Koalitionspartner PDS hält sich nicht an Dr. Püchels Aufforderung, das Berichtswesen einzuschränken. Das lässt nur einen Schluss zu: Mit dem Antrag der PDS wird der SPD wieder einmal eine Grundlage dafür geschaffen, sich mit selbst verfassten Erfolgsberichten ins beste Licht zu setzen. Auf solche Berichterstattungen würden wir gern verzichten.

Meine Damen und Herren! Wir alle wissen auch ohne einen Bericht der Landesregierung, wie es um Sachsen-Anhalt bestellt ist. Niemand muss vertiefend darstellen, wie die Ziele der Raumordnung zur nachhaltigen Raumentwicklung, der Siedlungsentwicklung oder im Bereich Verkehr verfehlt worden sind.

Wir sehen die Ergebnisse eben nur zu deutlich: zwei- statt dreispurige Autobahnen, dem Verkehrsfluss bereits am Eröffnungstage nicht mehr gewachsen; Verkaufsflächen auf der grünen Wiese, verbunden mit Geschäftsschließungen in den Innenstädten, und mangelnde Firmenniederlassungen aufgrund einer nicht mehr intakten Infrastruktur.

Davon wird natürlich nichts in einem Landesentwicklungsbericht zu finden sein, der schon in der Schublade liegt. Und das war wohl so von der PDS per Vorabstimmung mit der SPD auch nicht geplant. Die Lancierung oder Ankündigung geschöner Berichte wird von uns von vornherein abgelehnt. Was wollen Sie denn eigentlich? Der Bericht kommt doch automatisch. Gestern haben wir auch darüber gesprochen, Papier zu sparen. - Danke.

(Zustimmung bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Oleikiewitz.

Herr Oleikiewitz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Die SPD-Fraktion wird dem Anliegen der PDS nicht folgen, weil wir der Meinung sind, dass die Berichterstattung der Landesregierung, die, wie Herr Minister Heyer gesagt hat, für dieses Jahr ohnehin vorgeesehen ist, auch nach unserer Überzeugung das enthalten wird, was von der PDS und auch von uns erwartet wird.

Ich denke, wir werden Gelegenheit haben, wenn der Bericht vorliegt, in den entsprechenden Ausschüssen über diesen Bericht zu reden. Dann ist, glaube ich, immer noch Zeit, über die eine oder andere Detailfrage zu diskutieren. Ich glaube, wir kommen unserem Auftrag nicht näher, wenn wir der Landesregierung vorschreiben, wie sie Berichte in diesen speziellen Fragen abzufassen hat. Deswegen lehnen wir den Antrag der PDS ab und empfehlen den anderen Fraktionen, das ebenfalls zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Heyer)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Hacke.

Herr Hacke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der PDS-Fraktion scheint heute der Tag der Berichterstattung zu sein. Trotzdem will ich es gleich vorwegnehmen: Die CDU-Fraktion schließt sich dem Anliegen des Antrages durchaus an.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das ist logisch! - Heiterkeit bei der SPD)

Wir tun dies, obwohl gerade die PDS wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Regelung des alten Landesentwicklungsplanes, wonach ein solcher Bericht in jedem zweiten Jahr nach Beginn der Legislaturperiode vorzulegen war, durch die heutige Wischiwaschi-Regelung ersetzt wurde. Heute heißt es im Landesentwicklungsplan nur: Die Landesregierung erstattet in regelmäßigen Abständen einen Bericht. - „Regelmäßige Abstände“, Herr Dr. Köck, kann aber auch heißen: alle zehn Jahre.

Meine Damen und Herren! Uns erreichten in letzter Zeit widersprüchliche Nachrichten über die Entwicklung Sachsen-Anhalts. Einerseits redet die Landesregierung selbst von großen Erfolgen, andererseits aber belegen wir in fast allen wirtschaftlichen Kennziffern den schlechtesten Platz. Wir haben die höchste Pro-Kopf-Verschuldung und die höchste Arbeitslosigkeit der neuen Länder, sinkende Beschäftigungszahlen und konstante Abwanderungsbewegungen in Richtung alte Bundesländer. Es gelingt uns nirgendwo, endlich einmal die rote Laterne abzugeben.

Insofern dürfen wir alle auf das Werk gespannt sein, das uns wohl schon bald vorgelegt wird. Besonders gespannt sind wir unter anderem darauf, wie die Landesregierung die aktuelle und die zu erwartende Verkehrsentwicklung einschätzt und welche Lösungen sie

uns für die Zukunft anzubieten hat. Dabei interessiert uns, ob das Fehlen eines Landesverkehrswegeplanes entsprechend dem Bundesverkehrswegeplan weiterhin vertretbar ist.

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU, und von Herrn Schomburg, CDU)

Etwas widersprüchlich erscheint es mir schon, wenn der Ministerpräsident des Landes bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich und zum Solidarpakt für die neuen Bundesländer mehr Mittel für den Ausbau der eigenen Infrastruktur fordert und wenn gleichzeitig dieselbe Landesregierung die Aufstellung eines Landesverkehrswegeplanes ablehnt. Ich gehe aber davon aus, dass die Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer nicht wussten, wie sorgfältig der Finanzbedarf für die Entwicklung der Infrastruktur in Sachsen-Anhalt ermittelt wurde.

Weitere Ausführungen sollten im Landesentwicklungsbericht meiner Meinung nach auch zur Nordverlängerung der A 14 gegeben werden. Bisher hatte es den Anschein, dass sich die PDS „zum Wohle des Landes“ bei der Aufstellung des Landesentwicklungsplanes durchgesetzt hätte, die den Begriff „Autobahn“ für die Nordverlängerung der A 14 streichen ließ. Doch im Vorfeld der Kommunalwahlen raffte sich der Verkehrsminister auf und versuchte, in der Altmark sogar ein Bündnis für die Autobahn zu initiieren. Als gäbe es nichts Selbstverständlicheres, tat er so, als würden die Wünsche der PDS für ihn erstmals keine Bedeutung haben.

Kurz gesagt, meine Damen und Herren, wir erwarten von dieser Landesregierung, dass sie sich nun endlich einmal verbindlich für oder gegen eine Autobahn durch die Altmark ausspricht.

Der Landesentwicklungsbericht könnte jedenfalls helfen, die bisher fehlenden notwendigen Entscheidungen voranzutreiben.

Meine Damen und Herren! Angesichts der nicht zufriedenstellenden Landesentwicklung in weiten Bereichen unseres Landes sind wir gespannt darauf, wie schön die Landesregierung die vorhandenen Defizite umschreiben wird. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU, und von Herrn Schomburg, CDU)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Herr Abgeordneter Hacke, einen Moment bitte. Sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Rahmig zu beantworten?

Herr Hacke (CDU):

Ja.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Bitte, Herr Rahmig.

Herr Rahmig (SPD):

Herr Kollege Hacke, Sie fordern Berichte an, bezweifeln aber gleichzeitig deren Seriosität. Ich frage Sie deshalb: Kennen Sie die am 25. April in Halle vorgestellte Studie des IWH, die ein breites Spektrum von Daten ausweist, die zeigen, wo wir wirklich sind? Der Autor ist eng ver-

knüpft mit Professor Rüdiger Pohl. Das ist sicherlich jemand, der unverdächtig ist, uns ein Gefälligkeitsgutachten zu erstellen. Sind Sie bereit, so etwas anzuerkennen?

Herr Hacke (CDU):

Herr Rahmig, ich kenne die Studie, aber Ihre Auslegung ist falsch. Ich bezweifle nicht die Seriosität des Berichtes - dieser liegt gar nicht vor -, sondern ich habe nur deutlich gemacht, dass wir gespannt auf das sind, was in ihm stehen wird.

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU, und von Herrn Schomburg, CDU)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Für die PDS-Fraktion könnte der Abgeordnete Herr Dr. Köck noch einmal sprechen. Bitte schön.

Herr Dr. Köck (PDS):

Meine Damen und Herren! Die Ausführungen der Landesregierung haben meine Befürchtungen noch erhärtet, statt sie zu zerstreuen. Auf der einen Seite ist es gut, wenn der Bericht in Arbeit ist. Ich habe ja, wie gesagt, den Stand durch Zufall eben schon feststellen können.

Aber die Frage ist doch: Auf welcher Grundlage wollen wir die Entwicklungen in diesem Land ganz neutral bewerten? Der eine empfindet sie als positiv, der andere als negativ. Wir brauchen aber Bewertungsgrundlagen. Diese Grundlagen könnten nach unserer Meinung die Grundsätze und Ziele des Landesentwicklungsplanes sein. Ansonsten haben wir ein sehr schönes, dickes Werk vor uns, einen dicken Bericht, in dem aber letztlich die Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen können, nicht enthalten sind.

Ich werbe noch einmal dafür, den Antrag zu unterstützen. Der erste Teil, also die Aufforderung, ist dem Sinne nach nicht schädlich. Wir nehmen es positiv zur Kenntnis, dass die Landesregierung dort schon tätig ist, und möchten eigentlich nur noch darlegen, dass wir in diesem Bericht Aussagen zu den vertieft darzustellenden Fragen erwarten. Ob das dann ein gesondertes Schlusskapitel ist oder wie auch immer, das ist der Kreativität der Leute vorbehalten, die den Bericht erarbeiten. Aber ich denke, für die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Raumordnung und Landesentwicklung können wir nicht darauf verzichten, seitens der Landesregierung auf dieser Ebene den Sachstand eingeschätzt zu bekommen. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Damit, meine Damen und Herren, ist die Debatte abgeschlossen und wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Wer dem Antrag in der Drs. 3/4644 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte darum, sicherheits halber zu zählen. - Gegenstimmen? - Das ist die eindeutige Mehrheit. Trotzdem zählen wir zu Ende, damit jeder weiß, wie viele anwesend sind. Enthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen. 29 Abgeordnete haben für und 42 Abgeordnete haben gegen den Antrag gestimmt. Er hat also keine Mehrheit gefunden und ist damit abgelehnt.

(Zustimmung von Herrn Jüngling, SPD)

Die Beratung zu Tagesordnungspunkt 26 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Erste Beratung

Kindergelderhöhung für alle Kinder

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4662**

Der Antrag wird von der Abgeordneten Frau Krause eingebracht. Bitte schön.

Frau Krause (PDS):

Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Kinder und das Leben mit Kindern sind in der Bundesrepublik vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt. Das zeigt sich unter anderem beim Pro-Kopf-Einkommen, das bei Familien mit einem Kind bei 64 % und bei Familien mit zwei Kindern bei 54 % des Pro-Kopf-Einkommens vergleichbarer Paare ohne Kinder liegt.

Besonders benachteiligende Auswirkungen hat die finanzielle Situation von Familien mit Kindern, sind doch die Aufwendungen für Bildung und Betreuung, für sportliche und kulturelle Betätigungen sowie für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit erheblichen Kosten für die Kinder verbunden.

Diese ungleichen Ausgangsbedingungen waren es auch, die das Bundesverfassungsgericht zu seinen Auflagen veranlasste, die finanzielle Belastung der Familien mit Kindern zu verringern. Die entsprechenden Schritte müssen von der Bundesregierung eingeleitet und realisiert werden.

Die Bundesregierung schickt sich nun erneut an, den Familien mit Kindern in Minischritten die angekündigten Verbesserungen ihrer finanziellen Situation zu vererblichen.

Das monatliche Kindergeld soll erneut um die „atemberaubende“ Summe von 30 DM pro Kind erhöht werden, allerdings nur, wenn es sich um das erste und zweitgeborene Kind handelt. Da stellt sich die Frage: Brauchen die Familien mit drei und mehr Kindern nicht ebenfalls mehr Geld für ihre weiteren Kinder?

Auch die Nichtanrechnung dieser Kindergelderhöhung auf die Sozialhilfe hat auf den politischen Entscheidungsebenen des Bundes erneut keine Rolle gespielt. Dies finde ich persönlich nicht nur bedauerlich, sondern ich halte es für äußerst beschämend; denn es macht deutlich, dass diese Ungerechtigkeit bei der Behandlung von Kindern nach wie vor nicht als Problem angesehen wird.

Die Gefahr, von Sozialhilfe abhängig zu werden, ist bei Familien, besonders bei Alleinstehenden mit Kindern, sehr groß. 6,1 % der Familien mit Kindern und 4 % aller Haushalte in der Bundesrepublik beziehen Hilfe zum Lebensunterhalt.

15,2 % der Alleinerziehenden mit einem Kind, 22,6 % der Alleinerziehenden mit zwei Kindern und bereits 30,4 % der Alleinerziehenden mit drei oder mehr Kindern sind heute von Sozialhilfe abhängig. Somit weisen Alleinerziehende die mit Abstand höchste Sozialhilfequote aller Bevölkerungsgruppen aus.

Auch Ehepaare mit drei oder mehr Kindern unterliegen einer überdurchschnittlichen Sozialhilfequote. Damit bestätigt sich der Trend, dass über alle Familienformen hinweg das Armutsrisiko mit der Anzahl der Kinder ansteigt. Deshalb sind heutzutage besonders diese Familien mit Kindern auch von Armut betroffen.

Fast 7 % aller Kinder sind in der Bundesrepublik derzeit von Sozialhilfe abhängig. Das sind nach wie vor 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Im Jahre 1994 waren es noch 871 000. So stieg bei einer insgesamt anhaltend hohen Armutsquote die Zahl der sozialhilfeabhängigen Kinder im Zeitraum von 1991 bis 1998 um 4 %.

Die Sozialhilfequote bei den unter 18-Jährigen betrug nach dem Armutsbericht der Bundesrepublik im Jahr 1999 6,6 %. Sie war damit fast doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik.

„Armes“ reiches Land, das Armut für Kinder nicht nur erlebbar macht, sondern zunehmend auch zementiert und verfestigt. Für die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Kinder und Jugendlichen muss mehr getan werden. Sie bedürfen vor allem erst einmal auch finanzieller Verbesserungen.

Genau wie vor zwei Jahren, als wir einen ähnlichen Antrag in den Landtag einbrachten, soll die Erhöhung des Kindergeldes nur den Familien in voller Höhe zugute kommen, die nicht von der Sozialhilfe leben; denn die Zahlung aus der Kindergeldkasse geht einher mit der Kürzung der Zahlung aus dem Sozialhilfetopf, obwohl gerade die Familien, die von Sozialhilfe leben, in besonderem Maße auf Unterstützung angewiesen sind.

Die jährlichen Regelsatzerhöhungen bei der Sozialhilfe sind so gering, dass jede D-Mark mehr oder weniger für diese Alleinerziehenden und für diese Familien besonders zählt.

Doch wie vor zwei Jahren werden die Erhöhungen des Kindergelds wieder vor allem nur denen zugute kommen, die zu den Durchschnitts- und Besserverdienenden gehören. Das bedeutet, dass Kinder mit Sozialhilfebezug weiterhin auf die kleinen Freuden des Alltags verzichten müssen; denn Geld für Sportvereine oder Musikinstrumente - wir hatten das Problem, welche Rolle gerade die Musik und die Musikerziehung spielen - ist bei einem Sozialhilfebezug nicht vorhanden. Ferienreisen oder die Teilnahme an Klassenfahrten, Nachhilfeunterricht oder eine Kindergeburtstagsfeier sind oft für viele der Betroffenen ein Luxus, den eine Familie mit Sozialhilfebezug ihren Kindern nicht gewähren kann.

Mit dem Verzicht auf Ereignisse oder Leistungen, die für manche auf den ersten Blick vielleicht noch verschmerzbar erscheinen, sind jedoch weit schwierigere Probleme verbunden. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung - vor kurzem vorgelegt - wird darauf verwiesen, welche Folgen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen diese Einschränkungen haben. So beeinträchtigen die geringen finanziellen Möglichkeiten die soziale Integration dieser Kinder insbesondere bei Aktivitäten, bei Erfahrungen und in der Kommunikation mit Gleichaltrigen. Sie erleben eine Ausgrenzung aus Bildungs- und Freizeitangeboten.

Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, aus diesem ersten Armuts- und Reichtumsbericht zitieren:

„Armut bedeutet dann für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen Einschränkung und Ausgrenzung aus fundamen-

talenen Erfahrungen des Aufwachsens. Die möglichen Konsequenzen für die Kinder sind geringes Selbstwertgefühl, Depressivität, Einsamkeit, Misstrauen, Nervosität, Konzentrationsschwäche und Resignation in Bezug auf berufliche Chancen.“

Die gesamte Entwicklung dieser Kinder und Jugendlichen ist also in vielerlei Hinsicht gefährdet. Und das, möchte ich betonen, ist nicht ihr privates Problem, sondern ein zutiefst gesellschaftliches, das wir lösen müssen.

Ein kleiner Schritt in diese Richtung wäre jetzt, die Erhöhung des Kindergelds verwaltungs- und gesetzestechnisch so auszugestalten, dass sie vor allem den tatsächlich bedürftigen Kindern und Jugendlichen zugute kommt und nicht als Einsparmaßnahme für die Sozialhaushalte wirksam wird.

Ich möchte deshalb noch einmal hervorheben: Die Sozialhilfe dient der Existenzsicherung, das Kindergeld der Entlastung der Familie und der Förderung der Entwicklung der Kinder. Beides darf nicht länger in einen Topf geworfen werden.

Wir fordern deshalb die Landesregierung erneut auf, in diese Richtung initiativ zu werden, wohl wissend, dass unser Antrag nur ein kleiner Schritt in diese Richtung ist. Notwendig wäre - das ist ja auch in der Diskussion - eine grundlegende Reformierung des Systems der Familienförderung.

Deshalb bleibt auch die Forderung der PDS nach der Einführung einer sozialen Grundsicherung, die für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nach dem Alter gestaffelte Leistungen gewähren sollte, erhalten.

Ich bitte darum, dem heute vorliegenden Antrag aufgrund des notwendigen umgehenden Handlungsbedarfes direkt zuzustimmen. Die Diskussion über das Gesetz zur Kindergelderhöhung läuft auf Bundesebene. Ich möchte vor allem an die Kollegen der SPD-Fraktion appellieren: Eine Überweisung in den Sozialausschuss, der frühestens Mitte September tagt, wäre bei diesem Thema nicht hilfreich.

Da ich heute in der „Volksstimme“ gelesen habe, dass die SPD das langfristige Ziel formuliert hat - ich kenne viele sehr gut, sodass ich daran glaube, dass sie an diesem Ziel festhält -, ein gleiches Kindergeld für alle herbeizuführen, denke ich, dass mit der Unterstützung unseres Antrages, bezogen auf die Kinder und Jugendlichen, die von der Sozialhilfe leben, dieser Schritt heute mit einer Direktzustimmung eingeleitet werden sollte.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Vielen Dank. - Im Ältestenrat wurde eine Fünfminuten-Debatte in der Reihenfolge CDU, DVU, SPD, FDP und PDS vereinbart. Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Dr. Kuppe.

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Erstens. Ich teile den sozialpolitischen Ansatz, der im Antrag Ihrer Fraktion, Frau Krause, zum Ausdruck kommt, nämlich für Kinder in Deutschland gute Lebens-

bedingungen herzustellen und das Zusammenleben mit Kindern finanziell noch besser zu fördern.

(Zuruf von Herrn Prof. Dr. Trepte, PDS)

Zweitens sage ich deutlich, dass die Kinder- und Familienpolitik in Deutschland noch nicht optimal geregelt ist. Das sagen nicht zuletzt der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und die letzte Studie des DIW aus. Zu diesem Thema gibt es noch viele andere Gutachten.

Drittens sage ich aber auch, dass die rot-grüne Bundesregierung wie keine Regierung zuvor begonnen hat, Defizite in der Kinder- und Familienpolitik abzubauen. Sie hat allein in dieser Legislaturperiode - die jetzt vorgesehene Erhöhung eingerechnet - dreimal das Kindergeld erhöht. Das hat es bisher noch nicht gegeben.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Liebrecht, CDU: Aufgrund des Verfassungsurteils!)

Damit komme ich zu der Frage, wie dieses Kindergeld beim Einkommen von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern angerechnet wird. Darauf bezieht sich Ihr Antrag. Wir beraten über dieses Thema nicht zum ersten Mal im Landtag. Sie haben einen ähnlichen Antrag bereits im April 1999 gestellt, über den intensiv beraten wurde. Auch damals war der § 76 Abs. 2 Nr. 5 BSHG im Gespräch.

Im Rahmen der Diskussion über das Gesetz zur Familienförderung, das dann am 1. Januar 2000 in Kraft trat, war dies einer der kritischen Punkte auf Länder- und auf Bundesebene, was dazu führte, dass die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Absetzung von Kinderfreibeträgen geregelt wurde. Sie beläuft sich auf monatlich 20 DM bei einem Kind bzw. auf monatlich 40 DM bei zwei und mehr Kindern.

In dem Gesetz zur Familienförderung wurden die Freibeträge allerdings für den Zeitraum bis Ende Juni 2002 befristet. Dies geschah insbesondere mit dem Ziel, in dieser Zeit die Bedingungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt zu überprüfen und neue Grundlagen für eine neue Regelsatzverordnung zu eruiieren, damit dieses unterste Sicherungssystem in Deutschland auf eine neue, verbesserte Basis gestellt wird.

Ich will noch einmal kurz erwähnen - ich hatte das damals in der Diskussion auch gesagt -, dass eine Kindergelderhöhung nicht zwingend auch die Erhöhung der in § 76 Abs. 2 Nr. 5 BSHG genannten Freibeträge bedingt; denn natürlich liegt die wesentliche Zweckbestimmung des Kindergeldes darin, die für das Kind entstehenden Kosten des Lebensunterhaltes teilweise mit zu decken, sodass damit auch eine Entlastung von den Kosten des Lebensunterhaltes mit in Betracht zu ziehen ist. Damit wiederum dient Kindergeld schon derselben Zweckbestimmung wie die Sozialhilfe. Das liegt so im System begründet. Deswegen ist es auch folgerichtig, wenn Kindergeld als Bestandteil des Einkommens betrachtet wird.

Es stellt sich nunmehr die Frage, ob das System so richtig ist. Diese Frage wird durch Ihren Antrag nicht gelöst, Frau Krause; sie muss aber gestellt werden. Sie wollen im System verbleiben, fordern aber, dass die Kinder von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern im Wege der von Ihnen vorgeschlagenen Entfristung und Weitergeltung der Freibetragsregelungen besser gestellt werden sollen, als es die Umsetzung des Gesetzes vorsieht.

Ich meine, wir sollten die Chance nutzen, die sich mit der Verlängerung der im Gesetz vorgesehenen Befristung um ein Jahr, nämlich bis zum Juni 2003, ergibt, um die grundlegende Debatte weiterzuführen. Ich glaube, dass diese Verlängerung der Befristung der Ihrem Antrag zugrunde liegenden Intention durchaus entgegenkommt, Frau Krause.

Die Beratung, von der Sie gesprochen haben, ist auf Bundesebene schon sehr weit gediehen. Die Bundesausschüsse haben abschließend beraten; die Plenarberatung im Bundesrat wird in zwei Wochen stattfinden.

Ich glaube nicht, dass Sie so weit gehen, die Landesregierung aufzufordern, das Zweite Gesetz zur Familienförderung im Bundesrat abzulehnen. Ich könnte das nicht verantworten, weil darin eine Menge sehr guter Regelungen auf dem Weg zu einer besseren Familienförderung enthalten sind. Neben der Kindergelderhöhung, die ich als nicht so bescheiden ansehe, wie Sie sie hier dargestellt haben - ich halte sie für einen wirklich wichtigen Schritt hin zu einer Verbesserung der Leistungen für Kinder -, sind in diesem Gesetz weiterhin die Möglichkeit zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten, sofern sie bei Erwerbstätigkeit notwendig sind, die Anrechenbarkeit von Ausbildungskosten und manches andere mehr vorgesehen. Ich denke, das darf jetzt nicht verloren gehen.

(Zustimmung von Frau Fischer, Leuna, SPD, und von Herrn Rothe, SPD)

Deswegen sehe ich uns als Landesregierung in der Pflicht, dem Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat zuzustimmen. Ich rege jedoch an - das war das Ergebnis der Diskussion in unserer Fraktion -, die weitergehenden Erörterungen im Ausschuss zielgerichtet zu führen. Mittlerweile befindet sich in Deutschland ein ganzes Regal von Vorschlägen für die Verbesserung der Familienpolitik und der Leistungen für Familien in der Diskussion, angefangen bei der Weiterentwicklung der bedarfsgerechten steuerfinanzierten Grundsicherung, erweitert um die bereits geltenden Regelungen für Ältere und Erwerbsgeminderte, ebenso für den Bereich der Alleinerziehenden und hinsichtlich der Betreuung von Kindern.

Es wird über die Weiterentwicklung des Kindergeldes gesprochen; heute war von den 500 DM die Rede. Es wird darüber gesprochen, eine Kindergrundsicherung anderer Art, völlig neuer Art einzuführen, ebenso über die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting, das das Aufziehen von Kindern honoriert. Die Rede ist weiter von einem Familiengeld. Gott sei Dank wird nun auch wieder in Deutschland über die Kinderkasse diskutiert.

Das sind alles wichtige Punkte, über die man eine ernsthafte Debatte führen muss. Sicher sollten wir, wenn wir die einzelnen Chancen und Risiken bei unterschiedlichen Möglichkeiten der Verbesserung der Familienförderung diskutieren, auch das, was uns das Bundesverfassungsgericht als Grundsatzurteil für die Gestaltung der Familienförderung ins Stammbuch geschrieben hat, berücksichtigen.

Ich halte diese Debatte für außerordentlich wichtig, für aktuell; denn diese Problematik muss auch in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages dringend besser geregelt werden. Aufbauend auf dem, was bisher geleistet wurde, müssen wir weitere Schritte gehen.

Deshalb rege ich wirklich an, dass wir uns diese wichtige Aufgabe im zuständigen Ausschuss zu Eigen machen, die verschiedenen Varianten diskutieren und uns eine Meinung bilden, wie wir seitens des Landes Sachsen-Anhalt Schritte begleiten können, um zu einer besseren Form der Kinder- und Familienförderung in Deutschland zu kommen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Wir treten in die Debatte der Fraktionen ein. Für die CDU-Fraktion spricht zunächst die Abgeordnete Frau Liebrecht.

Frau Liebrecht (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst möchte ich kurz auf das eingehen, was die Ministerin gesagt hat.

Frau Ministerin, Sie sagten, dass die rot-grüne Bundesregierung jetzt eine Familienförderung zustande gebracht habe, wie sie bisher nicht da gewesen sei. Ich möchte darauf hinweisen, dass sie diese Familienförderung aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1998 umsetzt.

(Zustimmung bei der CDU - Ministerin Frau Dr. Kuppe: Weil Ihre Gesetze nicht verfassungskonform waren! - Herr Dr. Bergner, CDU: Es war eine richterliche und keine politische Entscheidung! - Ministerin Frau Dr. Kuppe: Also Herr Bergner! - Zuruf von Herrn Kühn, SPD - Unruhe)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das mit dem Antrag verfolgte Ansinnen und das dahinter stehende Problem sind nicht neu und aus der Sicht der Betroffenen auch verständlich; denn aufgrund der Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe führt die Erhöhung des Kindergeldes gerade bei denjenigen, deren soziale Lage am schlechtesten ist, nicht zu einer Verbesserung des Lebensstandards. Das hat Frau Krause bereits ausführlich dargestellt.

Grundsätzlich ist es so, dass die Sozialhilfe eine nachrangige Leistung ist, die dann eintritt, wenn der Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft oder mit eigenen Mitteln bestritten werden kann. Kindergeld zählt als Einkommensbestandteil und wird auf die Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet.

(Zuruf von Frau Krause, PDS - Herr Krause, PDS: Das kann man aber ändern!)

Im Gegensatz zum Erwerbseinkommen wird die Sozialhilfe gemäß der Zahl der Haushaltsmitglieder gestaffelt. Dadurch wird der Bedarf von Kindern in der Sozialhilfe mit berücksichtigt. Wenn die Familienkomponente der Sozialhilfe wesentlich erhöht wird, ist davon auszugehen, dass die Familien mit Erwerbseinkommen plus Transferleistungen weniger Geld zur Verfügung haben als bei Bezug von Sozialhilfe, sodass das Lohnabstandsgebot nicht mehr gewahrt ist und der Anreiz für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Arbeit aufzunehmen, nicht mehr gegeben ist.

(Zuruf von der PDS: Das ist doch so undifferenziert! - Zuruf von Frau Dr. Weiher, PDS)

Wer arbeitet, muss grundsätzlich netto mehr verdienen als die Personen, die nicht arbeiten und Transferleistungen erhalten. Daran sollten wir uns halten.

(Zustimmung von Herrn Jeziorsky, CDU)

Bereits bei der letzten Kindergelderhöhung haben wir darüber im Landtag debattiert und in den Ausschüssen ausführlich diskutiert. Im November 1999 hat der Landtag darüber einstimmig beschlossen und die Landesregierung aufgefordert, sich für einen gerechteren Familienausgleich einzusetzen und zu prüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht, das BSHG zu ändern, damit das Kindergeld nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

Entgegen der Systematik des Bundessozialhilfegesetzes hat der Bundesgesetzgeber dann bei der letzten Kindergelderhöhung eine Ausnahme vorgesehen: Er hat in den § 76 Abs. 2 eine Nummer 5 eingefügt, wonach die Kindergelderhöhung von 20 bzw. 40 DM ab Januar 2000 bzw. 2001 bei der Berechnung der Sozialhilfe vom Einkommen abgesetzt wird. Zwar greift der Gesetzeswortlaut nicht das Wort „Kindergeld“ auf, aber es wird die Wirkung erzielt, dass die Kindergelderhöhung bis zum 30. Juni 2002 nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

Die Union hat diesem Ersten Gesetz zur Familienförderung insgesamt zugestimmt, obwohl sie der Auffassung ist, dass es sich nur um eine Minimalumsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts handelt. Die Bundesländer haben dagegen bei der Konferenz der obersten Landessozialbehörden aus fachlicher Sicht die Nichtanrechnung des Kindergeldes bzw. von Teilen des Kindergeldes auf Leistungen nach dem BSHG einstimmig abgelehnt.

Ebenfalls muss beachtet werden, dass durch die Neuregelung weitere Familien mit Kindern Ansprüche nach dem Bundessozialhilfegesetz geltend machen können, die bisher nicht zu dem Kreis der Anspruchsberechtigten gehört haben. Somit erhöht sich die Zahl der anspruchsberechtigten Sozialhilfeempfänger. Das bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung für die örtlichen Träger der Sozialhilfe.

Das jetzt in der Beratung befindliche Zweite Gesetz zur Familienförderung sieht vor, dass analog zur bevorstehenden Kindergelderhöhung von 30 DM die Befristung der Nichtanrechnung vom 30. Juni 2002 auf den 30. Juni 2003 hinausgeschoben wird. Dadurch sollen die 30 DM mehr Kindergeld bis zu einem Stichtag ebenfalls nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden.

Das Zweite Gesetz zur Familienförderung wird bei Inkraft-Treten für unseren Landeshaushalt voraussichtlich zu einer zusätzlichen Belastung in zweistelliger Millionenhöhe führen. Welche finanziellen Auswirkungen dies hat, muss allerdings noch dargelegt werden.

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass wir diesen Antrag in die Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Finanzen überweisen sollten, damit der Antrag im Zusammenhang mit den anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2002 diskutiert und berücksichtigt werden kann.

Abschließend möchte ich noch wiederholt darauf hinweisen, dass unser vorrangiges Ziel eine Verbesserung der Situation von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern sein sollte, damit diese grundsätzlich nicht von der Sozialhilfe leben müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Die DVU-Fraktion hat auf einen Redebeitrag verzichtet. Für die SPD-Fraktion spricht dann die Abgeordnete Frau Wiedemann.

Frau Wiedemann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, bringt mich als sozialdemokratische Familienpolitikerin in einen argen Zwiespalt. Herz und Verstand sprechen eine unterschiedliche Sprache. Mein Herz und mein Bauch sagen mir, du musst zustimmen; aber mein Verstand und meine im Gemeinderat, im Kreistag und im Landtag gesammelten Erfahrungen sagen mir, nein, so geht es nicht.

Einigkeit herrscht sicherlich im Saal, dass wir das Wohl aller Kinder im Land nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir müssen uns aber trotz allem im rechtlichen Rahmen bewegen, gerade um alle Kinder gerecht zu behandeln. Sicherzustellen, dass allen Kindern Gerechtigkeit in ihren Familien widerfährt, liegt leider nicht in den Händen der Gesetzgeber. Sie geben den Rahmen vor, aber die Umsetzung liegt bei den Familien. Dessen müssen wir uns immer bewusst sein.

Wenn wir die Familien vor Augen haben, wo beide Elternteile für wenig Geld arbeiten gehen, jeden Pfennig zweimal umdrehen müssen, ehe sie ihn ausgeben, dann bin ich natürlich froh über jede noch so geringe Erhöhung des Kindergeldes. Auch den Familien, die aus irgendwelchen Gründen kurze oder längere Zeit von Sozialhilfe leben müssen, gönne ich jede Unterstützung, die der Staat gewährleisten kann.

Aber seien wir ehrlich miteinander: Es gibt auch Familien, die verhalten sich anders. Ich möchte nicht polemisieren, aber diese Ausnahmen der Gesellschaft, die es in allen Bevölkerungskreisen gibt, würden doch von der Lösung - so wie es die PDS beantragt hat - profitieren. Sind diese Leute denn überhaupt daran interessiert, nach Wegen zu suchen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und selbst zu erarbeiten?

Es ist keine Stimmungsmache, wenn ich hier sage, dass die Kinder dieser Familien aus einer Nichtanrechnung der Kindergelderhöhung auf die Sozialhilfe nicht den geringsten Nutzen ziehen würden.

(Zuruf von Frau Krause, PDS)

Sie würden dann weiter ohne Frühstück in die Kindertagesstätte oder in die Schule gehen, während ihre Eltern oder ein Elternteil schon früh am Morgen Nachschub an Zigaretten und Alkohol besorgen würde.

(Widerspruch bei der PDS - Herr Dr. Bergner, CDU: Also, mein lieber Mann!)

- Das ist so! Wir können uns doch nicht stets und ständig ein ideales Lebensbild vormalen. Wir dürfen davor nicht die Augen verschließen. Seien wir doch einmal ehrlich miteinander!

(Widerspruch bei der PDS - Herr Dr. Bergner, CDU: Wie viel Prozent der Eltern betrifft denn das, was Sie hier sagen? - Unruhe)

Die Ministerin hat die jetzt geltenden Rahmenbedingungen, die begründen, warum wir dem Antrag so zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen können, bereits erläutert. Das will ich nicht noch einmal wiederholen. Nur noch so viel: Der sozialhilferechtlich durchschnittlich anerkannte Lebensunterhalt von Kindern ist höher als das Kindergeld. Die Sozialhilfe gewährt bis zu 495 DM zuzüglich anteiliger Unterkunftskosten; das Kindergeld beträgt zurzeit 270 DM. Deshalb ist das Kindergeld nach der jetzigen Gesetzeslage als der Sozialhilfe vorrangiges Einkommen anzurechnen, weil aus ihm ein Teil des Be-

darfes zum Lebensunterhalt gedeckt werden soll und kann.

Die Befürchtungen der Kommunen, dass die Nichtanrechnung zu erheblichen Mehrkosten zulasten der Kommunen führen würde, sind nicht von der Hand zu weisen.

Die letzte Kindergelderhöhung wurde - als Ausnahme - nicht auf die Sozialhilfe angerechnet.

(Zuruf von Frau Krause, PDS)

Ich weiß, dass es trotz eindeutiger Gesetzeslage im Bund zurzeit immer noch Diskussionen darüber gibt, ob dies anzurechnen ist oder nicht.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie einer Überweisung zur federführenden Beratung in den Sozialausschuss und zur Mitberatung in den Gleichstellungsausschuss zu und lassen Sie uns um Wege streiten, wie wir das Sozialsystem so ändern können, dass Kinder und Familien Nutznießer der staatlichen Unterstützungen werden. Eine Verweigerung im Bundesrat würde womöglich die Erhöhung des Kindergeldes überhaupt verhindern. Das kann familienpolitisch nicht gewollt sein.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Krause, PDS: Davon steht auch nichts in dem Antrag, etwas zu verweigern!)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Vielen Dank. - Die Abgeordnete Frau Krause hat in dieser Debatte sowieso das letzte Wort. Dazu rufe ich dann noch auf. Aber im Moment sind wir noch nicht so weit, Frau Kollegin. Jetzt spricht für die FDVP-Fraktion der Abgeordnete Herr Weich. Bitte.

Herr Weich (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Bekenntnis zur Familie darf in keiner Sonntagsrede eines Politikers fehlen: die Familie in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft, in ihrer Vorbildfunktion und in ihrer Schutzwürdigkeit. Schöne Worte - die Realität sieht jedoch ganz anders aus.

Kinder gelten heute schon als hinderlich für die Karriere. Sie werden oft nur noch als Kostenfaktor gesehen. Doch die Politik unternimmt keinen ernsthaften Versuch, die Familie in der Gesellschaft finanziell besser zu stellen, auch Sie nicht, meine Damen und Herren von der PDS.

Nach der Freigabe der Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM für das Jahr 2002 durch Bundesfinanzminister Eichel besteht keinerlei Anlass für die öffentlich zur Schau getragene regierungsamtliche Selbstzufriedenheit. Weder wird der Mindestbedarf der Kinder auf absehbare Zeit abgesichert, noch wird der Einkommensanteil von Eltern gegenüber Kinderlosen verringert. Diese Fehlentwicklung hat der Bundeskanzler zu verantworten, war er es doch, der sich über die Karlsruher Vorgaben hinweggesetzt hat und somit die Eltern in ihrer finanziellen Not allein gelassen hat.

Entgegen dem regierungsamtlich erzeugten Eindruck geht es hierbei nicht um finanzielle Wohltaten für die Familien, sondern um die Schaffung eines verfassungsgemäßen Zustandes, das heißt um den Abbau der jahrzehntelangen systematischen Benachteiligung der Familie, die durch parlamentarische Mehrheiten immer wieder sanktioniert wurde.

Zu der gebotenen Umverteilung von Reich zu Arm muss die Umverteilung von Haushalten ohne Kinder zu Haushalten mit Kindern hinzukommen. Genau davor aber schrecken bislang alle Parteien mit Blick auf das schwindende Wählergewicht zurück. Familien haben in Deutschland keine wirkliche Lobby, die sich dagegen stellt. Wer sich für Kinder entscheidet, wählt die Armut. Abtreibung wird in 80 % aller Fälle mit finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten begründet, da zum Beispiel die Zahlung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt keineswegs das Existenzminimum überschreitet.

Eine deutliche Kindergelderhöhung ist der eigentliche Verfassungsauftrag und somit ist Ihr Antrag nur ein Tropfen auf den heißen Stein und geht letztendlich nicht weit genug. Wir könnten diesem Antrag zustimmen. Jedoch fehlt es uns an einem wichtigen inhaltlichen Detail. Wir sind dagegen, dass alle Kinder in Ihre Forderung einbezogen werden. Wir sehen das anders. Es müssen deutlich die deutschen Familien und die deutschen Kinder gefördert werden.

(Unruhe bei der SPD - Frau Fischer, Leuna, SPD: Ach!)

Wenn Sie diese Änderung nachträglich in Ihren Antrag aufnehmen, können wir diesem zustimmen. Den Antrag in der vorliegenden Fassung lehnt die FDVP-Fraktion grundsätzlich ab.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Bevor ich zum Schlusswort der Debatte bitte, möchte ich Damen und Herren der Ortsgruppe Wolfen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Erden unter uns begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Zum Schluss der Debatte erteile ich Frau Krause für die PDS-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Frau Krause (PDS):

Ich möchte nur kurz etwas zum Abschluss sagen. Das Problem ist erörtert worden.

Frau Ministerin, wir verkennen mitnichten die Bemühungen der Bundesregierung, gerade im Bereich der Familienentwicklung und Familienförderung zu Verbesserungen zu kommen und schrittweise eine Kindergelderhöhung zu realisieren. Man kann sicherlich unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie schnell das gehen sollte. Aber es entspricht nicht der Realität, dass wir das nicht anerkennen. Das war auch nicht Gegenstand unseres Antrages. Ich denke, diesbezüglich sind richtige Schritte eingeleitet worden.

Frau Wiedemann, ich glaube, Ihre Ministerin ist im Denken ein Stück weiter als Sie. Jawohl, das eigentliche System dieser Dinge, wie es derzeit gestrickt ist, ist in Frage zu stellen. Da haben Sie meine volle Unterstützung, Frau Ministerin. Darüber muss diskutiert werden. Ich bin auch der Meinung, dass wir darüber im Ausschuss diskutieren sollten; denn letztendlich geht es darum, diesen systemischen Fehler endgültig zu beseitigen.

Allerdings bezieht sich unser Antrag nur auf einen Teilschritt; darauf habe ich bereits hingewiesen. Wir wissen, dass wir mit diesem Antrag mitnichten eine Änderung dieses fehlerhaften Systems erreichen.

Darüber hinaus haben wir die Landesregierung mitnichten aufgefordert, in diesem Zusammenhang etwas zu verweigern. Vielleicht kann man noch einmal in den Antrag hineinschauen. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten für eine Landesregierung, auf Bundesebene doch noch einmal den Versuch zu starten, eventuell diesen Teilschritt durchzusetzen.

Die Argumentation, Frau Wiedemann, die Sie hier gebracht haben, halte ich für äußerst fragwürdig. Natürlich wissen wir alle, dass es auch Familien und Alleinerziehende gibt, die die Probleme haben, die Sie hier geschildert haben, und dass es auch Probleme hinsichtlich des Lohnabstandsgebots gibt. Aber ich muss an dieser Stelle einmal in aller Deutlichkeit sagen: Es geht um 30 DM Kindergelderhöhung, und zwar für das erste und das zweite und nicht für das dritte, vierte oder fünfte Kind. Zu meinen, bei der Anrechnung der Erhöhung um 30 DM stehe die Frage der Lebens- und Existenzsicherung im Vordergrund, halte ich schon für ein bisschen fragwürdig.

Aber ich könnte Ihnen ebenso Familien nennen, die über ganz andere Einkommen verfügen, von denen ich als Lehrerin sehr wohl weiß, dass die Kinder auch ohne Frühstück in die Schule kommen,

(Frau Wiedemann, SPD: Das ist in allen Bevölkerungsteilen festzustellen!)

dass die Kinder trotz großen Einkommens im Sinne dessen, was ich vorgetragen habe, verwahrlosen; Verwahrlosung ist ja mehr als nur kein Schulfrühstück zu haben.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Diese Frage ist so differenziert zu betrachten, dass ich mich auf dieses Niveau nicht hinabgeben möchte. Ich habe in ganz anderer Hinsicht ein schlechtes Gewissen, wenn ich manche Einkommen sehe. Ich nehme einmal unser Einkommen als Beispiel. Bei mir wird das Kindergeld erst einmal nicht, sondern am Ende nur bei den Steuern berücksichtigt. Dass das hingegen bei Leuten, die ein sehr viel geringeres Einkommen haben, gegengerechnet wird, empfinde ich den Kindern und Jugendlichen gegenüber als sehr ungerecht.

Zu der Aussage von Herrn Weich will ich mich an dieser Stelle nicht äußern. Wir werden unseren Antrag natürlich mitnichten in diese Richtung ändern. Kinder sind für uns Kinder. Da besteht für uns Gleichrangigkeit. Jedes Kind und jeder Jugendliche braucht seine Chancengleichheit und nicht nur deutsche Kinder.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Der erste Antrag betraf die Ausschussüberweisung. Vorgeschlagen war eine Überweisung zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie zur Mitberatung in den Gleichstellungsausschuss; mit Blick auf die Systemfragen denke ich, dass der Antrag auch in den Finanzausschuss überwiesen werden sollte.

Wer der Ausschussüberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Ausschussüberweisung gegen die Stimmen der PDS, der DVU und der FDVP mit großer Mehrheit beschlossen und die Beratung zum Tagesordnungspunkt 27 beendet.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Beratung

Arbeitsplätze schaffen durch Betriebsansiedlungen in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der FDVP - **Drs. 3/4664**

Der Antrag wird eingebracht von der Abgeordneten Frau Wiechmann. Bitte.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Anfang möchte ich bemerken, dass es schon bezeichnend ist - ich denke, Sie alle haben das auch gemerkt -, dass Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen in diesem Landtag nur von der Opposition angesprochen werden.

Eine kleine Einschränkung möchte ich an der Stelle aber doch machen. Auch der Ministerpräsident spricht natürlich über die Wirtschaft und über die Arbeitslosigkeit in diesem Lande, allerdings - das haben wir heute schon festgestellt - weniger wahrheitsgetreu. Man erfährt dann aus den Medien, welche großen Erfolge diese Landesregierung gemeinsam mit der PDS doch schon erreicht hat.

Der für das Land Sachsen-Anhalt doch eher peinliche Auftritt von Herrn Dr. Höppner bei der Christiansen-Talkshow war heute schon Thema und hat mich sehr an Münchhausen erinnert, und all die Arbeitslosen im Land, Herr Ministerpräsident, und die, die nur so wenig Geld verdienen, dass es kaum zum Leben reicht, werden sich verwundert die Augen gerieben haben, ob sie vielleicht an einer anderen Stelle sind.

Ich habe es gesagt, wir hatten das heute schon, und ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen: Das sind die wichtigen aktuellen Probleme dieses Landes und dieser Regierung des Dr. Höppner.

Das Land Sachsen-Anhalt ist in allen Bereichen Schlusslicht unter den 16 Bundesländern. Bundesweit ist das Land Sachsen-Anhalt das Synonym für rote Laternen. Ich glaube, die Zuschauer der Christiansen-Talkshow haben auch gesehen, wie sehr der Ministerpräsident eifersüchtig darauf bedacht war, diese rote Laterne zu behalten.

Die Arbeitslosigkeit stagniert auf Spitzenniveau und die Anzahl der Unternehmen in Sachsen-Anhalt geht besorgniserregend zurück. Sachsen-Anhalt hat die höchste Unternehmenslücke, nämlich in Höhe von rund 40 000 Unternehmen, im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

Die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes ist auf den Rekordwert von über 13 500 DM gestiegen. Seit Beginn der SPD-PDS-Kungeleien im Jahr 1994 hat das Handwerk in Sachsen-Anhalt bis heute 50 000 Arbeitsplätze von 200 000 verloren. Allein im ersten Quartal dieses Jahres blieben in mittelständischen Betrieben 20 000 Arbeitsplätze auf der Strecke.

Die bisherige Politik der SPD-PDS-PDS-SPD-Landesregierung - - Es ist ein Verwirrspiel der Buchstaben, meine Damen und Herren. Nebenbei gesagt, unsere Empfehlung dazu lautet, an dieser Stelle doch gleich „SED“ einzusetzen, dann fällt die Umgewöhnung nicht so schwer, vor allem für Frau Genossin Hein, und dann klappt es auch mit den Enteignungen besser.

Ihre Politik, Herr Dr. Höppner, kann doch getrost als ruinös bezeichnet werden, und Sie, ganz allein Sie tragen die Verantwortung - ich hoffe, man richtet Ihnen das auch so aus -, wenn Sachsen-Anhalt weiter in den Ruin regiert wird.

Herr Dr. Höppner, als Kirchenprediger müssen Sie nichts von Wirtschaft verstehen. Das sehen wir alle ein. Als Mathematiker müssen Sie höchstens rechnen können. Ein Ministerpräsident ohne jede wirtschaftliche Kompetenz - das zeichnet sich hier ab - ist aber für das Land Sachsen-Anhalt untragbar.

Das Land Sachsen-Anhalt hat nicht nur innerhalb der Bundesrepublik, sondern auch international an Attraktivität verloren. Notwendige Reformschritte wurden längst nicht mehr gesetzt. Gelähmt von einer mit der bloßen Sicherung der Macht im Land beschäftigten Regierung, wurde die Entwicklung des Landes und seiner wirtschaftlichen Strukturen nicht nur vernachlässigt, sondern sie wurde völlig falsch gesetzt. Leichtfertig wird dadurch die Zukunft unseres Landes aufs Spiel gesetzt.

Aufgrund Ihrer Wirtschaftspolitik, Herr Dr. Höppner, hat es diese Landesregierung versäumt, Mittel und Wege aufzuzeigen und durchzusetzen, mit denen die Überlebensfähigkeit unserer Wirtschaft gesichert werden kann und aufgrund deren sich jungen Menschen Zukunftschancen eröffnen, die innerhalb ihrer Heimatgrenzen liegen.

Dabei hatte das Land Sachsen-Anhalt - ich glaube, das wissen auch alle, die hier sind - einiges zu bieten. Wir haben traditionelle Industriestandorte, fleißige und auch qualifizierte Menschen und eine gute geografische Position innerhalb Mitteleuropas.

Aber nach nunmehr, oder ich muss sagen, nach nur reichlich sieben Jahren sozialistisch-kommunistischer Regierung unter Ministerpräsident Höppner überwiegen die Schwächen und Nachteile.

(Zustimmung von Frau Helmecke, FDVP, und von Herrn Wolf, FDVP)

Wir haben keine Stabilität in der Politik, nicht umsetzbare und kontrollierbare Gesetze, kaum Verzahnung der Wirtschaft mit Universitäten und Hochschulen, mangelnde Eigenkapitalausstattung, Strategieschwächen, Marketingschwächen und so weiter.

Das ist nicht etwa deshalb so, weil die Menschen in Sachsen-Anhalt schlechter arbeiten, sondern weil die Wirtschaftspolitik von Rot-rot völlig konzeptionslos von einer Fehlentscheidung in die andere stolpert und viele Entwicklungen oft aus ideologischen Gründen, sicher um der PDS zu gefallen - das Thema der Enteignungen steht ja demnächst an -, nicht berücksichtigt oder gar verschlafen hat.

Wenn es also um den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt geht, meine Damen und Herren, dann geht es um die Frage, ob der Standort Sachsen-Anhalt den Unternehmen noch die Voraussetzungen dafür bietet, insgesamt wettbewerbsfähig sein zu können; denn nur darauf kommt es dieser Stelle an.

Betriebe siedeln sich an, wenn sie einschätzen können, dass sie genau dort mit ihrem Betrieb vorankommen und erfolgreich sein können. Um Einkommen und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern, sind deshalb Rahmenbedingungen notwendig, in denen sich wettbewerbsfähige Unternehmen entwickeln können, und genau diese Rahmenbedingungen fehlen hier. Das ist dieser

Landesregierung bisher nicht gelungen und ich kann beim besten Willen keine Umkehr in der bisherigen erfolglosen Politik erkennen.

Meine Damen und Herren! Lange Auslandsreisen auch nach Übersee zu unternehmen, ist der eine Schritt. Der Erfolg dieser teuren Geschichten auf Steuerzahlerkosten darf aber nicht nur am Erholungswert gemessen werden, sondern muss auch daran gemessen werden, was dabei für das Land Sachsen-Anhalt herauskam.

Es ist schon auch für uns interessant zu erfahren, was Frau Ministerin Budde von ihrer Amerikafahrt mitbringen kann für das Land Sachsen-Anhalt und zum Nutzen von Sachsen-Anhalt.

Wenn sich Herr Höppner in Kuba mit dem Diktator Castro zu persönlichen und vertraulichen Gesprächen - so möchte ich es nennen - trifft, dann mögen dort politische Übereinstimmungen festgestellt worden sein, unser Land bringt das aber nicht voran, weder wirtschaftlich noch im Ansehen, meine Damen und Herren.

Dass BMW - das finde ich gar nicht lustig, und ich denke, die Menschen in Sachsen-Anhalt finden das auch nicht lustig - einen großen Bogen um Sachsen-Anhalt und Herrn Dr. Höppner samt PDS-Freunden gemacht hat, ist bei dieser Situation natürlich nicht verwunderlich.

(Zuruf von Minister Herr Dr. Heyer)

Ich nannte vorhin als einen Ansiedlungsgrund stabile politische Bedingungen, und die PDS will demnächst vergesellschaften. Ich glaube, dazu brauche ich gar nichts mehr zu sagen.

Zu Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit gehören aber auch günstige Kosten für die Unternehmen. Vielleicht haben Sie es schon gehört. Das Land Tschechien liegt in dieser Hinsicht gut im Rennen. Tschechien bietet zum Beispiel immerhin zehn Jahre Steuerfreiheit.

Wer heute irgendwo investiert, sucht ein Paket von wettbewerbsfähigen Leistungen in den Bereichen der Infrastruktur, des Humankapitals sowie neuer Technologien und eben auch der günstigen Kosten.

Meine Damen und Herren! Nun sind Großinvestoren das eine, aber genau wie sein Kanzler - Herr Dr. Höppner macht übrigens immer, was sein Kanzler sagt, auch beim Auto - hat der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt offenbar immer noch nicht erkannt, dass der Mittelstand das Rückgrat und der Jobmotor der Gesellschaft ist.

Die kleinen und mittleren Unternehmen schaffen die meisten Arbeitsplätze und 80 % aller betrieblichen Ausbildungsplätze. Deshalb ist die Bedeutung der kleinen und mittelständischen Unternehmen für unsere Wirtschaft so enorm. Sie sind Krisennetze, die Kontinuität und Beständigkeit garantieren, und sie sorgen für eine hohe Dichte an Betrieben, welche sich dann wieder stark auf die Dynamik der gesamten Region auswirken würde.

Gelänge es also, meine Damen und Herren, die dramatische Unternehmenslücke - ich erinnere noch einmal an die 40 000 Unternehmen, die bei uns fehlen - auszufüllen, das heißt, vorhandene Unternehmen zu stärken, neue anzusiedeln und auch neue Unternehmen zu gründen und damit Synergieeffekte auszulösen, dann könnten laut Institut für Wirtschaftsforschung Halle rund 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt geschaffen werden. Ich glaube, jeder hat mitgerechnet, wie viele Arbeitslose wir in Sachsen-Anhalt, jedenfalls offiziell zugegeben, haben.

Dann würden auch wieder junge Menschen in diesem Land bleiben und nicht, wie nach einer Umfrage von Wirtschaftsforschern, mehr als 80 % der Studenten und gut qualifizierten jungen Fachleute bei einer Chance auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt dem Land Sachsen-Anhalt einfach Ade sagen.

Hier sollte die Landesregierung gezielt ansetzen und optimale Rahmenbedingungen für Betriebsansiedlungen schaffen. Die bisherige Politik jedenfalls kann als gescheitert betrachtet werden und das ist auch mit Zahlen beweisbar.

Also nicht nur in der Welt herumreisen, nicht nur immer Geld von anderen fordern, sondern sich auch auf die eigene Kraft besinnen. An den Menschen dieses Landes liegt es, wie gesagt, nicht. Wenn wir die eigenen Ressourcen endlich nutzen, ergeben sich daraus weitere Effekte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte daran erinnern, dass diese Landesregierung angetreten ist, das Land Sachsen-Anhalt voranzubringen, und es kann getrost behauptet werden, dass das grundlegend gescheitert ist. Weder beim Erhalt bestehender noch bei der Ansiedlung neuer Produktionsstandorte ist ein Erfolg zu erkennen.

In Sachsen-Anhalt wird weiter munter überreglementiert à la PDS, sicher auch mehr verstaatlicht. Anstatt die Unternehmer und Bürger verantwortlich handeln zu lassen, werden diese in eine unübersichtliche und unverantwortliche Regelflut gezwängt, und daraus resultieren Planungsunsicherheiten und natürlich auch ein schwer kalkulierbarer Aufwand.

Der Staat muss sich auf seine ureigenen hoheitlichen Aufgaben beschränken. Überreglementierungen, von welcher Seite auch immer, und Zwangsmitgliedschaften in Kammern und Verbänden müssen abgeschafft werden. Das bedeutet auch die Abschaffung hinderlicher Gesetze. Das betrifft zum Beispiel das Scheinselbständigengesetz, das Gesetz über Kommunalbetriebe, das Gesetz über die Vergabe von Bauleistungen und auch das Gesetz über die Ökosteuer, um nur einige zu nennen.

Die jährlichen Kosten der auf die Wirtschaft abgewälzten Verwaltungsaufgaben des Staates liegen in einem Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern bei rund 7 000 DM pro Mitarbeiter.

Gesetze und Verordnungen sollten vor ihrer Verabschiedung auf bürokratische Folgen untersucht werden. Ein Bürokratiekosten-TÜV könnte eingeführt werden. Bayern hat zum Beispiel so etwas gemacht.

In Sachsen-Anhalt werden Wirtschaftsförderungen undifferenziert und oft als Ausgleich von Standortnachteilen gezahlt. Es ist jedoch nicht möglich, meine Damen und Herren, damit permanent Standortnachteile auszugleichen, sondern das führt eher zu Wettbewerbsverzerrungen. Wir Freiheitlichen wollen Fördermaßnahmen schwerpunktmäßig, und zwar in den Bereichen Forschung und Entwicklung - das ist ein ganz wichtiger Fakt -, Ausbildung und Qualifizierung sowie Umwelt. Schwerpunkte liegen dabei auf Existenzgründungen und der Entwicklung von kleinen und mittelständische Betrieben.

Eine Beantragung von Fördermitteln - wer das schon einmal gemacht hat, der weiß, wovon ich rede - scheidet in Sachsen-Anhalt oft an der ausufernden Bürokratie. Auch hierbei besteht dringender Handlungsbedarf. Es muss eine gezielte Jungunternehmerinitiative gefordert

werden. Besonders hierbei wären natürlich Flexibilität und Entbürokratisierung angesagt.

Als problematisch erscheinen uns im Vergleich zu anderen Ländern in Sachsen-Anhalt auch die geringen Forschungsaufwendungen und große, sehr große Ausbildungsdefizite. Es muss doch bedenklich stimmen, meine Damen und Herren, wenn Ausbildungsbetriebe geringe oder gar keine Kenntnisse im Allgemeinwissen der Auszubildenden, aber auch mangelnde Kenntnisse in Deutsch und Mathematik feststellen.

Gefordert werden daher auch von unserer Seite eine Erhöhung der Forschungs-, Entwicklungs- und Technologiequote sowie eine engere Kooperation der wissenschaftlichen und praxisorientierten Forschung. Als erfolgreiches Beispiel kann auch hierbei wieder Bayern genannt werden, wo in den letzten Jahren zum Beispiel beträchtliche Erlöse - hieran können wir auch gleich nachvollziehen, woher Geld kommen könnte - aus Verkäufen von Staatseigentum in den F- und E-Sektor geflossen sind.

Sachsen-Anhalt braucht eine ausgebaute und intakte Infrastruktur. Infrastrukturinvestitionen haben volkswirtschaftlich effizienzsteigernde Wirkungen und tragen damit auch zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes bei.

Die beste Innovationspolitik für den Mittelstand, meine Damen und Herren, liegt in einer fühlbaren Senkung der Unternehmenssteuern; denn die wichtigste Triebfeder für Investitionen ist für einen Betrieb nun einmal die Aussicht auf Gewinne. Bei Ansiedlungen und Neugründungen steht die Höhe der zu entrichtenden Steuern in den Überlegungen mit an erster Stelle. Als Anreiz bei Neuansiedlungen und Neugründungen könnte zum Beispiel eine Steuerfreistellung von mindestens drei Jahren gewährt werden.

All das sind Überlegungen, die von der Landesregierung einbezogen werden müssen. Gleichzeitig muss natürlich auch der Steuerdschungel gelichtet werden und Personengesellschaften und Aktiengesellschaften sollen steuerlich gleichgestellt werden.

Die Eigenkapitaldecke der kleinen und mittleren Betrieb in Sachsen-Anhalt ist dünn. Die Landesregierung muss weg davon, Risikokapital zu diskreditieren, sondern muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass vermehrt Risikokapital in Sachsen-Anhalt investiert wird. So hat etwa die konsequente Förderung von Risikokapitalfonds in Kanada das Land zu einem der bedeutendsten Standorte für junge dynamische Hightech-Unternehmen gemacht.

Schule, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sollten gemeinsam nach Lösungen suchen, um das Interesse am Studium der Ingenieurwissenschaften zu wecken. Schul- und Studiumsverdrossenheit müssen von der Politik ernst genommen werden. Wir fordern daher konsequent eine Bildungsoffensive. Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes, meine Damen und Herrn auch von der Landesregierung, steht nun einmal in unmittelbarem Zusammenhang mit der Qualität seines Bildungssystems. Das hat in Sachsen-Anhalt deutliche Mängel; wir alle wissen das.

Die wichtigsten Grundsätze bei der Standortwahl sind komprimiert: politische Stabilität, öffentliche Sicherheit, Kultur- und Freizeitangebot, Umweltqualität, Rechtssicherheit, sehr gut qualifiziertes Humankapital, Weiter-

bildungsbereitschaft und eine sichere Perspektive der Menschen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik muss es daher sein, dem Unternehmer möglichst genau diesen verlässlichen, vorhersehbaren und kohärenten Rahmen zu bieten. Stabilität nach innen und außen sowie eine solide Haushalts- und Geldpolitik gehören natürlich auch dazu. Das sind wesentliche Elemente der Erwartungen, in Sachsen-Anhalt aber leider nicht zu erkennen.

Meine Damen und Herren! Wir haben natürlich bei der Ausarbeitung dieses Antrages, bei der Ausarbeitung unseres Konzepts zur Wirtschaftspolitik

(Zuruf von Herrn Dr. Süß, PDS)

die Erfahrungen und Meinungen kleiner und mittelständischer Betriebe und auch die Erfahrungen und Meinungen von Verbänden einbezogen. Da kommen eben auf Fragen als Antworten entsprechende Forderungen. Um nur einige zu nennen: Halten Sie regelmäßige Kontrollen auf Baustellen zur Eindämmung illegaler Beschäftigung für sinnvoll? Da kommt ein klares Ja. - Ist Ihrer Meinung nach die Steuerbelastung in Deutschland zu hoch? Da kommt wieder ein klares Ja. - Ist das bundesdeutsche Steuersystem zu unübersichtlich? Sollte die Förderpolitik - -

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Frau Abgeordnete Wiechmann, ich muss Sie darauf hinweisen, dass die offizielle Redezeit abgelaufen ist.

(Herr Dr. Süß, PDS: Gott sei Dank!)

Frau Wiechmann (FDVP):

Ich komme sofort zum Schluss. - Sind Sie mit der Förderpolitik des Landes einverstanden? Dann kommt eben auch ein klares „Nein, sie muss geändert werden“. Wenn die Landesregierung all diese Dinge berücksichtigen würde, wenn sie das berücksichtigen würde, was die Unternehmer dieses Landes an Bedingungen haben wollen, damit sie sich hier ansiedeln, damit der Standort Sachsen-Anhalt für sie attraktiv wird, dann müsste sie auf jeden Fall unserem Antrag zustimmen,

(Herr Dr. Süß, PDS: Um Gottes willen!)

und natürlich auch Sie, meine sehr geehrten regierungstragenden Fraktionen, sollten das tun;

(Herr Dr. Süß, PDS: Die Redezeit ist lange vorbei!)

denn dann könnte in Sachsen-Anhalt endlich eine Wende herbeigeführt werden. - Danke schön.

(Zustimmung bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle, da wir auch unseren Stenografen die Mittagspause verdorben haben, meinen ausdrücklichen Respekt zum Ausdruck bringen, dass sie uns immer die entsprechenden Wortprotokolle liefern.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der PDS)

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine Fünfminuten-debatte in der Reihenfolge DVU-, PDS-, CDU-, SPD- und FDVP-Fraktion vereinbart worden. Für die Landes-

regierung hat Herr Minister Gerhards in Vertretung der Wirtschaftsministerin darum gebeten, vorher das Wort zu erhalten.

Herr Gerhards, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt fast schwer, auf den Beitrag sachlich zu antworten. Der Antrag wurde kongenial ergänzt durch eine Rede, bei der die meisten Abgeordneten eine Abstimmung mit den Füßen vorgenommen haben. Ich kann verstehen, warum. Sie haben nichts als Plattitüden geliefert und uns Dinge erzählt, die wir alle schon wissen, aber darüber hinaus nichts zur Lage des Landes gesagt.

Die Kernelemente einer vernünftigen Strukturpolitik - das ist das, was Sie eigentlich hätten sagen wollen - kann man in fünf Punkten zusammenfassen. Wir müssen eine gescheite Infrastruktur, eine zielgenaue Wirtschaftsförderung und eine Vernetzung insbesondere mit dem Bildungsbereich schaffen. Wir müssen uns auf Cluster konzentrieren und wir müssen ein richtiges Klima haben. So kurz und knapp geht das.

(Zurufe von Frau Wiechmann, FDVP, und von Herrn Wolf, FDVP)

Wenn Sie das alles in unserem Programm und in dem, was wir seit fast acht Jahren machen, suchen, dann werden Sie sehen, dass wir das auch tun.

(Herr Wolf, FDVP, lacht)

Das mögen Sie nicht so sehen, aber es ist schon ein bisschen anders, als Sie uns erzählt haben.

Infrastruktur schaffen heißt zunächst, Schiene und Straße, natürlich auch Kanäle müssen ausreichend vorhanden sein. Darauf legen wir einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Das ist auch die zentrale Begründung dafür, weshalb wir den Solidarpakt II in dieser Höhe erhalten konnten. Dabei ist die zentrale Lage unseres Landes in ganz Deutschland besonders zu berücksichtigen.

Daneben gibt es weiche Faktoren, die man in der Infrastruktur herstellen muss. Das ist die Versorgung mit Kultureinrichtungen, mit Krankenhäusern, mit sozialen Institutionen wie zum Beispiel Schulen

(Frau Wiechmann, FDVP: Wenn Sie das alles wissen, warum klappt es nicht?)

- bei uns klappt es, nur bei Ihnen klappt es mit dem Verständnis nicht so ganz -

(Heiterkeit)

und im Bereich der Bildung. Das heißt, wir müssen Anreize schaffen - -

(Zuruf von Herrn Wolf, FDVP)

- Nun hören Sie doch zu! Sie können zuhören oder reden; beides wird auch Ihnen nicht gelingen, das ist technisch nämlich unmöglich.

Es gibt im Bereich der Bildung eine ganze Menge von Dingen, bei denen man Anreize schaffen muss, damit man Investoren auch hält, damit sie kommen und bleiben; denn sie wollen auch wissen: Wo lebe ich mit meiner Familie? Wo sind die Schulen, wie sehen diese aus? Wie sind die Lehrer? Wie ist die Qualität der Leute, mit denen ich umgehen muss?

Als zweiten Punkt habe ich neben der Infrastruktur schon „Wirtschaftsförderung im engeren Sinne schaffen“ genannt. Da haben Sie einen richtigen Punkt erwähnt. Wir konzentrieren uns auf kleine und mittlere Unternehmen, weil das in der Tat diejenigen sind, die krisenunabhängiger als andere sind und die auf Dauer in unserem Lande die Einzigen sind, an die man anknüpfen kann. Denn die Großstrukturen haben wir nicht mehr. Wenn wir betrachten, was an Leuchttürmen neu geschaffen worden ist, bringt uns das auf Dauer zwar Vernetzungen, aber zunächst bringt es keine Arbeitsplätze. Es müssen Netzwerke im Bereich der kleinen Unternehmen entstehen.

Weil das so ist - das habe ich gestern schon im Rahmen der Beratung zur Novellierung des Sparkassengesetzes gesagt -, sehen wir als erste Adressen für die Kreditierung solcher Unternehmen die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken, weil die Privatbanken nicht mehr im gleichen Bereich wie früher arbeiten werden.

Der dritte Punkt, den ich genannt habe: Wir müssen all das vernetzen mit einer Bildungspolitik, die darauf abgestimmt ist. Das heißt, wir müssen Attraktivität schaffen und uns auf solche Bereiche konzentrieren und diese mit der Wirtschaft vernetzen, mit denen wir die Absolventen schließlich im Lande halten und in denen wir Arbeitspotenziale schaffen, mit denen die Leute im Vergleich zu den Bewerbern aus Osteuropa und aus Asien wettbewerbsfähig sind. Unser Potenzial ist nicht, dass wir im Arbeits- und Lohnkostenbereich etwas günstiger sind; unser Potenzial ist, dass wir auf Dauer besser ausgebildete Arbeitskräfte haben, sodass es sich lohnt, hier zu investieren. Auch das tun wir.

Viertens. Das alles darf nicht nebeneinander stehen, sondern wir verzahnen das zu Clustern, wie der Fachbegriff heißt. Das heißt, wir müssen eine Infrastruktur schaffen, die verzahnt ist - das tun wir auch - mit einer Ansiedlungspolitik, die aufeinander Rücksicht nimmt. Es hat keinen Sinn, mit der Gießkanne durch das Land zu laufen, sondern wir müssen regionale Verkehrsnetze haben, die auf die Wirtschafts- und auf die Sozialstrukturen passen, die wir haben. Wenn Sie bei uns in die Politik sehen, werden Sie feststellen, dass das geschieht.

Fünftens. Wir müssen das richtige Klima haben. An dieser Stelle sind wir verbesserungsfähig. Ich nehme das Beispiel anderer ostdeutscher Länder. Manche leben über ihre Verhältnisse und reden sich besser. Das hilft sogar. Es gibt auch einige, die reden den Standort schlecht.

(Zuruf von Herrn Wolf, FDVP)

Das haben Sie getan. Wenn Sie immer nur darauf hinweisen, wir hätten die rote Laterne, und das Licht besonders hell strahlen lassen, werden Sie keinen ins Land holen. Sie werden das nur erreichen, wenn Sie darüber reden, was geht, nicht wenn Sie sagen, was falsch ist. Das habe ich bei Ihnen vermisst. - Schönen Dank.

(Zustimmung von Herrn Dr. Fikentscher, SPD, von Frau Fischer, Leuna, SPD, von Frau Dr. Site, PDS, von Herrn Dr. Süß, PDS, und von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Die DVU-Fraktion hat keinen Redebeitrag angemeldet, auch die PDS-Fraktion nicht. Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte die CDU-Fraktion auf einen Redebeitrag zu diesem Thema verzichten;

(Herr Dr. Fikentscher, SPD: Sehr gut!)

denn die Nichtansiedlung von BMW in Sachsen-Anhalt ist wahrlich kein Grund zur Schadenfreude, weder für die Opposition noch für andere Kritiker dieser Landesregierung. Es ist nicht nur eine Entscheidung gegen eine Regierung, sondern es ist eine Entscheidung gegen Sachsen-Anhalt. Die Folgen tragen alle in diesem Land.

(Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

Nach der Rede des Finanzministers muss man als Opposition allerdings einige Sätze sagen. Bei uns im Stadtrat in Aschersleben werden solche Reden als „müsstische“ Reden bezeichnet - jede Menge „müsste“ darin. Es heißt ständig „man müsste“.

Herr Gerhards, Ihre Regierung regiert seit sieben Jahren. Auch wenn Sie alles so toll machen, frage ich mich, ob es nicht dennoch angebracht wäre, einmal selbstkritisch im stillen Kämmerlein Bilanz zu ziehen und zu überprüfen, wo wir stehen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDVP)

Sie sagen, was Ihre Regierung alles so toll macht. Schauen wir uns die harten Fakten an. Nicht nur, dass wir im achten Jahr in Folge die höchste Arbeitslosigkeit aller deutschen Bundesländer haben, der Abstand zu den anderen Bundesländern wächst. Wir haben die niedrigste Selbständigenquote in ganz Deutschland. Alle führenden Wirtschaftsinstitute bescheinigen uns Defizite. Die Nichtansiedlung von BMW sollte wirklich Anlass dafür sein, sich einmal ganz selbstkritisch mit der eigenen Wirtschaftspolitik im Land auseinander zu setzen.

Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen einen Hinweis auf die Bertelsmann-Studie geben, die vor nicht allzu langer Zeit veröffentlicht wurde, weil Sie gerade heute Morgen ein Bild gezeichnet haben, das überhaupt nicht der Wahrheit und der Realität entspricht, nach dem Motto: 1994 lag Sachsen-Anhalt am Boden; dann kamen Sie als weißer Prinz und haben das Land gerettet.

(Frau Wiechmann, FDVP: Weißer Prinz!)

Wenn Sie sich die Bertelsmann-Studie anschauen, werden Sie feststellen - in einer Untersuchung, die ganz aktuell ist -, dass Sachsen-Anhalt bei der Beurteilung als erfolgreicher Wirtschaftsstandort vor dem Zeitraum wesentlich besser dastand. Wir sind, seit Sie regieren, Herr Höppner, auf den letzten Platz abgerutscht.

Bei einer Untersuchung, die wahrlich nicht von der CDU kommt, sondern von unabhängigen Wissenschaftlern, in der untersucht wurde, in welchem Land die Politik besonders aktiv war, um die Lebensverhältnisse positiv zu beeinflussen, fällt Sachsen-Anhalt in Ihrem Regierungszeitraum von Platz 8 auf Platz 15. Das ist wahrlich kein Erfolgserlebnis. Die Arbeitslosenstatistik und alle anderen Kennziffern sagen dies auch aus.

Wir können uns weitere Studien anschauen und weitere Zahlen wälzen. Wir können, die großen Ansiedlungen in Sachsen-Anhalt vom Zeitraum her betrachtet, feststellen, dass alle großen gewerblichen Ansiedlungen mit mehreren hundert Arbeitsplätzen, insbesondere mit über 1 000 Arbeitsplätzen, in der ersten Legislaturperiode erfolgt sind. Die Standortentscheidungen für die großen

Unternehmen - ich könnte sie alle aufzählen - sind in der ersten Legislaturperiode gefallen. Sie sind kein Erfolg Ihrer Landesregierung.

Deshalb will die CDU-Fraktion Ihnen und Ihrer Regierung empfehlen, sich einmal selbstkritisch mit der Erfolglosigkeit Ihrer Politik in diesem Bereich auseinander zu setzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Thema ist zu ernst, um es zu polemisieren. Die Fakten sind zu eindeutig.

Wer aber dem Antrag der FDVP zustimmen möchte, der benötigt ein gehöriges Maß an Optimismus. Die FDVP fordert die Landesregierung auf, Vorschläge für neue Rahmenbedingungen und neue wirtschaftspolitische Maßnahmen etc. zu erarbeiten. Das setzt doch den Glauben voraus, dass diese Regierung, die sieben Jahre Zeit hatte, etwas zu ändern, nun plötzlich etwas anderes macht.

(Frau Wiechmann, FDVP: Wir geben die Hoffnung nicht auf!)

Diesen Glauben haben wir nicht. Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Dr. Süß, PDS: Das ist eine Argumentation, Herr Kollege! Ganz hervorragend! Ihr Konzept möchte ich mal sehen, Ihr eigenes!)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Die SPD-Fraktion hat ebenfalls auf einen Redebeitrag verzichtet. - Die PDS hätte die Chance gehabt, Herr Abgeordneter.

(Herr Dr. Süß, PDS: Es ist ja gut! Ich habe es ihm gesagt!)

Dann hat noch einmal die FDVP-Fraktion die Möglichkeit zur Stellungnahme. Es spricht Frau Wiechmann.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Jetzt geht das noch einmal los!)

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist nötig, dass wir uns noch einmal zu Wort melden, bei dem, was hier alles gesagt wurde. Ich möchte eine Bemerkung voranstellen: Ich habe an den Reaktionen gemerkt, wie wichtig es war, trotz der eingesparten Mittagspause eine ganz ausführliche Begründung zu geben. Ich würde das auch ein nächstes Mal so tun, Herr Präsident.

Jetzt schauen wir uns einmal den Antrag an. Herr Gürth, Ihre Erklärung, warum Sie dem Antrag nicht zustimmen wollen, hat mich zugegebenermaßen etwas verwirrt. Sie wollen auch, dass es in Sachsen-Anhalt vorangeht. Sie sagen auch, es müssen neue Rahmenbedingungen her. Aber dieser Landesregierung trauen Sie es nicht mehr zu. Wollen Sie diese Landesregierung an der Stelle aus der Verantwortung entlassen? - Noch haben wir keine Wahlen. Die sind erst im April 2002.

Hoffentlich kommt dann die CDU daher und gibt ein entsprechendes Wirtschaftskonzept vor, wonach die Menschen sie auch wählen können. Momentan sieht mir das zwar noch nicht nach einer Verbrüderung, aber nach einem Zusammengehen mit der SPD aus. Ich weiß

nicht, ob das des Pudels Kern ist und ob das die Lösung für die Zukunft für Sachsen-Anhalt sein wird.

Herr Gerhards, der Standort Sachsen-Anhalt muss tatsächlich attraktiver gemacht werden. Sie haben es bisher nicht geschafft. Da hilft es auch nicht, wenn Sie sich hinstellen und versuchen, das alles schönzureden, und Kritiker in einer Art und Weise beschimpfen, die für mich schon unter der Gürtellinie ist. Nicht wir haben dem Image des Landes Sachsen-Anhalt geschadet, sondern Sie.

(Zurufe von der SPD)

Ihre Politik hat dem Image des Landes Sachsen-Anhalt geschadet.

(Beifall bei der FDVP)

Setzt sich dieser Negativtrend fort, dann ändern sich auch die Vorzeichen für die anderen Bereiche, zum Beispiel für die öffentlichen Haushalte. Wir haben gerade gestern die Siegesfeier für den Solidarpakt II erlebt. Wir können natürlich immer Geld von anderen fordern. Aber nur mit einer intakten Wirtschaftspolitik kann ein Haushalt auf Vordermann gebracht werden.

Ich habe gestern versucht, es anzudeuten. Die versprochenen Großzügigkeiten in Vorbereitung des Wahlkampfes mit dem Solidarpakt II könnten schnell in Gefahr geraten. Ich habe es auch erläutert. Er wird uns jetzt als Erfolg verkauft und als Kern dessen, dass es in Sachsen-Anhalt weiter vorangeht, aber immer noch mit der gleichen Wirtschaftspolitik.

Das Folgende ist nicht auf meinem Mist gewachsen, das hat der Arbeitgeberpräsident Hundt gesagt: „Nur durch Hilfe zur Selbsthilfe wird der Osten“ - ich bin nicht für den Begriff „Osten“, aber er hat ihn so genannt - „in einem hinnehmbaren Zeitraum Westniveau erreichen.“

Sein am Montag in Berlin vorgestellter Entwurf nennt als Bausteine dazu eine Investitions- und Innovationsoffensive mit administrativen Maßnahmen zur Erschließung von Märkten zum Beispiel für ostdeutsche Produkte. Er hat gesagt, finanzieren ließe sich das beispielsweise auch aus dem Solidarpakt. Für die neuen Bundesländer, hat er gesagt, müssten Betriebe motiviert werden, sich dort anzusiedeln. Dies könnte auf höchster Ebene geschehen, um die Balance zwischen den Einkommen und dem Verbrauch herzustellen. Sachsen-Anhalts Regierung muss, verdammt noch einmal, ihr Scherflein dazu beitragen. Das Land darf an dieser Stelle kein Fass ohne Boden werden.

Ich könnte jetzt alle Missstände noch einmal aufzählen. Das will ich Ihnen an der Stelle ersparen. Ich glaube, es ist heute oft genug gesagt worden. Überall ist es aufgeschrieben worden. Das kann jeder nachlesen. Aber eines ist Fakt: Die Feier für den Solidarpakt II sollte an dieser Stelle wirklich ausfallen, wenn man die Gesamtsituation in Sachsen-Anhalt sieht.

Die Landesregierung kann es unserer Meinung nach - Herr Gürth, darin bin ich mit Ihnen einer Meinung - trotz der Verbalakrobatik von Dr. Höppner nicht schaffen, zu einer selbsttragenden Wirtschaft zu kommen; denn sie hat einen gewaltigen Klotz am Bein, mindestens einen gewaltigen Klotz, der sie mobilitätsbehindert macht und künftig sogar noch mitregieren will. Ich erinnere an die Sprüche von Genossin Hein, dass wir alles verstaatlichen müssen - ich sage sie hier nicht noch einmal -; ich denke, sie locken auch keine Investoren nach Sachsen-Anhalt.

Eines müssen wir noch beachten - das hätten Sie vielleicht noch sagen können, Herr Dr. Gürth; Sie haben es nur angedeutet.

(Heiterkeit)

Drei notwendige Eigenschaften müsste eine Regierung aufweisen, nämlich Kritikfähigkeit, Veränderungsbereitschaft und Sensibilität für Entwicklungen. Nur eine Regierung, die diese drei Eigenschaften verinnerlicht, schafft Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, die unserem Lande die Wende zu einer positiven Wirtschaftspolitik mit Betriebsansiedlungen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen sichern würde. Ich denke, wir haben heute wieder eindrucksvoll erlebt, dass diese rot-rote Landesregierung nicht dazu bereit ist, genau diesen Wechsel herbeizuführen.

Ich möchte noch etwas sagen. Herr Gerhards, wir machen nicht Ihre Hausaufgaben, das fällt uns doch gar nicht ein. Diese machen Sie einmal schön selbst.

(Lachen bei der SPD)

Ich erinnere daran, wie mit konkreten Konzepten - auch der Opposition - in den Ausschüssen umgegangen wird. Ich nenne hierzu nur das Mittelstandsförderungsgesetz. Daran müssten Sie sich eigentlich auch erinnern.

(Herr Dr. Süß, PDS: Im Ausschuss reden Sie doch überhaupt nicht! Sie sind doch überhaupt nicht zu hören! - Zuruf von der PDS: Sie sind doch gar nicht anwesend!)

Damit Ihre Meinung zur Notwendigkeit einer Erneuerung der Wirtschaftspolitik und der Arbeitsmarktpolitik im Land Sachsen-Anhalt richtig dokumentiert wird, bitten wir an dieser Stelle natürlich um namentliche Abstimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Sie haben soeben gehört, dass namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Herr Dr. Süß, PDS: Das einzige, was sie können!)

Wir stimmen über den Antrag direkt ab, denn eine Ausschussüberweisung ist von niemandem beantragt worden. - Ich bitte darum, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Herr Barth	Nein
Herr Becker	-
Herr Dr. Bergner	-
Herr Biener	-
Herr Bischoff	-
Herr Prof. Dr. Böhmer	Enthaltung
Herr Dr. Brachmann	-
Frau Brandt	-
Herr Büchner	-
Frau Budde	-
Herr Buder	Nein

Frau Bull	-
Herr Bullerjahn	-
Herr Czaja	-
Herr Czeke	-
Herr Dr. Daehre	Enthaltung
Frau Dirlich	-
Herr Doege	Nein
Herr Eckel	Nein
Herr Dr. Eckert	-
Herr Ernst	-
Herr Felke	-
Frau Ferchland	Nein
Frau Feußner	-
Herr Dr. Fikentscher	-
Frau Fischer (Naumburg)	-
Frau Fischer (Merseburg)	-
Frau Fischer (Leuna)	Nein
Herr Gallert	-
Herr Gärtner	Nein
Herr Gebhardt	-
Herr Gürth	Enthaltung
Herr Hacke	Enthaltung
Frau Hajek	Nein
Herr Halupka	-
Frau Dr. Hein	-
Frau Helmecke	Ja
Herr Dr. Heyer	Nein
Herr Hoffmann (Magdeburg)	Nein
Herr Hoffmann (Dessau)	-
Herr Dr. Höppner	Nein
Herr Jeziorsky	Enthaltung
Herr Jüngling	Nein
Frau Kachel	Nein
Herr Kannegießer	Nein
Herr Kasten	-
Frau Kauerauf	-
Herr Dr. Keitel	-
Frau Knöfler	Nein
Herr Dr. Köck	-
Herr Koehn	Nein
Herr Kolde	-
Frau Krause	Nein
Herr Krause	-
Herr Kühn	Nein
Herr Kuntze	-
Frau Dr. Kuppe	Nein
Frau Leppinger	Nein
Frau Liebrecht	Enthaltung
Frau Lindemann	-
Frau Ludewig	-
Herr Meinecke	Nein
Herr Mertens	Ja
Herr Metke	-
Frau Mewald	-

Herr Miksch	-
Frau Mittendorf	Nein
Herr Mokry	-
Herr Montag	-
Herr Dr. Nehler	-
Herr Oleikiewitz	-
Frau Dr. Paschke	Nein
Herr Preiß	Nein
Herr Dr. Püchel	-
Herr Quien	-
Herr Radschunat	Nein
Herr Rahmig	-
Herr Reck	Nein
Herr Dr. Rehmann	-
Herr Remmers	-
Frau Rogée	-
Herr Rothe	Nein
Herr Sachse	Nein
Herr Schaefer	-
Herr Scharf	Enthaltung
Herr Schlaak	-
Frau Schmidt	Nein
Frau Schnirch	-
Herr Schomburg	Enthaltung
Herr Schulze	Enthaltung
Herr Sennecke	Enthaltung
Herr Siegert	-
Frau Dr. Sitte	Nein
Herr Dr. Sobetzko	Enthaltung
Herr Sommerfeld	Enthaltung
Herr Prof. Dr. Spotka	Enthaltung
Frau Stange	-
Herr Steckel	Nein
Herr Stephan	-
Herr Stier	Nein
Frau Stolfa	Nein
Herr Dr. Süß	Nein
Frau Theil	Nein
Frau Tiedge	Nein
Herr Tögel	Nein
Herr Prof. Dr. Trepte	Nein
Herr Webel	-
Herr Weich	Ja
Frau Dr. Weiher	-
Frau Weiß	Enthaltung
Frau Wernicke	Enthaltung
Frau Wiechmann	Ja
Herr Wiechmann	Ja
Frau Wiedemann	Nein
Herr Wolf	Ja
Herr Zeidler	Nein

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Es sind weitere Abgeordnete hinzugekommen. Ich bitte darum, dass sich alle diejeni-

gen melden, die noch nicht abgestimmt haben. Vielleicht beginnen wir bei den Abgeordneten der PDS-Fraktion, damit den anderen Abgeordneten der Arm vom langen Hochhalten nicht weh tut.

Schriftführerin Frau Weiß:

Herr Gallert!

(Herr Gallert, PDS: Nein!)

Frau Dirlich!

(Frau Dirlich, PDS: Nein!)

Herr Hoffmann!

(Herr Hoffmann, Dessau, PDS: Nein!)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Jetzt bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die hinzugekommen sind, ihre Stimme abzugeben.

Schriftführerin Frau Weiß:

Herr Dr. Fikentscher!

(Herr Dr. Fikentscher, SPD: Nein!)

Herr Bischoff!

(Herr Bischoff, SPD: Nein!)

Herr Felke!

(Herr Felke, SPD: Nein!)

Herr Dr. Brachmann!

(Herr Dr. Brachmann, SPD: Nein!)

Herr Rahmig!

(Herr Rahmig, SPD: Nein)

Herr Biener!

(Herr Biener, SPD: Nein!)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Die Kollegen der SPD-Fraktion haben alle abgestimmt. Ist von der CDU-Fraktion noch jemand hinzugekommen?

Schriftführerin Frau Weiß:

Herr Dr. Bergner!

(Herr Dr. Bergner, CDU: Enthaltung!)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Frage an die Kolleginnen und Kollegen der FDVP- und der DVU-Fraktion: Haben Sie alle abgestimmt? - Damit ist die Abstimmung beendet. Ich bitte um das Auszählen der Stimmen.

Meine Damen und Herren! Ich darf das Abstimmungsergebnis verlesen. Für den Antrag haben sechs Abgeordnete gestimmt, 50 dagegen. 16 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, 44 waren nicht anwesend. Damit ist der Antrag unter Tagesordnungspunkt 28 mit großer Mehrheit abgelehnt worden und die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 29** auf:

Beratung

Landesinitiativen gegen Graffiti-Schmierereien in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der FDVP - **Drs. 3/4665**

Dieser Antrag wird von dem Abgeordneten Herrn Wolf eingebracht. Bitte schön.

Herr Wolf (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Atemschutzmasken als Vermummung, Farbdosen mit speziellen Aufsätzen zum Schnellangriff auf große Flächen, Szenezeitungen mit den neuesten Tipps und Tricks - die Graffiti-Sprayer in Sachsen-Anhalt werden immer professioneller. Technik und Farbe sind zumeist Diebesgut. Die Sprayerszene ist gut organisiert und wächst ständig.

Die meist jugendlichen Täter zwischen zwölf und 20 Jahren bereiten sich ganz gezielt auf ihr illegales Treiben an Häusern und Mauerwerken vor. Fassaden liebevoll renovierter Häuser werden über Nacht mit Farbbeuteln und bunten Strichen verunstaltet, ohne dass die Täter ernsthafte Strafen erwarten müssen. So prangte in Bitterfeld in einem Kreuzungsbereich ein Spruch, der lautet: „Hauptsache beschmiert!“ Die Anwohner haben das mit Efeubewuchs kaschiert.

Nach den Angaben des Eigentümerverbandes Haus und Grund kostet die Entfernung von Graffiti-Schmierereien bis zu 200 DM pro Quadratmeter. Der Ärger der Besitzer ist weitaus größer. Betroffen von Graffiti-Schmierereien sind in Sachsen-Anhalt insbesondere Magdeburg und Halle. Nach den Angaben des Innenministeriums wurden im Jahr 2000 in beiden Städten insgesamt ca. 1 300 Anzeigen gestellt. Die Zahl der Tatverdächtigen liegt bei etwa 350.

Meine Damen und Herren! Der volkswirtschaftliche und private Schaden ist unübersehbar; er hat Milliardenhöhe. Wir reden hierbei also nicht mehr von Bagatelkriminalität, auch nicht von Kunst und künstlerischer Freiheit, sondern es geht um den Schutz des Eigentums und nicht zuletzt auch um das Ansehen der Region. Dies beinhaltet, dass niemandem eine rechtswidrige Veränderung seiner Sache aufgezwungen werden kann.

Graffiti und Farbschmierereien können jedoch derzeit nur unter bestimmten Voraussetzungen als Sachbeschädigung geahndet werden. Der Nachweis einer Sachbeschädigung ist allerdings schwierig. Nach der Rechtsprechung ist der Tatbestand der Sachbeschädigung nur gegeben, wenn die Substanz, Beschaffenheit, äußere Erscheinungsform einer Sache erheblich verletzt oder die bestimmungsgemäße Brauchbarkeit der Sache nicht unerheblich beeinträchtigt wird. Das heißt letztlich auch, der beschmierte Dienstwagen unseres Ministerpräsidenten wäre immer noch ein ganz toller Dienstwagen.

(Zustimmung von Herrn Mertens, FDVP, und von Herrn Weich, FDVP)

Die bloße Veränderung der äußeren Erscheinungsform einer Sache ist nach Ansicht des Bundesgerichtshofes in aller Regel noch keine Sachbeschädigung, und zwar auch dann nicht, wenn es eine auffällige, belangreiche Veränderung ist. Auf ästhetische Gesichtspunkte kommt es nicht an.

Besprüht oder beschmiert der Täter beispielsweise eine Hauswand oder einen Eisenbahnwaggon, so macht er sich nur dann strafbar, wenn die Schmiererei nicht mehr rückstandsfrei beseitigt werden kann oder wenn durch die Reinigung der ursprüngliche Anstrich beschädigt worden ist. Bei vollständiger Wiederherstellbarkeit geht er straflos aus.

Mit hohem Ermittlungsaufwand und teuren Gutachten muss in jedem Einzelfall festgestellt werden, ob das Sprayen in die Substanz der Fläche eingegriffen hat und mit welchem Aufwand die Farbe wieder zu entfernen ist. Darüber hinaus muss dem Täter nachgewiesen werden, dass er mit der Substanzverletzung zumindest gerechnet hat. Der sagt dann schnöde: Nö!

Diesen Missständen wollten die CDU/CSU und die FDP im Deutschen Bundestag sowie der Bundesrat durch Vorlage von Gesetzesinitiativen, die auf eine effektive Bekämpfung des Graffiti-Unwesens abzielten, abhelfen. In ihren Entwürfen hatten die Initiatoren im Ergebnis übereinstimmend dafür geworben, die vorhandene Strafbarkeitslücke dadurch zu schließen, dass die Tatbestände der Sachbeschädigung und der gemeinschädlichen Sachbeschädigung jeweils um das Merkmal des Verunstaltens ergänzt würden.

Das Merkmal des Verunstaltens hätte die Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes der Sache erfasst, also auch das Bemalen, Beschmutzen und Beschmierern der Sache. Auch wären Nachweispflichten reduziert, der Eigentumsschutz verbessert und damit ein Kreis geschlossen worden. Die Staatsanwälte hätten dann repressiv tätig werden können und die Bürger hätten ihren Schaden im Rahmen der zivilrechtlichen Forderungen geltend machen können. Zugleich wäre deutlich erzieherisch auf die meist jugendlichen Täter eingewirkt worden.

Allerdings stimmte am 23. März 2000 die rot-grüne Koalition in Berlin mit ihrer Mehrheit die Gesetzentwürfe nieder und verschaffte damit der Rechtlosigkeit weiteren Bestand. Dies hat zur Folge, dass der Schutz des Eigentums gegen die ständig zunehmende Zahl von unter dem Stichwort „Graffiti“ zusammengefassten Verhaltensweisen weiterhin nur unzulänglich gewährleistet ist.

Wirkliche Wachhunde darf nun auch keiner mehr haben. Die Polizei ist hoffnungslos überfordert. Feststellungen sind rein zufällig. Soweit Feststellungen erfolgen, wird der Geschädigte auf den Rechtsweg verwiesen, dort ist er dann völlig allein. Insbesondere dadurch wird die Sprayerszene geradezu animiert, unbehelligt wie bisher weiterzumachen.

Nach Ansicht der PDS ist Eigentum doch sowieso Diebstahl. Die Täter empfinden also keinerlei Unrechtsbewusstsein hinsichtlich des Schadens, der durch ihre Werke an Gebäuden, Mauern, Bahnen und Bussen angerichtet wird. Im Gegenteil: Sie werden in ihrem Irrglauben bestärkt, dass ihre Darstellungen den grauen Alltag verschönern und sich die Leute noch darüber freuen.

Meine Damen und Herren! Gleichgültig, ob schön oder hässlich, ob Kunst oder Schmiererei, wer ohne Auftrag oder Einwilligung des Eigentümers eine Wand oder sonstige Gegenstände bemalt oder besprüht, begeht Unrecht, das bestraft werden muss. Das Land Sachsen-Anhalt hatte die Initiativen im Bundesrat unterstützt, um eine Klärung der Rechtslage herbeizuführen. Lediglich die PDS lehnte in der Vergangenheit ein verschärftes

Gesetz stets mit der Begründung ab, Graffiti sei Kunst. Die Justizministerin Karin Schubert sagte dazu wörtlich: Ich will auch keinen echten Rembrandt an meiner Hauswand haben, wenn mir Rubens besser gefällt.

Jedoch sind entsprechende Bundesratsinitiativen gescheitert, sodass es nun allein in den Händen der Landesregierung liegt, zu prüfen, welche Ahndungsmöglichkeiten auf Landesebene noch bestehen.

So werbe ich also von hier aus für diesen Antrag, damit ich ihn nicht an den Landtag sprühen muss. Geben Sie dem Antrag außer Ihrer vorhandenen inneren Zustimmung auch die sichtbare äußere Zustimmung. Es ist weiterhin ein Glück, dass Hausbesitzer in aller Regel Wähler sind.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt ist ebenfalls eine Fünfminutendebatte in der Reihenfolge CDU-, PDS-, DVU-, SPD- und FDVP-Fraktion vereinbart worden. Es liegt allerdings nur eine Wortmeldung der CDU-Fraktion vor. Der Abgeordnete Webel ist angemeldet. - Es spricht Herr Jeziorsky. Bitte.

Herr Jeziorsky (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen. Das Besprühen von öffentlichen und privaten Gebäuden mit so genannten Graffiti - das wissen wir alle, das haben wir alle gesehen - hat in den letzten Jahren stark zugenommen und mancherorts die Grenze des Erträglichen überschritten, wenn man sich das optische Erscheinungsbild unserer Orte anschaut. Das ist das eine.

(Zustimmung von Herrn Wiechmann, FDVP)

Das Zweite: Die Beseitigung dieser Kunstwerke von den Wänden kostet Millionen, und zwar Millionen derer, denen die Häuser gehören. Insoweit kann auch jeder nachvollziehen, dass es sich bei Graffiti-Sprühereien, beim Graffiti-Unwesen nicht um Bagatellfälle handelt - mit dem Problem, dass ein effektiver strafrechtlicher Schutz gegen Graffiti-Schmierereien und auch eine Ahndung derartiger Taten zurzeit nicht gewährleistet ist.

Das hat für mich zweierlei Folgen: Zum Ersten: Das Unrechtsbewusstsein bei den Tätern ist ohnehin nicht vorhanden; es wird aber auch nicht erzeugt, wenn ihre Taten nicht geahndet werden. Und zum Zweiten: Für die Betroffenen ist es frustrierend, und ich kann mir vorstellen, dass eine Verunsicherung in der Richtung eintritt, dass man an das Funktionieren der Rechtsordnung nicht mehr so richtig glauben kann.

Vor gut zwei Jahren wurde auf Antrag der CDU-Fraktion in diesem Hause mit großer Mehrheit eine Initiative gefordert, die durch die Landesregierung auch umgesetzt worden ist, in diesem Bereich strafrechtliche Veränderungen vorzunehmen. Leider ist dies an den Mehrheiten auf Bundesebene gescheitert, sodass wir immer noch mit diesem Zustand leben müssen.

Aber in den letzten Tagen - das macht einem doch wieder etwas Mut - haben sich die Justizminister der neuen Länder in Greifswald getroffen und auf Anregung von Berlin erneut über dieses Thema gesprochen. Wenn ich die Pressemeldung richtig gelesen habe oder wenn sie richtig übermittelt worden ist, geht es um eine Änderung des Strafgesetzbuches, und zwar dergestalt, dass die

Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes gegen den Willen des Eigentümers als Sachbeschädigung zu ahnden ist.

(Herr Dr. Sobetzko, CDU: Selbstverständlich!)

Wenn das zu erreichen ist, sind wir dort, wo wir hin wollen.

Der Antrag der FDVP-Fraktion geht in die Richtung, erst einmal mit den Möglichkeiten des Landes etwas zu tun, aber natürlich auch die Initiative, die von Berlin erneut gestartet worden ist, zu unterstützen. Wir stimmen deshalb diesem Antrag zu.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Die Ministerin Frau Schubert hat gebeten, ihren Beitrag zu Protokoll geben zu dürfen.

(Zustimmung bei der CDU)

(Zu Protokoll:)

Frau Schubert, Ministerin der Justiz:

Nach gegenwärtiger Rechtslage ist für die Sachbeschädigung in den Fällen von Graffiti eine Substanzverletzung des Untergrundes erforderlich. Der Nachweis einer solchen Substanzverletzung ist von den Strafverfolgungsbehörden nur unter einem hohen Ermittlungs- und Kostenaufwand zu führen. Im Regelfall ist die Einholung eines Sachverständigengutachtens erforderlich.

Das Land Berlin hatte daher am 12. Juni 2001 eine Bundesratsinitiative zur strafrechtlichen Bekämpfung von Graffiti beschlossen. Angestrebt war eine Änderung der Vorschriften der §§ 303 ff des Strafgesetzbuches. Für die Strafbarkeit sollte es künftig nicht mehr auf die Substanzverletzung, sondern auf die Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes gegen den Willen des Eigentümers ankommen.

Berlin hat diese Gesetzesinitiative bereits anlässlich der Konferenz der Ost-Justizminister am 14. Mai 2001 in Greifswald vorgestellt. Die Justizministerinnen und -minister Berlins und der neuen Bundesländer haben seinerzeit die Absicht bekräftigt, gemeinsam nach effektiven Möglichkeiten gegen Graffiti-Schmierereien suchen zu wollen. Bereits im Jahr 1999 hatten wir eine vergleichbare Gesetzesinitiative Berlins im Bundesrat unterstützt.

Diese Gesetzesinitiative hat die neue Berliner Regierung zwischenzeitlich zurückgezogen. Die Problematik ist aber die gleiche geblieben.

Jedes Jahr richten Graffiti-Schmierereien einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden in zweistelliger Millionenhöhe an. In Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 1998 1 576 und im Jahr 1999 2 122 Graffiti-Delikte registriert.

Die gerichtliche Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen richtet sich in der überwiegenden Zahl der Fälle gegen meist jugendliche Täter, sodass für den Eigentümer die Durchsetzung seiner berechtigten Ansprüche in der Regel schwierig, in vielen Fällen aussichtslos ist. Wir prüfen daher, ob die Veränderung dieses äußeren Erscheinungsbildes gegen den Willen des Eigentümers unter Strafe gestellt werden soll.

Daneben sind auch vorbeugende Maßnahmen erforderlich. So besteht das Projekt „GraFFa“ bei der Polizeidirektion Magdeburg. Mit dem Aufbau von drei Freizeit-

einrichtungen an verschiedenen Schwerpunkten des Stadtgebietes soll im Zusammenwirken mit Kindern, Jugendlichen, Ausländern, sozial Benachteiligten der Versuch unternommen werden, künstlerisch orientierte Freizeit- und Interessengemeinschaften zu bilden, mit dem Ziel, illegale Farbschmierereien zu verhindern.

In Dessau engagiert sich der Arbeitskreis „Sicherheitspartnerschaft“ der Stadt Dessau, Unterarbeitsgruppe Graffiti-Schmierereien, unter Beteiligung des Jugendkommissariates im Polizeirevier. Neben analytischer Tätigkeit, Kontrolle und Behebung begünstigender Ursachen konzentriert sich die Arbeitsgruppe auf die Einleitung und Durchsetzung präventiver Maßnahmen.

In beiden vorstehend genannten Beispielen hat sich die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie den Wohnungs- und Bauträgern bewährt. Teilweise bieten die Kommunen Flächen zum Besprühen an. Hierzu zählen insbesondere sozialpädagogische Maßnahmen, die der Schaffung legaler Ausdrucksmöglichkeiten für Jugendliche dienen.

Schließlich ist die Durchführung von Beseitigungsarbeiten beim Geschädigten zu nennen, die insbesondere auch im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleichs erfolgen kann.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann hätte der Abgeordnete Wolf die Möglichkeit zu einer abschließenden Stellungnahme. Bitte schön.

Herr Wolf (FDVP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hatte sich im März 1999 zur Unterstützung des Entwurfs eines Graffiti-Bekämpfungsgesetzes im Bundesrat entschlossen und hat das Verfahren dann im Rahmen aktiver Sterbehilfe begleitet.

In der 21. Sitzung des Landtages wurde - das hörten wir gerade - über den Antrag der CDU-Fraktion, Graffiti-Schmierereien als Straftat zu ahnden, debattiert. Das taten die Sozialisten in der gebotenen Zurückhaltung gegenüber Verbrechern. Den Kommunisten verschlug es gleich die Stimme, suchen sie doch ihr Potenzial vorwiegend in gesellschaftlichen Randbereichen. Sie waren also emsig schweigsam, als es darum ging, Verbrechern auf die Füße zu treten. Andererseits können sie manchmal sehr laut sein, wenn ihnen Debatten nicht behagen.

Die Union selbst begründete den damaligen eigenen Antrag mit Aussagen wie: „Die Straflosigkeit einschlägiger Handlungen kann nicht länger hingenommen werden.“

Wegen ihrer Abhängigkeit von der PDS konnten die Sozialisten dem Antrag äußerlich nicht zustimmen; denn dann ist immer gleich das Machtmodell in Gefahr. Dennoch bezogen sie hinsichtlich der Ahndung von Graffiti-Schmierereien eine positionierte Position, und zwar den Rückzug. Darin liegt eben die Stärke der Schwachen.

Dennoch wurde gesagt: „Solche Schmierereien sind nicht zu akzeptieren, dagegen muss vorgegangen werden.“

Weiter wurde gesagt, es komme auch die Möglichkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs und die Heranziehung zu Reinigungsarbeiten in Betracht.

Der Vergleich zwischen Anspruch und Wirklichkeit fiel am Ende zugunsten der Schmierfinken aus und der Sturm im Wasserglas kam zur Ruhe - planmäßig.

Meine Damen und Herren Sozialisten und Kommunisten, wir haben Ihnen die Begründung unseres Antrages zu Gehör gebracht, und ich darf Sie nachhaltig bitten, zur Verbesserung des Schutzes des Eigentums gegen Graffiti-Schmierereien dem FDVP-Antrag zuzustimmen, denn der Handlungsbedarf liegt allein bei Ihnen.

Die Herrschaften von der CDU haben wahrscheinlich im Moment noch etwas andere Sorgen, aber ich präsentiere Ihnen trotzdem noch ein Foto von der Chaotenfestung in der Nähe von Bitterfeld. Die PDS wird wissen, wo das liegt.

(Der Redner hält eine Kopie hoch)

Auf diesem Foto kann gelesen werden: „Kein Gott, kein Staat, kein Vaterland!“ Die Forderungen „Kein Gott!“ und „Kein Vaterland!“ werden diesen Landtag sicherlich nicht aufregen, aber „Kein Staat!“? Da bleibt schon ein Fragezeichen.

Statt die Autonummern von Freiheitlichen aufzuschreiben, könnten die Schlapphüte hier einmal nach dem Rechten sehen. Warten Sie bitte nicht mehr länger! - Danke schön.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Damit, meine Damen und Herren, ist die Debatte abgeschlossen. Bevor wir zum Abstimmungsverfahren kommen, möchte ich gern noch Damen und Herren der Caritas-Beratungsstelle für Spätaussiedler aus Merseburg unter uns begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Drs. 3/4665. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Somit ist dieser Antrag mit einer großen Zahl von Gegenstimmen abgelehnt worden. Damit ist die Beratung zum Tagesordnungspunkt 29 abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 30** auf:

Beratung

Wertewandel und Werteverfall in der Gesellschaft - Zeichen einer Erziehungskrise?

Antrag der Fraktion der FDVP - **Drs. 3/4666**

Dieser Antrag wird von der Abgeordneten Frau Wiechmann eingebracht. Bitte.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fragen zur Erziehung stehen immer im Auf und Ab der Diskussionen. Eigentlich ist es wie bei einem Fußballspiel: Ahnungslose Spieler sind umgeben von sachkundigen Zuschauern. Dieses Bild, übertragen auf Erziehung, verdeutlicht, dass über Erziehung viel gesprochen wird, dass aber die Außensichten oder die Ansichten von Nichtbetroffenen oft von den Ansichten jener abweichen, die erziehen wollen oder erziehen müssen.

Interessant und auffällig ist, dass vor wenigen Wochen die Journalistin Doris Schröder-Köpf eine Diskussion vom Zaune brach, die sogleich stürmisch zustimmende und auch stürmisch ablehnende Reaktionen erfuhr. Sie äußerte, dass viele Kinder aufwachsen, denen zu viel Nachsicht gewährt wird, wenn sie notwendige Forderungen nicht erfüllen, Nachsicht und fehlende Sanktionen, wenn sie Normen brechen oder sich verweigern.

Dabei hatte die Auslöserin der Diskussion keineswegs die schwerwiegenden Vergehen oder Taten von Kindern und Jugendlichen angesprochen, sondern die kleinen Probleme im Alltag, die allzu oft aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr wahrgenommen oder einfach auch hingenommen werden. Der für das kindliche Ohr schrecklich klingende Ruf: „Räum bitte auf!“ wird so schon zum Prüfstein, zur Kraftprobe zwischen Kind und Eltern.

Die ausgelöste Diskussion erhielt besonderes Gewicht, da Frau Schröder-Köpf die Ehefrau des Bundeskanzlers ist, der ansonsten dafür bekannt ist, dass er mit einem „Basta“ die Diskussionen zu beenden pflegt. Da Frau Köpf jahrelang berufstätige allein erziehende Mutter war und nun Ehefrau des Kanzlers ist, weiß sie, wovon sie spricht, und sie ist keineswegs in der Rolle der genannten Zuschauerinnen.

Nach der Wortmeldung von Frau Schröder-Köpf setzten sogleich Befragungen zur Thematik ein, die eine Mehrheit für eine strengere Kindererziehung brachten. 62 % von mehr als 1 000 Befragten wollten eine strengere Erziehung der Kinder, während 31 % mit den derzeitigen Erziehungsmethoden zufrieden waren.

Bei den befragten Eltern waren die Meinungen geteilt. 49 % gegenüber 43 % waren für eine strengere Erziehung. Mit 95 % sprachen sich die meisten Befragten dafür aus, dass die Kinder Pflichten wie Aufräumen und Einkaufen erfüllen sollten. 87 % finden, dass Kinder regelmäßig über ihre Schularbeiten berichten sollten, und 56 % waren dafür, Kindern den Kaugummi in der Schule zu untersagen.

Aber genug der Zahlen; denn deutlich wird, welche Bandbreite, ob wichtig oder weniger wichtig, die Fragen zur Erziehung umfassen.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, dass in diesem Hohen Hause der Kultusminister Dr. Harms vortrug, was er von den Sekundärtugenden, von der Bewertung mit Kopfnoten zum Schülerverhalten hielt: wenig oder gar nichts. Ich denke, Herr Harms wird ein Problem bekommen - nicht nur mit uns, vielmehr auch mit der Kanzlergattin.

Aber verkennen wir dabei nicht, dass die Erziehung von Kindern, ob streng oder nachlässig, auch entsprechende Einstellungen der Eltern und der Erziehenden erfordert. Doch eine Überforderung der Eltern wird auch sichtbar. So stellte der Bielefelder Jugendforscher Klaus Hurrelmann fest, dass ein Drittel aller Eltern in Deutschland mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, sich oft nicht zu helfen wissen und dass dann noch 60 % der Eltern ihre Kinder schlagen, obwohl viele dies sofort danach bereuen.

Gleiches und verallgemeinernd stellte Bundesfamilienministerin Christine Bergmann fest, dass laut einer bundesweiten Studie rund 30 % der befragten Kinder zu Hause eine Tracht Prügel erhalten und dass diese Gewalterfahrung, oft mit Brutalität versehen, das ganze Leben der Kinder später prägt. Unterschätzt werden

dabei die seelischen Verletzungen und auch die Entwürdigungen der Kinder.

Der Vorschlag Hurrelmanns, Eltern zu trainieren, kann belächelt werden, er muss es aber nicht. Hurrelmann knüpft an den Besuch geförderter Weiterbildungen oder Seminare für Erziehende auch eine finanzielle Belohnung oder andere materielle Anreize bis hin zur Verknüpfung von Weiterbildung und der Zahlung von 30 DM Kindergeld. Es ist der Versuch - ich will nicht sagen, der letzte oder verzweifelte -, den oft allein gelassenen Eltern zu helfen, zu helfen, erziehen zu können und dazu auch befähigt zu werden. Und oft kommt dabei der Einwand, dass diejenigen, die es am meisten benötigen, sich nicht angesprochen fühlen. Aber das ist in anderen Lebensbereichen auch der Fall.

Das Sprichwort fasst das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern kurz und zutreffend: Wie die Quelle, so der Bach, wie die Eltern, so die Kinder.

Meine Damen und Herren! Wenn diese geschilderten Zustände und Umstände auch keineswegs neu und überraschend sind, so muss man sich doch fragen: Wie ist so etwas möglich? Worin liegen die Ursachen für solche oft bedrückenden Erscheinungen?

Wie zeitnah sind doch dabei jene Worte, die Platon vor über 2 000 Jahren in seiner Schrift „Der Staat - 8. Buch“ fand. Gestatten Sie bitte, Herr Präsident, dass ich daraus zitiere:

„Wohlan, mein lieber Freund, wie steht es mit der Diktatur? Ist es nicht so, dass sich die Demokratie selbst auflöst durch eine gewisse Unersättlichkeit in der Freiheit?

Väter gewöhnen sich daran, ihre Kinder einfach gewähren und laufen zu lassen, wie sie wollen. Sie fürchten sich, vor ihren erwachsenen Kindern ein Wort zu reden, oder die Söhne wollen schon so sein wie die Väter, sodass sie ihre Eltern weder scheuen noch sich um ihre Worte kümmern, sich nichts mehr sagen lassen wollen, um ja recht erwachsen und selbstständig zu erscheinen.

Und auch die Lehrer zittern bei solchen Verhältnissen vor ihren Schülern und schmeicheln ihnen lieber, statt sie sicher und mit starker Hand auf einen geraden Weg zu führen, sodass die Schüler sich nichts mehr aus solchen Lehrern machen.“

Und weiter:

„Überhaupt sind wir schon so weit, dass sich die Jüngeren den Älteren gleichstellen, ja gegen sie auftreten in Wort und Tat. Die Alten aber setzen sich unter die Jungen und suchen sich ihnen gefällig zu machen, indem sie ihre Albernheiten und Ungehörigkeiten übersehen oder gar daran teilnehmen, damit sie ja nicht den Anschein erwecken, als seien sie Spielverderber oder auf Autorität versessen.

Auf solche Weise wird die Seele und die Widerstandskraft aller Jungen allmählich mürbe. Sie werden aufsässig und können es schließlich nicht mehr ertragen, wenn man nur ein klein wenig Unterordnung von ihnen verlangt. Am Ende verachten sie dann Gesetze, weil sie niemand und nichts mehr als Herrn über sich anerkennen wollen. Und das ist der schöne, jugendfrohe Anfang der Tyrannei.“

Meine Damen und Herren! Wären diese Erkenntnisse nicht bereits Jahrtausende alt und würde sie der Urheber leiblich lebend heute hier verkünden, dann dürfte er sich dessen gewiss sein, den Verfechtern einer Political Correctness anheim zu fallen und sich bei denen mit Demutsgebärden entschuldigen zu müssen. Welches Glück also für Platon, sich nicht hier und heute stellen zu müssen.

Meine Damen und Herren! Zahlreich sind die Belege aus Untersuchungen, die sich dieser Erziehungsproblematik widmen. Seien es die 13. Shell-Studie „Jugend 2000“, der Zehnte Kinder- und Jugendbericht, die seit September laufende Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern - gegen Gewalt“ und andere Studien. Sie alle eint, dass sie nüchtern Fakten ermitteln, Ursachen ergründen und Vorschläge im Hinblick auf Veränderungen unterbreiten.

Wir müssen dennoch ungeduldig sein, wie oft mit konstanter Hartnäckigkeit notwendigen Veränderungen begegnet wird. Ich sage das deshalb, weil im Jahr 1995 ein „Spiegel spezial“ titelte: „Kinder, Kinder - Erziehung in der Krise“. In diesem Heft erörtern Fachleute die gleichen Probleme, über die wir gegenwärtig sprechen. Und es hat den Anschein, als sei die Zeit stehen geblieben, oder richtiger beurteilt: Es tat sich wenig.

Der Autor Joachim Mohr schrieb dazu:

„Die neuen alten Werte. - Während früher verhaltensauffällige Schüler die Ausnahmen bildeten, die ein Lehrer mit Anstrengung und Geschick im Klassenverband gut ertragen konnte, sind sie heute oft die Regel. War der Lehrer früher vor allem Wissensvermittler, ist er heute Dompteur und Disziplinator, der um jede Stunde vernünftigen Unterricht kämpfen muss.“

Als eine Ursache führt Mohr an, dass in vielen Familien die Heranwachsenden kaum noch elementare soziale Verhaltensweisen wie Rücksicht und Kompromissfähigkeit erlernen und erleben. So werden Schulen zum gesellschaftlichen Reparaturbetrieb und Pädagogen zum Elternersatz.

Meine Damen und Herren! Es mag hart, vielleicht auch ungerecht klingen, aber nicht von der Hand zu weisen sind jene dafür begünstigenden Bedingungen, die leichtfertig über die Jahre hingenommen wurden. Als sei Platons Stimme ungehört verhallt, bewertet der Autor auch Phasen der Bildungspolitik in Deutschland. „Die Laissez-faire-Romantik der 70er-Jahre ist gescheitert“, sagt Mohr.

„Die als Nichterziehung missverstandene anti-autoritäre Erziehung hat sich als pädagogische Nulllösung erwiesen, auch an den Lehranstalten. Schüler wollen ernst genommen und gefordert werden. Sie erwarten Autorität, an der sie sich reiben und ihre Grenzen ausloten können. Feste Regeln und Verhaltensnormen gehören zum Schulalltag und werden, wenn sie einsichtig und konsequent praktiziert werden, von Schülern auch akzeptiert.“

Und bei den folgenden Worten mögen die Ohren des grünen Kultusministers und Kompakt-Verfechters klingen, der in diesem Parlament nicht nur bei der Ablehnung von Kopfnoten auf überholten Standpunkten beharrte. Ich zitiere:

„Dazu gehört auch, dass Lehrer lange Zeit diffamierte Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Fleiß, Selbstdisziplin und gutes Auftreten einfor-

dem. Wer seinen Schülern weismacht, diese Eigenschaften seien nicht notwendig, schickt sie mit großen Illusionen in ihr späteres Leben.“

Meine Damen und Herren! Ich füge hinzu: Ein jähes Erwachen folgt dann für jene, die - wie in der heute bereits geführten Debatte erwähnt - außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt eine anspruchsvolle Ausbildung in jedweder Hinsicht absolvieren werden. Und gegen soziale Orientierungslosigkeit sind Erziehungsziele wie Humanität, Verantwortungsbewusstsein und Gemeinwohl unerlässlich.

Der angeführte „Spiegel spezial“ resümiert auch abschließend noch:

„Eine demokratische Gesellschaft wie die Bundesrepublik kann auf die Dauer nur existieren, wenn ein positiver Wertekonsens besteht. Den zu fördern, muss Schule heute leisten oder zumindest versuchen.“

Meine Damen und Herren! Ich meine, die Zeit für Versuche ist nicht mehr gegeben. Es ist allerhöchste Zeit, die vielfältigen Erkenntnisse auch umzusetzen.

Im gleichen Erscheinungsjahr des „Spiegels spezial“ erschien in den USA und in der Bundesrepublik das Buch von Neil Postman „Keine Götter mehr - das Ende der Erziehung“. Der namhafte Autor schildert darin, wie er seine Laufbahn als Grundschullehrer begonnen hatte und keinen Moment lang den Gedanken aufgab, dass viele der hartnäckigsten und schmerzlichsten gesellschaftlichen Probleme einer Lösung näher wären, wenn wir wüssten, wie wir unsere Kinder erziehen sollen. Postman zieht folgenden Schluss, der bei aller Unterschiedlichkeit der Erziehungs- und Bildungssysteme zum Nachdenken anregt; er hat geschrieben:

„Als ich nachgeforscht habe, was die Menschen zur Erziehung zu sagen haben, da fiel mir auf, dass es meistens um Mittel ging, selten um Zwecke. Sollten wir unsere Schulen privatisieren? Sollten wir landesweit einheitliche Prüfungsstandards haben? Wie sollten wir Computer einsetzen? Sollten wir das Fernsehen in den Unterricht einbeziehen? Wie sollten wir das Lesen lernen? Und so weiter.“

Einige dieser Dinge sind interessant, und einige sind es nicht, so Postman.

„Was sie aber gemein haben, ist die Tatsache, dass sie der Frage ausweichen, wozu die Schule da ist. Es ist, als wären wir eine Nation von Technikern, gefangen genommen von unserem Fachwissen darüber, wie etwas gemacht werden sollte, zu ängstlich oder unfähig, darüber nachzudenken, warum. Mit einem solchen Sinn kann die Schule zu der zentralen Institution werden, durch die unsere Kinder die Motivation finden können, ihre eigene Erziehung fortzusetzen.“

Meine Damen und Herren! Wir sind in diesem Hohen Hause sicher nicht unfähig und schon gar nicht ängstlich, über den beantragten Bericht der Landesregierung über die Umsetzung und Wirksamkeit des kinder- und jugendpolitischen Programms des Landes Sachsen-Anhalt zu diskutieren. Wenn Frau Ministerin Dr. Kuppe zum Programm erklärt, dass es keine abschließenden Antworten, sondern vielmehr Anregungen enthält, dann tröstet das doch nicht darüber hinweg, dass sich ein derartiges Programm in einer ständigen Entwicklung befindet. Vielmehr - so sehe ich das - geht dieses Pro-

gramm von Wünschen und Vorstellungen aus, die sich mit der Realität beißen.

Dieses reiche Land Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich durch wachsende Kinderarmut aus. Sie stieg seit 1994 um mehr als 50 %. Es ist erschreckend und nicht mehr hinnehmbar, dass 1,1 Millionen Kinder mit ihren Eltern sozialhilfebedürftig sind. Vor allem Familien mit mehreren Kindern sind immer stärker benachteiligt. Frustration und Aggression sind oft die Folgen. Da helfen keine kosmetischen Eingriffe durch Antiaggressionsprogramme; da hilft vor allem die Minderung und Aufhebung der Benachteiligung. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Zustimmung bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Die Fünfminutendebatte würde, wenn sie zustande kommt, in der Reihenfolge PDS, DVU, SPD, CDU und FDVP stattfinden. Zunächst ist nur ein Redebeitrag von der CDU-Fraktion angemeldet worden. Ich bitte jetzt Herrn Schomburg, das Wort zu nehmen.

Herr Schomburg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl die zur Verfügung stehende Zeit kaum eine tiefgründige Auseinandersetzung mit diesem Thema zulässt, möchte ich namens der CDU-Fraktion wenigstens einige Thesen zur Diskussion beitragen.

In den letzten Jahren ist es zunehmend üblich geworden, alle nur denkbaren gesellschaftlichen Veränderungen auf den Wertewandel als einem allgegenwärtigen Hindergrundphänomen zu beziehen und diesem eine fast uneingeschränkte Erklärungskraft zuzubilligen.

Ich werde mich hüten zu behaupten, die Menschen seien weniger moralisch als früher. Das bloße Befolgen von Regeln, wenn es denn früher verbreiteter gewesen sein sollte, hat mit Moral noch wenig zu tun. Es ist ja auch nicht so, dass erst seit ein paar Jahren oder Jahrzehnten beklagt würde, die Menschen verhielten sich nicht mehr so, wie sie es tun sollten. Mahnungen, Verhaltenskritik und Aufrufe zur Besserung sind im Gegenteil so alt wie die Menschheit.

Wer also meint, die Moralität habe uns alle schlagartig verlassen, vergewaltigt die Geistesgeschichte ebenso, wie es jene Vulgärrede vom Humanismus tut, bei der man den Eindruck gewinnen könnte, dass die Menschheit erst vor ein paar Jahrhunderten aus der kompletten Unzurechnungsfähigkeit in den Stand der vollen Erkenntnis gelangt sei. Man kann also nur raten, mit Wörtern wie „Wertewandel“ oder „Werteverfall“ ein wenig sparsamer und weniger moralisierend umzugehen.

Unabhängig von jeder vorschnellen Moralisation kann man wohl sagen, dass es seit der ersten Hälfte der 60er-Jahre in der Bundesrepublik wie auch in anderen Ländern der westlichen Welt eine Veränderung von Einstellungen gab, durch die das Denken, Fühlen, Wollen und Wünschen großer Teile der Bevölkerung stark verändert wurde. Substanziell gesehen ereignete sich ein Wandel von Pflicht- und Akzeptanzwerten, die an Gewicht und Verbindlichkeit einbüßten, zu Selbstentfaltungswerten.

Es sind jedoch schwerwiegende Mentalitätsveränderungen in der Bevölkerung beobachtbar, die man als Folge des Wertewandels ansprechen kann. Auf einen vereinfachten Nenner gebracht, hat sich eine weitgehende

Entnormativierung des Denkens, des Fühlens, Wollens und Wünschens eingestellt, die mit einem stark vermehrten Bedürfnis nach einer nur persönlicher Entscheidung und Gestaltung entspringenden Lebensführung auf allen Gebieten Hand in Hand geht. Gesellschaftliche Konformitätsansprüche, die nur durch Herkunft, Brauch, Sitte oder gewohnheitsmäßige Übungen und Regeln begründet sind, werden heute vielfach als persönlichkeitsengend und -beeinträchtigend erlebt und verfallen somit leicht der Ablehnung.

Worin liegt diese Entwicklung begründet? - Das Christentum war in den letzten Jahrhunderten die einzige verbindende Kraft in den europäischen Staaten und gleichzeitig die wesentlichste Grundlage für die Herausbildung der ethischen Wertvorstellungen der europäischen Kultur. Die Geschichte der Neuzeit ist auch eine Geschichte der Loslösung der Menschen von der Religion.

Eine Ethik, Moral oder Werte kann man aber letztlich nicht begründen, wenn man den Menschen nicht als Geschöpf Gottes begreift, das als dessen Ebenbild seinem Schöpfer gegenüber verantwortlich ist. Wenn der Glaube schwindet, besteht die Gefahr, dass die mit diesem Glauben gewissermaßen transportierten Werthaltungen schwinden, weil sie weder von einer anderen Weltanschauung aufgenommen oder vermittelt noch als in sich selbst einsichtig empfunden werden. Das ist naturgemäß nicht zwangsläufig so, kann aber so sein.

Die Werte wachsen nicht auf Bäumen, sondern müssen vielmehr von Generation zu Generation durch Wort und Beispiel weitergegeben werden. Hier kommt die Erziehung ins Spiel.

Erziehung orientiert sich in der Regel am Wohl des Kindes und ist uneingeschränktes Recht und in erster Linie auch Pflicht und Aufgabe der Eltern. Staatliche und private Erziehungs- und Bildungseinrichtungen haben dieses Elternrecht zu respektieren und können nur von diesem abgeleitet unterstützende und ergänzende Funktionen wahrnehmen.

Erziehung ist Hilfe zum Selbständigwerden. Sie setzt zielgerichtetes Handeln voraus. Wer erzieht, muss wissen, was er will. Was ist Erziehung denn anderes als Vermittlung von Werten und der von diesen Werten abgeleiteten Tugenden und Normen?

Orientierung an Werten ist notwendig für Schule und Elternhaus. Kann der Staat speziell über seine Institution Schule zur Wertebildung beitragen? Wenn wir dies nicht grundsätzlich für möglich hielten, hätten wir die Unterrichtsfächer Religion und Ethik nicht in die Landesverfassung aufgenommen. Aber leicht hat es das staatliche Schulwesen mit dieser Aufgabe nicht.

Das liegt zunächst gar nicht an einer bestimmten Bildungspolitik und auch nicht an einer bestimmten Lehrerschaft. Das Grundproblem liegt in dem Selbstverständnis des Staates. Der weltanschaulich neutrale Staat kann Verhaltensweisen mit Zwang durchsetzen, aber er kann keine Werthaltungen gleichsam aus dem Nichts erzeugen, auch nicht diejenigen Werthaltungen, die er in seiner Verfassung vertritt.

Natürlich können Lehrer versuchen, die Geltung von Werten und Normen aufzuzeigen; aber das tun sie dann streng genommen als Personen und nicht als Staatsorgane.

Wie gesagt, damit negiere ich keineswegs den Auftrag der Wertevermittlung an staatlichen Schulen und auch nicht den Sinn von Religions- und Ethikunterricht. Den-

noch könnten diese Überlegungen ein neues Licht auf die Bedeutung von Schulen in freier Trägerschaft werfen.

Wenn es richtig ist, dass in der heutigen Zeit immer mehr Menschen immer weniger Sinn in ihrem Leben zu entdecken vermögen, wenn es stimmt, dass immer mehr Eltern immer weniger Zeit für ihre Kinder aufwenden können, dann brauchen wir ein breiteres Angebot an Erziehungsinstanzen, die jede für sich auf der Basis unterschiedlicher Überzeugungen Werteangebote vorhalten.

(Zuruf von Frau Krause, PDS)

Dies können kirchliche oder anders orientierte Werteangebote sein. Das Wichtige ist, dass der Wertkonsens aller an diesem Ort Versammelten vermittelt wird. Dies bedeutet eine viel größere Anzahl und Vielfalt von Schulen in freier Trägerschaft.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Herr Schomburg, ich gehe davon aus, dass Sie zum Schluss kommen.

Herr Schomburg (CDU):

Die Niederlande können uns ein Vorbild sein. - Herr Präsident, ich folge Ihrer aufmerksamen Ermahnung.

(Oh! bei der SPD - Zustimmung von Herrn Jüngling, SPD)

Ich plädiere für ein umfassendes und qualitativ hoch stehendes Angebot von Religions- und Ethikunterricht an staatlichen Schulen und sage, dass dieser Antrag der Überschrift in keiner Weise gerecht wird, wir aber dem Inhalt dieses Antrages trotzdem unsere Zustimmung nicht verweigern werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Herrn Weich, FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Vielen Dank. - Weitere Wortbeiträge waren nicht angemeldet. Für die FDVP-Fraktion kann nun Frau Wiechmann noch einmal Ihre Redezeit nutzen. Bitte schön.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte in meiner Begründung zum Antrag ausgeführt, dass Bedingungen existieren, die Werte in der Gesellschaft festigen oder sie auch demontieren. Wenn Werte zu dauerhaften Orientierungen des Individuums in Bezug auf das sozial Wünschenswerte führen und auch verhaltenssteuernd wirken, dann schließt das natürlich auch einen Wertewandel ein. Es war schon immer ein wesentlicher Unterschied, ob bestimmte, in der Gesellschaft gegebene Werte und Orientierungen sich bestimmten Veränderungen anpassen und deren Entwicklung entsprechen, zum Beispiel im Rahmen des Wertewandels im Bereich der Familie, der Erwerbstätigkeit von Frauen, von Präferenzen erstrebenswerter Ziele oder Erwartungen.

Uns bewegen vor allem Werteverluste und leichtfertig vorsätzlich aufgegebenen Werte. Und das ohne Not, meine Damen und Herren.

Wenn im kinder- und jugendpolitischen Programm auf Gewalt, auf den Schutz vor körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt hingewiesen wird und weitere entsprechende rechtliche und tatsächliche Regelungen avisiert werden, dann ist das auch gut. Wenn aber

Demonstrationen in Orten stattfinden und wir sie dort erleben, wo Regierende so etwas nicht nur tolerieren, sondern sogar mitmachen, dann lehnen wir das kategorisch ab. Das sind Orte, die Sie möglicherweise vom Globus kennen. Ich darf nur den letzten Ort nennen, wo die Spur der Gewalt zu verfolgen war, und zwar Naumburg; das ist in Sachsen-Anhalt.

Fragen Sie auch in den vielen betroffenen Orten - jetzt komme ich auf die Regierenden - nach Angela Marquardt von der PDS und Sie erleben die Empörung und das Entsetzen der Bürger.

Ich sage noch deutlicher: Wer in diesem Parlament die Mauer rechtfertigt, den Unrechtsstaat DDR schaumgebremst-milde als vormundschaftlichen Staat kennzeichnet, wer die Enteignungskeule schwingt, wer die Graffiti-Schmierereien gutheißt - das haben wir eben wieder erlebt -, wer also Eigentum nicht achtet, dem sprechen wir als FDVP-Fraktion einfach das Recht ab, sich über die Erziehung von Kindern und Jugendlichen auszulassen.

(Zuruf von Frau Tiedge, PDS)

Ich merke natürlich auch Ihr Desinteresse hier und heute. Sie haben sich zu diesem Antrag wieder nicht geäußert. Ich denke, mit meinen Schlussfolgerungen liege ich genau richtig, dass ich Ihnen dieses Recht abspreche, sich darüber auszulassen.

Wer Kinder und Jugendliche einst in den Schulen der Margot Honecker indoktrinierte und Andersdenkende denunziatorisch bedrohte und unter Druck setzte, dem sprechen wir es einfach ab, hier und heute den großen Pädagogen zu spielen.

Nein, meine Damen und Herren, das sind nicht nur die Äußerungen von ein paar „merkwürdigen Mitgliedern“ der SED-Nachfolgepartei - auch das sollten wir wissen -, sondern es ist programmatisches Ziel der linksextremistischen PDS, diese Gesellschaft mit ihren Werten und Orientierungen zu zerstören.

Da mögen politische Sanierer das Verhältnis von SPD und PDS bildhaft und schmeichelnd als Verlöbnis umschreiben; aber wer sich mit dieser geschichtsschuldigen, verdorbenen PDS-Verlobten in das Lotterbett begibt, hat auch längst die Unschuld verloren, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDVP)

So wird die Politik in diesem Lande immer unglaubwürdiger und die Verdrossenheit der Bürger immer größer. Deshalb verwundert es nicht, wenn ein Werteverfall unaufhaltsam scheinend voranschreitet.

Meine Damen und Herren, wehren wir uns dagegen. Lassen wir es nicht zu, dass unsere Gesellschaft zerstört wird. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Damit, meine Damen und Herren, ist die Debatte abgeschlossen.

Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Wer diesem Antrag, Ihnen vorliegend in der Drs. 3/4666, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit einer großen Zahl von Gegenstimmen abgelehnt worden und damit

die Beratung zum Tagesordnungspunkt 30 abgeschlossen.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 33** auf:

Beratung

Situation der weiblichen Inhaftierten im Justizvollzug in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4673**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4710**

Der Antrag wird eingebracht durch die Abgeordnete Frau Knöfler. Bitte schön.

Frau Knöfler (PDS):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, meinen Redebeitrag mit einem Zitat Tucholskys zu beginnen: „Wer seinen Staat kennen lernen will, muss seine Gefängnisse gesehen haben.“

Nachdem sich für mich im Herbst 1994 durch meine Tätigkeit als Abgeordnete der Zugang zum Strafvollzug eröffnet hat, wurde ich zur aktiven Beobachterin. Gespräche mit Inhaftierten, Anstaltsleitern, Vollzugsbeamten und Sozialmitarbeitern halfen mir, den Blick von innen, die Lebenswelten zu sehen, die mir vorher fern waren. Das besondere Phänomen Frauenvollzug hat mich fortan gefangen genommen.

Weil Kriminalität immer noch als eine Art Männerdomäne angesehen wird, haben es strafgefangene Frauen besonders schwer, mit ihren spezifischen Problemen wahrgenommen zu werden. Richtlinien oder verbindliche Standards, die speziell auf die Bedürfnisse inhaftierter Frauen ausgerichtet sind bzw. auf die Arbeit mit ihnen, gibt es bis heute weder auf Bundes- noch auf Landesebene.

Anstatt die gängige Strafvollzugspraxis zu hinterfragen, ist es notwendiger, neues Denken zuzulassen, welches aus dem Teufelskreis herausführt, den Ausgrenzungsmechanismus nur zu verfeinern. Solange der Umgang mit straffällig gewordenen Männern nur schematisch auf straffällig gewordene Frauen übertragen wird, somit frauenspezifische Belange und Interessen vernachlässigt werden, führt das im Ergebnis zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Frauen.

Ziel der beantragten Berichterstattung ist es, durch eine kritische Bestandsaufnahme einen ersten Überblick zu schaffen, welcher Veränderungen und Neustrukturierungen im Frauenvollzug nach sich ziehen kann. So könnten Anregungen gegeben werden, die Fragen nach den frauenspezifischen Bedingungen im Strafvollzug neu zu stellen und neu zu beantworten.

Nur wenn die spezifischen Merkmale des Frauenvollzuges im Vergleich zum Männervollzug detailliert ausgearbeitet und bekannt gemacht werden, kann ein gezieltes Handeln ermöglicht werden. Und, sehr geehrte Damen und Herren, es muss gehandelt werden.

Der Frauenvollzug in Sachsen-Anhalt entspricht in keiner Weise dem normalen Frauenvollzug. Eine eigene

Frauenvollzugsanstalt fehlt gänzlich. Der geschlossene Frauenvollzug befindet sich als angegliederte Abteilung im Männervollzug und wird als Anhängsel betrieben.

Der bundesweit geforderte offene Vollzug kann in Sachsen-Anhalt nicht praktiziert werden; denn die baulichen Voraussetzungen sind dafür nicht vorhanden. Das Objekt Kirchtor 20 in Halle, in unmittelbarer Nachbarschaft zur JVA, wurde meines Wissens vor drei Jahren vom Land gekauft. Es sollte unter dem Aspekt saniert werden, den offenen Vollzug für Frauen zu installieren. Zehn Freigängerplätze könnten geschaffen werden; das heißt, das Haus wäre möglicherweise auch ausgelastet.

Die schlechte Haushaltslage ließ jedoch bislang eine Sanierung des Objektes Kirchtor 20 nicht zu. Die Kosten für die Instandsetzung, die nötig wären, sind inzwischen durch den stetigen Verfall des Hauses auf ein Mehrfaches gestiegen. Wären vor drei Jahren noch ca. 500 000 DM für die Sanierung notwendig gewesen, beläuft sich heute die Sanierungssumme auf geschätzte 2 Millionen DM - Tendenz steigend.

Den Widrigkeiten zum Trotz darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Angestellten der Justizvollzugsanstalten, in denen verurteilte Frauen untergebracht sind, sich bemühen, aus den Gegebenheiten des geschlossenen Vollzugs das Optimalere für ihre Klientel im Sinne des Resozialisierungsanspruches herauszuholen. Eine Reformierung des Frauenvollzugs sollte dennoch schnellstens unter Ausreizen aller Möglichkeiten erfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Anteil der weiblichen Gefangenen beläuft sich, gemessen an der Bevölkerungszahl, in Sachsen-Anhalt lediglich auf 0,02 %. Meines Wissens sind 56 Inhaftierte Mütter.

Wegen der relativ geringen Anzahl der weiblichen Gefangenen sind sämtliche Haftarten unter einem Dach zusammengefasst, von der Erziehungshaft über die Ersatzfreiheitsstrafe bis hin zu einer lebenslangen Haftstrafe. Gefordert werden sollte die Trennung der einzelnen Haftbereiche, um bessere Vollzugsbedingungen schaffen zu können. Zum Beispiel müsste es ermöglicht werden, dass jene, die eine Ersatzfreiheitsstrafe oder Erziehungshaft verbüßen, nicht unter den verschärften Sicherheitsvorkehrungen zu leiden haben, die den Langzeitinhaftierten auferlegt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die schulische und berufliche Aus- und Fortbildung dar. Altersbedingt sollten besonders jugendliche Insassinnen davon profitieren.

Das Angebot an Aus- und Fortbildung für Mädchen und Frauen ist mit dem Angebot im männlichen Vollzug in der Regel nicht vergleichbar. Mir ist bekannt, dass es schwierig ist, koedukative Aus- und Fortbildungsmaßnahmen an die Frau bzw. an das Mädchen zu bringen. Auch wenn sich viele Insassinnen darüber im Klaren sind, dass eine Ausbildung unter dem Gesichtspunkt wichtig ist, nach der Haftzeit in der Gesellschaft besser Fuß fassen zu können, werden angebotene gemeinsame Maßnahmen mit männlichen Inhaftierten bis jetzt abgelehnt.

Sicher ist dies unter anderem der Tatsache geschuldet, dass viele weibliche Gefangene ein ausgesprochen schlechtes Männerbild haben, den Mann zum Beispiel als Schläger, Freier, Zuhälter oder Vergewaltiger erleben mussten und/oder bereits in der Kindheit Gewalt am eigenen Leib erlebt haben. Alte Ängste kommen in der Gesellschaft von Männern wieder auf. Andere Inhaftierte haben ein so unterentwickeltes Selbstwertgefühl, dass

sie sich scheuen, sich in der Männerwelt zu bewegen. Aufgrund ihrer deutlichen zahlenmäßigen Überlegenheit wird die Welt in der Anstalt zwangsläufig als Männerwelt wahrgenommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! In der Berichterstattung sind aufgeworfene Fragen nach der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Mutter- und Kindstationen aufgelistet. Erfahrungen aus praktizierenden Anstalten - das generell nur im offenen Vollzug - stellen diese trotzdem wieder infrage. Für Kinder, die dem Säuglingsalter entwachsen sind, stellt die gemeinsame Inhaftierung eine seelische Belastung dar. Helga Einsiedel spricht in ihrem Buch „Mütter und Kinder im Gefängnis“ davon, dass eine Inhaftierung ein in seiner Bedeutung kaum zu unterschätzendes Erlebnis der Verunsicherung ist und oft für ein ganzes Leben anhält. Das dürfte übrigens nicht nur für die Kinder, sondern für die Mütter gleichermaßen zutreffen.

Es stellt sich die Frage, ob die Entfremdung und Entwurzelung durch die Trennung von ihren Müttern bei den Kindern weniger Spuren hinterlässt als die Inhaftierung. Zum Teil werden Kinder im Vollzug als Druckmittel von anderen Gefangenen missbraucht. Sollte schlussfolgernd eine Einzelfallprüfung nicht stärker darauf ausgerichtet sein, dass von Haftvermeidungsformen Gebrauch gemacht wird? Handlungsspielräume dazu sind in Sachsen-Anhalt vorhanden und werden zum Teil auch genutzt.

Wenn die PDS-Fraktion im vorliegenden Antrag auf Besonderheiten einzugehen wünscht, dann sollten das nicht nur die äußeren Bedingungen sein. Ich kann mir gut vorstellen, dass auch körperliche Auffälligkeiten, wie Migräne, Magenbeschwerden und dergleichen, bei weiblichen Inhaftierten stärker ausgeprägt sein könnten als bei Männern. Des Weiteren denke ich, dass diese Beschwerden vorrangig psychosomatischer Natur sind und mittels psychologischer und sozialtherapeutischer Maßnahmen wirkungsvoller zu beheben sind als medikamentös. Um Auskunft zu diesen Fassetten bitten wir ebenfalls.

Öffentlich wird das Problemfeld „Frauenstrafvollzug“ nur bedingt bis gar nicht wahrgenommen. Lassen wir nicht zu, dass Frauen im politischen Alltag weiterhin als eine von vielen Randgruppen behandelt werden. Tragen wir als Parlamentarier dazu bei, dass inhaftierte Frauen aus der Tabuzone, in der sie sowohl in der Gesellschaft als auch in der politischen Wahrnehmung leben, herausgeholt werden.

Ich darf mich bei der CDU-Fraktion für den Änderungsantrag bedanken. Ich würde ihn gerne übernehmen und ihn nahtlos an den PDS-Antrag anschließen lassen. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der PDS-Fraktion.

Des Weiteren möchte ich, dass die Berichterstattung lediglich im Ausschuss für Recht und Verfassung vorgenommen wird. Ich halte es für ausreichend, wenn die genannten anderen Ausschüsse hierzu eingeladen würden. Bei einer Berichterstattung in vielen Ausschüssen wären, glaube ich, das Justizministerium und auch die Damen und Herren Abgeordneten in gewisser Weise überfordert. Wenn die entsprechenden Ausschüsse zu der Berichterstattung im Ausschuss für Recht und Verfassungsfragen eingeladen werden, steht es jedem Abgeordneten frei, hieran teilzunehmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Frau Kollegin, für die Einbringung. - Meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion in folgender Reihenfolge vereinbart worden: CDU, DVU, SPD, FDVP, PDS. Es beginnt für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Herr Kuntze.

Herr Kuntze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Einführung von Frau Knöfler bringt mich auf den Gedanken - ich muss auch irgendwie auf das Tucholsky-Zitat eingehen -, an die Adresse der PDS zu sagen: Vielleicht hätte Frau Hein genau dieses tun sollen, bevor sie sich dazu äußert, ob die DDR ein Unrechtsstaat ist oder nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDVP - Zustimmung von Herrn Kannegießer, DVU)

Doch nun zu dem vorliegenden Antrag. Dem Antrag ist eine ganze Reihe von Kleinen Anfragen, die Frau Knöfler und Frau Ferchland gestellt haben und die etwa in die gleiche Richtung gingen, vorausgegangen. An sich ist der Antrag kein Antrag, sondern eher eine Art Große Anfrage. Aber das Anliegen, das Sie damit verknüpfen, wird von uns unterstützt; das sage ich gleich vorab. Deshalb haben wir dazu einen Änderungsantrag vorgelegt.

Ich möchte nicht auf alle Einzelheiten eingehen, sondern möchte das, da hier nicht nur Fachleute aus dem Justizbereich sitzen, einmal von einer anderen Seite beleuchten und mich dabei auf den Punkt „Frauen mit Kindern“ beschränken.

Auch der Freiheitsentzug bei Männern ist ein gravierender Einschnitt. Wenn man sich überlegt, dass damit auch Väter ihren Kinder entzogen werden, wird die Problematik deutlich. Aber sicherlich werden mir alle zustimmen, wenn ich sage, dass es ein ungleich schwererer Eingriff ist, wenn Kindern - vielleicht sogar sehr kleinen Kindern - die Mutter für längere Zeit entzogen wird.

Dem hat der Gesetzgeber Rechnung zu tragen versucht. Das Strafvollzugsgesetz regelt unter dem Stichwort „Besondere Vorschriften für den Frauenstrafvollzug“ in den §§ 76 bis 80 einige der damit verbundenen Fragen. Aber wenn man sich die gesetzestypisch dünnen Worte des § 80 einmal anschaut, dann wird einem eigentlich klar: Die Probleme liegen nicht im juristischen Bereich, sondern im menschlichen Bereich. Die Gesetzgebung stößt automatisch auf Grenzen, wenn sie zu regeln versucht, unter welchen Umständen Kinder mit im Gefängnis untergebracht werden können oder warum das nicht geht, was das Jugendamt und dergleichen alles macht. Dieses eine Beispiel zeigt die Sensibilität des gesamten Themas.

Ich war etwas verwundert darüber, Frau Knöfler, dass Sie die Vielzahl der zu beteiligenden Ausschüsse in gewisser Weise wieder eingeschränkt haben. Aber Ihre Begründung ist nachvollziehbar. Deswegen werden wir dem nicht widersprechen. Allerdings bin ich davon ausgegangen, dass allein aufgrund der Vielzahl von Ausschüssen, die damit konfrontiert würden, eine etwas größere Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt würde; denn es ist in der Tat wert, sich diesen Fragen zu stellen bzw. sie zu untersuchen. Deshalb machen wir mit. Ich gehe davon aus, dass die von uns vorgeschlagene zehnte Frage bei den anderen Fraktionen nicht auf

Widerspruch stoßen wird. In dem Sinne tragen wir den Antrag mit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Die DVU-Fraktion hat auf einen Redebeitrag verzichtet. Bleibt es dabei? - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Jüngling.

Herr Jüngling (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Intention und dem Inhalt des Antrages der PDS sowie dem Änderungsantrag der CDU sind wir in vollem Umfang einverstanden. Auch wir sind der Auffassung, dass das Thema im Ausschuss behandelt werden sollte. Eine Kleine Anfrage würde der Problematik und der Bedeutung dieses Themas sicherlich nicht gerecht.

Wenn auch die Zahl der weiblichen Inhaftierten in den Justizvollzugsanstalten und in der Jugendanstalt in Sachsen-Anhalt relativ gering erscheint, warne ich doch davor, die Zahl zu verharmlosen oder sogar zu negieren. Wir alle haben die gesellschaftliche Verpflichtung, uns um jedes einzelne, oft schwere Schicksal intensiv zu kümmern und den resozialisierungsfähigen weiblichen Inhaftierten jede machbare Chance einzuräumen, ihr Leben wieder in Freiheit führen zu können. Insofern begrüßen wir die Anträge und stimmen der Überweisung in den Ausschuss für Recht und Verfassung zu.

Weitere Diskussionspunkte über die in den Anträgen genannten hinaus mögen sich aus dem Fachvortrag der Landesregierung im Ausschuss ergeben. Ich bin auch der Meinung, dass wir es so halten können, Herr Kollege Kuntze, wie es vorgetragen worden ist. Die Mitglieder der Ausschüsse für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport, für Arbeit und Soziales sowie für Finanzen werden eingeladen. Das Interesse, an der Berichterstattung teilzunehmen, wird sicherlich groß sein.

Zur Klarstellung vielleicht noch Folgendes: Unter dem in dem Antrag verwendeten Begriff „zeitnah“ verstehen wir - das bitte ich als freundlichen Hinweis an die Landesregierung aufzunehmen - eine Berichterstattung in der Ausschusssitzung am 18. Oktober oder, wenn es nicht möglich ist, spätestens in der Ausschusssitzung am 22. November.

(Zustimmung bei der SPD und von Frau Fischer, Merseburg, CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Weich.

Herr Weich (FDVP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich sollte der Antrag der PDS ursprünglich in Form einer Kleinen Anfrage eingebracht werden. Genau so ist Ihr Antrag formuliert. Entweder handelt es sich hierbei um einen Irrtum Ihrerseits oder Ihnen war der Umfang der Tagesordnung nicht umfangreich genug. Wer keine Arbeit hat, der macht sich welche.

Der FDVP-Fraktion wird immer wieder vorgeworfen, sie würde beispielsweise durch Kleine Anfragen die Arbeit der Landesregierung lahm legen. Meine Damen und Herren! Eine so umfangreiche Berichterstattung, wie Sie sie hier fordern, hat genau denselben Effekt. Einem

jüngsten Zeitungsbericht zufolge hat die Landesregierung ihr Berichterstattungsvolumen aus finanziellen und inhaltlichen Erwägungen gekürzt, aber sicherlich nicht, um sich mit neuen Berichterstattungen wieder zuschütten zu lassen.

Nun kann man über den Sinn und den Zweck von Berichterstattungen durchaus geteilter Meinung sein. Man braucht aber dem Frauenvollzug nicht mehr Beachtung zukommen zu lassen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist, zumal die Anzahl der Häftlinge im Frauenvollzug in Sachsen-Anhalt nicht so groß ist wie im Männervollzug.

Das Ganze hat wieder diesen fadenscheinigen Beigeschmack der übertriebenen Gleichberechtigung und Frauenförderung. Vor dem Gesetz sind alle gleich, so heißt es. Somit sind sowohl männliche als auch weibliche Inhaftierte so zu behandeln. Alles andere widerspricht dem Gleichheitsprinzip. Privilegien sollten hier nicht verteilt werden.

Sie ziehen in der Begründung Ihres Antrages nur vorläufige Schlüsse. Es bleibt erst einmal der Bericht - er wird Ihnen gegeben, dessen sind wir uns sicher - abzuwarten. Erst wenn die Ergebnisse vorliegen, ist eine Entscheidung darüber zu treffen, ob überhaupt Handlungsbedarf in Form von Anträgen besteht.

Um es Ihnen noch einmal zu verdeutlichen, die richtige Reihenfolge wäre, derartige Fragen in Form einer Kleinen Anfrage einzureichen und in deren Ergebnis den einen oder anderen Antrag zu stellen. Das Thema ist sicherlich interessant, aber eine Debatte zu einer als Antrag formulierten Kleinen Anfrage zu führen, geht unseres Erachtens ein wenig zu weit. In dieser Landtagssitzung gibt es eine Vielzahl von PDS-Anträgen, die eigentlich nur Kleine Anfragen sind.

Man kann nicht nur die Landesregierung mit zusätzlichen Berichterstattungen arbeitsunfähig machen. Aufgrund dieses Antrages wird das Plenum mit in die Diskussion einbezogen, obwohl es wichtigere Themen gibt. Hiergegen sollte etwas unternommen werden.

(Herr Prof. Dr. Trepte, PDS, lacht)

Sicher wäre es interessanter, über die von Ihnen gebauten Frauengefängnisse einen Bericht zu bekommen; denn die Frauen in DDR-Gefängnissen waren jeder Art von Folter ausgeliefert. Die FDVP-Fraktion lehnt den Antrag der blutbesudelten PDS-Fraktion ab.

(Beifall bei der FDVP - Oh! bei der CDU - Zurufe von der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege Weich, ich werde nicht zulassen, dass eine solche Wortwahl bezogen auf irgendeine Fraktion in diesem Landtag geäußert wird.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Deswegen bitte ich Sie darum, etwas sorgfältiger mit Ihrer Wortwahl umzugehen. - Für die PDS-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Frau Knöfler das Wort.

Frau Knöfler (PDS):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fasse es kurz zusammen. Die Herren Abgeordneten der demokratischen Parteien nehmen sich dieses Themas an. Ich gehe davon aus, dass das Hohe Haus das auch tut.

Herr Weich, die Lehrstunde über Kleine Anfragen war ein Stück weit daneben. Es geht um ein spezifisches Problem von Menschen, die hinter Gittern sitzen. Ein Blick in die Kriminalstatistik hätte Ihnen gezeigt, dass wir keine Haftanstalten für Frauen in größerer Anzahl brauchen, sondern dass es weniger Kriminalität bei Frauen gibt. Das hätte sicherlich etwas zur Bereicherung der Debatte beigetragen.

Ich möchte einfach nur sagen, dass wir uns auf die Berichterstattung der Ministerin freuen. Wir sind auf einige Aussagen gespannt. Es wird ein erster Schritt sein, um sich dieses Themas anzunehmen. Lassen Sie uns über die Legislaturperiode hinaus uns dieses Themas annehmen und lassen Sie uns noch einmal dafür werben, dass der offene Vollzug für Frauen in Sachsen-Anhalt in naher Zukunft eben eine Möglichkeit sein wird, aufgrund derer Frauen eine Chance haben, eine ordentliche Resozialisierung zu erhalten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Herrn Jüngling, SPD, und von Herrn Tögel, SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Abschließend hat für die Landesregierung Ministerin Frau Schubert um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Schubert.

Frau Schubert, Ministerin der Justiz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Anteil der inhaftierten Frauen liegt in Sachsen-Anhalt, gemessen an der Gesamtbelegung aller Inhaftierten, bei ca. 3 %. In absoluten Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies, dass zurzeit ca. 2 400 Männer und knapp 80 Frauen in den Justizvollzugsanstalten und in der Jugendanstalt des Landes Sachsen-Anhalt einsitzen. Das Land Sachsen-Anhalt liegt damit im Bundesdurchschnitt.

Das Zahlenverhältnis zwischen inhaftierten Männern und inhaftierten Frauen ist bundesweit vergleichbar und liegt etwa zwischen 3 und 5 %. Es sind in manchen Ländern deswegen 5 %, weil sie im Haftverbund die inhaftierten Frauen eines anderen Landes mit bei sich beherbergen.

Die Gründe, die für die geringe Anzahl der inhaftierten Frauen angeführt werden, sind mannigfaltig, letztendlich jedoch nicht zufriedenstellend. Es gibt derzeit immer noch keine eindeutige Erklärung für dieses Phänomen.

Trotz der relativ wenigen Frauen kommt dem Frauenvollzug wegen seiner spezifischen Problematik eine erhebliche Bedeutung zu. Viele der Frauen sind geprägt von Abhängigkeit, sei es eine Abhängigkeit von Alkohol, von Tabletten oder - das wird in den nächsten Jahren immer häufiger auf uns zukommen - von illegalen Drogen. Es besteht aber auch die Möglichkeit der Abhängigkeit von einer Beziehung.

Die Biografie vieler inhaftierter Frauen ist darüber hinaus gekennzeichnet von Unterdrückung, häufig auch sexueller Unterdrückung. Dementsprechend müssen die Betreuungs- und Behandlungsmaßnahmen auf die besonderen Bedürfnisse im Frauenvollzug zugeschnitten sein.

Es kommt darauf an, dass das Selbstbewusstsein und das Selbstvertrauen der Frauen gestärkt wird, um ihnen ein Leben ohne negative Abhängigkeiten und ohne Straftaten zu ermöglichen. Dem individuellen Gespräch mit Fachdiensten ist dabei ein größerer Raum als im Männervollzug einzuräumen.

Die geringe Anzahl der inhaftierten Frauen bringt in praktischer Hinsicht aber weitere Probleme mit sich. Anzusprechen ist hierbei die häufig mangelhafte Möglichkeit der strengen Differenzierung. Alle Vollzugsarten befinden sich im Frauenvollzug nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in allen Bundesländern unter einem Dach. Die Grundsätze der Trennung zwischen Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen, zwischen Erwachsenen und Jugendlichen lassen sich nur schwer einhalten.

Zu berücksichtigen sind aber auch die Schwierigkeiten im Bereich der schulischen und der beruflichen Aus- und Fortbildung. Ein differenziertes Angebot kann für so wenige Personen nicht oder nur kaum unterbreitet werden, da für die Einrichtung entsprechender Kurse und Ausbildungen kaum ausreichend geeignete weibliche Gefangene vorhanden sind.

In Sachsen-Anhalt soll daher der Weg beschritten werden, die weiblichen Gefangenen in die schulischen und beruflichen Ausbildungsmaßnahmen im Jugendvollzug und im Männervollzug zu integrieren.

Zu bedenken ist darüber hinaus aber auch, dass Frauen wegen ihrer besonderen, oftmals negativen Lebenserfahrungen individuell abgestimmten personalintensiven Behandlungsmaßnahmen unterzogen werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Problematik von inhaftierten Müttern mit Kleinkindern noch einmal hinweisen. Das ist schon von vielen Fraktionen angesprochen worden. Das ist eine Problematik, die nicht nur den Justizvollzug allein etwas angeht, sondern von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist.

Ich möchte davon Abstand nehmen, heute auf die in dem Antrag gestellten Fragen bereits näher einzugehen. Das würde den Zeitplan des Hohen Hauses sprengen. Ich bin aber gerne bereit, im Ausschuss für Recht und Verfassung zu dem Thema zu berichten.

Ich finde es sehr sachdienlich, dass nur in diesem Ausschuss unter Beteiligung der anderen Ausschüsse zu berichten ist, weil es sich hierbei wirklich um ein umfassendes Thema handelt, für das man sich Zeit nehmen sollte.

Wenn in allen Ausschüssen umfangreich durch das Justizministerium berichtet werden müsste, dann würde die dringend anderweitig erforderliche Arbeitskraft des Justizministeriums dort gebunden. Überfordert würde das Justizministerium dadurch nicht, ich denke aber, es hat noch mehr Aufgaben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Frau Ministerin. - Da die Landesregierung gesprochen hat, frage ich jetzt, ob noch jemand das Wort ergreifen möchte. Die Diskussion ist wieder offen. - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Bevor wir zur Abstimmung über den Antrag kommen, begrüße ich in diesem Hause Damen und Herren der Salo & Partner Magdeburg und heiße sie herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Da die PDS-Fraktion deutlich gemacht hat, dass sie den Änderungsantrag der CDU-Fraktion als Ergänzung der in ihrem Antrag enthaltenen

neun Punkte um einen zehnten Punkt übernehmen würde, erübrigt sich eine gesonderte Abstimmung über den Änderungsantrag. Der Antrag wird von der PDS-Fraktion selbst dahin gehend geändert, dass die Landesregierung zeitnah nur im Ausschuss für Recht und Verfassung zu berichten hat. Wie der Ausschuss für Recht und Verfassung mit weiteren Einladungen umgeht, ist dann seine Entscheidung. Wie das ausfallen wird, wurde hier deutlich gemacht. Aber im Antrag müssen wir das ganz eindeutig entsprechend formulieren. Ist es jetzt verstanden worden? - Gut.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag in der soeben genannten Fassung abstimmen. Wer der Drs. 3/4673 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist dem Antrag gefolgt worden. Wir haben den Tagesordnungspunkt 33 absolviert.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 34** auf:

Beratung

Umzug des Umweltbundesamtes nach Dessau

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4676**

Der Antrag wird von der Abgeordneten Frau Schnirch eingebracht. Bitte schön.

Frau Schnirch (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 27. Mai 1992 hat die unabhängige Föderalismuskommission von Deutschem Bundestag und Bundesrat eine Reihe von Vorschlägen für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder beschlossen. Zehn Jahre nach der Wiederherstellung der Deutschen Einheit sollten diese Beschlüsse inzwischen umgesetzt sein. Aber es ist eine unendliche Geschichte, denn so ist es nicht.

Der Bau des Dienstgebäudes des Umweltbundesamtes für 800 Mitarbeiter in der Stadt Dessau soll nach neuesten Angaben nun erst im Dezember 2004 beendet sein. Das Ringen um den Umzug des Umweltbundesamtes zwischen der Stadt und dem Bund ist in vollem Gange. Der Termin für die Grundsteinlegung wird seit 1998 ständig verschoben. Immer wieder kommt es mit fadenscheinigen Begründungen zu weiteren Verzögerungen und das Anliegen der alten Bundesregierung nach Schaffung von Umweltkompetenz und Arbeitsplätzen in unserer Region rückt in immer weitere Ferne.

Noch 1995 wurde der Stadt Dessau zugesagt, dass die Arbeit des UBA mit einem arbeitsfähigen Teil von Mitarbeitern in Dessau im Jahr 2000 aufgenommen werden wird. Dies geschah nur, indem ein Aufbaustab eingerichtet wurde. Dabei blieb es bis jetzt.

Für den Umzug einschließlich Neubau wies der Bund in seinen Haushalten 1997 3 Millionen DM, 1998 30 Millionen DM und 1999 40 Millionen DM aus, bis dahin also 73 Millionen DM von insgesamt 134 Millionen DM für den Umzug einschließlich des Neubaus des Dienstgebäudes.

Doch nach der mehrfachen Ankündigung des an sich gesetzlich beschlossenen Umzugs nach Dessau ist seit vielen Jahren nicht mehr passiert als der Kauf des Ge-

ländes und die Renovierung des Wörlitzer Bahnhofs als Verwaltungsgebäude für den Aufbaustab. Die Renovierung ist prächtig gelungen, die Landesregierung wurde ruhig gestellt und seither ist nichts passiert. Inzwischen ist der Bahnhof mehr ein Denkmal für die Unentschlossenheit der Regierungen in Berlin und Magdeburg.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Wolf, FDVP)

Am 11. Januar 2000 wurde auf die Kleine Anfrage des Mitglieds des Bundestages Frau Ehlert, PDS, in Bezug auf den Umzugstermin für das UBA im Jahr 2003 bestätigt, dass dieser Termin eingehalten wird. Im Mai 2000 sagte das Bundesumweltministerium auf Anfrage des Dessauer CDU-Kreisvorstandes schriftlich zu, mit dem Neubau des Dienstgebäudes definitiv im Mai 2001 beginnen zu wollen und diesen Bau voraussichtlich bis Ende 2003 abzuschließen. Aber nicht im Jahr 2003 sollte der Bau fertig sein, sondern schon im Expo-Jahr 2000.

Dann - ich bitte Sie, ganz genau hinzuhören - wurde am 12. April 2001 den Bundestagsabgeordneten um Herrn Nooke, CDU, auf eine Kleine Anfrage vom März 2001 die Antwort zugeleitet: Mit dem Bau des Dienstgebäudes wird planmäßig im Jahr 2001 begonnen und dieses Gebäude wird voraussichtlich 2003 bezugsfertig.

Im Mai 2001 war wieder nichts passiert. Am 19. Juni 2001 habe ich in einem Artikel der „MZ“ mit Verwunderung gelesen, dass es zu einer weiteren Verzögerung für den Umzug der Bundesbehörde bis Oktober 2004 kommen wird. Es sollen 4 km Rohre für das Erdwärmehaustauschsystem fehlen. Das wird nach mehrjähriger Planung bekannt - ein schlechter Witz auf Kosten der Stadt und ihrer Bürger.

(Herr Dr. Daehre, CDU: So ist es!)

Diese Aussage hätte ich wahrscheinlich zurzeit des organisierten Mangels in der DDR akzeptiert, nicht aber in einem wirtschaftsstarken Land nach mehrjähriger Planung und zehn Jahre nach der Wende.

(Zustimmung bei der CDU)

Hier riecht es nach schusseliger Planung oder bewusster Verzögerung des Umzugs dieser Behörde.

Der Ministerpräsident unseres Landes hat im Oktober 2000 noch die Schlüsselübergabe für den Bahnhof als wichtigen Impuls für Dessau bezeichnet.

(Herr Dr. Daehre, CDU, lacht)

Aber von einem Impuls ist nichts zu spüren. Viele Bürger der Stadt - und auch ich - hegen inzwischen Zweifel an dem Willen der Bundesregierung, das UBA, wie gesetzlich vorgesehen, zügig nach Dessau zu verlagern.

Auf einer heute in Dessau stattfindenden Pressekonferenz - der Zettel ist mir gerade hereingereicht worden - hat der UBA-Präsident Andreas Troge Folgendes mitgeteilt: Er nannte problematische Abstimmungsverfahren zwischen Behörden und Institutionen sowie lange Genehmigungswege als Grund für die Verzögerung.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Hört, hört! - Herr Scharf, CDU: Das geht ganz schnell bei uns!)

Das Umweltbundesamt muss Chefsache von Bund und Land sein. Jede Verzögerung schadet der Region und verzögert die Schaffung von dringend benötigten Arbeitsplätzen. Der Umzug des Bundesumweltamtes sollte

ein Signal sein, doch der Umzug - ich habe hier noch Oktober 2004 stehen, in der Tickermeldung heißt es aber, dass es erst Dezember 2004 sein solle -

(Herr Dr. Daehre, CDU: Zu Weihnachten!)

rückt in weite Ferne. Auf diesen Termin konnte sich der Leiter des Aufbaustabes noch nicht einmal verbindlich festlegen.

(Herr Dr. Daehre, CDU, lacht)

In den Ausführungsplanungen für den 134 Millionen DM teuren Neubau gab es in der Vergangenheit immer wieder neue Probleme. Obwohl die Geschäftsstelle in Dessau seit 1996 existiert, ist keine Präsenz in Dessau zu spüren. Ich appelliere an die Landesregierung, alle Schritte zu unternehmen, die einem schnellstmöglichen Umzug des UBA nach Dessau dienlich sind. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Wolf, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke für die Einbringung. - Meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion in der Reihenfolge PDS, FDVP, SPD, DVU und CDU vereinbart worden. Als Erstem erteile ich jedoch für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Heyer das Wort.

Herr Dr. Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Danke schön, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag auf den Tisch bekam, liebe Frau Kollegin Schnirch, dachte ich zuerst: Was will sie denn eigentlich? - Jetzt, nach Ihrer Rede, ist mir das klar geworden. Sie wollten uns die einfache, aber falsche Botschaft mitteilen, zu Zeiten der von Ihrer Partei gestellten Bundesregierung sei das alles schnell gegangen und jetzt gehe das alles langsam.

(Frau Schnirch, CDU: Nein, das wollte ich nicht!)

Da haben Sie ein bisschen was vergessen. Da haben Sie vor allen Dingen die monate-, ja geradezu jahrelange Diskussion über den Streit zwischen der damaligen Umweltministerin, die in Ihrer Partei jetzt auch noch Funktionen hat, und Ihrem damaligen Finanzminister darüber vergessen, wo denn der Standort sein soll. Ich könnte Ihnen ein paar Dinge nennen. Die monatelange Diskussion, mindestens monatelange Diskussion darüber, ob das Amt

(Zuruf von Frau Schnirch, CDU)

- jetzt wollen wir einmal fragen, weshalb die Sache verzögert worden ist - nach draußen oder in ein Kasernenviertel kommen sollte - -

(Frau Stange, CDU: Sieben Jahre!)

- Wissen Sie das überhaupt, oder warum reden Sie jetzt?

(Herr Dr. Daehre, CDU: Anfang der 90er-Jahre! Das kann doch nicht wahr sein! Mein lieber Mann! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich frage jetzt nur mal. Ich darf Sie bitten - -

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Ich habe dem Herrn Minister das Wort erteilt. Er soll auch reden dürfen.

(Herr Scharf, CDU: Aber zur Sache! Er sagt doch nichts!)

Herr Dr. Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Danke, Frau Präsidentin. - Wir haben Frau Schnirch auch nicht unterbrochen, als sie den Eindruck erwecken wollte, die Fehler lägen ausschließlich bei der jetzigen Bundesregierung.

Es hat monatelang gedauert und es hat nicht nur einiger Überredungskünste bedurft, um das Amt überhaupt dorthin zu bekommen, wo es nun gebaut wird.

Worauf sind die Verzögerungen zurückzuführen? Ich habe gestern und eben noch einmal mit dem Präsidenten Herrn Troge telefoniert. Das Problem ist, dass das Umweltministerium und das Bauministerium wollen, dass da gebaut wird, dass aber nicht nur vorbildlich ökologisch gebaut wird, sondern dass auch nachbaubar gebaut wird. Aus diesem Grunde haben sich die Diskussionen zwischen den Häusern hingezogen. Deshalb ist es in der Tat zu einem Jahr Verzögerung gekommen.

Man muss dabei abwägen, ob sie einfach und schnell bauen sollen oder ob sie diese Prozesse, das nachbaubare Bauen zu machen - -

(Zuruf von der CDU)

- Wischen Sie das nicht vom Tisch. Ich weiß nicht, ist Herr Troge eigentlich Präsident des Umweltbundesamtes? - Die Frage ist, ob man das nachbaubare Bauen probieren soll, etwas, das von der Wirtschaft und von den öffentlichen Händen im Bund und in den Ländern nachgemacht werden kann. Das ist der Punkt. Wenn das so ist, dann wird das natürlich, weil es gelegentlich auch teurer wird, sehr genau abgewogen. Darum müssen sich die Verwaltungen kümmern.

Herr Troge hat mir gesagt, der Bundesumweltminister - ich weiß es vom Bundesbauminister - und er selbst hätten den festen Willen, so schnell wie möglich nach Dessau zu gehen. Es gibt auch keine Verzögerungstaktik, weil angeblich bestimmte Leute aus Berlin nicht nach Dessau wollen. Das war einmal. Das ist abgeschlossen. Es gibt den festen Willen, den Umzug durchzuführen.

Wir beide haben vereinbart, dass wir uns, wenn die Voruntersuchungen für die Auftragsvergabe abgeschlossen sind, zusammensetzen und mit dem staatlichen Hochbauamt, das dafür zuständig sein wird, prüfen, ob man nicht früher anfangen kann. Wir haben jetzt die Schwierigkeit - sie hört mir nicht zu, unterhält sich mit anderen -, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir ein paar Dinge in den Boden legen müssten. Das könnten sie im Winter schon tun. Das könnten sie zeitlich tun, aber es ist technisch nicht möglich.

Wir wissen von der Straßenbauverwaltung, dass die Winter manchmal hart und manchmal warm sind. Aber gelegentlich können wir bauen. Vielleicht können wir durch eine vernünftige und sachgerechte Verabredung dazu kommen, dass wir die Durchführung des Baus etwas beschleunigen, um zu einem schnellen Baubeginn zu kommen.

Ich habe den Eindruck, dass der Präsident Herr Troge hinter dem steht, was er mir gesagt hat. Er möchte das so schnell wie möglich machen. Wir sollten aus diesem Grunde darauf verzichten, einen parteipolitischen Streit darüber zu entfachen, wer schneller und wer langsamer ist bzw. an wem es liegt, dass etwas Gutes und Gewolltes manchmal länger dauert. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Minister. - Für die PDS-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Hoffmann.

Herr Hoffmann (Dessau) (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eine lange, aber hoffentlich nicht unendliche Geschichte - der Umzug des Umweltbundesamtes von Berlin nach Dessau. Erst wollten die Mitarbeiter auf keinen Fall nach Dessau in die Provinz, dann wieder kam es aus technischen Gründen zu Verzögerungen.

Im Antrag der CDU-Fraktion und in der Einbringungsrede der Kollegin Schnirch wurde ein kurzer Abriss der einzelnen Etappen gegeben.

Ganz unbestritten wird das neue Umweltbundesamt ein Projekt mit modellhaftem Charakter, mit all den Schwierigkeiten, die daraus resultieren. Um mir selbst ein Bild davon machen zu können, habe ich persönlich Gespräche mit dem Vizepräsidenten des UBA, Herrn Dr. Schmidt, mit dem Geschäftsführer des Aufbaustabes, Herrn Schawinski und mit dem Schwerbehindertenvertrauensmann und Mitglied der Personalvertretung Herrn Fischer-Scheik Ali geführt.

Durch ein gutes Personalmanagement im Umweltbundesamt, durch Gespräche zwischen der Stadtverwaltung in Dessau und der Personalvertretung ist zumindest der Widerstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen den Umzug minimiert worden. Ich selbst werde in der nächsten Zeit gemeinsam mit der Schwerbehindertenvertretung des UBA Gespräche mit den behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen.

Übrigens hat das Bundesumweltamt einen Behindertenanteil von ca. 13 %, also weitaus mehr als gesetzlich gefordert. Das UBA bringt damit für den gesamten Bereich des Bundesumweltministeriums die Behindertenquote. In diesem Bereich, der Beschäftigung von behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, soll das UBA auch nach seinem Umzug nach Dessau beispielgebend sein.

Das Gebäude ist vollständig barrierefrei konzipiert. Außerdem wird es Maßstäbe für ökologisches und kostengünstiges Bauen setzen. Ein Teil der umliegenden denkmalgeschützten Gebäude des so genannten Gasviertels wurden in das Umweltbundesamt einbezogen. Auch diese Gebäude werden aufgrund des Umbaus den Maßstäben der Ökologie und der Barrierefreiheit gerecht.

Das Umweltbundesamt wird nach seiner Fertigstellung weltweit beispielgebend sein und somit auch weltweit Gäste anziehen. Das Amt hat also auch eine große wirtschaftliche Bedeutung für Dessau und trägt dazu bei, das Image Dessaus nach außen zu verbessern. Gerade

deshalb können wir uns keine weiteren Verzögerungen leisten.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Dessauer Bevölkerung hat kein Verständnis mehr für die erneute Verschiebung des Fertigstellungstermins, auch wenn es für diese Verschiebung objektive Gründe gibt.

Es ist mitnichten so, dass der Umzug Bundessache ist und das Land damit nichts zu tun hat. Die Ansiedlung in Dessau hat natürlich auch positive Auswirkungen auf das Land Sachsen-Anhalt. Auch will sich das Land mit Fördermitteln an der barrierefreien Gestaltung des Objektes beteiligen.

Dazu habe ich gleich ein Anliegen an Sie, Frau Ministerin Kuppe. Heute Morgen bekam ich einen Anruf von Herrn Fischer-Scheik Ali, dem Behindertenvertrauensmann im UBA und dem Verantwortlichen für den Umzug bzw. die Umsetzung der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er teilte mir mit, dass heute der Fördermittelantrag an das Sozialministerium abgeschickt worden sei, und er bat mich, ich möchte mich dafür einsetzen, dass der Antrag schnell bearbeitet wird. - Frau Dr. Kuppe, bitte setzen Sie sich dafür ein, dass der Fördermittelbescheid so schnell wie möglich erteilt werden kann, weil auch davon der Maßnahmebeginn abhängt.

Aus all den vorgenannten Gründen wird die PDS-Fraktion dem Antrag der CDU zustimmen.

(Zustimmung bei der PDS und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die FDVP-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Wolf das Wort.

Herr Wolf (FDVP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Die einbringende Fraktion hat die Zusammenhänge dargelegt. An einer Wiederholung liegt uns nichts, wohl aber an der Feststellung, dass sie sich mit unseren Informationen weitgehend decken.

Deshalb in Kürze: Dessau hat eine Arbeitslosenquote von 21,6 %. Das ist zu hoch, um dieses Vorhaben einschlafen zu lassen. Wahr ist natürlich, dass sich zu 80 bis 90 % die Mitarbeiter aus der vorigen Behörde wiederfinden werden, sofern es tatsächlich zum Umzug kommt. Allenfalls entstehen einige Arbeitsplätze im Bereich einfacher Tätigkeiten. Aber es muss ja schließlich auch gebaut werden. Da kann die Landesregierung letztlich eine Auftragslage herbeiführen. Das ist immerhin schon mehr als gar nichts.

Dessau ist ein Schwerpunkt der Abwanderung in Richtung Westen. Die Einwohnerzahl tendiert in Richtung Kreisstadt. Der Antrag zum Umzug liegt neun Jahre zurück. Vormals begonnene Vorbereitungen werden sich möglicherweise als zwischenzeitlich überholt erweisen. Die Frage lautet: Geht es dann bei Null los?

Deutlich schlechte Signale begleiten den Vorgang. Einige leitende Beamte des Umweltbundesamtes haben ihre Grundstücke bereits wieder veräußert. Die Bautätigkeit des Bundes in den mitteldeutschen Ländern geht insgesamt zurück. Vor diesem Hintergrund gewinnt ge-

rade dieses Thema an Gewicht. Wir werden dem Antrag zustimmen. - Danke.

(Zustimmung von Frau Wiechmann, FDVP, und von Herrn Wiechmann, FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Sachse.

Herr Sachse (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Kollegin Schnirch, die größten Probleme grundsätzlicher Art - darüber sollten wir uns vielleicht verständigen - haben wir hinter uns. Ich ergänze: Eine derartige Polemik, mit der Sie sie hier vorgetragen haben, haben wir in dieser Angelegenheit aber nicht nötig.

(Widerspruch bei der CDU)

Das haben wir einfach nicht nötig.

(Zuruf von der CDU: Klar haben Sie es nötig!)

Ich teile mit Ihnen die Sorge um eine zeitnahe und konsequente Umsetzung der Beschlüsse der Föderalismus-Kommission.

(Zustimmung von Frau Schnirch, CDU)

Ich finde eine solche Haltung ehrenwert. Auch die SPD-Fraktion sieht mit Sorge, dass wir in einen gewissen Zeitverzug gekommen sind. Wir sind aber - das muss ich im Gegenzug sagen - den direkten Weg zum Umweltbundesamt gegangen. Wir halten eine Landtagsdebatte zu dieser Angelegenheit für überholt bzw. für zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zwingend erforderlich.

(Unruhe bei der CDU - Frau Schnirch, CDU: Also, das ist doch - -)

Wenn ich vorhin gesagt habe, dass wir die größten Probleme hinter uns haben, dann erinnere ich damit noch einmal an das Wort von Herrn Minister Heyer: Die endgültige Entscheidung ist erst im Jahre 1997 gefallen, nämlich als das Gasviertel als Standort festgezurr worden ist. Sie sollten mir zugestehen, dass ich weiß, wovon ich rede; denn wir haben uns damals sehr konsequent dafür eingesetzt, dass diese Entscheidung gefallen ist. Auch die damalige Umweltministerin Frau Häußler hatte einer sicheren Kostenübernahme zugestimmt, damit die Sanierung erst einmal auf den Weg gebracht werden konnte.

(Frau Schnirch, CDU: Das habe ich in meiner Rede gesagt!)

Das ist eine Leistung, die das Land erbracht hat, die auch heute noch von Herrn Professor Troge anerkannt und immer wieder hervorgehoben wird.

(Frau Stange, CDU: Das hat sie doch gesagt!)

Diese Dinge sollte man nicht verniedlichen. Wir haben diese Fragen, glaube ich, in der Vergangenheit ganz gut gelöst. Wir bedauern die teilweise auch von uns zwischenzeitlich nachvollziehbaren Verzögerungen. Wir sehen aber, wie gesagt, für die Landesregierung keine dringende Notwendigkeit,

(Oh! bei der CDU)

mit der Bundesregierung über die Hemmnisse im Detail zu sprechen. Sie haben die Hemmnisse in Ihrem Antrag auch nicht deutlich formuliert.

Sie verlieren kein Wort darüber, dass das Staatshochbauamt im Auftrag des Bundes tätig geworden ist und dass diese Tätigkeit vom Umweltbundesamt anerkannt wird. Dass sich der Nutzer, das UBA, spätestens seit 1996 ganz vehement für die Umsiedlung einsetzt

(Frau Schnirch, CDU: Seit 1996!)

und dabei richtigerweise modellhaft auf eine vorbildliche Ausführung drängt, haben Sie ebenfalls nicht deutlich gemacht. Auch wenn die Dessauer auf dieses bedeutende Verwaltungsgebäude warten, ist eine solche Lösung der anstehenden Probleme immer noch besser als eine schnelle Hauruck-Realisierung,

(Frau Schnirch, CDU: Das geht seit 1996, das ist keine Hauruck-Aktion!)

zumal ein ökologisch vorbildlicher Neubau weit über Dessau hinaus eine Signalwirkung haben wird.

Ich muss sagen, ein solches Bauvorhaben wie den geplanten Neubau des Verwaltungsgebäudes einschließlich des nachvollziehbaren Bauablaufs hat es noch nicht gegeben, zumindest nicht in den neuen Bundesländern. Das wird ein öffentlich nachvollziehbarer Bauablauf mit einem Höchstmaß an Transparenz. So etwas muss man erst einmal suchen. Wer so etwas umsetzen will, der wird in der heutigen Zeit eine Verschiebung von einem Jahr durchaus als akzeptabel ansehen.

(Frau Schnirch, CDU: Von einem Jahr ja, aber nicht von sechs Jahren!)

Dieses Vorhaben ist eine Herausforderung besonderer Art an Genehmigung und Realisierung. Wer auch nur ein wenig Ahnung vom Bauen hat, sollte das fairerweise akzeptieren. Auf unsere Zuständigkeit bezogen wird dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Dessau eine sehr gute Begleitung des Bundesvorhabens bescheinigt.

(Zuruf von Frau Schnirch, CDU)

Auf die Absicherung der sanierungsbedingten Standortkosten habe ich bereits hingewiesen. Die Förderung des behindertengerechten Bauens für das Gesamtprojekt ist von Herrn Hoffmann angesprochen worden. Auch diese Dinge werden wir konstruktiv begleiten.

(Zuruf von Frau Stange, CDU)

Es gibt einen weiteren Ansatz, was die äußeren Rahmenbedingungen betrifft. Das ist die verkehrliche Anbindung.

(Zuruf von Frau Schnirch, CDU)

Die verkehrliche Anbindung sollte in absehbarer Zeit noch einmal näher untersucht werden.

(Frau Schnirch, CDU: Ja!)

Gerade der Bereich Fläming, wo ein Ausbau der Strecke Dessau - Berlin wünschenswert ist, sollte untersucht werden. Diese Dinge sind aber in der laufenden Bearbeitung, sie werden konsequent im Einzelnen abgearbeitet und sollten nicht als Kritikpunkt im Zusammenhang mit diesem Antrag zur Diskussion stehen.

Die SPD-Fraktion hält aus den genannten Gründen eine Berichterstattung der Landesregierung zum Bauablauf

der Ansiedlung des UBA zum jetzigen Zeitpunkt und in der Dringlichkeit, wie Sie es hier vorgetragen haben, nicht für erforderlich.

(Zurufe von Frau Stange, CDU, und von Frau Schnirch, CDU)

Wir gehen davon aus, dass dies auf dem direkten Wege eher erreicht werden kann. Sie haben die heutige Presseinformation angeführt. In Dessau ist der Präsident des UBA gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau in dieser Angelegenheit wieder tätig. Das ist der direkte Weg. Die Landesregierung wird diesen Weg unterstützen. Wir werden deshalb den heutigen Antrag mit Enthaltung begleiten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das ist ja interessant!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Die DVU-Fraktion hat auf einen Redebeitrag verzichtet. Kollegin Schnirch, Sie haben noch einmal das Wort. - Herr Daehre? Den Rednerwechsel sollte man mir mitteilen.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst eine Entschuldigung, dass wir den Rednerwechsel vorgenommen haben. Das hat ganz einfach damit zu tun, dass ich dem Hohen Haus Folgendes in Erinnerung rufen möchte: In den Jahren 1991/92 gab es eine Riesenfreude quer durch alle Parteien, dass wir es gemeinsam geschafft haben, dass das Umweltbundesamt nach Dessau kommt. Meine Damen und Herren, das war der Ausgangspunkt.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kannegeßer, DVU)

Kollegen, die damals dabei waren, können sich sicherlich erinnern. Der Grund war eindeutig. Aufgrund der Schädigung der Chemieregion in Sachsen-Anhalt und anderer Kriterien ist die Entscheidung für Dessau so gefallen. Es gab viele Probleme. Auch die Standortfrage war nicht geklärt. Auch Wittenberg wollte das Umweltbundesamt haben. Das kennen wir alles. Wir waren froh darüber, dass wir uns dann für Dessau entschieden hatten.

Nichts anderes, meine Damen und Herren, beinhaltet der heutige Antrag. Das Haus soll damit daran erinnert werden, und zwar gemeinsam daran erinnert werden, dass wir dieses Umweltbundesamt nun endlich fertig gestellt haben wollen und dass wir darauf warten, dass es in Dessau weitergeht.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kannegeßer, DVU)

Meine Damen und Herren! Es muss doch erlaubt sein, dass sich ein Landtag mit diesem wichtigen Thema beschäftigt. Ich möchte keine Themen nennen, mit denen wir uns heute, gestern und in den letzten Tagen beschäftigt haben.

(Herr Sachse, SPD: Fair sollte man sein!)

- Herr Kollege Sachse, wenn das in diese Richtung geht, sind Sie nicht fair. - Unser Antrag sollte ein Appell sein, dass es nicht mehr hingenommen werden kann, dass

wir das Bauvorhaben Jahr für Jahr hinauszögern und nicht nach den Gründen dafür suchen.

(Herr Sachse, SPD: 1997 war die letzte Entscheidung und dann beginnt das!)

- Ja, ich weiß doch, dass Sie aus Dessau kommen. Ich verstehe, Herr Sachse, dass der Streit darin besteht, wer möglicherweise die Urheberrechte für die heutige Diskussion hat. Wenn wir uns darauf verständigen, dass wir es gemeinsam machen, dann haben wir keinen Verlierer und nur einen Gewinner, nämlich das Land Sachsen-Anhalt. Zu diesem Punkt sollte doch eine Konsensbereitschaft vorhanden sein.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Thema sollte nicht zum Wahlkampfthema erhoben werden. Dazu ist es viel zu wichtig.

(Herr Sachse, SPD: Richtig, darin stimme ich Ihnen zu!)

- Danke. - Eines möchte ich hier noch sagen, Herr Sachse: Ihr Redebeitrag und der Redebeitrag des Ministers wären völlig anderes gewesen, wenn wir diese Diskussion unter einer CDU-FDP-geführten Bundesregierung geführt hätten.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Dann hätten Sie sich heute hingestellt und gesagt: Das kann doch wohl nicht wahr sein. Das ist eine Katastrophe. Zehn Jahre sind vergangen und es ist immer noch nichts passiert.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Heyer)

- Doch, selbstverständlich. Herr Minister Heyer, ich muss eines sagen:

(Frau Stange, CDU: Seid doch mal ehrlich!)

Wenn Sie sich auf diese Veranstaltung heute vorbereitet hätten - ich weiß nicht, wer Ihnen die Rede geschrieben hat - und in den Protokollen der ersten vier Jahre nachgelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, wer dafür die Verantwortung getragen hat.

Ich sage es noch einmal: Das Entscheidende ist, dass wir es nicht hinnehmen können, dass gesagt wird, die Fertigstellung erfolgt im Jahr 2003 oder im Jahr 2004.

Die große Diskussion ist doch die, dass der Personalrat - mit dem habe ich damals schon gesprochen; ich weiß nicht, wer heute mit dem Personalrat spricht - keine richtige Lust hat, von Berlin nach Dessau zu ziehen. Das ist doch der Punkt. Ich unterstelle doch gar nicht, dass der eine oder andere oben an der Spitze sagt: Wir wollen es nicht machen, aber alles tritt doch auf die Bremse.

Es wäre ein Zeichen für den Landtag von Sachsen-Anhalt, wenn wir sagen: Jawohl, wir stimmen diesem Antrag zu, damit das Bundesumweltamt in Dessau dann auch zügig fertig wird. Alles andere, Inhaltliche, unterstreiche ich sofort, dass das ein Riesenbau ist mit vielen Dingen, die wir vorzeigen können. Aber dafür müssen wir nun einmal alle - wie sagt der Präsident der Ingenieurkammer immer? - Druck machen. Um nichts anderes geht es heute.

(Herr Sachse, SPD: Die Ernsthaftigkeit steht doch nicht infrage! - Zuruf von Herrn Reck, SPD)

- Herr Sachse, Sie haben doch mit der Enthaltung schon das erste Signal gegeben. Geben Sie sich nun den nächsten Ruck und stimmen Sie dem Antrag zu, dann

haben wir alle etwas davon. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Wolf, FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Kollege Daehre, würden Sie eine Frage von Herrn Czeke beantworten?

Herr Dr. Daehre (CDU):

Aber gern.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Bitte schön, Herr Czeke.

Herr Czeke (PDS):

Herr Kollege Daehre, in Anbetracht der Zeit bitte ich um eine kurze Antwort. Hätten Sie diesen Antrag auch unter einer CDU-FDP-Bundesregierung gestellt?

(Frau Schnirch, CDU: Ja, hätte er auch!)

Herr Dr. Daehre (CDU):

Wenn ich jetzt ja sage, dann werden Sie sicherlich alle lächeln. Nur eines: Herr Czeke,

(Herr Reck, SPD: Also nein! - Heiterkeit bei der SPD)

nehmen Sie sich bitte den von mir unterschriebenen Schriftverkehr bis 1994 in der Angelegenheit Bundesumweltamt vor, dann sehen Sie, dass wir uns auch zu der Zeit, als wir regiert haben, mit den Entscheidungen, die teilweise in Bonn und in Berlin beim Bundesumweltamt getroffen wurden, nicht einverstanden erklärt haben. Auch damals war sicherlich die eine oder andere Bremse dabei, allerdings aus völlig anderen Gründen. Aber wir haben es geschafft, dass es hierher kommt.

Deshalb sage ich Ihnen: Den Antrag hätten wir damals auch gestellt, auch wenn jetzt eine andere Regierung am Ball ist. Ich meine, es geht nicht um eine Bundesregierung, es geht darum, wie es in Sachsen-Anhalt weitergeht. Ich denke, darin sollten wir uns einig sein. - Danke.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Herrn Reck, SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Wir haben damit die Debatte beendet und kommen zur Abstimmung über die Drs. 3/4676. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist dem Antrag gefolgt worden. Wir haben den Tagesordnungspunkt 34 beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 35** auf:

Erste Beratung

Sachsen-Anhalts Berufsausbildung im Europa der Regionen

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4677**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4704**

Der Antrag wird eingebracht durch den Abgeordneten Herrn Dr. Sobetzko. Bitte schön.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund der Globalisierung und des schnellen technologischen und wirtschaftlich-strukturellen Wandels haben sich für den Arbeitsmarkt völlig neue Anforderungen ergeben. Auf diese Anforderungen haben sich die Unternehmen einzustellen, wenn sie dem enormen Wettbewerbsdruck standhalten wollen. Sie benötigen Mitarbeiter, die über Fachkompetenz verfügen und ohne Sprach- und Kulturbarrrieren tätig werden können. Nur so kann die Europäische Union als gemeinsamer Wirtschafts- und auch Bildungsraum verstanden werden. Durch die Währungsunion wird diese Integration wesentlich verstärkt.

Bildung und Ausbildung werden zwar eindeutig durch nationale bzw. regionale Kompetenz gewährleistet, in den Artikeln 149 und 150 des EG-Vertrages sind aber hierzu die entsprechenden ergänzenden Maßnahmen verankert.

Meine Damen und Herren! Die notwendigen überregionalen Austauschbeziehungen entwickelten sich verstärkt insbesondere in den letzten drei Jahren. Konferenzen und Beschlüsse der Europäischen Kommission und des Europarates trugen hierzu entsprechend bei. Bezogen auf die berufliche Aus- und Weiterbildung war dies eine ganze Reihe von Veranstaltungen, die ich hier nicht erwähnen möchte. Es ist aber interessant, was alles stattgefunden hat.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass noch unter deutscher Präsidentschaft die neuen Bildungsprogramme wie „Sokrates II“, „Tempus III“ und „Leonardo da Vinci II“ eingeführt wurden. Gerade das Programm „Leonardo II“ bietet aufgrund seiner Leitthemen ausgezeichnete Chancen für einen überregionalen Austausch in der beruflichen Bildung. Das ist verstärkt möglich, weil der europäische Trend in der Bildungspolitik folgende Orientierung hat - darauf möchte ich verweisen; denn es ist sehr interessant, was sich herausgebildet hat -:

erstens eine stärkere internationale Öffnung der nationalen Berufsbildungsgänge,

zweitens eine verstärkte Einbeziehung von Phasen beruflichen Austausches in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union,

drittens die Schaffung von Ausbildungstransparenz als Voraussetzung für mehr Mobilität und

viertens eine verstärkte Internationalisierung von Berufsinformation und Berufsberatung.

Als auslösende und vermittelnde Einrichtung ist hierbei insbesondere die Carl-Duisberg-Gesellschaft wirksam geworden. Immerhin erfuhren durch sie - die Zahlen möchte ich Ihnen einmal vor Augen führen - im Jahr 2000 ca. 17 000 Teilnehmer eine internationale Fortbildung, davon nahmen ca. 9 000 deutsche Jugendliche an europäischen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teil.

Wie sieht es hierzu in Sachsen-Anhalt aus? - Dazu liegt uns unter anderem ein Bericht der Landesregierung in der Drs. 3/4630 vom 8. Juni 2001 mit dem Titel „Arbeitschwerpunkte der Europapolitik des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2001“ vor. Schauen Sie darin auf Seite 14, wo das Programm „Leonardo da Vinci II“ als

Berufsausbildungsprogramm der Europäischen Union für die verstärkte Förderung der Erwachsenenbildung und der beruflichen Weiterbildung ausgewiesen wird.

Ich habe das überprüft. In diesem Bereich bewegt sich in den Europaschulen in freier Trägerschaft bereits etwas. In unseren Landeshaushalt sind für die Jahre 2000 und 2001 keine Komplementärmittel eingestellt worden. Hierfür könnten immerhin bis zu 75 % EU-Fördermittel eingebunden werden. Warum diese Unbeweglichkeit? Ankündigungen allein helfen nicht weiter.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht in Zweifel ziehen, dass sich eine Reihe von Austauschmaßnahmen für Schüler und Jugendliche auch in unserem Land gut bewährt hat bzw. vorgesehen ist. Ich denke dabei an die Jugendwerke und Schulpartnerschaften, den Schüleraustausch mit den USA und den MOE-Staaten, das „Sokrates“-Programm, das „Sesam“-Programm und andere Programme.

Wie bereits ausgeführt, ist das EU-Programm „Leonardo II“ als Austauschprogramm für die berufliche Erstausbildung besonders geeignet. Es vermittelt Maßnahmen für grenzüberschreitende Austauschprojekte, Mobilitäts-, Pilot- bzw. Modellprojekte in der Berufsausbildung, die Förderung beruflicher Sprachkompetenz, transnationale Netze für Fachwissen, Begutachtung von Vergleichsmaterialien sowie, meine Damen und Herren, gemeinsame Maßnahmen. Antragsberechtigt sind unter anderem kleine und mittlere Unternehmen oder Bildungseinrichtungen.

Die Projektdauer ist unterschiedlich. Die nächsten Projekte werden im Januar 2002 für die Jahre 2003 und 2004 ausgeschrieben. Der transnationale Austausch ist bei einer Auswahl von 31 Ländern möglich.

Die berufliche Ausbildung auch in Sachsen-Anhalt wird nach wie vor von der dualen Ausbildung geprägt. In Sachsen-Anhalt haben im Jahr 2000 immerhin 21 500 Jugendliche mit dieser Ausbildung begonnen. Sie hat eine gute Qualität und eine hohe Akzeptanz, wenngleich auch bei ihr ein angepasster Reformbedarf vorliegt. Analog gibt es die duale Ausbildung in Österreich und Dänemark. Andere Länder verfügen über unterschiedliche Module zur dualen Ausbildung.

In Sachsen-Anhalt haben wir die Erfahrungen mit dieser dualen Verbundausbildung ausreichend ausgeschöpft. Diese Verbundausbildung bietet sich geradezu als überregionales Verbundmodell an, wobei, wie gesagt, das „Leonardo II“-Programm hierfür vom Angebot her sehr gut geeignet ist.

Wir haben in unserem Antrag einige der hierfür notwendigen Voraussetzungen genannt. Vor einer notwendigen Anhörung in den Ausschüssen für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten sowie für Bildung und Wissenschaft sollte eine Bestandsanalyse zu tangierenden Projekten erfolgen, wobei die Berufsfelder dem europäischen Bedarf entsprechen müssen, wie zum Beispiel kaufmännische Bereiche, IT-Bereiche und anderes. Es ist notwendig, dass hier transnationale Koordinierungsaufgaben wahrgenommen werden.

Entscheidend ist allerdings die Anerkennung der Bildungsabschlüsse. Das Bundesinstitut für Berufsbildung, das die „Leonardo“-Anträge bewertet, hat für dieses Vorhaben positives Interesse bekundet. Gehen wir es an und prüfen wir in den Ausschüssen die Umsetzungschancen.

Meine Damen und Herren! Zum Änderungsantrag der SPD kann ich nur sagen:

Erstens. Ich bin selbstverständlich damit einverstanden, dass an dem Anhörungsverfahren die Gewerkschaften beteiligt werden. Dies wäre ohnehin geschehen.

Zweitens. Wir sind auch damit einverstanden, den Punkt 3 zu streichen.

Wir können also beide Anträge in die Ausschüsse überweisen. Ich hoffe, dass es uns gelingt, die entsprechende Umsetzung zu bewerkstelligen. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke schön. Kollege Sobetzko, nennen Sie bitte auch noch die Ausschüsse und sagen Sie uns, welcher Ausschuss die Federführung übernehmen soll. Ich kann das jetzt nicht finden.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Ich schlage vor, dem Wirtschaftsausschuss die Federführung zu übertragen und den Antrag auch in den Bildungsausschuss zu überweisen.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke schön. - Meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion in der Reihenfolge DVU, PDS, FDVP, SPD, CDU vereinbart worden. Zunächst erteile ich für die Landesregierung Herrn Dr. Harms das Wort.

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl die EU im Maastrichter Vertrag quasi ein Verbot der Harmonisierung der Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten fixiert hat, wird die berufliche Bildung in den Mitgliedstaaten durch die EU umfassend gefördert, und zwar in den Schwerpunkten Anpassung an den industriellen Wandel durch berufliche Bildung und Umschulung, Verbesserung der beruflichen Erstausbildung und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie Förderung der Mobilität von Auszubildenden und Verbesserung der Lernortkooperation zwischen Unternehmen und Schulen.

Das EU-Programm „Leonardo da Vinci II“ in der Förderperiode 2000 bis 2006 richtet sich gezielt an Auszubildende und Berufsschüler im Wesentlichen in drei Schwerpunkten: erstens Verbesserung der Fähigkeiten und Kompetenzen junger Menschen in der beruflichen Erstausbildung auf allen Ebenen; zweitens Verbesserung der Qualität der beruflichen Weiterbildung, des Zugangs zum lebensbegleitenden Lernen und drittens Förderung und Stärkung des Beitrages der Berufsbildung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen durch Zusammenarbeit von Berufsbildungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen.

Dies sind Ziele, die die Landesregierung in besonderer Weise teilt und auch unterstützt. Ich stimme dem Antragsteller zu, dass hinsichtlich der Beteiligung an Vermittlungsprogrammen der EU seitens des Landes erhebliche Möglichkeiten bestehen, diese zu verbessern. Das ist ja auch ein gemeinsames Interesse.

Ich will Sie nicht mit den Details langweilen. Ein wichtiger Punkt ist vielleicht auch für das Hohe Haus, dass im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbs-

fähigkeit übereinstimmend eingeschätzt wurde, dass Austauschmaßnahmen insbesondere für Auszubildende ausgeweitet werden sollen.

Dabei wurde insbesondere das Problem beschrieben, dass die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen, der Berufsschulen und der Unternehmen wegen der im Ausland anders strukturierten Ausbildungsgänge nicht ganz einfach ist. Das heißt, hier treffen verschiedene Partner aufeinander, die nicht genau komplementäre Systeme haben, und deshalb bedarf es insbesondere in diesem Bereich der Unterstützung.

Es ist deshalb dort festgelegt worden, dass eine zentrale Service- und Koordinierungsstelle diese Austauschmaßnahmen unterstützen soll. Dabei haben wir die Carl-Duisberg-Gesellschaft, Landesstelle Sachsen-Anhalt, sowie die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt gewonnen, diese Aufgabe zu übernehmen und in diesem Zusammenhang Unternehmen und Berufsschulen dabei zu unterstützen, ausländische Partner zu finden, Programme in Anspruch zu nehmen und die transnationalen Fragen dabei zu klären.

Ein großes Problem bei der Realisierung der Austauschprogramme - das wurde bereits angesprochen - ist die Kofinanzierung der EU-Mittel, die zur Verfügung stehen und bis zu 75 % der Kosten abdecken. Zum Teil sind in die Vorbereitungsmaßnahmen als sächliche Leistungen, auch die Personalkosten und die Vorbereitungszeit einrechenbar; aber es bleibt ein Rest, der derzeit bei den Durchführenden verbleibt, also bei Unternehmen, bei Berufsschulen oder ihren Trägern. Im Landeshaushalt stehen hierfür derzeit nicht ausreichend Mittel zur Verfügung. Ich meine, dass auch die Frage, welche zusätzlichen Finanzquellen erschlossen werden können, im Zusammenhang mit den Beratungen erörtert werden muss.

Ich empfehle die Zustimmung zu dem Antrag in der von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen geänderten Fassung, weil ich nicht erkennen kann, wo der Bundesrat in diesen Prozess einzubeziehen ist. Sie können aber auch beide Anträge in die Ausschüsse verweisen. Dort können wir diese Fragen dann im Detail besprechen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Ferchland, PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Minister. - Die DVU-Fraktion verzichtet auf einen Redebeitrag. Die PDS-Fraktion verzichtet ebenfalls auf einen Redebeitrag. Für die FDVP-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Wiechmann.

Herr Wiechmann (FDVP):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion animierte mich, nach eigenem langen Berufsleben darüber nachzudenken, welche Chancen in der Ausbildung gegeben waren und welche Hindernisse dem entgegenstanden. Dennoch entziehen sich viele Reminiszenzen dem Vergleich, da ich meine Schulausbildung in einer Zeit absolviert habe, die durch den Krieg und die ebenso schwierige Nachkriegszeit gekennzeichnet war.

Deshalb liegt es mir auch fern, mit erhobenem Zeigefinger kraft Alters und Erfahrung auf Jugendliche belehrend einwirken zu wollen. Aber einen Ratschlag kann ich

geben: Was nicht in der Jugend erlernt wird, ist später nur sehr schwer nachzuholen. Sie kennen die Volksweisheit, die behauptet: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Natürlich wird uns auch künftig - vielleicht sogar viel stärker als früher - ein lebenslanges Lernen begleiten und für uns unumgänglich sein. Wenn aber keine Grundlagen durch eine solide Ausbildung in der Jugend gelegt worden sind, wird es sehr schwierig und mühsam sein, sich einer solchen Forderung zu stellen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen um die schwierige, man könnte auch sagen, fast aussichtslose Situation in Sachsen-Anhalt, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Die Chancen zum Einstieg in die Ausbildung sind ebenso gering wie die für den späteren Einstieg in das Berufsleben.

Das kinder- und jugendpolitische Programm der Landesregierung strotzt von Wünschen, die sich aber nicht in die Realität umsetzen lassen. Analysen und Gutachten - erinnert sei an Ausführungen von Professor Burkhard Lutz aus Halle - bestärken meine Aussage über die hoffnungslos verfahrenere Situation der beruflichen Perspektiven von Bildung und Ausbildung in diesem Land.

Aber das verwundert nicht, da Sie, Herr Ministerpräsident, selbst punktuell nur wenig von dem erfüllt haben, was Sie in Ihren Regierungserklärungen und in darauf folgenden Ansprachen verkündet haben. Sie ließen sich aus über Perspektiven in der Arbeitswelt, über Unternehmensansiedlungen als Kristallisationspunkte für weitere Unternehmensgründungen, über Innovation als Element moderner Wirtschaftspolitik, gar über die Perspektiven der Jugend und stehen heute vor einem Scherbenhaufen mit dem Resultat, seit Jahren die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer aufzuweisen.

An dieser Situation, meine Damen und Herren, wird sich auch in Zukunft nicht viel ändern, solange die PDS-Spitzen aus Berlin, Dresden und leider auch aus Sachsen-Anhalt als De-facto-Koalitionspartner der SPD nur „momentan“ Enteignungen von Großbetrieben und Banken ausschließen. Herr Gysi nannte das verharmlosend, fast vornehm „Vergesellschaftung“. Nun werden die Investoren wohl vor dem Wirtschaftsministerium Schlange stehen. Ich würde raten, schon heute Parkplätze dafür zu schaffen, damit sie alle unterkommen können.

Eine von jeglicher Perspektive befreite Jugend verlässt das Land, und das oft, meine Damen und Herren, auf Nimmerwiedersehen.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion der CDU findet deshalb unsere Zustimmung, weil eine die Regionen übergreifende berufliche Ausbildung keineswegs nur als rettender Strohalm für Jugendliche betrachtet werden kann, sondern gegenwärtigen und künftigen Erfordernissen entspricht.

Wir wollen aber nicht verkennen, dass diese Chancen dann zum Bumerang werden, wenn die ausgebildeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren, weil immer noch die Arbeitsplätze in den Unternehmen fehlen.

Das Bestreben vieler Jugendlicher geht aber dahin, eine Ausbildung außerhalb des Landes im Rahmen der Europäischen Union zu absolvieren. Jugendliche betrachten einen solchen Schritt nicht als Notlösung, sondern als notwendiges Rüstzeug erforderlicher Mobilität.

Die 13. Shell-Studie „Jugend 2000“ zeigte, dass viele Jugendliche, und zwar nicht nur aus den neuen Bundesländern, sich diesen Anforderungen auch der Sprachen wegen stellen.

Meine Damen und Herren! Die Lebenserfahrung eines Wilhelm von Humboldt - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin -: „Was ich erlernt habe, habe ich mir erwandert“, hat heute aktuellere Bedeutung denn je, wenn auch die wörtlich genommene Wanderung nicht auf alle Zünfte zutrifft.

Die sich aus den Programmen der EU ergebenden Chancen zur Ausbildung und zur Weiterbildung sind umgehend zu nutzen und bedürfen nicht einer üblichen landestypischen Absichtserklärung, meine Damen und Herren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Siegert hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Herr Siegert (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde es ganz kurz machen. Sie haben möglicherweise schon gehört, dass wir uns im Vorfeld der Debatte auf ein Verfahren verständigt haben.

Mit der CDU-Fraktion und der PDS-Fraktion haben wir uns darauf verständigt, beide Anträge in die Ausschüsse zu überweisen. Federführend sollte nach unserer Auffassung allerdings der Bildungsausschuss sein, abweichend von Ihrer Meinung, Herr Dr. Sobetzko. Wenn darüber keine Einigung erzielt werden kann, dann müssen wir darüber abstimmen lassen. Im Ausschuss können wir auch über die Details diskutieren.

Unsere Auffassungen liegen in der Sache nicht weit auseinander. Vieles an dem vorliegenden Antrag ist durchaus vernünftig. Einige Verfahrensvorschläge sind aber - auch darauf möchte hinweisen - eher merkwürdig. So ist zum Beispiel die geforderte Einschaltung des Bundesrats seltsam. Meine Fraktion hat deshalb auch vorgeschlagen, auf diese Passagen zu verzichten.

Durch klare Zielstellungen zeichnet sich auch der erste Punkt des Antrags nicht aus. Etwas genauer und konkreter hätte man sich die Formulierung durchaus vorstellen können. Denn warum wird nebulös von zuständigen Einrichtungen gesprochen, wenn diese dann nachstehend konkret benannt werden? Das verwundert dann eher.

Ich denke, wenn man dem Parlament eine solche Liste mit den anzusprechenden Institutionen vorlegt, dann hätte man auch bei einem CDU-Antrag erwarten können, dass die Gewerkschaften eingeladen werden. Schließlich nimmt der DGB eine sehr wichtige Verantwortung in der Berufsausbildung wahr, die auch die CDU anerkennen sollte.

Schließlich - das als letzte Anmerkung - ist es komisch, dass der Regierung Verfahrensvorschläge gegeben werden; denn das ist nicht die Aufgabe des Parlamentes. Hätte es nicht nahe gelegen, erst die Regierung um Verfahrensvorschläge zu bitten? - Wir hätten uns so manches Fragezeichen im Hinblick auf diesen Antrag ersparen können.

(Herr Dr. Keitel, CDU: Jawohl!)

Wie gesagt, über diese Details können wir uns in den Ausschüssen verständigen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Dr. Sobetzko, Sie haben noch einmal für die CDU-Fraktion das Wort.

(Ein Mobiltelefon klingelt)

- Wer hat entgegen unseren Regularien ein Handy eingeschaltet? - Frau Kollegin, ich weise noch einmal darauf hin, dass das nicht gestattet ist. - Bitte, Herr Kollege Sobetzko.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur noch zwei Worte sagen. Wir haben den Bundesrat nur deshalb mit angeführt, weil eine überregionale Verbundausbildung geschaffen werden soll, die länderübergreifend dann auch in den europäischen Raum eindringen soll. Der Vorschlag, den ich eingebracht habe, ist vom Bundesinstitut für Berufsbildung gekommen. Ich kann mir aber vorstellen, dass wir das zunächst zurückstellen, weil das unser gemeinsames Vorhaben nicht gefährdet.

Es handelt sich im Übrigen um eine duale Berufsausbildung. Deshalb waren wir der Meinung, dass das in den Wirtschaftsausschuss gehört.

Wenn auf zuständige Einrichtungen hingewiesen und dann „insbesondere“ geschrieben wird, dann heißt das, dass wir die Gewerkschaften einfach noch nicht mit erwähnt haben. Dass sie mit dabei sein können, ist doch überhaupt kein Problem. - Vielen Dank.

(Frau Mittendorf, SPD: Na ja, wir wollen sie schon nennen!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Wir haben damit die Debatte beendet und kommen zur Abstimmung über die Drs. 3/4677 und die Drs. 3/4704. Es ist beantragt worden, den Änderungsantrag und den Ursprungsantrag in den Wirtschaftsausschuss und in den Bildungsausschuss zu überweisen. Die Federführung ist noch strittig. Über diese lasse ich gesondert abstimmen.

Wer stimmt zunächst der Überweisung in diese beiden Ausschüsse zu? - Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit sind die beiden Anträge in die Ausschüsse überwiesen worden.

Ich lasse über die Federführung abstimmen. Die CDU-Fraktion schlägt den Wirtschaftsausschuss vor. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? - Gegenstimmen? - Die Federführung durch den Wirtschaftsausschuss ist abgelehnt worden. Damit ist der Bildungsausschuss automatisch mit der Federführung beauftragt worden. Meine Damen und Herren! Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 35 bewältigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 36** auf:

Erste Beratung

Olympiawettkämpfe in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 3/4678

Der Antrag wird durch den Abgeordneten Herrn Schulze eingebracht. Bitte schön.

Herr Schulze (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Landesregierung Sachsen-Anhalts liegen die Olympischen Spiele im Jahr 2012 offensichtlich in weiter Ferne.

(Der Redner spricht sehr laut - Unruhe - Herr Siegert, SPD: So viel Kraft müssen die haben!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Die Kollegen machen Ihnen nur deutlich, dass Sie nicht so laut sprechen müssen. Sie hören Ihnen ruhig und geduldig zu.

Herr Schulze (CDU):

Am frühen Nachmittag ist es besser, wenn man etwas deutlicher und lauter spricht.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Landräte sprechen so! - Zuruf von der CDU: Fang noch einmal an! - Herr Gallert, PDS: Wir sind hier nicht beim Feuerwehrsport!)

- Wenn ich jetzt weitermachen kann: Während andere Landesregierungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aktiv die Olympia-Bewerbungen ihrer Städte unterstützen, handelt unsere Landesregierung, wie es scheint, nach dem Motto: Wir pflügen nicht, wir sähen nicht und wir ernten doch. Vielleicht bleibt doch die eine oder die andere Veranstaltung im Lande Sachsen-Anhalt kleben.

Meine Damen und Herren! Vorgestern ist die Machbarkeitsstudie für die Olympia-Bewerbung der Stadt Leipzig vorgestellt worden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Olympia-Bewerbung der Stadt Leipzig möglich und aussichtsreich ist.

An dieser Studie haben sich neben der Stadt Leipzig die Städte Dresden, Chemnitz und Riesa nicht nur finanziell beteiligt. In einer Lenkungsgruppe werden bereits die Einzelheiten zwischen den Städten ausgehandelt. Gemeinsam mit dem sächsischen Kultusministerium haben die Städte bekannt gegeben, dass sie sich über eine räumliche und zeitliche Verteilung der gegenwärtig 28 olympischen Disziplinen für die Sommersportarten mit rund 300 Einzelwettbewerben verständigt haben.

Daneben haben die Städte Lübeck, Rostock und Kiel definitiv ihr Interesse an den Segelwettkämpfen angemeldet.

Meine Damen und Herren! Als sachsen-anhaltischer Standort wird lediglich die Stadt Halle als möglicher Vorrundenspielort für Fußballspiele erwähnt. Hierfür soll die Stadt Halle, wie zu hören war, bereits 20 000 DM an die Stadt Leipzig zur Unterstützung der Studie überwiesen haben.

In der Pressekonferenz hat sich das sächsische Kultusministerium gegen die Interpretation gewandt, dass die Stadt Halle damit eine Option für Wettkämpfe habe. Es wurde ausdrücklich klargestellt, dass es eine Bewerbung Sachsens geben wird und die Wettkämpfe auch nur in Sachsen ausgetragen werden sollen.

Meine Damen und Herren! Bereits am 3. November 2001 trifft das Nationale Olympische Komitee eine grundsätzliche Entscheidung darüber, ob Deutschland sich für die Sommerspiele im Jahr 2012 bewerben soll.

Neben der Stadt Leipzig werden noch drei weitere Städte ins Rennen geschickt. Damit ist zwar noch nicht ausgemacht, dass Leipzig der Austragungsort der Olympischen Spiele im Jahr 2012 sein wird. Jedoch muss jedem klar sein, dass, wenn Sachsen-Anhalt nicht wirklich bald und unmissverständlich und durch entsprechende Angebote glaubhaft unterbreitet, dass auch bei uns Wettkämpfe stattfinden können, der Zug für uns für immer abgefahren ist, Frau Ministerin.

(Ministerin Frau Dr. Kuppe: Herr Schulze! - Heiterkeit bei der SPD)

- Ich freue mich, dass Sie die Namen der einzelnen Abgeordneten kennen, Frau Ministerin.

(Heiterkeit und Unruhe bei der SPD - Zuruf von der SPD: Müller und Schulze kennen wir!)

Die Olympischen Spiele sind immer auch Spiele der Regionen, Frau Ministerin.

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

Die Stadt Halle ist nur 30 km von Leipzig entfernt, von Bitterfeld ist es ungefähr dieselbe Entfernung. Der Austragungsort Dresden ist sogar 90 km entfernt. Dementsprechend kann man sich ausrechnen, in welchem Umkreis im Rahmen der Olympischen Spiele Wettkämpfe in Sachsen-Anhalt möglich wären, Frau Ministerin. Ich meine, wenn man an die verschiedenen Aktionen im Raum Mitteldeutschland in der Vergangenheit denkt, bei denen immer gepredigt wurde, dass hier die Musik spielt, sollte man auch den Großraum Leipzig/Halle/Bitterfeld/Dessau

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

entsprechend mit ins Spiel bringen.

Sachsen-Anhalt kann sich die mit der Olympia-Bewerbung verbundenen Möglichkeiten einfach nicht entgehen lassen. Das sage ich nicht nur mit Blick auf den Raum Halle, sondern das betrifft genauso die Stadt Magdeburg und andere Städte und Regionen des Landes.

(Zuruf von der SPD: Bitterfeld! - Herr Bischoff, SPD: Die bewerben sich jetzt auch!)

- Dass Sie meine Region so unterstützen, finde ich ganz prima. Ich werde das im Kreis weitersagen.

(Zustimmung von Herrn Meinecke, SPD)

Sollten die Olympischen Spiele im Jahr 2012 nach Leipzig kommen, sind sie ein Motor für die Infrastrukturentwicklung und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor,

(Frau Fischer, Merseburg, CDU: Das stimmt allerdings!)

der voraussichtlich 3,5 Milliarden Euro umsetzen wird. Geplant ist, dass allein 1 Milliarde Euro in die Sportstätteninfrastruktur fließt. Die hohen Investitionskosten bewirken einen Strukturwandel in der Ausrichterregion, wobei der Zeitraum einer normalen Entwicklung übersprungen wird.

Meine Damen und Herren! Es ist überhaupt nicht hoch genug einzuschätzen, welche Bedeutung solche Veranstaltungen für Kultur, Tourismus, Wirtschaft und Gastronomie haben. Die Konsumausgaben allein der auswärtigen Besucher und der olympischen Familie übersteigen leicht eine halbe Milliarde Euro. Die Zahl der durch den Primäreffekt geschaffenen Langzeitarbeitsplätze liegt nach den Erfahrungen der letzten Spiele in

einer Größenordnung von 5 000 bis 10 000 Arbeitsplätzen.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Eine Rechnung wie in Hannover!)

Daneben sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die Übertragung der Wettkämpfe eine Steigerung des internationalen Bekanntheitsgrades und des Images des Ausrichterstandortes bewirkt und damit einen bedeutsamen und wirklich sehr langfristigen Effekt haben wird, der ansonsten nur mit einem unglaublich hohen Werbeetat zu erzielen wäre. Ich sage es einmal ganz deutlich: Das betrifft nicht nur Leipzig; das betrifft alle Städte und Gemeinden der Region, die in irgendeiner Weise mit Olympia 2012 zu tun haben werden. Dieses Image, das wir unserer Region geben könnten, ist aus meiner Sicht unbezahlbar.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, endlich aus ihrem Dornröschenschlaf aufzuwachen und sich zu bemühen, die Interessen Sachsens-Anhalts im Hinblick auf eine Beteiligung an den Olympischen Spielen im Jahr 2012 nachdrücklich zur Geltung zu bringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Kollege, für die Einbringung. - Es ist eine Fünfminutendebatte in der Reihenfolge FDVP, PDS, DVU, SPD und CDU vorgesehen. Zunächst erteile ich jedoch der Frau Ministerin Dr. Kuppe das Wort, die sich sicherlich mehr als nur den Namen eines Abgeordneten gemerkt hat. Bitte, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Da bin ich ganz Ihrer Meinung.

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordneten! Das Land Sachsen-Anhalt, Herr Kollege Schulze, mit seinen sportbegeisterten Bürgerinnen und Bürgern wäre mit Sicherheit ein guter Gastgeber für Teilnehmerinnen und Teilnehmer Olympischer und Paralympischer Spiele.

Die Landesregierung steht diesbezüglichen Initiativen sehr positiv gegenüber. Das sage ich ausdrücklich. Zunächst sind aber erst einmal die Städte in Sachsen-Anhalt gefragt, die aufgrund ihrer Lage in der mitteldeutschen Region und der bereits vorhandenen Sportinfrastruktur in eine mögliche Veranstaltung Olympischer Spiele und von Paralympics eingebunden werden könnten. - Von den Paralympischen Spielen haben Sie übrigens gar nicht gesprochen, Herr Schulze, aber ich gehe davon aus, dass Sie auch diese meinen.

(Zustimmung von Herrn Dr. Eckert, PDS - Herr Schulze, CDU, nickt mit dem Kopf)

Vor Ort sollte jetzt sehr sorgfältig geprüft werden, inwieweit die Kooperation mit Leipzig und mit anderen Städten Mitteldeutschlands im Sinne einer Region, die sich für eine Olympiaaustragung bewirbt, erfolgen kann.

Ich kann mir den mitteldeutschen Raum insgesamt sehr gut als Austragungsort für Olympische und Paralympische Spiele vorstellen. Die Stadt Halle - Sie erwähnten es, Herr Schulze - hat sich an den Kosten der Machbarkeitsstudie für eine Olympiabewerbung des mittel-

deutschen Raumes beteiligt. Deshalb geht meiner Ansicht nach die Aufforderung, die Sie in Ihrem Antrag an die Landesregierung richten, an den Aktivitäten der Kommune Halle vorbei. Ich denke, wir müssen die Kommunen mitnehmen. Deshalb geht es so einfach, wie Sie es beschrieben haben, mit Sicherheit nicht. Ich kann mir vorstellen, dass auch der Landkreis Bitterfeld einen Antrag stellt, Herr Schulze.

(Zustimmung bei der SPD)

Bis jetzt habe ich davon noch nichts gehört.

Ich meine, dass auch andere Städte und Regionen unseres Landes ernsthaft ihre Ambitionen, sich in das Olympiageschehen einzubringen, prüfen sollten. Dann werden wir als Land Sachsen-Anhalt auf jeden Fall Möglichkeiten der Unterstützung prüfen und auch finden.

Ich kann mir gut vorstellen, dass es wirklich länderübergreifende Abstimmungen und Vereinbarungen mit dem Freistaat Sachsen zur Sanierung von Sportstätten und zur weiteren Gestaltung von olympiatauglichen Sportanlagen bzw. auch Unterkünften für Sportlerinnen und Sportler und die begleitenden Trupps gibt.

Olympische Spiele, Paralympische Spiele, Herr Kollege Schulze, erzeugen erfahrungsgemäß immer einen Impuls, der weit über den sportlichen Bereich hinausreicht. Das wäre auch gut für unser Land. Diesbezüglich stimme ich mit Ihnen voll überein. Deshalb meine ich aber auch, dass nicht nur der Sport, dass nicht nur die Politik gefragt ist, sondern dass beispielsweise auch die Wirtschaft gefragt ist.

Ich nenne auch die andere Seite der Medaille, denn wir wollen keine Luftschlösser bauen. Wir müssen beachten, dass die Beteiligung an der Veranstaltung Olympischer und Paralympischer Spiele trotz Vermarktung, trotz zunehmender Kommerzialisierung, trotz Investitionsschub und trotz der Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, auch immer erhebliche finanzielle Mittel verlangt. Diese müssen aufgebracht werden und das muss im Vorfeld sicher sein.

Weil der öffentlichen Hand relativ enge Grenzen gesetzt sind - da geht es Sachsen nicht anders als Sachsen-Anhalt -, muss ein starkes privatwirtschaftliches Engagement im Vorfeld solcher Olympischen und Paralympischen Spiele sichergestellt sein. Das ist meiner Meinung nach unumgänglich.

Der zeitliche Ablauf wird sich wie folgt gestalten: Das Nationale Olympische Komitee - Sie erwähnten es - wird im November 2001 entscheiden, ob sich überhaupt eine deutsche Stadt für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2012 bewerben soll. Die Nominierung einer Kandidatenstadt oder einer Region durch das NOK wird dann im Jahr 2003 erfolgen. Das Internationale Olympische Komitee wählt dann im Jahr 2005 die Bewerberstadt oder -region für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2012 aus.

Der Druck, den Sie geltend machen, besteht im Moment noch nicht. Jetzt müssen sich die Städte entscheiden. In diesem Zusammenhang finde ich die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie in der Tat interessant und aufschlussreich; denn die Studie sagt eindeutig: Die mitteldeutsche Region hat Vorteile im Vergleich zu den Mitbewerbern Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt am Main.

Die Einbeziehung der Städte Riesa, Chemnitz und Dresden und der Region Halle/Merseburg neben Leipzig wäre wünschenswert. Die Gesamtausgaben werden mit

1,8 Milliarden Euro beziffert; allerdings werden auch die Gesamteinnahmen optimistisch mit 1,8 Milliarden Euro veranschlagt. Die Schaffung von 5 000 bis 10 000 Langzeitarbeitsplätzen wird für realistisch gehalten.

Die notwendigen Investitionen in Sportstätten - das ist für mich der entscheidende Punkt - werden mit rund 1 Milliarde Euro beziffert. Das, Herr Kollege Schulze, ist ein Punkt, über den wir ernsthaft diskutieren müssen. Das ist die notwendige Rahmenbedingung, die erfüllt sein muss, um eine Bewerbung überhaupt erst machbar erscheinen zu lassen. Wir haben gemeinsam zu überlegen, wie in der Gesamtregion Mitteldeutschland eine Summe von 1 Milliarde Euro aufzubringen ist. Das kann man nicht einfach locker über die Schulter heben.

Lassen Sie uns deshalb ernsthaft über eine Bewerbung nachdenken, zumal für die Region Halle/Merseburg die Austragung der Olympischen Kanuwettbewerbe ebenfalls empfohlen wird. Ich denke, da sollten wir ordentlich mitziehen und ernsthaft debattieren. Das ist auch eine für den Ausschuss empfehlenswerte Diskussion, für die ich gern bereitstehe.

(Herrn Dr. Daehre, CDU: Und Magdeburg!)

Mit denjenigen Städten, die sich bereits jetzt dafür interessiert haben - für mich ist das konkret Halle -, sind wir natürlich im Gespräch.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Frau Ministerin. - Herr Wolf hat jetzt für die FDVP-Fraktion das Wort.

Herr Wolf (FDVP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe ja Sinn für Sport, aber jetzt mal langsam: Der Antrag der Fraktion der CDU erfordert wirklich viel Sinn für Humor, denn es geht um nichts weniger als darum, die Olympischen Spiele im Jahr 2000 im Verbund mit sächsischen Städten nach Sachsen-Anhalt zu holen.

(Frau Stange, CDU: 2000 ist vorbei!)

- Die Olympischen Spiele im Jahr 2012.

Den Humor wollen wir nach Kräften unterstützen; denn es ist unumstritten, dass die tatsächlichen Voraussetzungen sowie die ästhetischen Gegebenheiten und finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Ästhetik gibt es genug im Lande Sachsen-Anhalt. Uns begrüßt die gesunde Bausubstanz, uns begrüßen die Waggons der Verkehrsbetriebe, die mit Schöngeist besprüht sind. Restauratorinnen und Restauratoren haben sogleich ein Betätigungsfeld.

Der Finanzrahmen stimmt auch, meine Damen und Herren. Olympische Spiele kosten nichts. München hat es 1972 bewiesen. Übrig geblieben ist nur ein Milliardenloch, das vom Steuerzahler getragen werden muss. Die Expo steht gedanklich noch in der Aktualität.

In Sachsen-Anhalt ist aber alles anders: Geld ist da. Wenn es nicht da ist, wird der geschundene Bürger ausgequetscht wie eine trockene Zitrone, die den letzten Tropfen hergeben muss.

Der Bürger hat immer Verständnis für solche Vorhaben. Er ist gut besoldet, verfügt über mindestens zwei Autos, fährt mehrmals jährlich in den Urlaub, isst die Filets, die nach der BSE-Krise übrig geblieben sind. Ihm fehlen

bloß noch die Attraktionen. Es ist nicht nur Gold für die Olympiateilnehmer vorhanden, sondern auch für Sonderprägungen aller Art.

Auch an den sächlichen Voraussetzungen, die nicht finanzielle Voraussetzungen sind, mangelt es nicht: Es bietet sich für die Leichtathletikwettbewerbe die Gemeinde Klieken an, die auch über ein Luftverkehrskreuz zu vereinnahmen ist, so es gebaut wird. Klieken ist darüber hinaus an die Bahn angebunden oder wird es noch.

Für Schwimmwettbewerbe ist das geschlossene Strandbad Sandersdorf geeignet. Sandersdorf hat aber den Nachteil, dass es am besten für olympische Reiter erreichbar ist. Daher sollte lieber auf die Schwimmwettbewerbe verzichtet werden. Es bieten sich dann doch wieder eher Leipzig und Dresden als Alternativen an.

Chemnitz ist wegen des Rentnerdenkmals von Marx und Engels und wegen der Streichhölzer besonders gut geeignet, Olympische Spiele durchzuführen. Mit Riesaer Streichhölzern kann man das Olympische Feuer beliebig oft wieder entfachen, wenn es der Wind ausbläst.

Brandenburg hätte zum Beispiel den Vorteil, dass dort im Jahre 2012 unter Umständen noch die Spezies Mensch zu finden ist. Dagegen besteht in Sachsen-Anhalt die Gefahr, dass bereits Säuglinge auswandern, die Rentner nicht zurückkehren und die arbeitsfähige Bevölkerung nach München zieht, um das dortige Olympiastadion unentwegt zu reparieren.

(Frau Fischer, Leuna, SPD: Unverschämtheit!)

Es ist also alles stimmig im Land Sachsen-Anhalt, um die Olympischen Spiele im Jahr 2012 erfolgreich durchführen zu können.

Schließlich stellt sich die Frage nach der Mannschaft für die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Sachsen-Anhalt. Hierzu ist wie folgt auszuführen: Schlafen im Olympischen Dorf die Albaner neben den Serben, die Basken neben den Spaniern oder kriegt jeder sein eigenes Olympisches Dorf? Kann man notfalls den Olympischen Frieden herbeibomben?

Nach Olympia kosten die Anlagen Geld, ohne Rücksicht auf Nutzung oder Verwaisung.

Was wird vor Olympia? Eine Olympiasteuer, ein Notopfer? Risikounternehmen sind in Sachsen-Anhalt nicht gut untergebracht. Wir haben uns gefragt, ob der Antrag aus der Feder von Lorient stammt. - Danke.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Die PDS und die DVU haben auf einen Redebeitrag verzichtet. Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Bischoff.

(Herr Gürth, CDU: Sport frei!)

Herr Bischoff (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man es seriös betrachtet, Herr Schulze, ist der Antrag in Ordnung. Aber wie Sie ihn vorgetragen haben, da hätte ich mir schon gewünscht, dass es ein bisschen seriöser gewesen wäre.

Wir werden im Ausschuss darüber reden, uns auch die Machbarkeitsstudie genauer ansehen. Es ist auf alle Fälle unterstützenswert - auch für unsere Kommunen - ,

dass wir, wenn die Olympiade stattfindet, an ihr partizipieren. Sie haben auch erwähnt, wo die Synergieeffekte liegen und wer daran einen Anteil hat.

Dass Sie die Landesregierung dann doch kritisieren - obwohl ich denke, dass wir uns im Sport wirklich sehen lassen können; auch was Olympiaden angeht, was Sachsen-Anhalt in diesem Bereich tut -, habe ich nicht verstanden. Es sei denn, Sie lieben unsere Landesregierung so sehr; denn der Prinz küsste die Prinzessin im Dornröschenschlaf wach und vielleicht wollten Sie gern die Landesregierung wach küssen, und zwar vertreten durch Frau Ministerin Kuppe.

(Herr Schulze, CDU: Frau Ministerin?)

Dann, dachte ich, gibt es für Sie vielleicht noch einen anderen Titel, gibt es neben dem Abgeordneten, dem Landrat, dem Feuerwehrmann und dem Sportsfreund vielleicht noch - ähnlich dem König Kurt in Sachsen - den Prinzen Schulze in Bitterfeld. Das wäre ja nicht schlecht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU: Gar nicht schlecht!)

Das wäre ja dann die richtige Achse. Von daher, denke ich, hätten wir dann auch noch etwas in unserer Region. Wir können im Ausschuss darüber beraten. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Kollege Bischoff, welchen Ausschuss würden Sie denn vorschlagen? Ich nehme an, den Ausschuss für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport. - Okay.

Jetzt hat Herr Schulze noch einmal das Wort für die CDU-Fraktion.

Herr Schulze (CDU):

Herr Bischoff, mit aller gebotenen Ernsthaftigkeit: Wach geküsst wurde ich schon vor einiger Zeit und nicht erst jetzt.

(Frau Fischer, Leuna, SPD: Das war umgedreht gemeint!)

Es freut mich, dass wir durchaus parteiübergreifend einen Konsens hinbekommen können.

Außerdem sage ich Ihnen noch eines: Frau Ministerin, unabhängig von der Feststellung der einzelnen Kommunen, dass sie sich bei Olympia beteiligen wollen, ist es wichtig, dass die Kommunen, die Kreise und die Landesregierung eine Politik wie aus einem Guss vertreten.

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU, und von Frau Weiß, CDU)

Das macht man in Sachsen. Das machen uns die Sachsen vor. Wir dürfen nicht abseits stehen. Ansonsten fährt der Zug ohne uns ab.

Wenn wir im Ausschuss weiter darüber beraten, können wir in dieser Hinsicht zu einer gemeinsamen Stellungnahme kommen. Der Landkreis Bitterfeld - wie vorhin angemerkt wurde - wird sicherlich auch noch seine Meinung dazu sagen wollen, aber nicht innerhalb des Landtages.

Was mir noch besonders wichtig ist: Herr Wolf, ich bin zwar nicht Loriot und ich habe auch nicht sein Sofa,

(Herr Wolf, FDP: Das ist doch egal!)

aber ich sage Ihnen einmal eines ganz persönlich: Ich mag die Landesregierung nicht.

(Herr Oleikiewitz, SPD: Warum? - Unruhe bei der SPD)

- Warten Sie doch einmal, ich bin doch noch gar nicht fertig. - Aber ich mache eines: Ich liebe meine Heimat. Das ist ein Unterschied. Deswegen würde ich niemals etwas gegen meine Heimat sagen.

(Zuruf von Herrn Wolf, FDP)

Sandersdorf, Herr Wolf, als Ihr Heimatort und mein Nachbarort ist ein sehr schönes Dorf - ich glaube, das größte Dorf in Sachsen-Anhalt -, das auch sehr viel im Sportbereich getan hat, wovon sich viele Gemeinden ein Scheibchen abschneiden könnten und das wesentlich besser erreichbar ist als nur für die olympischen Reiter.

(Zustimmung von Herrn Gürth, CDU)

Ich muss Ihnen eines sagen: Wenn die olympischen Reiter wirklich zu uns kämen, würde ich denen persönlich den roten Teppich ausrollen; denn die gehen nicht überall hin.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Richtig!)

Die Region, wo die hingehen, die hat etwas zu bieten. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kannegießer, DVU - Herr Dr. Daehre, CDU: Jawohl!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Die Debatte ist damit beendet.

(Herr Rahmig, SPD: Da hat Herr Schulze Herrn Wolf wach geküsst! - Heiterkeit bei der SPD)

- Ich habe gerade gesagt, dass die Debatte beendet ist.

Wir stimmen über den Antrag in Drs. 3/4678 ab. Es ist beantragt worden, ihn in den Ausschuss für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport zu überweisen. Wer stimmt der Überweisung zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist dem Überweisungsantrag gefolgt worden. Wir haben den Tagesordnungspunkt 36 damit erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 37** auf:

Erste Beratung

Flugverkehrsentwicklung in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4683**

Der Antrag wird eingebracht durch den Abgeordneten Herrn Dr. Daehre.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Olympia lässt grüßen. Wenn es so ist, dann werden wir sicherlich Hunderttausende von Besuchern in Sach-

sen-Anhalt erwarten können, und die wollen ja irgendwie herkommen, das heißt, wenn sie fliegen, müssen sie auch irgendwo landen können.

(Herr Oleikiewitz, SPD: Alle in Leipzig!)

Und selbst wenn es in der Börde ist. - Diese Bemerkung, die Sie eben über die Börde gemacht haben, die lassen wir mal; Sie kommen von dort. Meine Ohren sind noch sehr gut.

(Frau Mittendorf, SPD: Die ist doch schön!)

Jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Thema:

(Herr Rahmig, SPD: Jetzt ist der Spargel weg, jetzt können Sie dort landen!)

Meine Damen und Herren, die Urlaubszeit steht vor der Tür. Bevor Sie aber in den wohlverdienten Urlaub fliegen, müssen wir uns zunächst noch über den Flugverkehr in Sachsen-Anhalt unterhalten.

Die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes hängt wesentlich von der Qualität der Verkehrsverbindungen an die anderen Wirtschaftszentren Deutschlands und Europas ab. Dem Luftverkehr kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Die Qualität der Luftverkehrsanbindung stellt einen wesentlichen Standortfaktor dar. Gerade für die Ansiedlung von Großunternehmen spielt es schon eine Rolle, ob beispielsweise ein Learjet mit bis zu 15 Fluggästen in einer Reichweite von zehn bis 20 Minuten zum Firmenstandort landen kann oder nicht.

Die Qualität der Ansiedlungspolitik wird in erster Linie nicht daran gemessen, wie oft man Zehnter oder Zwölfter geworden ist, sondern daran, welche Signale man in Richtung potenzieller Investoren zu senden bereit ist. Dies gilt übrigens nicht nur für die beiden großen Zentren in unserem Lande, sondern auch für die Regionen.

Thüringen, meine Damen und Herren, hat zügig das eigene Luftfahrtkonzept umgesetzt und damit die wirtschaftliche Verflechtung der Wirtschaftsregion Thüringen mit anderen Regionen in Deutschland und Europa beschleunigt. Dies wird besonders am Flughafen der Landeshauptstadt Erfurt deutlich, der sich für die Boomregion Erfurt/Jena als unverzichtbar erwiesen hat. Das anfängliche wirtschaftliche Risiko für Luftfahrtunternehmen im Linienverkehr wurde mit mehreren Millionen D-Mark im Jahr unterstützt. Die Dividende ist eine gelungene Ansiedlungspolitik. Unternehmen wie Intershop, die gleichermaßen vor Ort wie auch in Übersee etabliert sind, haben sich dort niedergelassen.

Über die Landesgrenzen hinweg sind auch die Bemühungen der Stadt Braunschweig bemerkenswert. Der dortige Betreiber beabsichtigt, die Start- und Landebahn auf 2 600 m bis zum Jahre 2005 auszubauen. Ein direkter Autobahnanschluss zur A 2 besteht bereits.

Wir stehen in einem sich verschärfenden Wettbewerb der Regionen. Es zeichnet sich ab, dass mit dem Ausbau des Flughafens in Braunschweig die Wirtschaftsregion Braunschweig/Wolfsburg als ernst zu nehmender Konkurrent zur Wirtschaftsregion Magdeburg weitere Standortvorteile für sich verbuchen wird. Die Folge wird sein, dass weiteres Wirtschaftspotenzial aus der Wirtschaftsregion Magdeburg abgezogen wird und sich weitere Ansiedlungen erschweren werden.

Auch für Sachsen-Anhalt gibt es durchaus Positives zu berichten. Die Entwicklung, die der internationale Flug-

hafen Leipzig/Halle genommen hat, ist zu begrüßen. Der gesamte Raum im Süden des Landes profitiert von guten Angeboten sowohl im Linienverkehr als auch im Charterverkehr. Das gewählte Modell gewährleistet die Mitspracherechte in der Mitteldeutschen Flughafen-Aktiengesellschaft, an der das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Stadt Halle beteiligt ist.

Auch hier stellen sich allerdings bereits Fragen nach der langfristigen Bedeutung dieser Beteiligung. Sachsen-Anhalt muss sich entscheiden, ob die Befriedigung der Nachfrage der Bürger und der Wirtschaft nach leistungsfähigen Luftverkehrsverbindungen nicht stärker als bisher unter Nutzung der in Sachsen-Anhalt gelegenen Flugverkehrsinfrastruktur erfolgen sollte.

Gegenwärtig verfügt Sachsen-Anhalt über einen Verkehrsflughafen in Cochstedt, fünf Verkehrslandeplätze in Ballenstedt, Dessau, Halle-Oppin, Magdeburg und Stendal-Borstel sowie zwanzig Sonderlandeplätze, die für den allgemeinen Verkehr keine große Rolle spielen. Weitere Verkehrslandeplätze befinden sich in Planung. Ich möchte an dieser Stelle nur an Wernigerode erinnern.

Im Landesentwicklungsplan steht dazu lediglich - ich zitiere, Frau Präsidentin -:

„Das Land unterstützt den Ausbau des für Sachsen-Anhalt wichtigen Flughafens Halle/Leipzig zu einem internationalen Flughafen. Ergänzender Flugverkehr wird über den Verkehrsflughafen Cochstedt abgewickelt.“

Abgesehen davon, dass der Landesentwicklungsplan die nähere Konkretisierung des Ausdruckes „ergänzender Flugverkehr“ schuldig bleibt, stellt sich die Frage, wie sich die Landesregierung weiterhin zu Cochstedt positioniert.

Wie soll es in der nächsten Zeit weitergehen? Wird der Bund die B 81 weiter vierspurig ausbauen? Der noch nicht vorliegende Entwurf des Haushalts für das Jahr 2002 ist mittlerweile in allen Gazetten Tagesgespräch. Beabsichtigen Sie nun, Mittel einzustellen, um ein Projekt weiterzuführen, das viele Mitglieder der Landesregierung, darunter auch der Ministerpräsident, bisher immer unterstützt haben? Diese Frage würde ich auch gerne an Frau Budde richten. Wir werden sie nicht aus der Verantwortung entlassen. Ich will nicht anführen, welche unterschiedlichen Positionen in der letzten Zeit von der Landesregierung, bezogen auf Cochstedt, zu hören waren.

Frau Abgeordnete Liebrecht hat im letzten Jahr eine Kleine Anfrage zur Höhe der Fördermittel für Flugplätze gestellt. Aus der Antwort der Landesregierung ergab sich, dass über 80 % aller öffentlichen Fördermittel seit 1994 nach Cochstedt geflossen sind. Wie es am Ende auch immer weitergehen wird, Cochstedt darf keine Investitionsruine werden. Ich denke, es gibt ein klares Ja von unserer Seite zu Cochstedt. Wir wollen es aber genau wissen. Deshalb werden wir im Ausschuss nachfragen.

Die Verkehrslandeplätze, insbesondere die mit regionaler Bedeutung, können eine Vielzahl von Dienstleistungen abdecken. Lassen Sie mich nur einige nennen: Das wären der Geschäfts- und Werksflugverkehr der Wirtschaft, als Standort für die Luftrettungsdienste, die Zubringerdienste zu Flughäfen mit Charterflugangeboten, als Standort für kleinere Luftfahrtunternehmen und Flugschulen, der Privatflugverkehr, als Freizeitstätte zur Aus-

übung des Luftsports, Rundflüge, Pilotenausbildung, Flugzeugcharterung, Film- und Fotoflüge, Luftwerbung.

Voraussetzung hierfür ist, dass sie mit ausreichend dimensionierten Start- und Landebahnen ausgestattet sind. Insbesondere ist die Länge der Rollbahnen unter Berücksichtigung der aktuellen Betriebsvorschriften für Luftfahrzeuge neu festzulegen.

Ein Wort zu jenen, die ihre Aufgabe mehr darin sehen, etwas zu verhindern, statt Sinnvolles zu ermöglichen. Selbstverständlich sind Umweltschutz und Lärmschutz auch mit dem Flugverkehr zu vereinbaren, selbst in Urlaubsregionen und dort, wo sich die SPD in der Regierungsverantwortung befindet. Wer noch zweifelt, kann sich beim Verkehrslandeplatz in der Uckermark eines Besseren belehren lassen.

Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben aufgrund ihrer eigenen Flugplatzkonzepte eine klare Zielorientierung. Im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt ist dort eine Vielzahl von Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätzen in Betrieb.

Keine der zahlreichen Kleinen Anfragen, die in den letzten Jahren in puncto Lärmbelästigung an die Landesregierung gerichtet worden sind, deckt im Übrigen wie auch immer geartete Gesetzesverstöße auf.

Insbesondere beim Planfeststellungsverfahren zum Flugplatz Magdeburg legte das Regierungspräsidium Magdeburg verschärfte Maßstäbe zur Fluglärmbeurteilung fest, die den Vorstellungen von Bundesumweltminister Trittin entsprechen. Im Ergebnis sind keine Mehraufwendungen für den passiven Lärmschutz erforderlich.

Bei der Planfeststellung zum Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle waren aufgrund von Auflagen zum passiven Lärmschutz ca. 20 Millionen DM einzustellen. Viele Kommunen und keinesfalls nur solche, in denen die CDU den Bürgermeister stellt, haben sich für einen weiteren moderaten Ausbau ausgesprochen. Dies ist auch eine Voraussetzung dafür, den bereits bestehenden Geschäftsreiseverkehr zu sichern.

Im Antrag der Stadt Magdeburg und der umliegenden Landkreise zur Landesinitiative „Regio“ ist jedenfalls der Flugplatz Magdeburg enthalten. Die Betreiberin hat für den Flughafen eine mittel- und langfristige Unternehmensplanung auf der Grundlage aktueller Bedarfszahlen aus der Region Magdeburg erstellt. Ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen hat im Auftrag der Stadt Magdeburg einen Prüfbericht erstellt, der die betriebswirtschaftliche Korrektheit der Unternehmensplanung mit einem Testat bestätigt hat. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wird der Stadtrat im dritten Quartal dieses Jahres - nach meinem Kenntnisstand im August/September - eine abschließende Bewertung vornehmen.

Wer sich in Sachen Flughafenplanung auskennt, weiß, wie schwierig und langwierig Planfeststellungsverfahren verlaufen können. Berlin-Schönefeld ist hierfür ein aktuelles und eindrucksvolles Beispiel.

Für den Flugplatz Magdeburg gibt es einen rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss. Er erlaubt den Flughafenbetreibern die Verlängerung der Start- und Landebahn von 1 000 m auf 1 800 m sowie die Verlegung eines Abschnitts der Bundesstraße 71. Der Bedarf ist im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Geschäftsreiseverkehr, Linienverkehr und Charterverkehr nachgewiesen worden.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt hat für die Raumordnungsregion Magdeburg die aktuellen Bedarfszahlen auf der Basis von Passagierbefragungen in ganz Deutschland ermittelt. Im Ergebnis bestätigen diese die Prognosedaten für den Flugplatz Magdeburg und würden eine regelmäßige Luftverkehrsbindung von Magdeburg rechtfertigen.

Der Landesentwicklungsplan stellt fest, dass, soweit erforderlich, die Vorrangstandorte in allen regionalen Entwicklungsprogrammen durch regional bedeutsame Standorte zu ergänzen sind. Hierzu sind im regionalen Entwicklungsplan für den Regierungsbezirk Magdeburg als regional bedeutsame Verkehrslandeplätze Magdeburg, Ballenstedt und Cochstedt vorgesehen.

Die Landesregierung hat in Beantwortung einer Kleinen Anfrage bereits eingeräumt, dass ein Ausbau des Flugplatzes Magdeburg-Süd im Einklang mit dem Landesentwicklungsplan und den gültigen regionalen Entwicklungsprogrammen steht. Auch die IHK Halle-Dessau und die IHK Magdeburg haben sich in einer gemeinsamen Erklärung dafür ausgesprochen. Dies deckt sich mit der Forderung der Ständigen Regionalkonferenz Magdeburg.

Es ist nicht hinnehmbar, dass zum Beispiel bei sportlichen Großveranstaltungen - ich bin wieder beim Thema Olympia - die Fußballer - ob nun von Bayern München, von Mönchengladbach oder von woher sie in Zukunft auch kommen mögen - und die Handballer aus Flensburg aufgrund zu kurzer Start- und Landebahn mit ihren Maschinen nicht in Magdeburg landen können. Es fehlen nach unserem Kenntnisstand, Herr Minister, wohl ca. 80 m. Um den Einnahmeausfall durch eine einzige Maschine in dieser Größenordnung zu kompensieren, müssten ca. 100 Sportflieger den Flugplatz zusätzlich anfliegen.

Auch das muss gesagt werden: Die Frage der Finanzierung ist nach wie vor offen. Ich denke, wir stimmen darin überein, dass die Stadt Magdeburg erst einmal den Beschluss fassen muss. Wenn die Stadt Magdeburg sich dafür ausgesprochen hat - das soll im September passieren -, dann ist das Land gefragt. Erst einmal muss die Stadt Magdeburg einen entsprechenden Stadtratsbeschluss herbeiführen.

Als zweites wäre die Abstufung der Bundesstraße 71 zur Landesstraße zu klären. Es müsste geklärt werden, inwieweit man da mit GVFG-Mitteln arbeiten kann. Wirtschaftsförderung wäre es allemal.

Was Halle-Oppin angeht, so ist die Lage dort aufgrund der Nähe zum internationalen Flughafen etwas anders. Aber auch dort stellt sich die Frage nach einem Ausbau. Ein Ausbau der Start- und Landebahn auf 1 300 bis 1 400 m sollte machbar sein. Ähnlich wie in Magdeburg hat sich die Stadt Dessau zum dortigen Flugplatz bekannt, obwohl sich in der Nähe die Siedlung Kleinkühnau befindet. Hier und auch bei den anderen Verkehrslandeplätzen gibt es eine Vielzahl von Problemen zu bewältigen. Bei Nachtflugverbot muss der Flugbetrieb eine halbe Stunde nach Sonnenuntergang eingestellt werden. Die Schließung des Landeplatzes erfolgt im Winter also schon am späten Nachmittag.

In Stendal-Borstel ist die Sanierung der Flugbahn erforderlich. Die Zukunft des Landeplatzes in Ballenstedt hängt hingegen davon ab, wie engagiert Wernigerode die eigenen Pläne weiter verfolgen wird.

Bleibt das Projekt - jetzt machen wir einen großen Sprung - Stendal/Buchholz. Natürlich begrüßen wir die Möglichkeit - daraus haben wir nie einen Hehl gemacht -, dieses Luftdrehkreuz in Stendal/Buchholz zu gestalten.

(Zustimmung von Herrn Schulze, CDU, und von Frau Stange, CDU)

Nun gab es das Berger-Gutachten. Wir jedenfalls, Herr Minister, sagen: Wenn Berger mit seinem Namen dahinter steht, ist das wie ein I-Punkt, dass man sich mit diesem Problem beschäftigen kann. Das Gutachten hat keine neuen Akzente gesetzt, allenfalls dahin gehend, dass auch Roland Berger sagt: Jawohl, das könnte dort gebaut werden.

In dieser Hinsicht sind wir jetzt bei dem Punkt - das gebe ich gerne zu -, dass wir die Schwierigkeit hatten, dass sich die frühere von der CDU geführte Bundesregierung dafür ausgesprochen hat, ein Raumordnungsverfahren durchzuführen, dabei handelt es sich um eine Angelegenheit der Länder. In der Endkonsequenz hat diese Bundesregierung aber an dem Bau des Flughafens in Schönefeld festgehalten.

Meine Damen und Herren! Daran festgehalten haben sowohl die alte als auch die neue Bundesregierung, und deshalb gibt es jetzt genau dasselbe Problem und dieselbe Situation.

Solange man sich auf Bundesebene nicht von dem Flughafenprojekt in Schönefeld verabschiedet, werden wir auf das Projekt Stendal/Buchholz noch lange Zeit warten müssen. Hierbei gibt es aber eine Chance, die wir gemeinsam nutzen sollten. Die CDU-Fraktion steht in dieser Hinsicht jedenfalls für konstruktive Gespräche zur Verfügung.

Ich denke, es wäre auch ein Ansatz für das Land Sachsen-Anhalt insgesamt, obwohl diese Chance natürlich nur dann besteht, wenn sich die Bundesregierung von dem Vorhaben in Schönefeld verabschiedet und möglicherweise auch der neue Senat in Berlin, geführt von Rot-grün, sagt: Nein, Schönefeld wollen wir nicht mehr. Dann hätten wir eine neue Situation.

In Anbetracht der Tatsache, dass ich jetzt noch eine Minute und 20 Sekunden Redezeit zur Verfügung habe und dass sicherlich noch eine Menge zu dem Thema zu sagen ist, auch hinsichtlich der ICE- und der A14-Anbindung von Stendal, möchte ich darauf hinweisen, dass wir dazu bereits in anderen Diskussionen ausführliche Ausführungen gemacht haben.

Ich möchte nur eines, Herr Minister, und ich hoffe, dass Sie darauf eingehen. Sie haben im Jahr 1998 bei einer Veranstaltung in Arneburg den dort Anwesenden Folgendes versprochen - ich zitiere aus dem Protokoll -:

„Das Land hat eine Flugplatzkonzeption in Auftrag gegeben, in der sowohl die kleinen als auch die großen Flugplätze untersucht werden. Das Ergebnis einschließlich eines Luftverkehrskonzeptes werde ich Ihnen in diesem Jahr noch vorlegen.“

Das war im Jahr 1998. Nun kann es sein, Herr Minister, dass ich dieses Konzept aus irgendwelchen Gründen nicht bekommen habe. Aber wenn Sie es mir heute überreichen würden, wäre ich damit auch zufrieden.

Es war Ihre Aussage in Anwesenheit der IHK und auch vieler anderer regionaler Vertreter in der Altmark. Deshalb bitten wir ganz herzlich darum, dass wir dieses Luftverkehrskonzept für Sachsen-Anhalt bekommen, auch wenn es nun drei Jahre zu spät kommt. Das können wir verzeihen, weil das eine oder andere diesbezügliche Problem sicherlich nur sehr schwer zu lösen ist.

Meine Damen und Herren! Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, weil wir denken, wir brauchen in Sachsen-Anhalt einen Mix von Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr.

Ich denke, da der Luftverkehr eine Angelegenheit der Länder ist, sind wir alle gemeinsam dazu angehalten, darauf zu drängen zu erfahren, wie sich der Luftverkehr in Sachsen-Anhalt zukünftig entwickeln wird; denn der Luftverkehr gehört in den Bereich der regionalen Wirtschaftsentwicklung, meine Damen und Herren.

Das Land muss wissen, in welcher Region es einen Luftverkehr bekommt. Ich könnte mir vorstellen, dass der Landrat des Ohrekreises demnächst vorschlagen wird, in Haldensleben ein solches Projekt zu realisieren, damit auch der Ohrekreis einen schönen Landeplatz und damit gute Chancen auf die Gewinnung vieler Investoren, die in Zukunft in den Ohrekreis kommen wollen, hat. - Vielen Dank.

(Herr Sachse, SPD: Jeder Landkreis einen Flugplatz!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege Daehre, Sie haben die Möglichkeit, Ihre Redezeit noch etwas zu verlängern, wenn Sie die Frage des Abgeordneten Herrn Oleikiewitz beantworten.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Aber selbstverständlich. Bitte sehr. Da wir heute so gut in der Zeit liegen, ist das doch kein Problem.

Herr Oleikiewitz (SPD):

Bei all Ihren hochfliegenden Plänen, Herr Dr. Daehre, möchte ich Sie fragen, was Sie von der Aussage eines renommierten Wirtschaftsinstitutes Deutschlands halten, das festgestellt hat, dass es angesichts der Zunahme des internationalen Flugverkehrs auch in Deutschland sinnvoll wäre, darüber nachzudenken, den innerdeutschen Flugverkehr völlig einzustellen.

(Heiterkeit - Herr Scharf, CDU: Ist das jetzt ein Antrag der SPD? Das ist ja interessant!)

Herr Dr. Daehre (CDU):

Herr Oleikiewitz, ich möchte jetzt keine Umfrage dazu starten, wer von den hier anwesenden Abgeordneten einschließlich Ihrer Person möglicherweise in diesem Jahr mit dem Flugzeug fliegt. Das liegt mir fern.

Wenn die Landesregierung oder in dem Fall die SPD-Fraktion dieser Meinung ist, dann soll Sie doch ein Konzept vorlegen, in dem Sie sagt, wir brauchen den innerdeutschen Flugverkehr nicht, das können wir anders machen.

(Herr Oleikiewitz, SPD: Es geht doch nicht um die Landesregierung, Herr Dr. Daehre!)

Der CDU-Fraktion geht es doch nur darum, ein Konzept vorgelegt zu bekommen. Das kann so aussehen. Ob es

dafür eine Mehrheit gibt, ist eine völlig andere Sache. Aber dieses warten wir doch bitte schön mal ab.

(Herr Oleikiewitz, SPD: Soll ich die Frage noch mal stellen, Herr Kollege?)

- Nein, Herr Kollege, das können wir gerne nachher beim Kaffee machen. Ich will die Geduld der Abgeordneten nicht weiter strapazieren. Da Sie später sicherlich noch reden werden, kann ich Ihnen dann darauf etwas erwidern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke für die Einbringung. - Meine Damen und Herren! Die Fünfminutendebatte, die vom Ältestenrat beschlossen worden ist, findet in folgender Reihenfolge statt: FDVP, PDS, DVU, SPD, CDU. Als erstem Redner erteile ich für die Landesregierung Minister Herrn Dr. Heyer das Wort.

Herr Dr. Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Danke schön, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Daehre, Sie haben damit geschlossen, dass wir einen vernünftigen Mix zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern brauchen. Wir von der Landesregierung nennen das schon seit vielen Jahren integrierte Verkehrspolitik, und seit Rot-grün die Bundesregierung in Berlin stellt, nennt sie das auch integrierte Verkehrspolitik.

Es wäre interessant gewesen, zu hören, wie Sie, wenn man diesen Ansatz ernst nimmt, die Frage des Kollegen Herrn Oleikiewitz beantwortet hätten. In dieser Hinsicht fängt es nämlich an, spannend zu werden. Es wäre auch interessant gewesen, wenn Sie nicht nur alle Flugplätze und Flughäfen aufgezählt hätten.

Sie sprechen von Cochstedt und sagen, dass es dringend erforderlich ist, dort weiterzumachen. Dann reden Sie über Magdeburg-Süd und sagen, dass es auch hier dringend erforderlich ist, weiterzumachen. Es liegt doch geradezu auf der Hand, dass man in diesem Bereich Prioritäten setzen muss.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Darauf warten wir jetzt!)

Die Parlamentarier, die sich ernsthaft mit dem Problem beschäftigen, müssen das auch tun. Wenn Sie dann sagen, die Landesregierung muss dazu ein Konzept erstellen, finde ich das ein bisschen dünn.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Haben Sie doch gesprochen!)

Ich komme ja zu dem Konzept. Da Sie darauf warten, dass wir Ihnen einen Vorschlag machen, weil Sie sich selbst nicht entscheiden können, werden wir das auch tun. Wir haben gesagt, wir erstellen ein Flugplatzkonzept für Sachsen-Anhalt, und das wird noch in dieser Legislaturperiode erarbeitet. Es ist bereits in Arbeit.

Ich weiß nicht, wer das Protokoll damals erstellt hat und ob ich das wirklich gesagt und ob ich es abgezeichnet habe. Es war ja im Jahr 1998.

(Herr Dr. Daehre, CDU, ein Schriftstück hoch haltend: Das ist das Originalprotokoll!)

- Ich weiß nicht, wer das Protokoll erstellt hat. Ist meine Unterschrift darauf?

(Oh! und Unruhe bei der CDU)

Ich kann mich nicht daran erinnern, ob ich wirklich gesagt habe, dass wir das Konzept in dieser Legislaturperiode vorlegen wollten. Ich räume aber ein, dass ich den Mund damals vielleicht ein bisschen zu voll genommen habe.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Das kann schon eher sein!)

Das wollten wir vielleicht. - Das wollten Sie doch jetzt von mir hören. Lieber Herr Daehre, ich muss Ihnen doch auch einmal einen Gefallen tun.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Jawohl! Sie müssen sich doch selbst treu bleiben!)

Wenn ich Ihnen in der Sache schon nicht Recht geben kann, dann möchte ich Ihnen doch wenigstens in dieser Hinsicht einmal entgegenkommen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Ja, ja, ja!)

Meine Damen und Herren! Wir wollen ein Flughafenkonzept erarbeiten. Als Grundlage dieses Flugplatzkonzeptes werden wir die neuesten Daten nehmen, die für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans ermittelt werden.

Aufgrund des zwischenzeitlich vorgelegten Flughafenkonzepts der Bundesregierung sowie der besonderen Entwicklungen insbesondere im Zusammenhang mit dem Flughafen Halle/Leipzig, der jetzt in eine Holding eingebracht worden ist - ich möchte nicht wiederholen, was Sie dazu schon gesagt haben -, kann ein Konzept vorgelegt werden, das die verkehrlichen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Notwendigkeiten miteinander verknüpft. Wir können dann zukunftsfähige Vorschläge vorlegen, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Wirtschaft und der Bevölkerung entsprechen.

Wir haben gelernt nicht nur aus den Erfahrungen, die wir mit dem Roland-Berger-Gutachten für den Standort Stendal/Buchholz gemacht haben, sondern auch aus den Erfahrungen, die wir im Aufsichtsrat und in anderen Gremien der Flughafenholding Halle/Leipzig machen: Einen Flughafen oder einen Flugplatz können Sie dort bauen, wo Sie die Gewähr dafür haben, dass die Airlines diesen Flugplatz auch anfliegen.

(Zustimmung von Herrn Oleikiewitz, SPD)

Meine Damen und Herren! Deshalb weigere ich mich - - Sie können die schönsten Angebote machen. Wenn die Fluggesellschaften sagen, dort fliegen wir nicht hin, dann haben Sie dort eine wunderbare Infrastruktur, aber sie nutzt niemand.

Ich möchte darauf hinweisen, wie schwierig es bei einem Standort wie dem Flughafen in der Region Halle/Leipzig ist, der optimale Voraussetzungen bietet, Linienverbindungen hinzubekommen. Mit Charterverbindungen geht das ganz gut. Bei den Linienverbindungen im Personenverkehr und bei der Entwicklung von Cargo-Transportmöglichkeiten sieht man, dass das außerordentlich schwierig ist.

Die Cochstedter haben auch schon ein paar Erfahrungen dahin gehend gemacht, dass es nicht so einfach ist, eine der großen Frachtgesellschaften wie UPS dorthin zu bekommen und einen solchen Platz zu nutzen.

Deshalb haben wir gesagt, wir brauchen ein solches Konzept und erhoffen uns davon Aufschluss. Herr Dr. Daehre, in Bezug auf Magdeburg-Süd sage ich deshalb auch, dass ich ein Konzept haben möchte. Das muss aber die Stadt erarbeiten, weil sie in dieser Angelegenheit federführend ist.

(Herr Scharf, CDU: Hat sie! Hat sie!)

- Ja.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Das ist längst abgeschlossen! Die ist viel weiter!)

- Das weiß ich ja noch nicht. Vielleicht wissen Sie ja viel mehr als ich.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Ja!)

Ich komme Ihnen dabei noch einmal entgegen, Herr Daehre. Ich bin heute großzügig. Wunderbar, es ist bald Wochenende.

(Heiterkeit)

Ich sage, aus diesem Konzept muss sich ergeben, dass auf einem solchen Flugplatz tatsächlich gestartet und gelandet wird. Es darf sich nicht ergeben - Herr Scharf, Sie kennen das aus Magdeburg vielleicht noch besser -, dass eine Fluggesellschaft kommt, die sechs Plätze anbietet und davon drei Plätze von der öffentlichen Hand garantiert haben will.

(Herr Scharf, CDU: Herr Minister, Sie wissen ganz genau, dass die Stadt Magdeburg wesentlich über diesen Zustand hinaus ist! - Beifall bei der CDU)

- Nein, die Stadt Magdeburg ist überhaupt nicht über diesen Zustand hinaus. Die Stadt Magdeburg wird über diesen Zustand hinauskommen, wenn sie einen Stadtratsbeschluss hat.

Sie wiederum, Herr Scharf, wissen ganz genau, dass es einen solchen Stadtratsbeschluss nicht gibt, sondern dass die Fraktionen gegenwärtig darüber diskutieren. Ich beabsichtige nicht, mich in diese Diskussionen einzuschalten.

Wenn die Stadt einen Beschluss fasst, dann sehe ich mir das an und dann werde ich mich auch mit einem solchen Gutachten beschäftigen. Dann werden wir sehen, ob wir das unterstützen können.

Dann müssen aber die Fragen geklärt werden, denen Sie bisher immer so schön ausgewichen sind. Dann müssen wahrscheinlich die Fragen geklärt werden: Können die Flugplätze Cochstedt und Magdeburg-Süd nebeneinander bestehen? Muss man Prioritäten setzen? In welche Richtung sollen diese gesetzt werden?

Ich sage zu Cochstedt nur noch: Das sollte nie ein Flugplatz sein. Als ich das letzte Mal dort war - das liegt sogar schon ein paar Jahre zurück -, war mir das Konzept immer noch als ein Konzept für ein Gewerbegebiet mit Start- und Landebahn vorgestellt worden.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

- So war das und das hat damals auch Herr Leimbach unterstützt. Dort sollte kein Personenverkehr, sondern es sollte reiner Frachtverkehr und ein gewisser Produktionsverkehr mit diesen drei Gesellschaften aus Amerika stattfinden.

Meine Damen und Herren, um es kurz zu machen: Wir werden dieses Konzept erarbeiten. Wir werden dann

auch im Einzelnen mit den Orten, an denen Flugplätze entstehen sollen, verhandeln. Aber eines ist auch klar: Aus dem bloßen Wunsch, irgendwo einen Flughafen, einen Flugplatz zu errichten, daraus wird nichts werden.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Auch wenn wir den Wunsch haben, den Flughafen Stendal zu entwickeln, dann wird daraus solange nichts werden, wie der Flughafen Schönefeld weiter betrieben wird.

Aber eines sage ich Ihnen auch: Gemeinsam mit den Investoren - das sind die Investoren für das Planfeststellungsverfahren -, die das Geld dafür zur Verfügung stellen, werden wir nicht nachlassen, gegen den schlechteren Standort in Schönefeld und für unseren positiveren und besseren Standort in der Altmark zu werben. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Minister. - Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Wolf.

Herr Wolf (FDVP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sachsen-Anhalt liegt mitten in Deutschland; es hat Voraussetzungen für einen Knotenpunkt des Fernverkehrs zwischen den norddeutschen Metropolen Hannover und Hamburg, dem Großraum Berlin und den sächsischen Zentren Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Das Schienennetz ist auf den wichtigsten Strecken modernisiert. Leider sind die Landeshauptstadt und die Stadt Halle für den ICE als „unwichtige Haltepunkte“ abqualifiziert worden. Trotzdem hat Sachsen-Anhalt das Zeug dazu, bei Schiene, Straße und Wasserwegen seine strategisch gute Lage auszuspielen. Da gibt es nichts schlecht zu reden. Es geht um unser Bundesland, unsere Heimat, Herr Schulze. Ein Raumfahrtzentrum werde ich deswegen nicht fordern.

Die Luftverkehrsentwicklung ist der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt recht gut angepasst. Das Land hat zwei Flughäfen, einen Frachtflughafen in Cochstedt und einen Passagierflughafen in Magdeburg. Dazu kommt der modernste Flughafen Halle/Leipzig, an dem das Land wohl mit 20 % beteiligt ist. Dieser Flughafen ist für fünf Millionen Fluggäste konzipiert und kann aufgrund seines Konzepts mühelos bis zu einem dreifachen Fluggastaufkommen erweitert werden. Zurzeit liegen die Fluggastzahlen bei jährlich 2,3 Millionen. Die Konturen des Abfertigungsterminals mit 423 m Länge und 25 m Höhe zeigen schon die Dimension des Großflughafens.

(Herr Oleikiewitz, SPD: Wie schwer ist das Ganze?)

Bis zum Jahr 2003 werden rund 2 Milliarden DM in den Neubau des Flughafens geflossen sein.

Der Frachtflughafen Cochstedt hat das Land bisher 80 Millionen DM gekostet und machte nur Schlagzeilen bei einem groß angelegten Subventionsbetrug. Die Aussicht auf die Schaffung von 700 Arbeitsplätzen lockte die Landesregierung in einen Flop. Seit 1998 gibt es keinen Investor mehr auf dem Cochstedter Flughafen-Gewerbegebiet. Der Flughafen wird von einigen Sportpiloten genutzt. Ansonsten dümpelt die Flughafen GmbH vor sich hin und wird durch Landesmittel am Leben erhalten.

Der Flughafen Magdeburg ist nur für kleine Flugzeuge ausgelegt, hat ca. 20 000 Starts und Landungen, größtenteils von Sportmaschinen, und reicht für die Flugbewegungen der Region aus. Mittlere Flugzeuge können, bedingt durch die geringen Abmessungen der Landebahn, nicht landen.

Für einen weiteren strategischen Flugplatz oder ein internationales Luftdrehkreuz bei Stendal wurde eine kostenintensive Studie von 500 000 DM in Auftrag gegeben, um die Chancen gegenüber dem Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zu sondieren. - Wer wünschte sich das nicht? Doch schon allein die Frage nach den benötigten 25 000 Arbeitskräften kann die Landesregierung aufgrund der ständigen Abwanderung gerade junger, qualifizierter Fachkräfte nicht mehr lösen. Die Bundeshauptstadt Berlin braucht ihre eigenen Flughäfen, die in kurzer Zeit zu erreichen sind. Dies ist eine internationale Vorgabe.

Bei allem Lokalpatriotismus ist der Blick nach Hannover-Langenhagen zu richten. Die Anbindungen nach Sachsen-Anhalt sind bestens und es werden die vorhandenen bescheidenen Mittel geschont. Auch das ist ein Gesichtspunkt, vielleicht ein realer.

Ein Bericht gemäß dem Antrag verspricht sehr interessant zu werden. Das Ja hierzu geben wir.

(Zustimmung bei der FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kasten hat für die PDS-Fraktion das Wort.

Herr Kasten (PDS):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich eigentlich kurz fassen und werde - -

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei der FDVP)

Die Bewertung der einzelnen Flughäfen und Flugplätze, die Herr Dr. Daehre explizit dargestellt hat, kann ich nicht nachvollziehen. Ich mache zunächst einige Anmerkungen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Der eine ist für die Schiene und der andere für Flughäfen!)

Herr Dr. Daehre, als Erstes: Man kann auch Urlaub machen, ohne zu fliegen. Wenn Sie über das Verkehrsgeschehen und auch über Vernetzung berichten, dann haben Sie bis jetzt die Radfahrer und Fußgänger vergessen. Sie machen auch einen Anteil aus.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Czeke, PDS: Und die Reiter!)

Vom Verkehrsgeschehen her ist die Luftschifffahrt nicht erwähnt worden. Sie haben bezüglich des Flughafens Braunschweig auch vergessen zu erwähnen, dass das ein Forschungsflughafen ist, und haben sich sehr auf den Magdeburger Bereich konzentriert. Auch in Allstedt gibt es einen Flugplatz. Sie müssen dazu auch sagen, dass die Verwaltungsgemeinschaft Nordharz einen Flugplatz auf ihrem Territorium, also im Landkreis Wernigerode, ablehnt.

Als Letztes noch eine kleine Anmerkung zu Cochstedt. Sie wissen sicherlich, dass die Fahrzeit nach Cochstedt mit dem Pkw so gering ist, dass sie der Zeit entspricht, die Sie in der Großstadt normalerweise auch im Auto

oder in öffentlichen Verkehrsmitteln verbringen. Das ist von der Distanz her lächerlich.

Es ist aber allgemein bekannt, dass derzeit der Luftverkehr im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern überproportional wächst. Dieses Wachstum hat mehr als eine Ursache und belastet die Biosphäre der Erde im Vergleich zu den Verkehrsleistungen der anderen Verkehrsträger um das Mehrfache. Das haben Sie in keinem Fall erwähnt.

In diesem Spannungsfeld hat im April 1998 die Konferenz der Verkehrsminister und -senatoren des Bundes und der Länder ein Zehnpunkteprogramm für eine Strategie zur Entwicklung des deutschen Flughafensystems verabschiedet. Sie kennen es sicherlich. Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat im August 2000 den Entwurf eines Flughafenkonzeptes der Bundesregierung vorgelegt, das zurzeit erörtert wird.

Das Land Sachsen-Anhalt ist über den internationalen Flughafen Halle/Leipzig, den Verkehrsflughafen Cochstedt sowie weitere Landesplätze in das dezentrale deutsche Flughafensystem eingebunden.

Ich sage Ihnen nach der Höhe des Verkehrsaufkommens, welche 17 internationalen Flughäfen das sind: Frankfurt (Main), München, Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Stuttgart, Köln, Bonn, Hannover und Nürnberg. Dann kommt Halle/Leipzig, dann folgen Bremen, Dresden, Münster, Osnabrück und Saarbrücken. Hier haben Sie den Übergang in den europäischen und transkontinentalen Luftverkehr.

(Zuruf von Frau Schnirch, CDU)

Flughäfen, die keine Hub-Funktion wahrnehmen, bleiben in ihrer künftigen Entwicklung vom Potenzial des lokalen Aufkommens abhängig. - Wir haben heute früh über die Bevölkerungsentwicklung diskutiert. Für mich ist es immer interessant, wo Sie das lokale Aufkommen her bekommen.

Ebenso ist zu beobachten, dass insbesondere die Bahnverkehrspolitik auf die Verlagerung von Luftverkehrsverbindungen mit kurzen Zeitdistanzen - Sie kennen sicherlich die Zahl 600 km - auf die Schiene setzt.

Bisher unzureichend berücksichtigt sind bei dieser Entwicklung die berechtigten Interessen Betroffener beim Thema Fluglärm. Es stehen die Novellierung des Fluglärmsgesetzes und der Erlass einer Lärmschutzverordnung an. Beides liegt in der Zuständigkeit der Bundesregierung.

Bisher - das muss man auch bei diesem Thema berücksichtigen - gibt es keine Besteuerung von Kerosin und Flugbenzin im gewerblichen Luftverkehr. Sie ist aber im Rahmen von EU-Regelungen mittelfristig zu erwarten. Dazu weise ich auf die Anmerkungen von Minister Heyer zu den finanziellen Aspekten hin.

Für das Land Sachsen-Anhalt sind die Grundsätze und Ziele zum Luftverkehr im Landesentwicklungsplan verankert. So erwarten wir auch schon wesentliche Aussagen hierzu im Landesentwicklungsbericht.

Als Resümee ist zu sagen: Dieser Antrag differenziert zwar Inhalte, lässt aber raumordnerische und insbesondere finanzielle Aspekte außen vor. Um das stimmig zu bekommen, schlagen wir eine Überweisung in den Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr vor. Eine Berichterstattung lediglich zu einem der Punkte

lehnen wir ab. Wir werden das weitere Verfahren abwarten bzw. so entscheiden. - Danke schön.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Jaja, Herr Kasten, so ist das mit den Ankündigen, man wolle es kurz machen. - Die DVU-Fraktion verzichtet auf einen Redebeitrag. Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Sachse.

(Frau Stange, CDU: Diesmal etwas Richtiges!)

Herr Sachse (SPD):

Das kann ich Ihnen nicht versprechen.

(Heiterkeit - Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich im Umfeld meiner Fraktionskollegen kurz über den Vortrag von Herrn Dr. Daehre verständigt. Wir können diesen Ausführungen nicht viel abgewinnen.

Der Begriff „Luftverkehrskonzeption“ für unser kleines Land erscheint uns etwas hochgehungen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Der Ausdruck kommt vom Minister!)

Ich bin mir nicht im Klaren darüber, ob wir das in dieser Form diskutieren sollten, wie Sie es vorgetragen haben. Man könnte auch sagen, es gibt in unserem Land dringendere Themen als ein Luftverkehrskonzept, zumal wir uns bisher nicht im luftleeren Raum bewegen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Das ist das Signal nach draußen!)

Wir haben durchaus konzeptionelle Ansätze, die sich sehen lassen können und die wir punktuell in unserem Land nicht vernachlässigt, sondern ausgebaut haben.

Das Luftverkehrskonzept vermittelt eine Erwartungshaltung für dringend zu ordnende Entwicklungen oder für eine unbedingt notwendige neue Festlegung von Entwicklungslinien. Das ist mit Sicherheit nicht erforderlich. Ich erinnere daran, dass wir Gutachten aus den vergangenen Jahren haben, von 1991, 1992 und 1993. Sie müssen die Gutachten genau kennen. Darin sind auch die Begriffe genau definiert.

Wenn wir über die für Sachsen-Anhalt wichtigen Luftverkehrshäfen mit dem internationalen Anspruch sprechen, brauchen wir kein neues Konzept. Wir haben uns in diesem Haus über den Standort Halle/Leipzig oft genug unterhalten. Hierzu liegen klare Bekenntnisse vor. Das Angebots Sachsen-Anhalts für den Großraum Berlin am Standort Stendal/Buchholz wurde auch klar formuliert. Das ist die eine Säule in dieser Frage.

Die Verkehrslandeplätze - um auf die üblichen Begriffe einzugehen, weil oftmals vieles vermischt wird - mit mehr oder weniger regionaler Bedeutung für Verkehr und Wirtschaft und oder entsprechenden Einbindung in die regionalen Entwicklungspläne sind ebenfalls in ihrer Entwicklung fixiert. Es ist nicht so, dass das völlig losgelöst im Raum existiert. Der Minister hat vorhin zu Recht die Magdeburger Entwicklung angesprochen, die wir aufmerksam begleiten und die man punktuell in die normalen Förderungen einbeziehen kann.

Wir haben des Weiteren die dritte Säule, die Sonderlandeplätze - die Sportplätze, wenn man so will - mit einem Großteil des sportlichen Verkehrs. Dafür brauchen wir nun wahrlich keine verkehrskonzeptionelle Entwicklung; denn das Konzept beziehe ich immer auf verkehrliche Notwendigkeiten in diesen Fragen.

Kurzum, wir würden gern über die einzelnen Anstriche des Antrages abstimmen lassen und nur dem ersten Anstrich unsere Zustimmung geben wollen. Die anderen Anstriche würden wir davon abhängig machen, wie der Ausschuss die weiteren Schritte parlamentarisch begleitet. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Dr. Heyer)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Dr. Daehre, Sie haben noch einmal das Wort für die CDU-Fraktion.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren von der SPD! Herr Minister, ich verstehe, dass Sie nicht so richtig an das Thema herangehen wollen. Herr Kasten hat noch einmal zum Ausdruck gebracht, dass wir das alles eigentlich nicht brauchen.

Herr Sachse, der Begriff „Flugplatz-Luftverkehrskonzeption“ ist in dem Protokoll von Ihrem Minister dokumentiert. Er hat 1998 gesagt, dass er ein solches Konzept für das Land vorlegen will. Nun müssen Sie dem Minister sagen, dass das Land zu klein ist, dass er so etwas nicht machen soll. Pfeifen Sie ihn zurück.

(Herr Sachse, SPD: Pfeifen? Wir reden darüber!)

- Ja, oder reden Sie darüber. Machen Sie das. Aber das ist die Situation.

(Herr Sachse, SPD: Gepfeifen wurde früher vielleicht!)

- Ja, Herr Sachse. - Wir machen für alles Konzeptionen. Bei jeder Angelegenheit, die irgendwie nicht klappt, sagen Sie: Wir machen erst einmal eine Konzeption. Bei diesem Punkt kann das Ergebnis auch heißen, das brauchen wir nicht. Ich will nicht sagen, wie es aussehen soll. Aber wir brauchen erst einmal eine Diskussionsgrundlage, sodass wir uns darauf einigen können, was wir in Sachsen-Anhalt brauchen. Um nicht mehr und nicht weniger geht es in unserem Antrag.

Ich denke, Herr Minister, Sie haben eben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir bis zum Ende dieser Legislaturperiode - die endet bekanntermaßen am 21. April 2002 um 0 Uhr - das Konzept noch vorgelegt bekommen. Aber vielleicht hat es sich am 21. April auch erledigt. Dann können wir es machen, meine Damen und Herren.

(Minister Herr Dr. Heyer lacht - Herr Sachse, SPD: Das ist wieder hochgestapelt!)

Noch zwei Anmerkungen. Die erste betrifft Cochstedt, Herr Minister. Jetzt wird es doch wieder ernst. Sie äußern sich in der Presse über Cochstedt. Der Minister Püchel äußert sich über Cochstedt. Frau Ministerin Budde äußert sich über Cochstedt. Jetzt sagen Sie am Rednerpult, das letzte Mal seien Sie vor drei Jahren in Cochstedt gewesen, das wüssten Sie ganz genau. Dazu

muss ich Ihnen als Verkehrsminister dieses Landes sagen: Sie sagen, Sie waren das letzte Mal vor einigen Jahren in Cochstedt, und jetzt äußern Sie sich dazu?

(Minister Herr Dr. Heyer: Das ist doch Quatsch!)

Beide Minister, Sie und Herr Püchel, sagen, dort muss es weitergehen. Frau Budde sagt: Im Moment gibt es keine Fördermittel. Das Thema sollten wir im Ausschuss noch einmal aufrufen.

Zweitens. Eine große Zeitung hat die Minister in dieser Woche befragt. Der Raumordnungsminister hat gesagt, er sei dafür nicht zuständig. Der Verkehrsminister hat durch seinen Pressesprecher antworten lassen, man gebe keine Auskunft. Das endete in der Frage, ob die Regierung sprachlos sei.

Nun nehme ich zwei Ergebnisse mit. Erstens. Die SPD-Fraktion sagt, das Land sei zu klein; man brauche dieses Konzept nicht. Zweitens. Der Minister sagt, in dieser Legislaturperiode komme ein Konzept. - Warten wir ab, meine Damen und Herren, wie es Ende dieses Jahres aussieht. Wir werden dieses Thema mit Interesse verfolgen.

Noch eines abschließend: Wir brauchen dieses Konzept genauso wie einen Landesverkehrswegeplan. Wir brauchen dasselbe Konzept für die Schiene und auch für die Wasserstraßen. Erst dann, wenn die vier Konzepte vorliegen, können wir uns über ein integriertes Verkehrssystem unterhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kannegeiser, DVU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Damit Ihre Aussage nicht unwidersprochen im öffentlichen Raum stehen bleibt, sage ich Ihnen, Herr Kollege Daehre, dass die Legislatur mit der konstituierenden Sitzung endet. Diese ist etwas später als die Wahl.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Entschuldigung, Frau Präsidentin! - Herr Scharf, CDU: Dann haben Sie noch länger Zeit! - Herr Dr. Daehre, CDU: Da haben Sie noch ein paar Wochen länger Zeit! - Herr Dr. Rehhahn, SPD: Viel länger!)

Wir kommen zum Abstimmungsverfahren zur Drs. 3/4683. Es ist zunächst über die Überweisung in den Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr abzustimmen, wie von der PDS-Fraktion beantragt wurde. Wer stimmt dem Antrag auf Überweisung zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es gibt keine Enthaltungen. Der Überweisungsantrag hat dennoch eine Mehrheit gefunden. Damit ist der Antrag in allen Punkten überwiesen worden. Wir haben den Tagesordnungspunkt 37 abgeschlossen. Der Tagesordnungspunkt 38 ist zurückgestellt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 39** auf:

Beratung

Aufenthaltsrechtsregelungen für Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner in der aktuellen Situation

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4686**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4701**

Der Antrag wird eingebracht durch den Abgeordneten Herrn Gärtner. Bitte schön.

Herr Gärtner (PDS):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits im letzten Jahr haben wir uns mit diesem Thema im Parlament sehr intensiv beschäftigt, nachdem im Sommer des letzten Jahres zahlreiche Abschiebungen in den Kosovo, insbesondere von Familien, vollzogen worden sind. Aufgrund des bevorstehenden Winters wurde auf Initiative vorrangig der UNMIK-Verwaltung auf eine weitere Rückführung verzichtet, da sich die Situation vor Ort insbesondere hinsichtlich der Unterbringungs- und Versorgungssituation äußerst problematisch gestaltet hatte.

Daraufhin begrüßte der Landtag von Sachsen-Anhalt am 14. Dezember 2000 in einer Entschließung die vom Ministerium des Innern des Landes vorgesehene Regelung zur Rückführung der Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner.

Auf der Konferenz der Innenminister am 9./10. Mai 2001 in Schierke verständigten sich die Minister der Länder über aufenthaltsrechtliche Regelungen für erwerbstätige Ausreisepflichtige aus Bosnien-Herzegowina und Jugoslawien einschließlich dem Kosovo. Diese sehen vor, dass unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltsbefugnis für Personen aus den genannten Herkunftsländern erteilt werden kann. Die Minister der Länder bestätigten aber zugleich ihren Beschluss vom 19. November 1999, der die generelle Rückführung von Kosovo-Albanern beinhaltet.

Nunmehr ist aus der Sicht der PDS-Fraktion eine neue Situation eingetreten, die bei der Fassung des Beschlusses der Innenminister im Jahr 1999, bei der Verabschiedung des Landtagsbeschlusses am 14. Dezember des letzten Jahres, aber auch zum Zeitpunkt des Beschlusses der Innenminister in Schierke nicht vorherzusehen war.

Wer sieht sie nicht, die tagtäglichen Bilder der schweren Kämpfe in Mazedonien? Die gesamte Region befindet sich in einer sehr instabilen Lage. Natürlich besteht zwischen den Kämpfen in Mazedonien und im Kosovo ein direkter Zusammenhang. Denn woher kommen wohl die Kämpfer auf albanischer Seite in Mazedonien? Woher stammen denn die Waffen, die dort eingesetzt werden?

Uns liegen Informationen vor, die besagen, dass aus Deutschland zurückkehrende junge Männer sofort für die UCK rekrutiert werden sollen. Ich denke nicht, dass wir mit Abschiebungen dazu beitragen sollten, diesen Krieg zu verstärken. Das muss verhindert werden!

(Zustimmung bei der PDS)

Es besteht für Rückkehrende eine akute Gefahr für Leib und Leben. Das sollte Anlass genug sein, Rückführungen und Abschiebungen in der jetzigen Situation nicht zu vollziehen. Es kommen allerdings weitere Fakten hinzu.

Vor zwei Tagen gab es über die Nachrichtenagentur dpa eine Information aus Pristina unter der Überschrift „UNHCR bereitet sich auf neuen Flüchtlingsstrom aus Mazedonien vor“. Darin heißt es - ich darf mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin, zitieren -:

„Das UNHCR bat erneut um zusätzliche Finanzmittel für die im Kosovo untergebrachten Flüchtlinge. Seit Beginn des Konfliktes in Mazedonien im Februar sind nach UNHCR-Angaben 70 000 Menschen in den Kosovo geflohen, 50 000 davon allein im Juni.“

Die meisten seien bei Gastgeberfamilien untergebracht. Derzeit sei die Lage unter Kontrolle. Sollten allerdings neue Flüchtlingsströme eintreffen oder die jetzigen Flüchtlinge für Monate nicht in ihre Heimat zurückkehren können, werde die Organisation finanzielle Hilfe benötigen, sagte die Sprecherin weiter.

So viel zum UNHCR aus dem Kosovo.

Jetzt besteht eine neue Situation, und zwar dass wir weitere Flüchtlinge abschieben wollen.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu, welcher in zahlreichen Petitionen zum Ausdruck kommt und auf der Konferenz der Vorsitzenden der Petitionsausschüsse am 17./18. Juni 2001 in Magdeburg formuliert worden ist. Der Beschluss der Konferenz der Innenminister vom 9./10. Mai 2001 kommt für in Sachsen-Anhalt lebende Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner so gut wie nicht zum Tragen, da aufgrund der jeweils nur einmonatigen Verlängerung der Duldung kein Arbeitgeber eine Einstellung vornimmt und die Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern zudem äußerst kritisch ist. Das wissen wir alle.

Oftmals ist es aber auch so, dass junge aus dem Kosovo stammende Menschen teilweise seit sechs und mehr Jahren in Deutschland leben, hier aufgewachsen sind, eine Ausbildung absolviert haben und somit hier integriert sind. Es macht keinen Sinn, einen Jugendlichen, der in Sachsen-Anhalt groß geworden ist, hier eine Ausbildung erhalten hat und qualifiziert ist, ins Nichts oder zur UCK zurückzuschicken. Das ist unverantwortlich.

Deshalb fordert die PDS-Fraktion eine vollständige Überprüfung der Rückführungspraxis bei Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albanern. Es macht keinen Sinn, Kriterien für ein Bleiberecht zu formulieren, wenn man genau weiß, in den neuen Ländern werden Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner diesen Kriterien gar nicht genügen können - und das trotz langjährigen Aufenthaltes. Wie soll jemand eine Chance haben, dem seit Jahren nur von Monat zu Monat die Duldung verlängert wird, der seit Jahren bewusst in permanenter Verunsicherung in diesem Land leben muss?

Ich denke, diese Praxis der Ausländerbehörden ist dringend überprüfungsbedürftig. Gerade weil die Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner, die in den neuen Ländern leben, aus diesem Grund die Kriterien der Konferenz der Innenminister kaum erfüllen können, greift der Änderungsantrag der SPD-Fraktion aus unserer Sicht zu kurz.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, nach Ihrem Änderungsantrag soll der Landtag von Sachsen-Anhalt etwas begrüßen, was die Menschen in Sachsen-Anhalt kaum betrifft.

Die PDS-Fraktion fordert, dass die Rückführung und die Abschiebung von Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albanern aufgrund der aktuellen Situation in den Herkunftsgebieten nicht vollzogen werden dürfen. Neue Situationen erfordern neue Entscheidungen. Man mag zur Rückführung im Prinzipiellen stehen wie man will, aber ausgerechnet in der gegenwärtigen Situation mit der Rückführung zu beginnen wäre höchst unverantwortlich.

Der Landtag sollte sich dieser neuen Situation insbesondere aus humanitären Gründen stellen und dem

Antrag meiner Fraktion die Zustimmung erteilen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke für die Einbringung. - Die vereinbarte Fünfminutendebatte erfolgt in der Reihenfolge CDU, FDVP, SPD, DVU und PDS. Als Erstem erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Püchel das Wort.

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde in meinem Beitrag noch einige Male auf die Rede von Herrn Gärtner eingehen, ich möchte aber einen Satz gleich zu Beginn sagen, um etwas klarzustellen.

Ich habe gerade noch einmal nachgefragt: In diesem Jahr sind bis Ende Mai vier Kosovo-Albaner abgeschoben worden. Das waren Straftäter. Sie sprechen von ganz anderen Größenordnungen. Wenn man Ihnen zuhört, dann muss man denken, das Land Sachsen-Anhalt ist ein unmenschliches Land, ich bin vielleicht sogar eine Bestie und wir schieben in Größenordnungen ab. - Ich finde das unmöglich.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der DVU)

Meine Damen und Herren! Bereits im September des letzten Jahres haben wir im Landtag auf Antrag der PDS-Fraktion über die Rückführung von Kosovo-Albanern debattiert. In der Folge begrüßte der Landtag in einer Entschließung am 14. Dezember 2000 die von meinem Haus vorgesehene Regelung zur Rückführung der Flüchtlinge. Mit dem uns heute vorliegenden Antrag steht die Rückkehr der Kosovo-Flüchtlinge erneut im Mittelpunkt.

Eines will ich an dieser Stelle auch in Bezug auf das, was eben zu hören war, deutlich sagen: Die Beachtung humanitärer Grundsätze in der Flüchtlingspolitik ist ein Anliegen, das die Landesregierung im Rahmen ihrer liberalen Ausländerpolitik seit Jahren verfolgt. Diese Grundsätze werden in Abstimmung mit den anderen Bundesländern natürlich auch bei der Rückführung der kosovarischen Flüchtlinge angewendet.

Die Innenminister haben sich anlässlich ihrer Konferenz im Frühjahr in Schierke in Fortsetzung ihrer bisherigen Beschlüsse über aufenthaltsrechtliche Regelungen für Ausreisepflichtige aus Jugoslawien einschließlich dem Kosovo verständigt. Auf dieser Grundlage wurde mit dem Erlass meines Hauses vom 30. Mai dieses Jahres die Rückführung von Kosovo-Albanern geregelt.

Bei der eingangs erwähnten Debatte im September des letzten Jahres hatte ich auf die Schwerpunkte bei der Rückführung hingewiesen. Sie gelten im Wesentlichen unverändert fort. Zur Erinnerung möchte ich sie kurz nennen:

Alle Kosovo-Albaner ohne ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland haben sich auf eine freiwillige - ich betone: freiwillige - Rückkehr vorzubereiten. Die freiwillige Rückkehr hat Vorrang vor der zwangsweisen Rückführung. Die freiwillige Rückkehr wird insbesondere im Rahmen der Programme Reag und Garp gefördert, die vom Bund und vom Land jeweils zur Hälfte finanziert werden.

Zurückgeführt werden nur Albaner aus dem Kosovo. Andere Volksgruppen, wie zum Beispiel Serben, Roma und Aschkali - übrigens eine Gruppe von rund 1 000 Personen bei einer Anzahl von ca. 2 300 kosovarischen Flüchtlingen einschließlich der Asylbewerber -, bleiben vorerst bis zum 30. November von der Rückführung ausgenommen. Wir nehmen also eine Gruppe von 1 000 bis zum 30. November erst einmal aus. Unbeschadet des Vorgangs der freiwilligen Ausreise sind, sofern die Ausreisepflicht nicht beachtet wird, Maßnahmen zur zwangsweisen Rückführung einzuleiten. Dies betraf in diesem Jahr, bis Ende Mai, wie gesagt vier Personen.

Von der Rückkehrpflicht sind bestimmte Personengruppen vorerst ausgenommen, zum Beispiel traumatisierte Personen, Zeugen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, Familien unterschiedlicher Ethnien, Auszubildende und unbegleitete Minderjährige. Neben diesen Personengruppen räumt der Beschluss der IMK auch erwerbstätigen Kosovo-Albanern unter bestimmten Voraussetzungen ein Bleiberecht ein.

In Sachsen-Anhalt haben 250 Kosovo-Albaner eine Arbeitserlaubnis. Das ist eine beachtliche Größenordnung. Wie viele davon Arbeit haben, wissen wir nicht genau, aber 250 haben eine Arbeitserlaubnis.

Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, habe ich in diesem Jahr den Vorsitz der IMK inne. Nicht zuletzt in dieser Eigenschaft habe ich mich nachhaltig und wiederholt für eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Regelungen für ausreisepflichtige Kosovo-Albaner sowie für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina eingesetzt. Die Verhandlungen mit meinen Kollegen gestalteten sich sehr schwierig. Waren meine Bemühungen bei der IMK im November letzten Jahres zunächst noch erfolglos, so zeichnete sich bereits im Februar dieses Jahres ein erster Erfolg ab.

Auf einer von mir einberufenen Sondersitzung der Innenminister am 15. Februar 2001 auf dem Flughafen in Frankfurt am Main konnten wir uns auf ein Bleiberecht für Erwerbstätige aus Bosnien-Herzegowina einigen. In der Folge ist es auf der Tagung im Mai auf dem Brocken gelungen, diese Regelung auch auf die kosovarischen Flüchtlinge auszudehnen. Ich werte dieses Ergebnis als einen außerordentlichen Erfolg.

Aufgrund dieser Beschlusslage können Ausreisepflichtige, die sich unter anderem seit mindestens sechs Jahren in Deutschland aufhalten und seit zwei Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, ein Aufenthaltsrecht erhalten. Damit wird den Flüchtlingen, die sich sozial und wirtschaftlich in Deutschland integriert haben und die im Falle einer Rückkehr eine eigenständig geschaffene Lebensgrundlage aufgeben müssten, die Möglichkeit des Verbleibs eingeräumt.

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass für weitergehende Regelungen im Rahmen der IMK kein Verhandlungsspielraum besteht. Ein erneuter Vorstoß in der IMK im Sinne des vorliegenden PDS-Antrages hätte keinerlei Aussicht auf Erfolg - so klar muss ich das hier sagen.

Ich verkenne nicht, dass nur ein Teil der kosovarischen Flüchtlinge in Deutschland aufgrund der Beschlusslage der IMK ein Aufenthaltsrecht erhalten wird. Auch meiner Ministerkollegin und den -kollegen war dieser Umstand bewusst. Dieser Beschluss stellt jedoch den einzig möglichen Kompromiss dar, mit dem die verschiedenen Auffassungen der Länder unter einen Hut gebracht werden konnten.

Meine Damen und Herren! Der Antrag der PDS verfolgt das Ziel, über die bisherigen aufenthaltsrechtlichen Regelungen hinauszugehen und auch den ausreisepflichtigen Flüchtlingen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit sichern können, ein zumindest vorübergehendes Aufenthaltsrecht einzuräumen. Eine solche humanitäre Regelung hätte zur Folge, dass dem Land und - nach Ablauf der zweijährigen Erstattungsfrist - den Kommunen erhebliche zusätzliche Kosten entstehen würden. Im Übrigen bedürfte eine solche Regelung außerhalb der IMK-Beschlüsse des Einverstehens des Bundesministers des Innern. Er müsste zustimmen, wenn wir eine solche Sonderregelung wählen würden.

Bereits jetzt tragen Land und Kommunen die Kosten in den Fällen, in denen aus humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht gewährt wird und Sozialhilfebedürftigkeit besteht. Unabhängig von einer weiteren erheblichen Kostenbelastung für Land und Kommunen besteht aber keine Notwendigkeit für eine solche Entscheidung; denn, wie auch der UNHCR betont, es ist eine sichere Rückkehr der ehemaligen Flüchtlinge gewährleistet.

Zur arbeitsrechtlichen Seite ist zu bemerken, dass die Möglichkeit der Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit mit gültiger Arbeitserlaubnis für alle Kosovo-Albaner bestand und nicht durch eine entsprechende Weisung meines Hauses eingeschränkt wurde. Auch erging zu keiner Zeit die Anweisung, nur auf einen Monat befristete Duldungen auszusprechen. Sollte dies in Einzelfällen geschehen sein, werden die Gründe dafür im Rahmen der Fachaufsicht geprüft werden. Duldungen haben normalerweise eine Frist von sechs Monaten.

Es ist aber auch nicht erkennbar, dass den Betroffenen dadurch erhebliche Nachteile entstanden sein könnten. Die Arbeitsverwaltung erteilt auch geduldeten ehemaligen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern Arbeitserlaubnisse, wenn im Rahmen einer Arbeitsmarktprüfung festgestellt wird, dass für die beabsichtigte Tätigkeit keine deutschen oder bevorrechtigten ausländischen Arbeitslosen zur Verfügung stehen.

Die Arbeitslosenquote in den ostdeutschen Bundesländern ist zwar höher als in den westdeutschen; aus diesem Ungleichgewicht kann jedoch kein Verbleib für die Kosovo-Albaner in Sachsen-Anhalt hergeleitet werden.

Meine Damen und Herren! Bund und Länder sind sich darin einig, dass eine gefahrlose Rückkehr in das Kosovo möglich und zumutbar ist und dass die Verhältnisse vor Ort eine Rückkehr zulassen. Angesichts der zwischenzeitlich erreichten Ergebnisse der zivilen Friedensimplementierung bestand in der IMK im Mai Einvernehmen hierüber.

Die Rückführungen aus Deutschland erfolgen in Abstimmung des Bundesinnenministeriums und des Auswärtigen Amtes mit der UNMIK, der zivilen Verwaltung der Uno im Kosovo, dem UNHCR - Sie sprachen es selbst an - sowie der IOM.

Im Frühjahr hatte ich - das ist erst kurze Zeit her - in meiner Funktion als IMK-Vorsitzender die Gelegenheit, mit dem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland Herrn Wetterwald in Magdeburg insbesondere über die Rückführungspraxis zu sprechen. In diesem Gespräch, Herr Gärtner, hat er ausdrücklich die Rückführungspraxis der deutschen Seite gelobt, insbesondere auch die des Landes Sachsen-Anhalt. Ein Lob aus solchem Munde hat, glaube

ich, besondere Bedeutung und ist Beleg für ein verantwortungsbewusstes Handeln der IMK und auch dieses Innenministers.

Die derzeitige Situation vor Ort gibt keinen Anlass, von der Rückführung Abstand zu nehmen. Das Auswärtige Amt hat mir bestätigt, dass die Rückkehrer durch die Auseinandersetzungen der mazedonischen Truppen mit den albanischen Rebellen nicht gefährdet sind. Der Flughafen in Pristina/Kosovo, der sowohl für zwangsweise als auch für freiwillige Rückführungen angefliegen wird, ist sicher. Als ich im Kosovo war, war dies noch nicht der Fall; jetzt ist er sicher.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss zusammenfassend deutlich sagen: Sachsen-Anhalt hat sich stets dafür eingesetzt, Flüchtlinge, die sich in akuter Not befinden, aufzunehmen, solange es die Situation in ihren Heimatländern erfordert. Nach Beruhigung der Situation müssen sie allerdings in ihre Heimat zurückkehren. Das war bei den Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina so; dies ist auch bei den Flüchtlingen aus dem Kosovo so.

Nach übereinstimmender Auffassung von Bund und Ländern ist eine gefahrlose Rückkehr von Kosovo-Albanern möglich und zumutbar. Die medizinische und soziale Grundversorgung ist gewährleistet. Für einen weiteren Verbleib in Deutschland durch die Einräumung eines vorübergehenden Aufenthaltsrechts oder durch die Aussetzung der Abschiebung sehe ich daher keine Notwendigkeit.

Es besteht auch keinerlei Aussicht darauf - ich betone: keinerlei Aussicht -, das erforderliche Einvernehmen und die Zustimmung des Bundes für eine Ausweitung der beschlossenen Regelung zu erreichen. Somit besteht auch keine Veranlassung für eine besondere Initiative unseres Landes.

Insgesamt sehe ich keine Notwendigkeit für den vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion. Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Antrag abzulehnen. Ich bin gern bereit, im Sinne des Änderungsantrages der SPD-Fraktion im Innenausschuss über den Vollzug der durch die IMK beschlossenen Bleiberechtsregelungen zu berichten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Schulze.

Herr Schulze (CDU):

Frau Präsidentin! Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesrepublik Deutschland engagiert sich bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus humanitären Gründen in überdurchschnittlichem Maße. Diese Hilfsaktionen können nur dann in dem genannten Umfang aufrechterhalten werden, wenn die Bürgerkriegsflüchtlinge nach Beendigung der Bedrohungssituation in ihre Heimatländer zurückkehren.

Meine Damen und Herren! Von diesem Grundsatz wird es immer Ausnahmen geben. Die Innenministerkonferenz hat sich am 10. Mai 2001 in Schierke mit derartigen Ausnahmeregelungen für Kosovo-Albaner befasst. Erst vor wenigen Tagen, am 20. Juni dieses Jahres, hat sich der Innenausschuss des Landtages im Rahmen der

Selbstbefassung erschöpfend mit dieser Thematik auseinandergesetzt.

Die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Landtag sieht keinen Anlass, ausgerechnet in Sachsen-Anhalt von dem im Kanon mit allen anderen Bundesländern gefassten Beschluss der Innenministerkonferenz abzuweichen. Sie wird deshalb den SPD-Änderungsantrag unterstützen.

Der Ursprungsantrag, der das Grundanliegen einer vernünftigen Bürgerkriegsflüchtlingspolitik ins Gegenteil verkehren möchte, ist aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Weich.

Herr Weich (FDVP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie gravierend ist die Situation denn nun wirklich? Es hat jüngst wieder Unruhen in Mazedonien am Rande der Hauptstadt Skopje gegeben. Der Abzug der Albanerrebellen ist vollzogen. Die EU fordert die Ausdehnung des Waffenstillstandes auf das ganze Land und keine weitere Bewaffnung. Die Situation ist also nicht so dramatisch, wie sie die Landtagskommunisten sehen.

Meine Damen und Herren! Der Antrag der Kommunisten ist ein Unsinnantrag. Er widerspricht dem Bundesrecht und kann nur mit beißendem Spott bewertet werden. Herr Fikentscher hat den Frieden im Kosovo herbeibomben lassen, und da Frieden im Kosovo eingetreten ist, ist es Pflicht der Kosovo-Albaner, das Gastland zu verlassen und in der Heimat Aufbauhilfe zu leisten.

Deutschland kann nicht die gesamte Welt aufnehmen und der Finanzrahmen ist ausgeschöpft. Eine Kuh kann nur so lange gemolken werden, wie sie im Futter steht. Dem deutschen Arbeitnehmer wird zwischenzeitlich das Futter entzogen. Damit ist es eine Frage der Zeit, wann das Sozialsystem in Deutschland zusammenbricht.

Ich schlage vor, anstelle des kommunistischen PDS-Antrages folgenden Antrag zu beschließen:

„Der Landtag fordert alle PDS-Mitglieder auf, Kosovo-Albaner aufzunehmen, sie zu hegen und zu pflegen, Rentenansprüche aus eigenem Vermögen zu sichern und für den Import von Rauschgift zu sorgen.“

Mit diesem Antrag wäre den Interessen der PDS-Kommunisten entsprochen und sie hätten alle Möglichkeiten, wahrhaftige Samariterdienste zu leisten. Soweit dennoch eine Rückführung der Kosovo-Albaner auf der Grundlage des Bundesrechts unumgänglich ist, wird vorgeschlagen, dass bei einer Ausreise der Kosovo-Albaner die PDS-Genossen diese zu begleiten, im Kosovo ihren Wohnsitz zu nehmen und das gemeinsame Vermögen aufzubrauchen haben.

(Herr Dr. Süß, PDS: Setzen Sie sich endlich hin! Das ist nicht zu ertragen! Der ist ja unmöglich, der Mensch!)

Eine Rückführung der Begleitpersonen nach Deutschland wird ausgeschlossen.

Am interessantesten wird es im vierten Absatz Ihres Antrages. Wieso soll denn nur den in den ostdeutschen Ländern lebenden Kosovo-Albanern ein Aufenthaltsrecht eröffnet werden? Wieso wird hier eine Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland vorgenommen? Aber wahrscheinlich, nein, mit Sicherheit geht es hierbei nur um eine Sicherstellung von potenziellen Wählern.

Daher ist der Unsinnsantrag der Kommunisten abzulehnen. Außerdem ist es Zeit, dass Sie sich um Ihre Opfer kümmern und Ihre eigenen Verbrechen nicht herunterspielen.

(Zustimmung bei der FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Weich, würden Sie eine Frage von Herrn Siegert beantworten?

Herr Weich (FDVP):

Leider nein.

(Herr Dr. Süß, PDS: Das kann der doch nicht!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Leppinger.

Frau Leppinger (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht noch ein ganz kleiner Kommentar zu Herrn Weich: Herr Weich, dümmmer geht's nimmer!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung bei der DVU - Zuruf von Herrn Weich, FDVP)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! In fachlicher und rechtlicher Hinsicht ist den Darlegungen des Innenministers nichts hinzuzufügen. Und ich glaube, meine Damen und Herren von der PDS, das wissen Sie auch.

Einen ähnlichen Antrag haben Sie bereits im Herbst des vergangenen Jahres eingebracht. In jenem Antrag ging es darum, dass die Rückkehr strikt nach dem Freiwilligkeitsprinzip geschieht. Sie mussten damals akzeptieren, dass Sie damit rechtlich Unmögliches wollten.

Es ist so, dass in Sachsen-Anhalt eine sehr liberale Ausländerpolitik gemacht wird, bei der humanitäre Grundsätze starke Berücksichtigung finden. Dass man von einer Rückführung über die Wintermonate abgesehen hat, fußt auf einem Erlass des Innenministeriums und macht diese Politik auch ganz deutlich.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft humanitäre Grundsätze im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten weitestgehend ausschöpfen. Vieles von dem, was Sie, Herr Gärtner, aufgeführt haben, findet natürlich auch Berücksichtigung. Das hat der Innenminister schon gesagt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, dass unser Innenminister auf den Innenministerkonferenzen in den Ausländerfragen wirklich sehr viel erreicht hat. Ich möchte mich an dieser Stelle auch einmal bei dem zuständigen Referat bedanken, das nach meinen Erfahrungen immer alle Möglichkeiten ausgeschöpft und auch manche schwierige Hürde überwunden hat.

Man muss allerdings auch sehen, wo das Machbare endet. Deshalb bitte ich Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die DVU-Fraktion hat Herr Preiß gebeten, seinen Redebeitrag zu Protokoll geben zu dürfen. Findet das Zustimmung?

(Zustimmung bei der SPD - Herr Metke, SPD: Nein!)

- Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

(Zu Protokoll:)

Herr Preiß (DVU):

Die PDS-Fraktion hat vorliegend einen Antrag in unseren Landtag eingebracht, mit dem sie hinsichtlich der von UCK-Anhängern in Mazedonien ausgelösten Waffenunruhen in ganz besonderem Maße an unsere Mitmenschlichkeit und unser Fürsorgepflichtbewusstsein bezüglich der abschiebungs- und rückführungsbedrohten kosovarischen Bürgerkriegsflüchtlinge zu appellieren sucht.

Dass einerseits wahrhaft politisch Verfolgte geschützt werden und andererseits Not leidenden Menschen vor Ort in ihrem Heimatland humanitäre Hilfe zuteil werden soll, entspricht zutiefst auch meiner Auffassung von der Würde des Menschen. Dieses erachte ich als ein zwingendes Gebot der Mitmenschlichkeit.

Einen solchen Akt der Mitmenschlichkeit und Toleranz stellte auch die von Deutschland nach der Genfer Flüchtlingskonvention sowie auch im Rahmen einer Evakuierungsaktion während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bereits während der 90er-Jahre großzügig gewährte Aufnahme von insgesamt 195 000 Flüchtlingen aus dem bürgerkriegsgeschüttelten Kosovo dar.

Durch diese Maßnahme wurde es den größtenteils mit ihren Familien geflüchteten Menschen ermöglicht, dass sie hier zwischenzeitlich staatlichen Schutz, Unterkunft, Schulausbildung sowie ein größtenteils sozialhilfefinanziertes Auskommen fanden und angesichts der nur geringen Rückführungsquote von etwa 52 000 Personen und der vorliegenden Asylgesuchszahlen auch weiterhin hier finden.

Denn der zwischenzeitlich nach 1999 bis zum heutigen Zeitpunkt in Richtung Deutschland erfolgte Zustrom weiterer asylsuchender Kosovo-Albaner reißt nicht ab, wie ein Blick auf die Statistik der gestellten Asylerst- und -folgeanträge zeigt.

Nach den Angaben der Bundesanstalt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge beehrten allein von Anbeginn des Jahres 2000 bis zum Mai 2001 insgesamt rund 14 300 Menschen aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien in Deutschland mittels Asylerstantrages die Aufnahme in unserem Land - wobei die Anzahl der Asylfolgeanträge erstaunlicherweise noch weit aus höher liegt.

Betrug hiernach der auf eine Asylbewerberrate von 11 100 Personen aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien entfallende Anteil von Kosovo-Albanern im gesamten Jahr 2000 in absoluten Zahlen rund 3 800 Personen und mithin 34 %, so liegt dieser gemessen

von Januar bis Ende Mai 2001 derzeit bei rund 1 350 Personen.

Das besagt, dass es sich bereits im laufenden Jahr 2001 bei allein 42 % aller der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien zuzurechnenden rund 3 200 Asylers-antragsteller um albanische Volksangehörige aus dem Kosovo handelte, was den Tendenzanstieg der Zustrom-rate - vergleichbar derjenigen der letzten Monate des Jahres 1999 - deutlich macht.

Die nunmehr beabsichtigte generelle Aufhebung der Rückführung dieser Bürgerkriegsflüchtlinge stünde jedoch zum einen im Widerspruch zum klaren Wortlaut des Ausländergesetzes, das besagt, dass sich eine Aufenthaltsgestattung für Bürgerkriegsflüchtlinge eben gerade nicht aus einem überprüfungsfähigen, ständigen Bleiberechtsanspruch ableiten lässt, sondern vielmehr aus der nur zur vorübergehenden Aufnahme erteilten Aufenthaltserlaubnis nach § 32 a AuslG und gegebenenfalls auch aus weiterer Duldung nach §§ 55 f. AuslG.

So ist das auch im Falle der Kosovo-Albaner.

Zum anderen spricht der Inhalt des am 17. November 1999 zwischen dem Bundesinnenminister und dem Leiter der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo vereinbarten Memorandums of Understanding gegen eine solche Praxis.

Darin sind die Modalitäten einer generellen Rückkehr von in Deutschland ausreisepflichtigen Personen, die aus dem Kosovo stammen, ganz eindeutig geregelt. Dieses betrifft sowohl Aspekte der freiwilligen Rückkehr als auch der zwangsweisen Abschiebung, denen in dieser Form auch die Innenminister der Länder und folglich auch der Innenminister von Sachsen-Anhalt per Beschluss zustimmten.

Des Weiteren werden vor dem Hintergrund von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland allein für die Betreuung und Versorgung von Bürgerkriegsflüchtlingen bereits jährlich Milliardenbeträge an Steuergeldern staatlicherseits aufgewendet. Danach beliefen sich nach Regierungsangaben - Bundesinnenminister Schily vom 25. Juni 2001 -:

„... allein die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für den Zeitraum von 1994 bis 1999 auf über 29 Milliarden DM.

Hinzu kommen außerdem Zahlungen von Sozialhilfe und andere soziale Leistungen, ferner Milliardenbeträge, die für das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, für den sonstigen umfangreichen Verwaltungsaufwand und die extensive Inanspruchnahme der Justiz aufgebracht werden müssen.

Hinzu kommen außerdem Milliardenbeträge, die die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen humanitärer Maßnahmen im Ausland zur Verfügung gestellt oder unmittelbar aufgewandt hat.“

Abschließend sei vermerkt, dass nach dem eben Gesagten und bei allem Verständnis für das aus den Unruhen im eigenen Land herrührende Schutzbedürfnis der Kosovo-Albaner sich doch für mich zwingend die Frage stellt, warum der deutsche Steuerzahler über 2 Milliarden DM im Jahr für den Einsatz im Kosovo aufbringt, um dort Sicherheit zu garantieren, wenn andererseits Kosovo-Flüchtlinge in Deutschland Bleiberecht erhalten sollen, weil sie angeblich nur hier sicher seien.

Irgendwie ein Zirkelschluss, finden Sie nicht auch, meine Damen und Herren?

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Gärtner hat noch einmal für die PDS-Fraktion das Wort.

Herr Gärtner (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, um nicht missverstanden zu werden: Ich habe vorhin, als ich von zahlreichen Abschiebungen gesprochen habe, von der Situation im vergangenen Sommer gesprochen, also nicht von der Situation im Winter. Denn ich war es ja auch, der im Ausschuss für Inneres im November oder im Dezember die damalige Regelung ausdrücklich begrüßt hat. Ich habe seinerzeit gesagt, dass es eine richtige Regelung ist, dass über den Winter die Abschiebungen ausgesetzt werden. Ich war es im Übrigen auch, der damals die Entschließung mit formuliert hat. Daher wollte ich dieses Missverständnis aus dem Wege räumen und den Sachverhalt noch einmal klarstellen.

Ich verkenne natürlich nicht, dass es sehr schwierig ist, auf einer Innenministerkonferenz, bei der auch die Innenminister aus Bayern und Baden-Württemberg anwesend sind, Verbesserungen einstimmig hinzubekommen. In dem Sinne ist das, was dort auch durch Ihr Engagement erreicht worden ist, schon ein Vorteil.

(Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

Das Problem ist nur - das habe ich in meiner Rede zu beschreiben versucht -, dass diese Regelung in allererster Linie für Länder wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zur Geltung kommt, während es für hier lebende Flüchtlinge sehr schwierig ist.

Daher glaube ich, dass wir dann, wenn dieser Antrag heute abgelehnt werden sollte, aufgrund der Situation im Kosovo wahrscheinlich leider spätestens im Herbst oder im Winter an derselben Stelle oder im Ausschuss darüber reden werden, wie wir mit dieser Situation umgehen.

Ich würde dafür plädieren, beide Anträge in den Ausschuss für Inneres zu überweisen, um dort über Detailfragen, wie zum Beispiel die Frage der Fachaufsicht hinsichtlich der Duldung, die Frage der Arbeitserlaubnisse, aber auch über dann neu entstehende Situationen zu diskutieren. Ich plädiere also für die Überweisung beider Anträge in den Ausschuss für Inneres. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung über die Drs. 3/4686 und 3/4701. Es ist eine Überweisung in den Innenausschuss beantragt worden. Wer folgt diesem Antrag auf Überweisung in den Innenausschuss? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist die Überweisung in den Innenausschuss abgelehnt worden. Es ist dann über die Drucksachen selbst abzustimmen.

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, dass ich persönlich einfach vom Text her Zweifel habe, ob dieser Änderungsantrag ein zulässiger Antrag

ist. Ich frage deshalb die PDS-Fraktion, ob sie, wenn dieser Zweifel angebracht ist, darauf besteht, anschließend über den Ursprungsantrag abzustimmen.

(Herr Gärtner, PDS, nickt mit dem Kopf)

- Gut, dann verfahren wir so. In Zweifelsfällen haben wir uns, bis wir die Geschäftsordnungsregelung beschlossen haben, für diesen Weg entschieden.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in Drs. 3/4701 abstimmen. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag hat eine Mehrheit gefunden.

Ich lasse jetzt über den Antrag in der soeben beschlossenen Fassung abstimmen. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Bei gleichem Stimmenverhältnis ist dem Antrag in der geänderten Fassung zugestimmt worden.

Ich lasse jetzt gesondert über den Ursprungsantrag der PDS-Fraktion in Drs. 3/4686 abstimmen. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Ursprungsantrag ist mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt worden. Meine Damen und Herren! Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 39 bewältigt.

Ich rufe als letzten Tagesordnungspunkt den **Tagesordnungspunkt 40** auf:

Beratung

Bilanz der Tourismusförderung in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4687**

Der Antrag wird durch die Abgeordnete Frau Mewald eingebracht.

Frau Mewald (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sachsen-Anhalt hat mit seiner zentralen Lage mitten in Deutschland, seinen vielfältigen historischen und kulturellen Traditionen sowie der Nähe zur Bundeshauptstadt gute Wettbewerbschancen, um seine touristischen Potenziale in den Schwerpunktregionen zu erschließen

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. Den letzten Tagesordnungspunkt werden wir doch noch mit Anstand und Würde hinter uns bringen können.

Frau Mewald (CDU):

und damit den Tourismus als bedeutenden Wirtschaftsfaktor für das Land auszubauen.

Wie uns aus Gesprächen und Beratungen mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern, der touristischen Verbände und der Beherbergungsbetriebe bekannt wurde, sind die vorhandenen Potenziale jedoch noch längst nicht ausgeschöpft. Sachsen-Anhalt braucht mehr attraktive Angebote

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU, und von Herrn Schomburg, CDU)

und ein professionelles Marketing über Reiseveranstalter, um mehr Touristen für einen längeren Aufenthalt zu gewinnen.

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Die Entwicklung marktgerechter Reiseangebote stellt jedoch neue Anforderungen hinsichtlich der Qualität, des Services und des Erlebniswertes. Deshalb muss künftig gezielt in die touristische Infrastruktur investiert werden. Da die Haushaltsmittel begrenzt sind, müssen diese vor allem abgestimmt auf die überregionalen Themen der Deutschen Zentrale für Tourismus eingesetzt werden, um von dem internationalen Marketing auf Bundesebene zu profitieren.

Mit dem vorliegenden Antrag in der Drs. 3/4664 wird von der Landesregierung eine Bilanz über die bisherige Förderpolitik zum Aufbau der touristischen Infrastruktur in Sachsen-Anhalt eingefordert. Insbesondere sollen dabei die Ergebnisse im Bereich der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt bewertet werden. Wir möchten unter anderem wissen, welche Mittel zur Förderung des Tourismus und in welcher Höhe in die einzelnen Landkreise seit dem Jahr 1991 geflossen sind, wie sich die Tourismuswirtschaft auch im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern entwickelt hat und wie viele Arbeitsplätze dadurch geschaffen bzw. gesichert wurden.

Auf der Grundlage dieses schriftlichen Berichts soll die bisherige Förderung überprüft und künftig effizienter gestaltet werden. Ebenso müssen die Regionen, die Kommunen sowie das örtliche Gewerbe in die Lage versetzt werden, ihre Investitionen längerfristig auf verlässliche Förderschwerpunkte abstimmen zu können.

Dazu bedarf es dringend eines langfristigen Förderkonzeptes „Tourismus in Sachsen-Anhalt“. Dieses Konzept sollte die Landesregierung bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen für das Jahr 2002 bis Ende September im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten vorlegen, um im Vorgriff auf die deutschlandweiten touristischen Jahresthemen gezielt die Angebote des Landes Sachsen-Anhalt aufzuwerten.

Der Fleiß und der Leistungswille der hier lebenden Menschen sind dabei gute Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der Tourismuswirtschaft.

Statistischen Angaben zufolge liegt in Sachsen-Anhalt sowohl die Auslastung der gewerblichen Beherbergungsbetriebe mit 29,5 % als auch die durchschnittliche Verweildauer der Gäste mit nur 2,5 Tagen im Jahr 2000 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 37,6 % bzw. drei Tagen Verweildauer. Auch unter den neuen Bundesländern verzeichnet Sachsen-Anhalt die geringste Auslastungsquote und die niedrigste durchschnittliche Verweildauer. Im Jahr 2000 betrug in den neuen Bundesländern die Auslastungsquote 35,5 % und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 3,1 Tage.

Deshalb besteht das derzeitige Hauptanliegen darin, die Auslastung der touristischen Betriebe und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste zu erhöhen.

Es muss jedoch auch dafür gesorgt werden, dass nicht durch Überreglementierungen, wie zum Beispiel mit dem Gesetz über den Nationalpark Harz des Landes Sachsen-Anhalt, Bemühungen von Investoren zum Beispiel zur Schaffung attraktiver Wintersportmöglichkeiten verhindert werden. Einschränkungen für die Entwicklung touristischer Gebiete können sich auch durch die Ausweisung von FFH-Gebieten ergeben, zum Beispiel in der

Region Harz und im Bereich der Elbe für das Tourismusprojekt „Blaues Band“, unter anderem in Magdeburg und in Havelberg.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Negativ wirkt sich auch die Streichung der Mittel für das Fassadenerneuerungsprogramm hinsichtlich der attraktiven Gestaltung innerörtlicher Bereiche aus.

Das unprofessionelle Agieren seitens der Landesregierung beim Aufbau funktionierender touristischer Strukturen in den letzten Jahren hat die Entwicklung der Tourismuswirtschaft in Sachsen-Anhalt insgesamt gebremst und musste zwangsläufig zu einem tourismusorganisatorischen Umbau führen.

(Zustimmung bei der CDU)

Seit der Gründung der Landesmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH Mitte 1999 zeichnet sich ein erster positiver Trend ab. Eine klare Trennung der Aufgabenstrukturen wurde erreicht. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre konnten durch die LMG jedoch noch nicht genügend aufgearbeitet werden.

Vor dem Hintergrund der notwendigen Anstrengungen zur Behebung der Defizite, die beim Ausbau der touristischen Infrastruktur und bei der Schaffung vielfältiger attraktiver Freizeitangebote für in- und ausländische Gäste weiterhin bestehen, geht es auch darum, das Image und damit die Standortattraktivität des Landes in erheblichem Maße zu verbessern.

(Zustimmung bei der CDU)

Diese und weitere Probleme der Tourismusförderung wollen wir nach dem Vorliegen des schriftlichen Berichts und eines Förderkonzeptes der Landesregierung im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten gemeinsam beraten. Deshalb bitte ich Sie namens der CDU-Fraktion um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Büchner, DVU, und von Herrn Kannegießer, DVU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Frau Kollegin, für die Einbringung. - In der vereinbarten Fünfminutendebatte sprechen die Vertreter der Fraktionen in folgender Reihenfolge: FDVP, PDS, DVU, SPD und CDU. Zuerst erteile ich für die Landesregierung dem Minister Herrn Gerhards in Vertretung für Frau Ministerin Budde das Wort.

Herr Gerhards, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit will ich die Rede, die für mich vorbereitet worden ist, zu Protokoll geben und das mit einem Satz begründen: Ich glaube, es dient der Sache mehr, wenn Frau Ministerin Budde im Ausschuss selbst zu den Fragen, die sehr komplex sind, Rede und Antwort steht, als wenn ich das fünf Seiten lange Papier vortrage.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Der Beifall beweist, dass Ihr Vorschlag akzeptiert worden ist. Damit ist die Ministerrede zu Protokoll gegeben worden.

(Zu Protokoll:)

Herr Gerhards, Minister der Finanzen:

Sachsen-Anhalt ist kein klassisches Urlaubsland. Dennoch gehört der Tourismus in Sachsen-Anhalt zu den Wirtschaftszweigen mit großen Wachstumspotenzialen und Zukunftschancen. Der Tourismus ist eine feste Größe in der sachsen-anhaltischen Wirtschaft, die Wachstumsraten und Arbeitplatzeffekte sind beachtlich.

Die Tourismuswirtschaft des Landes beschäftigt direkt ca. 28 000 Menschen. Unter Einbeziehung der indirekten Wirkungen dürfte diese Zahl sogar bei 60 000 liegen. Diese positiven Entwicklungen sind nicht zuletzt durch eine massive Förderpolitik des Landes für die touristische Infrastruktur und die gewerbliche Tourismuswirtschaft ermöglicht worden.

Von 1991 bis 1999 sind durch Zuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe und des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung von insgesamt über 1,4 Milliarden DM touristische Investitionen in einer Höhe von über 2,9 Milliarden DM angestoßen worden. Diese Investitionen führten zur Schaffung von ca. 3 800 Arbeitsplätzen und zur Sicherung von weiteren 2 280.

Der Ausbau der touristischen Infrastruktur muss kontinuierlich weitergeführt werden. Angesichts rückläufiger Haushaltsmittel des Bundes, des Landes und insbesondere der Kommunen muss sich die Förderpolitik zukünftig noch stärker von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

- regional koordinierter Einsatz von Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes,
- Koordination und sinnvolle Verzahnung der verschiedenen Förderprogramme,
- abgestimmte Maßnahmenplanung und Prioritätensetzung innerhalb der Region.

Konkret bedeutet dies für die touristische GA-Förderung des Landes:

- eine kontinuierliche Fortführung gemäß der naturräumlich definierten Förderpräferenzen - zum Beispiel Harz, Altmark, Wein- und Burgenregion - und der Präferenzen für Orte mit touristischen Schwerpunkten - also zum Beispiel Kur- und Erholungsorte, Modellorte des Fremdenverkehrs oder Orte mit Bauwerken der Straße der Romanik - sowie
- die Schaffung von Präferenzregelungen im Sinne einer langfristigen Ausrichtung zum Aufbau touristischer Netzwerke.

Die weitere Öffnung der Investitionsförderung für die Tourismuswirtschaft im GA-Rahmenplan des Bundes bietet gerade den häufig im Tourismus zu findenden kleinen und mittleren Unternehmen - zum Beispiel Gastronomie, privat betriebene Fahrrad-, Ski- oder Bootsverleihbetriebe - erhebliche Verbesserungen der Förderkonditionen.

So können Investitionen mit bis zu 50 % bezuschusst werden. Voraussetzung ist ein ausschließlich auf Erholungs- und Besichtigungstourismus ausgerichtetes Konzept, von dem in den meisten Fällen in ausgewiesenen Erholungs- und Fremdenverkehrsarten ausgegangen werden kann.

In die neuen landesspezifischen Regelungen zum GA-Rahmenplan wurden nun auch die wichtigen Standorte

am „Blauen Band“ als Präferenzorte im Rahmen der Tourismusförderung aufgenommen.

Diese Ergebnisse gestatten die Einschätzung, dass die Tourismusentwicklung in Sachsen-Anhalt auf dem richtigen Weg ist. Das vorhandene Potenzial ist damit jedoch noch nicht ausgeschöpft. Dieses Potenzial gilt es für Sachsen-Anhalt zu interessieren und zu erschließen. Das erfordert einerseits, die vorhandenen touristischen Produkte, die sich im Bundesvergleich durchaus sehen lassen können, effizienter zu vermarkten. Hierzu wurden im Land mit der Neuordnung der Tourismusstrukturen und der Gründung der Landesmarketinggesellschaft entsprechende Voraussetzungen geschaffen.

Zugleich gilt es aber auch, neue, innovative, noch stärker kundenorientierte Angebote - dazu zählt nicht nur der Erlebnis- und Abenteuerurlaub - zu entwickeln und am Markt zu platzieren. Neben einer qualitativen Verbesserung bedarf es dazu auch des weiteren Ausbaus der touristischen Infrastruktur. Dabei gilt es jedoch nicht, lediglich neue Einzelvorhaben umzusetzen.

Die Landesregierung hat im Rahmen der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema „Tourismusentwicklung in Sachsen-Anhalt“ ausführlich zu den komplexen Tourismusstrukturen/Tourismuskmarketing, Perspektiven der Tourismuspolitik und Vernetzung von Tourismus- und Standortmarketing Stellung genommen. Damit ist der Weg für die Zukunft der Tourismuspolitik aufgezeigt. Die Landesregierung kann daher das Ziel Ihres Antrages nicht nachvollziehen. Die von Ihnen geforderten Statistiken sind nicht wegweisend für die Tourismuspolitik und unserer Ansicht nach überflüssig.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Die FDVP-Fraktion verzichtet auf einen Redebeitrag.

(Unruhe - Herr Rahmig, SPD: Das ist aber schade!)

Für die PDS-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Kasten.

(Oh! bei der CDU und bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Man kann im Harz auch mit dem Schiff fahren! - Der Abgeordnete hält eine Broschüre hoch)

- Ich weiß nicht, ob die Abgeordnete Frau Kachel auf ihren Redebeitrag verzichtet. Deshalb wäre ich bei der SPD-Fraktion erst einmal vorsichtig.

Herr Kasten (PDS):

Jetzt kommt ein entscheidendes Kriterium auf das Papier. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich könnte meine kurze Rede zu Protokoll geben, wenn die Verwaltung die Korrekturen lesen kann.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der PDS, bei der SPD und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir haben in Bezug auf die Überweisung folgenden Vorschlag: Da der Tourismus ein Querschnittsthema ist, schlagen wir eine Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten zur federführenden Beratung und in den Ausschuss für Raumordnung und Umwelt sowie in den Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr zur Mitberatung vor.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

(Zu Protokoll:)

Herr Kasten (PDS):

Die Tourismusentwicklung in einem deutschen Binnenland zu untersuchen, insbesondere rund zehn Jahre nach großen Veränderungen in vielen Bereichen, ist ein interessanter Arbeitsauftrag.

Wenn sich die CDU-Fraktion in ihrem Antrag zu einer Bilanz des Tourismus in Sachsen-Anhalt auf die Tourismusförderung beschränkt, ist das einseitig. Vom Zeitpunkt her könnte man es als Reaktion auf die bisher im Plenum nicht diskutierte Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Tourismusentwicklung in Sachsen-Anhalt in Drs. 3/4497 verstehen. In dieser ist zwar die Rolle der Landesmarketinggesellschaft ausreichend gewürdigt, aber unter anderem Zielgruppen und Effektivität des Mitteleinsatzes deutlich unterbelichtet.

Der CDU-Antrag beachtet des Weiteren nicht, dass Tourismus nicht in Landkreisgrenzen, sondern in Regionen stattfindet. Städtetourismus, Vernetzung oder die Rolle der Tourismusverbände bleiben unbeachtet. Die Einbeziehung von Aspekten der Nachhaltigkeit oder die touristische Bewertung von Großschutzgebieten werden gleichfalls ausgeklammert.

Ebenso nicht existent für die CDU-Fraktion sind Menschen, die trotz Mobilitätsbehinderung oder anderen Einschränkungen Urlaubsangebote nutzen wollen. Die hierbei offenkundige Ausgrenzung von mehr als 10 % der Bevölkerung - hier von der CDU mal wieder nicht mitgedacht - verkennt diesen real existierenden Wachstumsmarkt. Es unterstreicht aber auch die Notwendigkeit des von der PDS-Landtagsfraktion initiierten Antidiskriminierungsgesetzes. Bekanntlich ist der Kuchen im Inlandstourismus schon lange verteilt, nur die Erschließung neuer Marktsegmente kann diese Verteilung mittelfristig verändern.

Dieser Antrag kann, da er das Thema nicht ausreichend erfasst, abgelehnt werden. Das würde allerdings dem Thema nicht gerecht und so gibt es eine Alternative: Wir überweisen diesen Antrag in die zuständigen Ausschüsse und qualifizieren ihn dort nach der Debatte zur Großen Anfrage der SPD zur Tourismusbilanz Sachsen-Anhalts. Da Tourismus ein Querschnittsthema ist, schlagen wir den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie federführend sowie die Ausschüsse für Umwelt und Raumordnung sowie für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr vor.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Das bedeutet, da der Antrag im Wesentlichen eine Ausschussbefassung vorsieht, den Antrag der CDU-Fraktion zu verändern, das heißt, in die Präambel den Ausschuss für Raumordnung und Umwelt und den Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr zusätzlich einzufügen. Akzeptiert die CDU-Fraktion diese Änderung?

(Zurufe von der CDU: Ja! - Herr Dr. Daehre, CDU: Der ist im Zug geschrieben!)

- Das ist akzeptiert. Sie akzeptieren, wenn ich Ihre Äußerungen richtig verstehe, auch, dass der Redebeitrag zu Protokoll gegeben wurde.

Die DVU-Fraktion verzichtet ebenfalls auf einen Redebeitrag. Frau Kachel spricht jetzt für die SPD-Fraktion. Jetzt bin ich gespannt.

(Heiterkeit)

Frau Kachel (SPD):

Das ist ja fast Erpressung. - Es freut mich, dass die CDU das Wirtschaftsfeld Tourismus fast am Ende der Legislaturperiode endlich entdeckt hat.

(Widerspruch bei der CDU)

Besser spät als gar nicht.

Ein Teil der Fragen, die Bestandteil des Antrages sind, wurde bereits von Ihnen selbst beantwortet, was mich wundert.

Ich gebe natürlich meine Rede auch zu Protokoll, weil man mich anderenfalls vielleicht steinigen würde.

(Zustimmung bei der SPD, von Herrn Webel, CDU, und von Frau Dr. Sitte, PDS)

Ich möchte aber darum bitten, das Thema Tourismus, falls es wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, nicht als Letztes zu behandeln. Dazu ist es viel zu wichtig.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Das lag nicht an uns!)

Wir wollten ursprünglich die Aussprache zur Großen Anfrage auf die Tagesordnung setzen, aber da Frau Budde nicht da ist, haben wir das auf September verschoben. Das ist auch im Ältestenrat bekannt gegeben worden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung bei der PDS - Herr Dr. Daehre, CDU: Hauptsache, wir machen alle in Sachsen-Anhalt Urlaub!)

(Zu Protokoll:)

Frau Kachel (SPD):

Wer sich mit dem Thema Tourismus befasst, weiß, dass der Tourismus, wie die Dienstleistungswirtschaft insgesamt, zu den wichtigen Wachstumsbranchen in Deutschland gehört. Die zunehmende Freizeit und die hohe Priorität, die Ausgaben für Reisen in privaten Haushalten haben, lassen noch Wachstumspotenziale erwarten.

Aber auch das Reiseverhalten deutscher, insbesondere ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger richtet sich tendenziell wieder stärker auf die traditionellen Feriengebiete in den neuen Ländern. Kurztrips, Zweit- und Dritturlaube werden zunehmen. Darüber hinaus wurde eingeschätzt, dass die Zahl der internationalen Ankünfte in Europa zwischen 1995 und 2010 um 57 % zunehmen werden. Der Tourismus im Land Sachsen-Anhalt ist im Aufwind, wie jeder in aktuellen Pressemitteilungen, aber auch auf der Internetseite der LMG lesen kann.

Charles Aznavour hat einmal gesagt, Urlaub ist eine Mehrkampfdisziplin mit dem Nachbarn. Es gibt keine Konkurrenz zwischen Kreisen oder Ländern, sondern zwischen Ferienregionen.

Die Rahmenbedingungen für die Infrastruktur und Tourismusentwicklung zu schaffen, ist Länderangelegenheit. Hierzu hat die Landesregierung ausgiebig auf die Große Anfrage meiner Fraktion geantwortet. Wir haben die Aussprache dazu noch nicht auf die Tagesordnung setzen lassen, da unsere zuständige Ministerin zurzeit in den USA für unser Land wirbt.

Des Weiteren wundert mich der Inhalt des Antrages der CDU, der an eine Kleine Anfrage erinnert, denn fast alle Antworten findet man im Handbuch des Tourismus in LSA, bei der DEHOGA, in den letzten Pressemitteilungen der LMG sowie in der Antwort des MW zu unserer Großen Anfrage. Einen guten Überblick über die bis-herige Entwicklung, auch im Ländervergleich, gibt das Tourismusbarometer, das jährlich auf der ITB veröffentlicht wird und jedem Interessierten zugänglich ist.

Wer aber denkt, dass Tourismuserfolge nur von Förderpolitik sowie von Schwerpunkten abhängen, der hat keine Ahnung, wovon er spricht. Die Tourismuspolitik orientiert sich, ebenso wie die übrige Wirtschaftspolitik, am Grundsatz der unternehmerischen Eigenverantwortung, klugem Marketing und findigen Initiativen.

Fest steht, Fördergelder für die unterschiedlichen Bereiche zielgerichtet zur Verfügung zu stellen, ist die eine Sache. Aber die geförderten Projekte mit Leben zu füllen, sie richtig zu vermarkten, ein Angebotsgeflecht in der Region zu erstellen, denn der Gast kommt nicht in einen Ort, sondern in die Region, ist die andere Seite - weit schwieriger.

Wichtig sind die Menschen vor Ort. Sie können mir glauben, ich bin viel in der Angelegenheit Tourismus unterwegs und oft höre ich, man müsse über den Tellerrand hinweg sehen. Aber wenn es konkret wird, hat man Sorge, der Gast könne beim Nachbarn unterschlüpfen und dort sein Geld lassen.

Eine weit verbreitete Meinung ist, das Land müsse alles richten. Für mich steht fest, touristisch interessierte Anbieter, einschließlich Kommunen, müssen verstärkt in die Verantwortung genommen werden.

Vielfältige Konsumgewohnheiten, Lebensstile der Bevölkerung und ein rascher Wandel des Verbraucherverhaltens stellen hohe Anforderungen an die Gestaltung des touristischen Produktes. Das sich verändernde Nachfrageverhalten erfordert eine schnelle und flexible Reaktion der Anbieter, die Entwicklung neuer Marktsegmente sowie eine stärkere Berücksichtigung emotionaler Elemente bei der Angebotsgestaltung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu gestalten bzw. zu erhalten und möglichst zu verbessern. Die Vermarktungsstrategie liegt dann auf einer anderen Ebene.

An drei aktuellen Beispielen will ich erklären, was ich mit Verantwortung vor Ort meine.

Erstens. Auf Initiative der CDU-Landesregierung ist die Straße der Romanik ins Leben gerufen worden - ein gutes Projekt. Aber es kann doch nicht Sache des Landes sein, die Werbeschilder, die auf Sehenswürdigkeiten hinweisen, zu warten bzw. zu erneuern. Das ist zu Beginn verpasst worden.

Zweitens. Die Buga in Magdeburg war 1999 ein voller Erfolg, aber die Stadt hat es bisher kaum verstanden, für einen erneuten Besuch zu werben. 2,5 Millionen Kontakte wurden nicht ausreichend genutzt.

Drittens. Ein Projekt, das zeigt, was man erreichen kann, wenn alle an einem Strang ziehen, ist das Harzfest in Elend, einer 600-Seelen-Gemeinde. Vom Kindergarten bis zur Seniorengruppe haben alle mitgeholfen, das größte Brauchtumsfest vorzubereiten. Ja, die gesamte Region konnte eingebunden werden, einschließlich Nie-

dersachsen und Thüringen. Es waren 30 000 Besucher zu verzeichnen.

Gleichzeitig sind solche Feste eine Möglichkeit, sich mit seiner Heimat zu identifizieren. Sie sind ein Aushängeschild für unser Land und tragen zur Verständigung bei.

Wir stimmen der Überweisung zu mit der Bitte, zukünftig dem Tourismus einen angemesseneren Platz auf der Tagesordnung zukommen zu lassen. Tourismus ist eine gute Werbung für unser Land.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Der Beifall beweist, dass auch in Ihrem Fall akzeptiert wird, dass Sie Ihre Rede zu Protokoll geben.

Ich möchte dennoch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass die Reihenfolge der Behandlung der Anträge nicht von der Wichtigkeit, die eine Fraktion einem Thema zumisst, abhängig gemacht wird, sondern nach

der Reihenfolge der Eingänge festgelegt wird, sofern nicht etwas anderes vereinbart wird.

Meine Damen und Herren! Wir stimmen über den Antrag in Drs. 3/4687 ab. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Es gibt auch keine Stimmenthaltungen. Damit ist in seltener Einmütigkeit fraktionsübergreifend ein Antrag beschlossen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind am Ende der 32. Sitzungsperiode angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 33. Sitzungsperiode für den 13. und 14. September 2001 ein. Die nächste Sitzung des Ältestenrat findet am 6. September 2001 statt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen allen einen erholsamen Sommerurlaub. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 17.03 Uhr.

